Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 24. | Freitag, den 22. März 1895. | Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 26. März 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 29. März 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **15. März 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Josef Matzenauer.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Stiaßny entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Gregorig hat in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht, betreffend die Brause am Hochstrahlbrunnen im angeblichen Gewichte von circa neun Centnern, welche Brause abhanden gekommen ist. Er fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist anzugeben, wohin die Brause gekommen ist? Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes zu bemerken: Es ist richtig, dass bis zum Jahre 1884 beim Hochstrahlbrunnen eine Brause in Verwendung stand, welche aber nach dem Berichte des Stadtbauamtes nicht 8 oder 9 Centner, sondern höchstens 2½ Centner schwer war. Diese Brause ist im Jahre 1884 gelegentlich eines Transportes in Verlust gerathen. (Gelächter links.) Als der Verlust entdeckt wurde, war der Oberaufseher, welcher die Verantwortung über dieses Stück hatte, schwer krank und konnte mit Rücksicht auf seinen Zustand nicht mehr einvernommen werden. Er starb, ohne dass man von ihm hätte Auskünfte erhalten können, und es war unmöglich, über den Verbleib der Brause von anderer Seite näheres in Erfahrung zu bringen. (Gem.-Rath Eigner: Was für ein Eisentandler wird das gekauft haben?) Ich bitte, keine Unterbrechungen.

3. Herr Gem.-Rath Gregorig hat weiters interpelliert, indem er auf einen Antrag verwies, den er vor zwei Jahren im Gemeinderathe eingebracht hat, welcher Antrag dahin geht, es möge bei der Regierung bittlich eingeschritten werden, damit dieselbe die Concessionierung der großen Warenhäuser à la bon marché 2c. verweigere. Er fragt, ob der Bürgermeister über seinen Antrag dem Gesetze gemäß Bericht erstatten lassen wolle, oder ob er die Vorlage des Berichtes über den Antrag verweigere.

Ich habe die Ehre, diesfalls zu bemerken: Die Angelegenheit wegen Ertheilung einer Concession zur Errichtung einer Actiengesellschaft zum Betriebe eines Warenhauses ist bisher in Evidenz gehalten worden. Über den Stand dieser Frage wird dem Gemeinderathe nächstens berichtet werden.

4. Ich habe noch weiters mitzutheilen, dass der Bericht über die Verwaltung der Stadt Wien in den Jahren 1889 bis 1893 fertiggestellt worden ist und den Herren in den nächsten Tagen zugestellt werden wird.

5. Wir kommen zur Tagesordnung, Fortsetzung der Debatte über das Budget für das Jahr 1895. (Die Referenten Gem.-Räthe Boschan und Dr. Stern treten an den Referententisch.) Die Debatte ist geschlossen; es sind auch die Generalredner gewählt. Zunächst hat das Wort der Generalredner pro Dr. Rechansky.

Gem.-Rath Dr. Rechansky: Meine sehr verehrten Herren! Ein so ernstes Gesicht auch heuer das Budget der Stadt Wien macht, so ist doch in den bisherigen Ausführungen von allen Seiten zugestanden worden, dass sich wesentliche Ersparungen in den Ausgaben nicht machen lassen. Ich habe mir schon im vorigen Jahre erlaubt, dafür den Beleg dadurch zu erbringen, dass ich die Ausgaben nach einzelnen Gesichtspunkten gruppiert habe, um nachzuweisen, dass der größte Theil dieser Ausgaben so fixe Ziffern bilden, dass kaum zu erwarten ist, es werde im Laufe

der nächsten Zeit eine Abänderung dieser Ziffern eintreten. Wenn wir uns dessen bewusst sind, dass das Budget nach Abrechnung gewisser, nicht currenter Auslagen das Budget der Zukunft Wiens bleiben wird, so müssen wir uns erneut die Frage vorlegen, in welcher Weise für neue Einnahmen gesorgt werden kann.

Auch diesbezüglich habe ich im vorigen Jahre im allgemeinen meine Gedanken ausgesprochen. Ich stehe aber nicht an, auch heuer diese Gedanken zu wiederholen, weil ich der Meinung bin, dass in dieser Richtung eine consequente Action der Gemeinde nothwendig ist. Es muss endlich das Verlangen der Gemeinde bei denjenigen Ohren Gehör finden, an welche es gerichtet ist, und wir dürfen uns auch dann nicht abschrecken lassen, wenn das erste Verlangen vielleicht noch auf schwerhörige, vielleicht sogar auf taube Ohren trifft. Es ist nothwendig — es ist ja das ein Desiderium, das schon seit Decennien im Gemeinderathe ausgesprochen worden ist —, dass mit dem gar nicht mehr zeitgemäßen Zuschlagsystem gebrochen wird. (Sehr richtig! rechts.) Woher stammen die Zuschläge? Allerdings, sie haben sich historisch entwickelt, aber aus Zeiten, wo die Bedürfnisse der Gemeinde ganz andere waren. Vor dem Jahre 1848, als die Gemeinde noch nicht autonom war, hat sie ihre Verwaltung nach verschiedenen Gesichtspunkten eingetheilt gehabt, und nach diesen Gesichtspunkten sind auch ihre Einnahmen eingegangen. Sie hat als Gerichtsherr, als Grundherr, als Ortsobrigkeit ihre Taxen bezogen und endlich als Gemeindevorstand gewisse Umlagen eingehoben und das Recht erhalten, gewisse Zuschläge zur Erwerbsteuer und zur Hauszinssteuer einzuheben. Damals aber war das Budget der Stadt Wien nicht viel mehr als eine Million und für die Bedürfnisse der damaligen Zeit hat dieses Zuschlagssystem genügt. Es ist ja damals, wie den Herren bekannt sein wird, in der Verwaltung der Stadt eigentlich nur das alte Gebiet der inneren Stadt gestanden, während die Vorstädte eigene Verwaltungsgebiete bildeten. Als die Gemeindeverwaltung eine autonome geworden war, ist man bei dem Zuschlagsystem geblieben und hat von den Verwaltungen der Vorstadtgemeinden in die Verwaltung der neuen Gemeinde den Zinskreuzer herübergenommen. Der Zinskreuzer ist eine ganz entsprechende Umlage, und die soll auch bleiben. Es ist das eine directe Umlage, eigentlich eine Einkommensteuer, eine Umlage auf eine gewisse Ausgabe, die einen Rückschluss auf das Einkommen gestattet. Es ist dies ein österreichischer Gedanke, der ja, wie die Herren wissen, in die neuen Steuergesetzvorlagen ebenfalls Eingang gefunden hat, indem man wenigstens beabsichtigt hat — ich weiß augenblicklich nicht, wie die Sache steht — auch das Einkommen, welches der Einkommensteuer zugrunde zu legen ist, zunächst nach dem Mietzinse zu bemessen, respective ein gewisses Minimum des Einkommens festzusetzen nach einem vielfachen des Mietzinses. Also das ist einmal in die Gewohnheit des Volkes eingedrungen.

Ich halte es auch für eine ganz entsprechende directe Steuer, welche aber keiner besonderen Erhöhung fähig ist; sie bedarf daher einer Ergänzung, und meine Überzeugung ist die, dass die Steuer, welche der Stadt zur Ergänzung der directen Steuer gebürt, die Verzehrungssteuer ist, und die Überlassung der Verzehrungssteuer müssen wir mit aller Beharrlichkeit anstreben. Es wird uns dann auch möglich sein, je nach den veränderten Verhältnissen diese Verzehrungssteuer anzupassen, was jetzt nicht der Fall ist. Der Staat nimmt auf die veränderten Verhältnisse im Stadtgebiete keine Rücksicht, und wenn man der Sache auf den Grund sieht, so ist gar kein gesetzlicher Grund vorhanden, dass der Staat bei einer Stadt eine Verzehrungssteuer einhebt.

In dieser Richtung hat der Städtetag die Action fortgesetzt, und ich will mich der Hoffnung hingeben, dass es der Gemeinde doch einmal gelingen wird, die Verzehrungssteuer vom Staate zu bekommen, insbesondere nach Durchführung der neuen Steuergesetze. Die neuen Steuergesetze werden meiner festen Überzeugung nach für den Staat eine wesentlich erhöhte Einnahme ergeben, insbesondere die Einkommensteuer, wenn auch nicht in der nächsten Zeit, so doch sicherlich in späterer Zeit. Das ist für mich außer Zweifel, und ich stehe auf dem Standpunkte, dass man mit Rücksicht auf die Einkommensteuer auch gar nicht zu zart und vorsichtig sein solle; man soll da nur ganz ordentlich hereingreifen, denn nach den gegebenen Verhältnissen sind die besitzenden Classen verpflichtet, für die Staatsbedürfnisse in einem höheren Maße beizutragen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Das bisherige Zuschlagssystem hat auch die üblen Folgen gehabt, da jede Veränderung in der Hauptsteuer sehr unangenehme Rückwirkungen für das Einkommen der Städte gehabt hat, so dass die Stadt Wien, wie jede Stadt, die mit diesem Zuschlagssystem beglückt ist, nie fest rechnen kann, ob sie für die nächste Zukunft über diese Einnahmen verfügen kann. Ich erinnere an verschiedene Vorfälle, welche die Gemeinde gezwungen haben, eine Action in Bewegung zu setzen. Zum Beispiele die Decentralisierung der Eisenbahnen, die Bestimmung, dass die Steuer in dem Falle, als einer ein Fabriksunternehmen an einem anderen Orte und eine Zweigniederlassung in Wien hat, aufgetheilt wird, ebenso hat jede staatliche Steuerbefreiung für die Stadt Wien eine sehr bedenkliche Folge.

Alle diese Vorfälle zeigen, dass das Zuschlagssystem ein unzweckmäßiges und ungesundes ist, das abzuschütteln wir trachten müssen. Leider — ich kann mir das nicht verhehlen — hat jetzt die Stadt Wien eine sehr schwache Stimme bekommen, man hört nicht viel auf das Verlangen der Stadt Wien. Aber wir müssen das dadurch ersetzen, dass wir dasjenige, was wir brauchen, umso öfter verlangen — gutta cavat lapidem.

Der Gedanke, welchen der Herr College aus dem I. Bezirke bezüglich des Stempels ausgesprochen hat, ist auch ein sehr rationeller, und es wäre das eine sehr zweckmäßige Form, das ebenfalls so oft und berechtigt ausgesprochene Verlangen der Stadt Wien zu befriedigen, für den übertragenen Wirkungskreis ihr etwas zukommen zu lassen. Die Form, es ihr zukommen zu lassen in der Errichtung eines Stadtstempels, wäre eine sehr zweckmäßige, und es würde sich da die Einnahme nach der Vermehrung, nach der Größe der Arbeiten richten, welche die Stadt zu leisten hat. Es würde sich auch da ein ganz gesundes und natürliches Verhältnis herstellen lassen.

Ich kann es bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, dass seit Jahren Ideen propagiert worden sind, die Einnahmen der Stadt Wien durch productive Anlagen zu vermehren. Ich glaube nicht, dass eine dieser Anstalten, sei es nun eine Versicherungs-Anstalt, sei es eine Hypothekenbank, sei es eine Sparcassa, sei es irgend etwas anderes, eine so wesentliche Erhöhung der Einnahmen der Stadt zur Folge haben wird, dass wir in Ruhe künftig fortwirtschaften können. (Gem.-Rath **Gregorig**: So lange die Liberalen die Majorität haben!) Denn bei jeder dieser Anstalten wird sich naturgemäß ergeben, dass sie nicht als eine Erwerbsquelle von den Steuerträgern und Einwohnern wird be-

trachtet werden, sondern als ein Institut, das zu ihren Gunsten errichtet ist, und aufrichtig gestanden, ich muss sagen: Wenn z. B. eine Assecuranz-Gesellschaft errichtet wird, wogegen ich principiell gar nichts habe, wir sind ja vor zwei Jahren bereits bei der Regierung um Bewilligung einer solchen Assecuranz-Gesellschaft eingeschritten, allerdings mit Zwangsversicherung, um diesen Punkt dreht es sich ja, so halte ich es für ein berechtigtes Verlangen der Versicherten, dass sie sagen: Daraus sollt Ihr keine großen Einnahmen haben, sondern wenn das Geschäft geht, sollen unsere Prämien sinken und unsere Versicherungsbeträge steigen. Dieses Verlangen ist ein so natürliches, dass ich mir nicht denken kann, dass eine solche Versicherungs-Gesellschaft für die Dauer der Gemeinde eine große Einnahme abwerfen würde. Ganz dasselbe ist bei einer Hypothekenbank der Fall. Auch mit der Hypothekenbank soll man nichts verdienen, sondern die Bank soll einen möglichst guten Credit denjenigen einräumen, die seiner bedürfen, das heißt, er soll möglichst wenig zahlen und soll möglichst kleine Annuitäten zahlen; es soll die Aufnahme einer Hypothek durch Errichtung einer solchen öffentlichen Hypothekenbank, die keine Erwerbsgesellschaft ist, erleichtert werden. Also auch da sehe ich keine Aussicht nach einer besonders großen Einnahme.

Übrigens möchte ich mir erlauben, da eine Randbemerkung zu machen. Soviel ich nämlich gelesen habe, ist bezüglich einer solchen Hypothekenbank einmal eine Commission eingesetzt gewesen und wenn ich nicht irre, war der Obmann dieser Commission Herr Dr. Lueger; er wird vielleicht heute Gelegenheit haben, mir Aufklärung darüber zu geben, was bezüglich der Hypothekenbank damals von dieser Commission gemacht worden ist.

Etwas, worauf allerdings die Gemeinde ihr Augenmerk richten soll, ist meines Erachtens die Regelung des Sparcassenwesens. Es bestehen, wie die Herren wissen, formelle Anstände dagegen, dass man die Sparcassen sogleich vereinigen kann, da sie Vereine sind, welche nach ihren Statuten verwaltet werden müssen, so dass erst eine Änderung in diesen Statuten herbeigeführt werden müsste, um die Vereinigung dieser Sparcassen zu einer städtischen herbeiführen und zur Bildung einer städtischen Sparcassa schreiten zu können.

Aber meines Erachtens wäre es sehr richtig und nothwendig, dass solche städtische Sparcassen errichtet werden, und zwar in Verbindung mit der Errichtung einer Stadtbank. Die Luxussteuer, die auch unter den Einnahmen ins Auge gefasst wurden, welche zur Verbesserung des Budgets dienen sollen, sind immer nur Kampfsteuern gewesen, aber von Luxussteuern können wir nicht die Herstellung des Gleichgewichtes des Budgets erwarten.

Übrigens trotz dieses Zuschlagsystems, trotz der Ungunst, welche in diesem System für die communale Verwaltung seit jeher gelegen war, war doch die Gemeinde imstande, in zwei Perioden von je circa 20 Jahren die Verwaltung zu führen ohne Erhöhung der Zinskreuzer und ohne wesentliche Erhöhung dieser Zuschläge. Das ist ein Umstand, der doch zu denken gibt und von welchem die Partei, welche die Verwaltung hat, seitdem die Autonomie der Gemeindeverwaltung besteht, die liberale Partei, zu ihren Gunsten Gebrauch machen kann. Man muss bedenken, dass, um nur von der zweiten Periode zu sprechen, seit 1873 der Zinskreuzer nicht erhöht worden ist, trotzdem die Ausgaben so wesentlich gestiegen sind, von 10 Millionen auf 25 Millionen und nach der Vereinigung Wiens auf 30 und 35 Millionen und trotzdem ist es nicht nothwendig gewesen, die Zinskreuzer zu erhöhen, weil sich die Einnahmen durch das Anwachsen dieser Zuschläge und durch die Vermehrung des Volkseinkommens ständig erhöht haben. (Gem.-Rath Gregorig: Der Bierkreuzer ist ein Volkseinkommen! Durch die Schulden!) Die Schulden haben unser Einkommen nicht vermehrt. (Gem.-Rath Gregorig: Das alte Rathhaus verklopft!)

In derselben Zeit haben wir 20 Millionen zurückgezahlt und trotz kolossaler Ausgaben haben wir das Budget doch im Gleichgewichte erhalten. (Gem.-Rath Hawranek: Weil wir die Gründe verschachert haben!) Ich kann nur wiederholen, auf diese Thatsache kann die liberale Partei stolz sein. (Rufe links: Aber wie!)

Ich kann sagen, hier zeigt sich, was wir geleistet haben. (Rufe links: O je!) Eine Verwaltung, welche das sagen kann, und die Principien, auf welchen diese Verwaltung aufgebaut ist, können keine schlechten sein! (Rufe links: Musterhaft!)

Es ist nun in der Debatte sehr viel von der Reform der Verwaltung gesprochen worden und es sind viele Übelstände angeführt worden, welche in dem jetzigen Verwaltungssysteme bestehen.

Natürlich der Hauptangriffspunkt war der Stadtrath. Ich bedauere, dass der Herr College aus dem VII. Bezirke, welcher sich auch denjenigen angereiht hat, die auf den Stadtrath in so liebevoller Weise losgedroschen haben, nicht hier ist und nicht hört, was ich sagen werde. Jedenfalls hat er von der Arbeit des Stadtrathes eine ganz falsche Vorstellung; wenn er glaubt, dass die einzelnen Stadträthe ihre Pflicht nicht thun und ihre Referate nicht studieren, so irrt er sich. Übrigens in dieser Beziehung kann man ja den Leuten es nie recht machen; einmal wird ihnen zuviel studiert, ein anderesmal wieder zu wenig. Es mag das eine oder anderemal vorkommen, dass ein Stadtrath ein Referat, das ganz einfach, aber dringend ist, in letzter Stunde in die Hand bekommt und noch in derselben Sitzung referiert. Ja, wenn er das nicht imstande wäre, würde er überhaupt für diese Stelle nicht taugen. (Lebhaftes Gelächter und Hört! links. — Rufe rechts: Natürlich!)

Bürgermeister: Meine Herren! Ich bitte, nicht nach jedem Zwischensatze den Redner zu unterbrechen. Das ist ja in einer Debatte nicht zulässig. Ich verweise darauf, dass die Redner von dieser (linken) Seite mit der größten Aufmerksamkeit angehört werden, und dass man ihnen nicht die geringste Schwierigkeit in den Weg gelegt hat. Das ist kein legaler Kampf, wenn man einem Redner das Reden schwer macht und ihm dadurch die Ausführung seiner Gedanken schwieriger gestaltet. Ich bitte also, darauf Rücksicht zu nehmen.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (fortfahrend): Wenn es der Gegenstand verlangt, wenn es der Steuerzahler, der um irgendetwas bitten kommt, verlangt, dass ihm die Sache rasch erledigt werde, wenn sein Interesse es verlangt, so muss man auch bereit sein, dieses Interesse rasch zu befriedigen. Für gewöhnlich sind es ganz einfache Sachen, über welche man sich leicht orientieren kann, bei welchen es geschieht; flüchtige Arbeit als Regel aufzustellen, ist ein Unrecht, und das kann nur von jemandem ausgesprochen werden, der unrichtig informiert ist.

Es ist eine ganz selbstverständliche Pflicht, dass die Stadträthe ihre Referate zu Hause studieren, und das muss endlich auch bei einem Referate geschehen, welches gar keine so schwierige und ernste Frage zu erledigen hat, wo aber doch der Inhalt des Referates dem Referenten genau bekannt sein muss.

Ich hätte aus diesem Gesichtspunkte gar nichts dagegen und habe nie etwas dagegen gehabt, dass die Verhandlungen des Stadtrathes öffentlich geführt werden sollen. Es würde dadurch nur ein

Martyrium für jeden einzelnen Stadtrath aufhören, denn die Leute würden sich überzeugen, wie im Stadtrathe gearbeitet wird, und es würden dann von selbst die Anklagen verstummen. Es ist auch bei verschiedenen einzelnen Gegenständen Beschwerde geführt worden, dass die Erledigung lange Zeit in Anspruch nimmt; insbesondere ist es von Seite eines Collegen geschehen, dem ich sonst die größte Sympathie entgegenbringe, weil er ein wahrhaftes und ehrliches Interesse für alle Gemeindeangelegenheiten hat. (Gem. = Rath Hawranek: Er wird auch Stadtrath werden!) Gewiss! (Gem.-Rath Hawranek: Weil er unzufrieden ist!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek! Ich rufe Sie jetzt zur Ordnung. Sie stören die Verhandlung in einemfort. Es braucht sich ein Redner nicht gefallen zu lassen, fort und fort durch Bemerkungen unterbrochen zu werden. Ich möchte wissen, was Sie sagen würden, wenn Sie in dieser Weise unterbrochen werden würden. Ich bitte jetzt entschieden um Ruhe. Sie stören die Verhandlung in empfindlicher Weise.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (fortfahrend): .... und auch von einem gewissen Idealismus geleitet ist. Er hat die Erledigung der Dienstbotenordnung urgiert und auch darauf hingedeutet, dass ein Antrag bezüglich Errichtung einer Dienstvermittlungsanstalt schon längere Zeit auf Erledigung warten lässt. Es ist ja richtig, dass diese beiden Gegenstände schon seit längerer Zeit der Erledigung harren, aber das liegt eben in der Schwierigkeit des Gegenstandes selbst. Wenn man eine solche Idee in die Wirklichkeit setzen muss, so ist man gezwungen, viel langsamer und vorsichtiger vorzugehen, als wenn man einen Antrag darüber einbringt. Ich verweise speciell auf die schwierige Frage, wie dem nicht abzuleugnenden Unwesen beim Dienstvermittlungsgeschäft abgeholfen werden kann. Derzeit müssen wir eben noch mit der Thatsache rechnen, dass 224 oder 230 — die Ziffer ist nicht ganz klar erhoben — jedenfalls über 200 concessionierte Dienstvermittlungsanstalten bestehen. Es ist meines Erachtens kein Ausweg vorhanden, über diese Dienstvermittlungsanstalten einfach hinwegzugehen und zu sagen: ihr dürft von morgen an euer euch verliehenes Geschäft nicht mehr ausüben. Das wäre eine Härte, zu welcher man sich sehr schwer entschließen könnte.

Es könnte also die Gemeinde nur eintreten in das Dienstvermittlungsgeschäft mit einem Dienstvermittlungsbureau, welches concurriert mit den übrigen Dienstvermittlungsanstalten und da fürchte ich sehr, dass die Hausfrauen nicht zur Gemeinde, sondern doch zu den Dienstvermittlern gehen werden, welche die Dienstvermittlung in einer Weise machen, die der Hausfrau zweckmäßiger ist. Übrigens mache ich auf eines aufmerksam, was nach meiner Erfahrung in Wien zu einem ziemlich verbreiteten Gebrauche geworden ist und das wirklich in dieser Richtung eine Abhilfe geschaffen hat. Das ist die Dienstvermittlung durch die Zeitung, durch das Inserat. Das ist billig und es wird nicht nur allein von den Dienstmädchen, sondern auch von den Hausfrauen in sehr ausgiebiger Weise benützt. Man sieht, dass in der Zeitung nicht nur pikante, sondern auch sehr nützliche Inserate stehen. Ich will aber nicht mit dem Proteste gegen ungerechte Angriffe auf den Stadtrath gesagt haben, dass der Stadtrath und die Institution des Stadtrathes nicht reformbedürftig sei. Es wäre überhaupt eine schlechte Anschauung einer Verwaltung, wenn sie der Meinung wäre, so wie sie im Augenblicke ist, ist es gut und daran soll kein Jota geändert werden. Es muss eine Verwaltung immer im lebendigen Flusse erhalten werden, sie muss sich immer den Verhältnissen anpassen und muss sich den Verhältnissen anpassen können und so gut, als die Verwaltung nach dem alten Statute es gethan hat, so gut wird es die Verwaltung nach dem neuen Statute thun können. Nur bin ich dagegen, dass das mit einer nervösen Unruhe geschieht, dass alle Augenblicke etwas anderes verlangt wird, dass man alle Augenblicke einen anderen und immer den Wunsch hat, dass das sofort geschehen soll; morgen, übermorgen soll das Statut wieder geändert werden, soll man an den Landtag gehen. Man muss abwarten, welche Übelstände sich im Laufe der Zeit herausstellen und man wird dann nach diesen Erfahrungen in die Lage kommen, das Statut zweckentsprechend zu ändern. Ich zweifle nicht, ich sehe es voraus, dass die Agenden der Communal-Verwaltung, insbesondere wenn neue Sachen dazukommen, solche Dimensionen annehmen werden, dass man zu einer Vermehrung der Stadtrathsstellen (Rufe links: Aufheben!) und damit eine finanzielle Belastung der Gemeinde dadurch nicht herbeigeführt werde, zu einer Herabsetzung der Functionsgebüren wird schreiten müssen, dass man ferner vielleicht genöthigt sein wird, den Stadtrath in einzelne Sectionen zu theilen, um die Erledigung der kleinen Stücke und kleinen Angelegenheiten umso rascher bewerkstelligen zu können. (Gem.-Rath Weitmann: Stadträthe erster und zweiter Classe!) Von diesem Gedanken ist in meinen Ausführungen nichts zu finden.

Es wird auch gewiss nothwendig sein, eine Form zu finden, in welcher man die Gemeinderäthe zu einer intensiveren Theilnahme an der Verwaltung heranzieht. Es ist das ein Wunsch, den ich seit jeher gehabt habe und den ich auch für berechtigt halte, und dem ich dadurch Ausdruck gegeben habe, dass ich nach meinen Kräften immer darnach getrachtet habe, dass das Oberaufsichtsrecht der Gemeinde organisiert werde. Freilich haben wir in gewisser Richtung damit traurige Erfahrungen gemacht; denn kaum war diese Oberaufsicht organisiert worden, kaum hat man sich endlich in den Sattel gesetzt, hat man einmal solche Commissionen gewählt, um zu sehen, wie diese Commissionen fungieren werden, da hat der Gemeinderath, wenigstens ein Theil desselben, gestreikt und sich geweigert, an diesen Commissionen theilzunehmen, und zwar aus formellen Gründen, die meiner Überzeugung nach nicht zureichend waren. (Gem.-Rath Gregorig: Sie waren schon richtig! — Gem.-Rath Trambauer: Sie waren berechtigt! — Gem.-Rath Hawranek: Jetzt thut der Trambauer dreinreden!)

Bürgermeister: Das steckt an. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Viele Anklagen werden auch über die Verwaltung in formeller Beziehung erhoben, und wird insbesondere bei der eigenen Regie darüber geklagt, dass zu viel Bureaukratismus herrsche. Meine Herren, den Bureaukratismus werden Sie aus einer städtischen und aus einer Staatsverwaltung nie hinausbringen (Ruf links: O ja!) — nein, der liegt in dem Wesen der Sache; man steht da vor zwei Eventualitäten: entweder bureaukratisch oder autokratisch. Wenn die Sache nicht bureaukratisch gemacht wird, so verfällt man naturgemäß in das autokratische System, denn dann muss die Anordnung eines einzelnen maßgebend sein. Dagegen wehrt man sich, sobald man die Folgen dieser Autokratie sieht. Ich will damit nicht sagen, dass der Bureaukratismus auf die Spitze getrieben werden soll — es gibt auch da eine Art der Einschränkung, welche den bei jeder städtischen und Staatsverwaltung nun einmal nothwendigen Bureaukratismus nicht weiter wuchern lässt, als es gerade die Sache verlangt. Eine

Preisausschreibung, um die Verwaltung zu ändern, würde ich für keine glückliche Idee halten, und ich glaube, man würde aus dieser Preisausschreibung gerade so wenig einen guten Vorschlag bekommen, als man bisher aus Preisausschreibungen eine gute Tragödie oder ein gutes Lustspiel bekommen hat — so etwas muss von selbst entstehen. Wenn einer unserer Beamten einen guten Gedanken hat, so soll er nur kommen (Gem.-Rath Gregorig: à la Stritzl!) und es sagen, er wird schon Gehör finden an der rechten Stelle — und wenn nicht gleich, so darf er die Geduld nicht verlieren — ein richtiger und guter Gedanke bricht sich endlich doch Bahn!

Ich will auf den so oft in diesem Saale behandelten Gegenstand von der Vereinigung der Vororte nicht weiter eingehen. Es ist schon da so viel überflüssiges gesagt worden, von jener (linken) Seite und vielleicht auch von unserer (rechten) Seite, dass ich auf Widerlegungen dieser Behauptungen nicht weiter eingehen will. Ich bin der Überzeugung, dass sich darüber erst reden lassen wird, bis die Verkehrsmittel in der gehörigen Weise ausgestaltet sein werden und hoffentlich wird dies in einigen Jahren doch der Fall sein. (Ruf links: In 20, 30 Jahren!) Nein, in 20, 30 Jahren nicht, aber vielleicht in fünf Jahren wird es sein. Rom ist auch nicht an einem Tage erbaut worden, und allzu ungeduldig zu sein, dürfen wir uns nicht angewöhnen, das ist eben das Zeichen unserer Zeit, wir sind durch Telegraphie, Telephonie und alle diese Künste so verwöhnt, dass wir wollen, dass auch Sachen, welche eben sehr stark an die Materie gebunden sind, geschaffen werden, wie durch ein Zaubermittel. Da müssen wir uns in die gehörige Geduld fassen und der Hoffnung Ausdruck geben, dass nicht unnöthigerweise gezögert wird. Es ist ja möglich, dass diese Verkehrsanstalten in einem rascheren Tempo gebaut werden könnten, und man sieht in diesem Falle nur wiederum, wie sehr der Staat durch dasjenige verdient und gewinnt, wodurch eine Gesellschaft oder der einzelne verlieren würde, nämlich durch das langsame Bauen. Ich will hoffen, dass die Verkehrsanlagen in einem rascheren Tempo vollendet werden, nachdem die Pläne fixiert sind und die verschiedenen Verhandlungen zu Ende geführt sind.

Die elektrischen Bahnen werden auch einmal die Straßen durchrollen, wenn auch da die Ausführung derselben noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird: aber der erste Anstoß ist gegeben, und es werden die Leute in der nächsten Zeit ja aufgefordert werden, diesbezügliche Offerte einzureichen.

Die Umgestaltung der Stadt darf auch nicht ruhen, ruht nicht und nimmt eigentlich einen sehr erfreulichen Verlauf. Besonders ist es die Innere Stadt, für welche eine sehr erfreuliche Baubewegung zu bemerken ist. Es wird darüber geklagt, dass der General-Regulierungsplan noch nicht fertig ist, die Schwierigkeiten der einzelnen Fragen sind aber sehr groß (Gem.-Rath Gregorig: Auch der Eigensinn gewisser Leute!) und es ist bei Lösung von solch wichtigen Fragen, bei der Führung gewisser Straßenzüge auf soviel Umstände Rücksicht zu nehmen, dass man ja in der That sehr vorsichtig in der Auswahl der Entschließungen sein muss. Ich weise nur zum Beispiel auf eine Frage hin, die dem General-Regulierungsplan-Bureau augenblicklich Kopfzerbrechen macht, das ist die Ausgestaltung des Platzes vor der Karlskirche. Eine gründliche Umgestaltung der Inneren Stadt wird allerdings nicht möglich sein, bevor nicht die Gemeinde Wien ein Expropriationsrecht bekommen hat. Auch in dieser Beziehung hoffe ich, dass in nicht allzu langer Zeit dem Gemeinderathe wird eine Vorlage gemacht werden können, um deren Erlassung die Regierung gebeten wird. Es hat gestern, anknüpfend an ein Referat, die Erwähnung eines Projectes stattgefunden, das in verschiedenen Corporationen und Vereinsversammlungen der letzten Zeit vielfach besprochen worden ist. Die Herren wissen, was ich meine. Es ist die sogenannte Franz Josefs-Avenue. Ich will mich über das Project selbst nicht aussprechen, möchte aber nur darauf aufmerksam machen, dass die Schwierigkeiten der Durchführung dieses Projectes schon darin gelegen sind, dass die Unternehmer eine 30jährige Steuerfreiheit verlangen, also ein Gesetz voraussetzen, welche ihnen erst diese ganze Calculation möglich macht. Einiges Staunen hat es in mir hervorgerufen, dass gerade diejenigen Herren, welche gegen die 18jährige Steuerfreiheit gestimmt haben, sich nichtsdestoweniger als warme Anhänger dieses Projectes gezeigt haben, trotzdem die Projectanten eine 30jährige Steuerfreiheit verlangen.

Es sei mir nun gestattet, einige Richtigstellungen bezüglich solcher Behauptungen vorzunehmen, welche im Laufe der Debatte gemacht worden sind. Zunächst ist von dem geehrten Herrn Gem.-Rathe Tomola unter Hinweis auf amtliche Daten behauptet worden, dass die Gemeinde Wien eine große Anzahl von systemisierten Lehrstellen unbesetzt lasse. Es wird vielleicht bei den thatsächlichen Berichtungen einer der Collegen, der über die Einzelheiten genauer informiert ist, die nöthigen Aufklärungen geben. Ich möchte nur auf eines hinweisen. Diese Daten, welche angeführt worden sind, stammen aus dem Jahre 1892 und werden benützt zum Behufe des Nachweises eines Verhältnisses im Jahre 1893; ferner sind diese Daten aus einer Zeit, wo, wie es ja bei allen Stellenbesetzungen selbstverständlich und in der Natur der Sache gelegen ist, eben einer Anzahl von Stellen in der Besetzung begriffen war. Der Überschuss, welcher bei den provisorischen Stellen besteht, deutet ja schon darauf hin, dass diese Daten aus einer Zeit stammen, wo die Besetzung im Fluss gewesen ist. Das ist ja alle Jahre der Fall, denn die Besetzung der Stellen nimmt mehrere Monate in Anspruch, schon deswegen, weil die einzelnen Gesuche die 19 Ortsschulräthe passieren müssen (Gem.-Rath Gregorig: Diesbezüglich liegt ja mein Antrag vor!) und daher die Begutachtung der Gesuche so lange Zeit in Anspruch nimmt, dass von der Ausschreibung der Stellen bis zur wirklichen Besetzung ein Zeitraum verfließt. Die Daten, welche da gebracht worden sind, stammen aus der Periode von October des betreffenden Jahres, also gerade aus einer Zeit, in welcher eben die Besetzungen der einzelnen Lehrerstellen in Ausarbeitung begriffen waren. (Gem.-Rath Tomola: Ich kann doch lesen, ob es 1892 oder 1893 war! — Bürgermeister: Ich bitte, nicht zu unterbrechen; Sie sind ja in der Lage, dann zu berichtigen.) Es werden darüber noch besondere Aufklärungen gegeben werden.

Es ist auch behauptet worden, dass die Wasserzufuhr ganz überflüssigerweise wieder der Transport-Gesellschaft überlassen worden ist. Diesbezüglich möchte ich nur darauf hinweisen, dass die Transport-Gesellschaft eben augenblicklich allein im Besitze der nöthigen Wasserfässer war und dass dieser Umstand zur Folge gehabt hat, dass man die Wasserzufuhr, welche die Interessenten rasch begehrt haben, der Transport-Gesellschaft überlassen hat.

Es ist auch auf einen Schulbau in Weinhaus hingewiesen worden, wo der Aufbau mehr gekostet hat, als die Erbauung der Schule. Diesbezüglich ist mir gesagt worden, dass allerdings der Schulbau nur beiläufig 23.000 fl. gekostet hat, dass aber der betreffende Bauunternehmer dabei zugrunde gegangen ist und einen

sehr bedeutenden Betrag draufgezahlt hat. In den Kosten — 24.000 fl. oder 26.000 fl., ich weiß die Ziffer nicht mehr ganz genau — waren nicht allein die Kosten des Aufbaues inbegriffen, sondern auch die Herrichtung des ganzen Gebäudes und die Errichtung eines Turnsaales und andere Umbauten.

Ich weiß nicht, meine Herren, ob ich mich auf das Thema hinauswagen soll und es einer langen Besprechung unterziehen soll, das in allen Reden schließlich angeschlagen worden ist: das der Besprechung der Verhältnisse unter unseren politischen Parteien. Man hat der liberalen Partei in der letzten Zeit wiederholt schwere Vorwürfe daraus gemacht, dass sie sich mit conservativen Parteien coaliert hat. Die Lage der liberalen Partei ist ja gewiss augenblicklich und in der gegenwärtigen Zeit eine sehr eigenthümliche. Die liberale Partei ist von drei Fronten angegriffen. Es ist kein unrichtiger Gedanke gewesen, sich nach einem jahrelangen Kampfe der Parteien zu einer Arbeitspartei zu vereinigen, die politischen Gegensätze beiseite zu lassen und eine Reihe von nothwendigen Gesetzen in der bestehenden parlamentarischen Form zur Verwirklichung zu bringen. Ich hoffe, dass diese Coalition ihre Früchte tragen wird und dass eine Reihe von nothwendigen Gesetzen, die sonst nicht zur Erledigung gekommen wären, im Reichsrathe durchgeführt werden. Ich meine da insbesondere die Reform der Civilprocess-Ordnung, des Strafgesetzes und die Steuergesetzgebung. (Rufe links: O je!) Ja, wenn die Herren auch mit der Steuergesetzgebung nicht zufrieden sind, so wird sie doch einen wesentlichen Fortschritt bedeuten gegenüber dem jetzt bestehenden Steuergesetze. Übrigens steht es ja jedem Reichsraths-Abgeordneten frei, seine Verbesserungsvorschläge vorzubringen und zu trachten, dass er sie auch durchsetzt. Aber ich bin ja selbst der Überzeugung, dass dieser Coalitionsgedanke nicht ein immerwährender sein kann, dass eine Zeit kommen wird, in welcher der Liberalismus wieder seine eigenen Wege wird gehen müssen, um nicht zu einen Conservatismus herabzusinken. Ich bin wahrlich nicht dafür, dass die Liberalen auf einem nun einmal bestehenden Programme gleichsam sich für alle ewigen Zeiten ausruhen. Auch hier muss der Grundsatz der Entwicklung in Anwendung kommen und die liberale Partei muss sich hüten, zopfliberal zu werden (Gem.-Rath Gregorig: Das macht nichts, aber judenliberal ist zuwider!) und in Formen zu verharren, welche sich nach der Entwicklung der Verhältnisse als veraltet herausgestellt haben.

Es ist jetzt eine sehr mächtige Bewegung in gewissen Volksclassen nach der Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes. Ich zweifle nicht, dass einmal die Zeit kommen wird, wo auch die liberale Partei einsehen wird, dass die Erweiterung des Wahlrechtes eine Nothwendigkeit geworden ist und dass sie einsehen wird, dass nur diejenige Wahlreform auch nur ein Übergangsstadium bieten kann, die eine gewisse Anzahl von Mandaten dem allgemeinen Wahlrechte überliefern wird. Zwei Mitglieder der Opposition haben in den Reden, welche sie hier in der Budgetdebatte gehalten haben, ein interessantes Geständnis gemacht. Sie haben nämlich die Beschuldigung zurückgewiesen, als ob sie reactionär wären. Ich weiß nicht, was ihre anderen Parteigenossen dazu sagen, aber ich glaube, dass diejenigen nicht das Recht haben, sich liberal und liberaler als die anderen zu betrachten, die mit einer Partei gehen, die doch entschieden reactionäre, wirtschaftliche Grundsätze propagiert und welche, um einer augenblicklichen Bedrängnis, die im Gewerbestande bestehen mag, abzuhelfen, kein anderes Mittel weiß, als die Concurrenz todtzuschlagen, die kein anderes Mittel namhaft machen kann, als zu sagen, demjenigen, der mit uns in Concurrenz ist, soll die Möglichkeit, das Geschäft zu machen, benommen werden. (Gem.-Rath Gregorig: Schmutzconcurrenz!) Der Liberalismus gründet sich auf die freie Entfaltung der Kräfte (Gem.-Rath Gregorig: Ja, beim Ausbeuten der anderen! — Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig, unterbrechen Sie nicht!) und diejenige Partei, welche diesen Grundsatz antastet, kann gewiss nicht sagen, dass sie liberaler sei als eine liberale Partei. Allerdings verlangen die Mitglieder der Opposition in manchen Fällen eine gewisse Erweiterung der politischen Rechte, aber meiner Überzeugung nach nur zu dem Zwecke, um sich selbst mehr zur Geltung bringen zu können, und wenn sie sich einmal zur Geltung gebracht haben werden, werden wir ja sehen, ob sie wirklich liberaler sind als die Liberalen. (Rufe links: Immer!)

Der Herr Gem.-Rath Tomola hat zum Schlusse darauf hingewiesen, dass in seinem Bestreben ein idealer Gedanke liege, nämlich die Liebe zu seinem eigenen Volke. (Rufe links: Da hat er recht gehabt!) Ich stelle nicht in Abrede, dass das eine Form des Idealismus sein kann, aber wenn man es übertreibt, so wird eben auch hier aus der Tugend ein Laster. (Rufe links: O je!) Geradeso wie die Liebe zur Familie zum Egoismus werden kann, kann auch die Liebe zum Volke zu einem gewissen Egoismus werden; die höhere Liebe ist die Liebe zur Menschheit und durch die Liebe zum Volke darf die Liebe zu den Mitmenschen nicht getödtet und beseitigt werden. (Lebhafter Beifall rechts.) Das ist für mich der wahre Idealismus, dass ich alle meine Mitmenschen liebe (Erneuerter Beifall rechts), und das ist auch der Kernpunkt der christlichen Lehre. (Bravo! rechts.)

Ich habe heuer im Sommer Gelegenheit gehabt, bei einer kleinen Fußtour in verschiedenen Fremdenbüchern mit einem Stampigliendrucke das Wort zu finden: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“ So stolz dieser Spruch aus dem Munde des Fürsten Bismarck war, so leuchtet dem österreichischen Auge eine gewisse unangenehme Tendenz daraus hervor, und ich würde viel mehr wünschen, dass die Studenten, die das hineingedruckt haben, sich einen Spruch aneignen würden, den ich in den letzten Tagen von einer Hand gelesen habe, welche wir alle lieben und verehren. (Bravo! Bravo! rechts.) Dieser Spruch lautet: „Fordere von dir und von anderen die Erfüllung der Pflichten mit Ernst; aber sei milde im Urtheil über die Fehler des Nächsten. Franz Josef.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Bürgermeister: Das Wort hat der Generalredner contra, Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Da eine Minorität einer parlamentarischen Körperschaft bei dem jetzt herrschenden Majoritätsprincip und bei der zumeist brutalen Ausnützung der Majorität nur selten in die Lage kommt, ihre Ideen zu verwirklichen, so bleibt ihr der Hauptsache nach nur ein Recht und eine Pflicht, nämlich das Recht und die Pflicht der Kritik der Thätigkeit der Majorität. In der jetzt abgeführten Debatte ist nun der Minorität die Erfüllung dieser ihrer Pflicht leicht geworden, denn es sind ihr ganz unverhoffte Hilfstruppen aus den Reihen der Majorität beigetreten. (Richtig! links.) Ja, ich muss sagen, dass die Herren Silberer, Frauenberger, theilweise Herold, gewiss aber Kaspar, Herrdegen manchmal die Verwaltung der Majorität so scharf kritisiert haben, dass, wenn wir solche Aussprüche gemacht hätten (Gem.-Rath Gregorig: Wären wir ausgeschlossen worden!), wie die waren, welche die Herren gemacht haben, und

wenn wir diese Angriffe gemacht haben würden, wir gewiss als eitel factiöse Oppositionelle erklärt worden wären. Wir wären zur Ordnung gerufen, ja vielleicht aus der Sitzung ausgeschlossen worden. Die Opposition des Wiener Gemeinderathes kann mit der Generaldebatte über das Budget außerordentlich zufrieden sein, denn auch in den Reden der Majorität liegt die Anerkennung der Berechtigung des Bestandes der Opposition. Wir hatten geglaubt, meine Herren, dass manche Reden der Herren der Majorität bei der großen Partei auf Widerstand stoßen würden; aber wir sind auch da angenehm enttäuscht worden, die große Menge der Partei hat diesen Reden Beifall geklatscht. Es liegt darin ein Zeichen der fortschreitenden Erkenntnis der Unhaltbarkeit der jetzigen Lage.

Wir können uns daher auch leichten Herzens darüber hinwegsetzen, dass der geehrte Herr Dr. Mittler, wie mir scheint, im Namen und im Auftrage der Partei am Schlusse seiner Rede gleichsam die eigene Partei aufforderte, sich wieder zu formieren, dass er weiters an den Herrn Bürgermeister väterliche Lehren richtete, wie er sich zu benehmen habe, dass er dem Herrn Bürgermeister sagte: Sie, Herr Bürgermeister, kokettieren Sie nicht zuviel mit der Minorität. Sie, Herr Bürgermeister, fürchten Sie nicht die Minorität, bleiben Sie hübsch als ein braves Kind bei der Majorität und dann wird er — der Dr. Mittler, dem Bürgermeister sein Wohlwollen nicht entziehen. (Heiterkeit links. — Gem.-Rath Hawranek: So ist es, ja!) Der Herr Dr. Mittler wird irren. Der Kriegsruf verfängt nicht mehr bei seiner Partei, und die Zeiten des starren Parteiregimentes sind vorbei. Freilich sind der Minorität jetzt noch die Pforten des Stadtrathes verschlossen, Sie dulden noch immer nicht, dass ein Mitglied unserer Partei in den Bezirksschulrath gewählt werde, Sie verschließen uns auch den Landesschulrath und haben uns nur angeboten, dass wir bei den sogenannten Controls-Commissionen mitwirken können, wenn wir die genügende Zeit dafür haben. Meine Herren! Wir können warten! Die Minorität verlangt von der Majorität keine Gnade, die Minorität besteht auf ihrem Rechte, meine Herren (So ist es! links), und sie wird jedes Anerbieten, welches geeignet ist, die Ehre der Partei zu verletzen, entschieden zurückweisen. (Beifall links.) Es war verletzend für die Ehre der Partei, als man ihr angeboten hat, man werde ihr einige Stellen in Commissionen concedieren, dabei aber zuerst das Verlangen stellte, die Majorität habe das Ablehnungsrecht bezüglich einzelner Personen. Das war verletzend und musste zurückgewiesen werden. Verletzend war es, dass man uns ausdrücklich erklärte, man werde uns nie eine Stimme oder einen Platz im Bezirksschulrathe oder im Landesschulrathe geben. Das war verletzend, weil der Grund, den man dafür anführte, ein vollständig unrichtiger ist. Man führte als Grund an, dass wir die Volksschulgesetze negieren. Meine Herren, wir negieren überhaupt keine Gesetze, sondern wären sehr froh, wenn die Gesetze beobachtet werden würden, aber selbst, wenn wir mit den Volksschulgesetzen nicht ihrer Gänze nach einverstanden sind, könnte uns ein Platz im Bezirksschulrathe oder Landesschulrathe nicht verweigert werden (Gem.-Rath Wünsch: Ah!), weil es das Recht eines jeden Staatsbürgers ist — und das sage ich dem Herrn Collegen Gem.-Rath Wünsch, der sich darüber so entrüstet — die Abänderung bestehender Gesetze zu wünschen und dahin zu trachten, dass sie auch wirklich abgeändert werden.

Wenn wir uns also geweigert haben, in einzelne Commissionen einzutreten, so haben wir das deswegen gethan, weil unsere Partei darauf besteht, dass sie in allen Commissionen, in allen Körperschaften, welche durch die Wahl des Gemeinderathes zusammengesetzt werden, eine ihrer Stärke entsprechende Anzahl von Mitgliedern concediert erhalte, welche sie selbst aus ihrer Mitte auswählt, welche dann auch von der Majorität gewählt werden. Das ist ein Recht, welches in allen anderen parlamentarischen Körperschaften anerkannt ist, welches zwar nicht in einem Gesetze steht aber welches parlamentarischer Anstand und parlamentarische Sitte dictieren und wir werden auch — wir sind überzeugt — es noch dahin bringen, dass uns dieses Recht gewährt werden wird. Es sind ja Friedensworte drüben gefallen, wir werden ja sehen, ob diese Friedensworte ernst gemeint sind.

Wir können auch ruhig die Vorwürfe übergehen, die von mancher Seite gegen uns gerichtet worden sind. So hat uns Herr Gem.-Rath Herrdegen im Schulmeistertone belehrt, dass unsere Opposition keine sachliche ist.

Meine Herren, wenn eine so schwache Opposition, wie wir es sind, innerhalb einer kurzen Zeit von vier Jahren derartige Erfolge errungen hat, wie wir sie errungen haben, dann, meine Herren, muss diese Opposition nicht eine rein persönliche, sondern sie muss eine sachliche gewesen sein, und sie ist es auch. Wir können auch ruhig darüber hinweggehen, dass Herr College Herold mit dem Vorgehen des Collegen Steiner nicht in allem einverstanden ist, dass er den Collegen Strobach nicht liebt — das sind lauter persönliche Dinge, die ja mit der Zeit verschwinden werden, und vielleicht wird Herr College Herold selbst noch zu einer besseren Überzeugung gelangen. (Zwischenrufe links.) Ja, er wäre es ja schon längst, aber, meine Herren, Sie dürfen sich nicht wundern, ich nehme es ihm nicht übel, er hat sein Geschäft in einer Gegend, die es mich wundernehmen läßt, dass er soviel reden darf, als er wirklich geredet hat. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall links.)

Herr Dr. Mittler hat uns auch den Vorwurf gemacht, dass wir so negativ wirken, und er hat speciell das Schicksal der sogenannten „Avenue" oder — wie ich es sagen möchte — die „Straße" „Tegetthoff—St. Stephan" unserer Partei in die Schuhe schieben wollen. Da muss Herr Dr. Mittler zuerst die Nase des Herrn Stadtbaudirectors, dann die Nase des General-Regulierungsbureaus, dann die Nasen sämmtlicher Mitglieder des Stadtrathes, welche dem technischen Berufe angehören, nehmen, und dann wird er die richtige Adresse erfahren. Wir, meine Herren, sind an dem Schicksale dieser Straße absolut unschuldig.

Aber, wie gesagt, alle diese Vorwürfe verschwinden gegenüber der Thatsache, dass zum Beispiel die Art und Weise der Vereinigung der Vororte mit Wien von Männern der Majorität heuer beinahe mit denselben Worten kritisiert wurde, wie wir sie immer kritisiert haben.

Meine Herren! Sie werden sich alle erinnern, wie oft der Herr Bürgermeister uns gefrozzelt und verspottet hat, wenn wir Kritik an der Art und Weise der Vereinigung der Vororte mit Wien geübt haben, wie er uns immer lächerlich gemacht hat, wie er uns immer eingeladen hat, wir mögen doch diesen alten Schimmel endlich einmal in Ruhe lassen und nicht mehr reiten — und jetzt erlebt der Herr Bürgermeister das traurige Schauspiel, dass seine eigenen Parteigenossen diesen alten Schimmel besteigen und ihn vor unseren Augen reiten. (Heiterkeit, lebhafter Beifall und Händeklatschen links; Zwischenrufe seitens des Gem.-Rathes Frauenberger.)

Bürgermeister: Ich bitte, nicht zu stören; ich werde schon antworten.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Herr College Frauenberger, Sie kommen noch an die Reihe. (Lebhafte Heiterkeit.)

Herr Dr. Nechansky scheint selbst zu fühlen, dass die Art und Weise der Vereinigung der Vororte mit Wien keine ganz richtige war, denn er hat heute gesagt: Ich will nicht darüber reden, ich will erst warten, bis die Verkehrsanlagen fertig sind. Na, da wird noch viel Wasser die Donau hinunterlaufen, bis die Sache fertig sein wird. (Heiterkeit links.) Er meint, es gehe etwas langsam mit den Verkehrsanlagen, aber das sei schon so beim Staate Usus; er meint, die Pläne sind fertig. O nein, sie sind noch nicht fertig, es ist noch gar nichts fertig, Herr Dr. Nechansky (Heiterkeit links), und ich weiß nicht, wann eigentlich die Verkehrsanlagen in Wirklichkeit durchgeführt sein werden; das eine weiß ich nur — das charakterisiert die Verwaltung nicht des jetzigen Bürgermeisters, sondern der Stadt Wien — dass in allen Fragen, welche die Verkehrsanlagen betreffen, der Gemeinderath in einer solchen Weise gedrängt wurde, dass kein Mitglied dieser Körperschaft Zeit gehabt hat, sich über die einzelnen Fragen vollständig klar zu werden. (Rufe links: So ist es!)

Vor zwei Jahren waren alle diese Dinge so dringend, und es wurde so gepeitscht, meine Herren, dass man geglaubt hat, am nächsten Tage fangen sie zu arbeiten an.

Meine Herren, das war alles purer Schwindel, nichts war fertig, und gerade in der Art und Weise, wie diese Verkehrsanlagen sowohl im Gemeinderathe, als im Landtage und im Reichsrathe behandelt worden sind, zeigt sich das verderbliche Vorgehen der Majorität, beziehungsweise der Führer derselben — die Majorität mache ich dafür nicht verantwortlich.

Herr Gem.-Rath Frauenberger hat auch nichts zu erwidern gewusst auf die Klagen wegen der Vereinigung der Vororte mit Wien.

Nur das eine hat er gethan, er hat gesagt: Wir sind unschuldig, es ist nur der Staat schuldig. Der Staat hat die Verzehrungssteuerlinie hinausgeschoben. An der Verzehrungssteuer kranken die Vororte. Daran sind wir unschuldig. Wir haben nur Balsam auf die Wunde gegossen. (Heiterkeit links.) Er hat mich ausdrücklich aufgefordert, ich soll als sein Kronzeuge fungieren. Es freut mich zuerst, dass er keinen seiner Parteigenossen als Zeugen für sich in Anspruch genommen hat, und ich erblicke in seiner Aufforderung, dass ich ihm Zeugenschaft leiste, die Anerkennung, dass ich immer die Wahrheit rede und dass auch Herr Frauenberger hievon vollständig überzeugt ist. Nun, ich möchte dem Herrn Frauenberger und der ganzen Majorität folgendes sagen. Als in jenem Ausschusse des niederösterreichischen Landtages, in welchem über die Vereinigung der Vororte mit Wien unterhandelt wurde, von mir die Bemerkung gemacht wurde: „Sie, Herr Statthalter, schieben Sie einfach die Verzehrungssteuerlinie hinaus, ohne dass Sie die Vereinigung der Vororte wit Wien durchführen, was wäre denn daran gelegen", da hat er erklärt, er, der große Statthalter Graf Kielmansegg, der große Führer der liberalen Partei im niederösterreichischen Landtage, Ihr Abgott, meine Herren: „Ah, das thut die Regierung nicht; entweder die Vereinigung der Vororte mit Wien oder es wird die Verzehrungssteuerlinie nicht hinausgeschoben." (Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Frauenberger: Aber, das war ja schon Gesetz!) Aber, mein lieber Frauenberger, ich kann Ihnen nicht helfen, er hat's halt doch gesagt. (Zwischenruf rechts.) Er wird's nicht ableugnen, ich versichere Sie, ich vertraue soviel auf den Statthalter Grafen Kielmansegg, dass er das nicht ableugnen wird. Wenn er es ableugnen würde, würde ich mit anderen Enthüllungen kommen.

Ich habe weiters — das muss behandelt werden, der Herr Bürgermeister schüttelt das Haupt, aber andere haben darüber gesprochen und ich werde auch darüber sprechen — im Ausschusse den Antrag gestellt, dass der Überschuss der jetzigen Verzehrungssteuer gegen die frühere Verzehrungssteuer der Stadt Wien zugewendet werden soll. Da hat mir der nämliche Graf lächelnd erwidert: „Aber ich bitte Sie, Herr Dr. Lueger, wir werden ja weniger und nicht mehr einnehmen, wie früher." Ich habe ihm darauf gesagt: „Dann können Sie es ja umso leichter thun, dann brauchen Sie an Wien nichts abführen." Er sagte darauf: „Das geht nicht, das ist gegen das Gesetz." Auch alle anderen Herren haben gelacht, als ich diesen Vorschlag gemacht habe, und so behaupte ich: Der Staat ist schuldig, er ist mitschuldig, aber die Hauptschuldigen sind die Führer der liberalen Partei, die Hauptschuldigen sind diejenigen, welche Wien in diese Lage getrieben haben, und welche wegen politischer Tendenzen, wegen Erhaltung ihrer politischen Macht die Interessen der Stadt preisgegeben haben. (Beifall links.) Und, meine Herren, Sie haben es auch aus finanziellen Gründen gethan, Sie hätten sonst nie die 100perzentige Biersteuer bekommen können; darnach haben Sie förmlich schon gelechzt, ja gelechzt, und vielleicht wollen Sie das auch leugnen, dass Sie auch nach dem bezahlten Stadtrathe schon gelechzt haben; wollen Sie vielleicht mir gegenüber leugnen, dass Sie die Stadtrathsstellen schon früher vergeben haben, bevor das Gesetz gemacht worden ist? Wenn Sie das nicht leugnen können, nehmen Sie die Schuld auf sich und tragen Sie auch dieselbe. (Rufe rechts: Das ist nicht wahr!) Ich habe dem Herrn Vaugoin gesagt, dass er für den Stadtrath prädestiniert ist, und er hat sich umgekehrt und hat in der heftigsten Weise gegen mich protestiert, geworden ist er es doch, weil ich es gewusst habe. (Zwischenrufe und Widerspruch.)

Bürgermeister: Ich bitte, wir wollen ja die Debatte ruhig weiter führen, nicht solche Intermezzos!

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Man hat den Vororten jeden Kreuzer vorgerechnet, der jetzt ausgegeben wird, jeden Kreuzer für Schulbauten, jeden Kreuzer für Canalbauten. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, dass die früheren Gemeinden keine Schulen gebaut haben, dass sie keine Canäle gebaut, keine Straßen gepflastert haben? Ja, was heißt denn das? Ist das, meine Herren, anständig, wenn man den Vororten jeden Kreuzer vorrechnet? Werden Sie, wenn Sie jemanden zu Gast einladen, sagen wir zum Mittagmal, werden Sie dem zum Schlusse sagen, was eigentlich das Essen gekostet hat, werden Sie sagen: diese Suppe kostet soviel und sofort? (Beifall und Heiterkeit links; Zwischenrufe. — Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe!)

Herr College Silberer hat das ganze Gebiet des städtischen Lebens in Betracht gezogen und ist dann auch auf die verschiedenen Parteien zu sprechen gekommen. Selbstverständlich ist unsere Partei nicht glimpflich weggekommen, aber wir sind im Gegenhalte zur liberalen Partei doch noch höchst anständig und gnädig behandelt worden.

Meine Herren, Ihr College, ein Mitglied der Majorität, Herr Silberer, hat Ihrer Partei direct zum Schlusse die Worte: „Portefeuille und Schande!" zugerufen.

Meine Herren, darin liegt eine geradezu vernichtende und furchtbare Kritik, umsomehr, als kein Anhänger der liberalen Partei es bisher gewagt hat, diesen Zuruf auch nur zu streifen und als unrichtig zu erklären. Meine Herren, Sie werden mir alle zugeben, dass der Herr Bürgermeister, den ich sonst sehr gern habe, unserer Partei gegenüber mit Ordnungsrufen nicht sparsam ist. Wie mein Freund Hawranek sich rührt, wird er zur Ordnung gerufen, oder irgendein anderer — gleich ist er da. Aber bei dem Zuruf „Portefeuille und Schande!" hat es dem Herrn Bürgermeister die Rede verschlagen, und er hat nur seufzend gesagt: Ich habe es nicht gehört! (Lebhafter Beifall und Heiterkeit links.)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich muss bitten, wenn Sie mich citieren, so verlangt ein loyaler Kampf, dass Sie mich richtig citieren. Aber, mit unrichtigen Citationen eine lächerliche, komische Situation zu schaffen, ist nicht richtig. Ich habe nicht gesagt, ich habe es nicht gehört, ich habe gesagt, ich habe diese Äußerung nicht verstanden, und bei dieser Kritik jener Äußerung bleibe ich auch jetzt.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Dann bitte ich um Entschuldigung, der Wiener sagt auch dann, wenn er nicht gehört oder nicht richtig gehört hat, ich habe es nicht verstanden, und der Herr Bürgermeister ist ein Wiener und er wird mir zugeben, dass vom wienerischen Standpunkte — und der Herr Bürgermeister redet auch hie und da im Wiener Dialecte — geglaubt habe, dass er diese Äußerung in dem Sinne auffasst, dass er nicht richtig gehört habe, was der Redner gesagt hat. Aber, wenn der Herr Bürgermeister diese Äußerung dem Sinne nach nicht verstanden hat, dann muss der Herr Bürgermeister nicht mehr auf der Welt leben; denn, wer diese Äußerung nicht verstehen konnte, den bedauere ich sehr.

Herr Collega Silberer hat manches Gebiet gestreift und manche Äußerungen gemacht. Mit dem einen sind wir einverstanden, mit dem anderen nicht.

Bezüglich der eigenen Regie will ich nur einiges bemerken. Die eigene Regie hat sich bewährt beim Lagerhause, die eigene Regie hat sich bewährt bei der Frage der Feuerwehrpferde, beim Central-Friedhofe, die eigene Regie hat sich noch überall dort bewährt, wo halbwegs die Sache ordentlich verwaltet worden ist. Die eigene Regie wird sich auch bei der Gaserzeugung bewähren. Sie wird sich bei der Herstellung elektrischer Bahnen bewähren, und wenn sie vielleicht bei der Straßensäuberung nicht so functioniert, wie jedermann es wünscht, so sind andere Gründe schuld. Kein Wiener sollte seiner Stadt ein so trauriges Zeugnis ausstellen, dass die eigene Regie bei gewissen Unternehmungen nicht möglich sei. Sie ist in Berlin möglich und in anderen Städten, warum in Wien nicht? Wissen Sie, was das bedeutet, dass sie in Wien nicht möglich ist? Das bedeutet, dass wir in Wien entweder nur Dummköpfe oder Spitzbuben haben. (Beifall links.)

Wir stimmen der Äußerung des Herrn Collegen bezüglich der Tramway vollständig bei, aber er wird selbst zugeben, dass, was von seiner Seite gesagt worden ist, schon zu wiederholtenmalen gesagt worden ist. Ich füge nur bei, was ich immer vorahne, vor der Tramway fürchtet sich — wir können nichts machen — nicht nur der Statthalter, sondern auch der Minister, warum, das weiß ich wohl, aber das werden wir an einem anderen Orte sagen.

Er hat auch über die Theater gesprochen; na, ich will darüber weiter keine Äußerung verlieren. Ich will nur kurz erwähnen, dass, wenn jemand beobachtet, wer im Parket, im Parterre oder in den Logen sitzt, dann weiß er, warum das Theaterwesen in Wien so zurückgegangen ist (Ruf links: Juden!), warum sich die Bevölkerung dafür nicht begeistern kann.

Der Herr College hat auch über die Überbürdung der Kinder gesprochen. Es ist wahr, dass die Kinder in der Schule, und zwar schon in der Volksschule, noch mehr aber in der Mittelschule überbürdet sind. Die Schuld daran liegt nicht im Griechischen, die Schuld liegt daran, dass jeder Professor seinen Gegenstand als Hauptgegenstand betrachtet und gar nicht Rücksicht darauf nimmt, dass die betreffenden Knaben oder Mädchen auch noch so und so viele andere Gegenstände zu studieren haben.

Er hat auch über die Manieren beim Essen gesprochen. Ich versichere Sie, da bin ich nicht so heiklich, wenn nur die Wiener etwas zu essen haben; wie sie es essen, das werden sie dann schon lernen. (Beifall und Heiterkeit links.)

Wenn ich an den Volksschulen einen Mangel auszusetzen habe, so erblicke ich ihn in dem nicht genügenden Unterrichte in der Muttersprache. Ich habe die traurige Erfahrung gemacht, dass die Knaben, selbst wenn sie die Bürgerschule absolviert haben, zum größten Theile nicht in der Lage sind, fehlerfrei ein — Concept will ich gar nicht sagen — aber ein Dictat zu schreiben. Das ist ein großer Krebsschaden und die Schulen, die der Gemeinde so viele Millionen Gulden kosten, leisten auf dem Gebiete der Pflege der Muttersprache nicht das, was sie eigentlich leisten sollen.

Ich will auch nicht über die mangelhafte Disciplin sprechen, nicht so sehr in den Volks- als in den Gewerbeschulen; ich will nicht darüber sprechen, dass zum Beispiel trotz der riesigen Summen, welche die Gemeinde Wien ausgibt, die Gewerbeschulen nicht jenen Zweck erfüllen, den sie erfüllen sollen, dass die Lehrjungen in den Gewerbeschulen förmlich verdorben werden, nicht von den Lehrern; sondern weil die Lehrer keine Disciplinarmittel haben, sind die Jungen sich selbst freigegeben und lernen dort alle Schlechtigkeiten, und wenn ein gut erzogener Junge in die Gewerbeschule kommt, wird er im Laufe der Zeit verdorben! (Richtig! links.)

Meine Herren! Ich stimme mit dem Collegen Silberer in vielen Punkten überein, welche er bezüglich des Bauwesens berührt hat, aber er wird doch selbst sagen müssen, dass der einzige der für breite Straßen schwärmt, und dafür, dass auch breite Gehwege gemacht und in jeder neuen Straße auch Bäume gepflanzt werden, ich bin. Ich wirke im Stadtrathe, was ich kann, für die Durchführung dieser Grundsätze. Wenn er vom Equitable-Haus erzählt und dasselbe ein Verbrechen genannt hat, so erinnere ich ihn, dass es unsere Partei gewesen ist, welche bis zur letzten Minute und Secunde sich gegen dieses Attentat auf Wien gewehrt hat. (So ist es! links.) Ich erinnere ihn, dass ich — ich weiß nicht, ob in einer Wählerversammlung oder hier — gesagt habe, ich bin der Meinung, dass, was damals beim Springer'schen Hause geschehen ist, ein Rechtsbruch sondergleichen war und dass man eigentlich hätte an eine öffentliche Tafel die Geschichte dieses Hauses verzeichnen sollen, damit in Hinkunft unsere Nachkommen wissen, wie bei uns in Wien zu Gunsten einer ausländischen Gesellschaft Recht und Gerechtigkeit gebeugt wurden! (Richtig! links.)

Ich stimme mit Collegen Silberer auch in vielen Punkten überein, die er bezüglich des Verkaufsmodus in Wien vorgebracht hat. Aber, meine Herren, wenn er auf das Vergebungswesen eingegangen wäre, hätte er noch andere Bemerkungen machen können. Die Zeit ist vorgerückt, und ich will Sie nicht mit einer Geschichte

aufhalten, der Cement-Geschichte. Aber, meine Herren, das ist ein ganz unglaubliches Stücklein, was da geliefert worden ist. Wenn man bedenkt, dass ein Offerent etwas erfahren haben muss, was den anderen verschwiegen blieb, dass ein Offerent gewusst hat, dass man geneigt ist, von dem einen Punkte der Offertbedingnisse abzugehen, und darnach ein Offert eingebracht hat! Wo solche Dinge vorkommen, ist das Vergebungswesen schwer krank (Zustimmung links), nicht weil das Vergebungswesen an sich schlecht ist, sondern weil Elemente mitwirken, die nach meiner Meinung nicht am Platze sind. (Sehr richtig! links.)

Bevor ich zu Herrn Frauenberger übergehe, noch ein Wort über die politischen Fragen. Ich streite mich nicht um Worte: Reactionär, Antisemit, liberal, fortschrittlich! Meine Herren! Nicht auf den Titel kommt es an, sondern darauf, was einer thut. Und da schmeichle ich mir und schmeichelt sich meine ganze Partei, dass sie immer die Rechte des Volkes gegen die Unterdrücker und Ausbeuter des Volkes vertheidigt hat. (Sehr richtig! links.) Und darin, glaube ich, liegt auch die richtige Demokratie, in der Vertheidigung der Rechte des Volkes gegen diejenigen, welche ihm die Rechte nehmen wollen. Wir sind im Wiener Gemeinderathe die Vertreter der politischen Freiheit und der Wahlfreiheit; wir sind diejenigen, welche für die Abschaffung der Wahlkörper eingetreten sind, für die Ausdehnung des Wahlrechtes, dafür, dass das Volk wirklich hier vertreten werde, und nicht einzelne Cliquen. Wir sind im n.-ö. Landtage dafür eingetreten, im Parlamente; wir sind ja im Parlamente neben den Jungczechen — man könnte sagen — die einzigen Kämpfer mehr für die Rechte und Freiheiten des Volkes. Wir sind daher Demokraten im wirklichen Sinne des Wortes. Und wenn wir gezwungen sind, hie und da gegen die Juden aufzutreten, so geschieht dies eben deswegen, weil die Juden zum größten Theile in Ihrem Lager sich befinden und die Juden zum größten Theile die Feinde der christlichen Völker sind. (Beifall links.)

Bürgermeister: Ich möchte bitten, Herr Redner, solche Äußerungen zu unterlassen. (Erneuerter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Den Herrn Gem.-Rath Frauenberger werde ich zum größten Theile dem Bürgermeister überlassen und ihm zeigen, dass ich ihm auch eine Freude machen will; neugierig bin ich nur, ob er den Muth hat, dasjenige zu widerlegen, was Herr Gem.-Rath Frauenberger erwähnt hat.

Bürgermeister: Aber, ich bitte . . .

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte, das muss ich sagen; wenn wir derlei gesagt hätten, wären wir zur Ordnung gerufen worden. (Gem.-Rath Frauenberger: Nur nicht denuncieren! — Heiterkeit links. — Gem.-Rath Hawranek: Er hat schon Angst!)

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gem.-Rath Frauenberger, um Ruhe!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber es geniert nicht, Herr Bürgermeister, ärgern Sie sich nicht, es macht mir ein Vergnügen, wenn er mir solche Aufmerksamkeit schenkt.

Herr Frauenberger hat sich auch als Schützer des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Prix aufgeworfen. Ich weiß nicht warum. Es ist Dr. Prix nicht angegriffen worden; ich glaube, man sollte diesen Geist hier nicht heraufbeschwören. Das beste für Dr. Prix ist, wenn Sie ihn ruhen lassen. Aber der geehrte Herr Collega Frauenberger hat kein Recht, für Herrn Dr. Prix einzutreten. Ich erinnere ihn an die Affaire Stritzl und an die uns wohlbekannten Äußerungen, die er über Dr. Prix gemacht hat. (Rufe links: So ist es!)

Was den Stadtrath betrifft, so hat Herr College Frauenberger sehr heftige Ausfälle gegen einzelne Personen gerichtet, darunter auch gegen mich. Ich werde auf diesen Ausfall nicht eingehen, weil ich glaube, dass es nicht nothwendig ist, dass ich mich vertheidige. Merkwürdig ist aber, dass er erklärt hat, der Stadtrath ist eine nothwendige Institution. Herr College Frauenberger ist also für den Stadtrath, ist aber gegen die Stadträthe! (Lebhafte Heiterkeit links.) Das gibt etwas zu denken. Ich leugne es nicht, dass ich für meine Person immer ein Gegner des geheimen bezahlten Stadtrathes bleiben werde.

Ich habe oft genug hier schon gesagt, dass die einzelnen Stadträthe fleißig sind, dass manche sogar mit Aufopferung arbeiten, das leugne ich nicht, weil es ein Unsinn wäre, so etwas abzuleugnen. Gegen den bezahlten Stadtrath bin ich, weil der bezahlte Stadtrath, wie ich schon hier gesagt habe, jede Partei corrumpiert (So ist es! links), Ihre und auch unsere, ohne Unterschied. Gegen den geheimen Stadtrath bin ich, weil ein Geheimnis nie gutthut, gegen den Stadtrath überhaupt bin ich, weil der Stadtrath nicht in der Lage ist, die ihm zugewiesenen Geschäftsstücke zu bewältigen. Meine Herren, wir sind überbürdet. Da mag Herr Dr. Nechansky sagen, was er will, er mag den Stadtrath reinwaschen wollen, es geht nicht. Nicht die Personen tragen schuld, sondern die Sache. Die Überbürdung des Stadtrathes ist eine notorische, und wenn zum Beispiel Herr Dr. Nechansky sagt, dass die Dienstboten-Ordnung bisher nicht gekommen ist, liege in der Schwierigkeit der Frage, so sage ich: Nein, Herr Dr. Nechansky, das liegt nicht in der Schwierigkeit der Frage, das liegt darin, dass der Stadtrath absolut noch keine Zeit gehabt hat, die Debatte über die Dienstboten-Ordnung fortzusetzen. Es wäre so nothwendig, dass die Bauordnung geändert werde; ich sage Ihnen, es ist unmöglich, dass wir mit ordentlichen Referaten herantreten können, wenn die Überbürdung der Stadträthe so fortdauert. Jetzt ist gefordert worden ein Expropriationsgesetz. Ja, wann soll der Stadtrath das alles arbeiten? Es ist unmöglich. Es sollen die Bezirksausschüsse organisiert werden, es soll ein definitives Statut ausgearbeitet werden, aber wir kommen nicht dazu, weil wir keine Zeit dazu haben. Das alles beweist, meine Herren, wie recht ich habe, wenn ich erkläre, dass die Institution des Stadtrathes eine gänzlich verfehlte Institution ist. (Zustimmung links.)

Ich bin der Anschauung, dass der größte Theil der Geschäfte ruhig den Beamten des Magistrates überlassen werden könne auf Grund des zu beschließenden Budgets gegen ihre Verantwortung. Das ist meine Überzeugung. Die wichtigen Dinge überantworte man dem Gemeinderathe der Stadt Wien und, meine Herren, schaffe man wieder die alten Sectionen. Die waren gut. In den alten Sectionen haben die Mitglieder des Gemeinderathes mitgearbeitet, haben etwas gelernt. (So ist es! links.) Viele von jenen Mitgliedern, die früher schon Gemeinderäthe waren, müssen bestätigen, was ich jetzt gesagt habe.

Ich erkläre Ihnen, wenn diese Änderung eingeführt wird, wird der Gemeinderath wieder etwas bedeuten, während er jetzt nichts bedeutet. Sie sind jetzt, meine Herren, die reine Abstimmungsmaschine, Sie wissen oft gar nicht, um was es sich eigentlich handelt, und Sie können es gar nicht wissen.

Nun erlauben Sie mir, dass ich auf das Budget übergehe und damit meine Betrachtungen schließe. Ich nehme das Elaborat Ihrer Commission zur Grundlage. Wenn man die Bilanz richtig beurtheilen will, muss man nach meiner Meinung die currenten Einnahmen mit den currenten Ausgaben vergleichen. Es ergibt sich nun folgendes:

Currente Auslagen 33,054.815 fl., currente Einnahmen 11,584.000 fl., Abgang 21,470.820 fl., Ertrag der städtischen Umlagen 20,554.950 fl., Deficit 915.870 fl. Zu diesem Deficit von 915.870 fl. müssen Sie nach meiner Meinung dazurechnen die Post: „Ankauf von Realitäten 330.000 fl."; denn beide Herren Referenten werden mir zugeben müssen, die Gemeinde Wien wird in jedem Jahre Realitäten ankaufen müssen, entweder etwas mehr oder etwas weniger, aber jedes Jahr wird es kommen. Dann die Post: „Schulbauten im Betrage von 1,746.300 fl."; die Gemeinde Wien wird jedes Jahr Schulen bauen, jedes Jahr. Das ist der alte Streit zwischen mir und dem Herrn Budgetreferenten des Stadtrathes; aber die Erfahrungen geben mir recht. Ich kenne seit meiner Thätigkeit im Wiener Gemeinderathe nicht ein Jahr, in welchem nicht eine Schule oder mehrere Schulen gebaut wurden; und wenn die Stadt Wien vorwärts schreitet, wenn sich die Bevölkerung vermehrt, müssen naturgemäß jedes Jahr eine, zwei, drei, vier oder fünf Schulen erbaut werden. Darnach ergibt sich ein Deficit von 2,992.170 fl., rund 3 Millionen Gulden jährlich. Ich bemerke nur, diese Ziffern würden sich sogar erhöhen, wenn ich die Beschlüsse des Plenums in der Pflasterfrage in Betracht ziehen würde. Ich weiß nun wohl, dass nicht alles gemacht wird, was im Budget steht. Das Budget ist ja, das lässt sich nicht leugnen, nur so eine Art fata morgana, die man den Bewohnern hinhält; es wird nicht alles gemacht, was darin steht. Es wird nun erwidert, die Einnahmen steigern sich; aber selbst, wenn ich diese Momente mit in Betracht ziehe, so werden Sie mir doch zugeben, dass die Cassabestände, die Wertpapiere, dass der Grund und Boden endlich verschwinden werden. Nun, meine Herren, was dann? Dann werden Sie zuerst eine schwebende Schuld aufnehmen, wie Sie es ohnehin schon einmal gethan haben, dann werden Sie das thun, was auch der n.-ö. Landtag gethan hat. Wenn Sie nichts mehr haben, dann tritt zuerst die schwebende Schuld ein, der schwebenden Schuld folgt dann eine fundierte Schuld, und nach der fundierten Schuld folgen Erhöhungen der Umlagen. Das ist die reguläre Scala, die noch immer befolgt worden ist und immer noch befolgt werden wird.

Nun erlauben Sie mir, dass ich Ihnen folgendes sage: Die Ausgaben werden sich immer steigern. Die jetzige Beamtenwirtschaft können Sie nicht auf allzu lange Zeit beibehalten, eigentlich nicht die Beamtenwirtschaft, sondern die Praktikanten-, Accessisten- und Diurnistenwirtschaft, mit der kommen Sie nicht aus, wenigstens wird nach einigen Jahren das Bedürfnis nach einer Änderung an uns herantreten.

Schulden, meine Herren! Zu den jetzigen Schulden werden die Schulden für die Commission für Verkehrsanlagen, die Verzinsung und Amortisation des Wasseranlehens kommen. Von den Schulen habe ich schon gesprochen. Die Pflege der Straßen wird immer größere Summen erfordern, schlechte Pflasterung ist überall vorhanden, das Marktwesen wird immer steigende Auslagen verursachen, ebenso das Sanitätswesen — ich erinnere nur an die Reorganisation des städtischen Ärztewesens — das Feuerlöschwesen wird Ihnen noch bedeutende Mehrauslagen verursachen und College Witzelsberger könnte Ihnen vielleicht heute schon erzählen, wie rapid sich die Auslagen für das Feuerlöschwesen steigern. Das Armenwesen wird immer mehr kosten; wenn Sie das System Elberfeld einführen, so — ich versichere die beiden Herrn Referenten — werden sich die Ausgaben gewiss steigern. Mit der Vermehrung der Armenräthe haben sie sich schon gesteigert und wenn Sie da erst das System Elberfeld einführen, dann werden die Ausgaben ins Unendliche steigen. Ebenso werden die Ausgaben für das Unterrichtswesen sich immer mehr vermehren und gewiss nicht vermindern. Nun, wenn man das bedenkt, so fragt man sich: Ja, was sagen denn die einzelnen Personen, welche berufen sind, hier abzuhelfen?

Ich bespreche zuerst die Vorschläge der Budget-Commission. Der Herr Referent wird mir zugeben müssen, dass von den Resolutionen, welche die Budget-Commission beantragt, sich eigentlich nur zwei mit der Vermehrung der Einnahmen befassen — alle anderen enthalten eigentlich Mehrausgaben. Wissen Sie nun, wo die Budget-Commission glaubt, Mehreinnahmen finden zu können? Erstens beim Amtsblatt (Heiterkeit links) — da wird vorgeschlagen, das soll in Tabak-Trafiken und bei Buchhändlern verkauft werden — damit werden wir mehr einnehmen. Und wissen Sie, bei welcher Post noch die Budget-Commission eine Erhöhung der Einnahmen für möglich hält? Bei der Einnahme für den Pferdedünger (Lebhafte Heiterkeit links), der wird zu billig verkauft — sonst weiß die Budget-Commission nichts — damit ist sie fertig.

Der Stadtrath fasst ins Auge die Convertierung der alten Anlehen; ich werde für die Convertierung der alten Anlehen sein — aber ohne Erhöhung des Capitals, nur mit Hinausschiebung der Fälligkeit, denn wenn das Capital erhöht werden sollte, dann, meine Herren, heißt das eigentlich ein Wuchergeschäft zu Gunsten derjenigen machen, die die Convertierung durchführen.

Die Herren Collegen Silberer und Winker schwärmen für ein neues Anlehen. Das sind eigentlich die Ärgsten. (Heiterkeit.) Die handeln nach dem alten Grundsatze, den man in der Schule gelernt hat: zwei von eins kann ich nicht, muss ich mir eins borgen. (Lebhafte Heiterkeit.) Es ist von ihnen sogar darauf hingewiesen worden, dass in früherer Zeit das gleiche geschehen ist. Jawohl, es ist das gleiche geschehen, aber es hat sich bitter gerächt und rächt sich jetzt noch und wir leiden unter der — wie soll ich sagen — kurzen Voraussicht oder Kurzsichtigkeit unserer Vorfahren. Wenn Sie ein neues Anlehen aufnehmen, so muss es verzinst und amortisiert werden. Dann brauchen Sie auch neue Einnahmen, von selbst kommt das nicht. So ziemlich alle meinen, es muss etwas für den übertragenen Wirkungskreis gezahlt werden. Sehen Sie, das ist auch eine alte Sünde von Ihnen! (Ruf links: Ja! — Heiterkeit.) Gelegentlich der Einverleibung der Vororte mit Wien habe ich darauf hingewiesen, dass wir die Kosten der Bezirkshauptmannschaften übernehmen. (So ist es! links.) Es hat nichts genützt, es war resultatlos. Damals musste das alles durchgeführt werden, nur damit man endlich einmal sich rettet und wieder Bürgermeister von Wien werde. College Herold meint, aus der Elektricität blühe der Gemeinde Wien das Glück. Das hätte dem Herrn Collegen viel früher einfallen sollen, jetzt ist es zu spät. Das hätte ihm zum mindesten zu einer Zeit einfallen sollen, als von unserer Seite beantragt wurde, dass die Gemeinde die elektrische Beleuchtung in die Hand nehmen soll. Jetzt sind schon so viele elektrische Gesellschaften gegründet worden. (Ruf

rechts: War schon beschlossen!) Jede Gesellschaft hat Kabel liegen. Es geht rapid vorwärts. Ich bin der einzige im Wiener Stadtrathe, der gegen jede Kabellegung stimmt, weil ich der Meinung bin, dass die Gemeinde Wien den wenigen freien Raum, den wir noch in den Straßen haben, sich für die von ihr gelegten Kabel reservieren soll. Aber es nützt nichts. Wenn ich das sage, so heißt es immer: Ja, die Geschäftswelt verlangt es, und wir müssen es bewilligen.

Meine Herren! Da haben wir die elektrischen Bahnen. Möglich, dass diese noch ein Erträgnis für die Gemeinde Wien abwerfen werden. Aber auch da ist mein Antrag im Stadtrathe abgelehnt worden, den Bau und die Verwaltung in eigener Regie zu führen. Es ist beschlossen worden, für den Bau und den Betrieb irgendein Unternehmen zu suchen im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung. Es wird hier darüber referiert werden.

Herr Dr. Mittler hat einen Vergleich mit Ungarn gezogen. Meine Herren! Was für Budapest geschehen ist, vergönne ich den Herren unten. Aber ich glaube, wir sollten diesen Vergleich nicht machen, denn, wenn wir diesen Vergleich machen, müssten wir wohl auch vergleichen, wie dann die anderen Bewohner des Königreiches Ungarn behandelt werden, und ich gestehe Ihnen: Ich verzichte auf gewisse Staatszuschüsse, wenn wir dafür nicht jene Agrarrevolutionen haben, wie sie sich in Ungarn in Alföld abspielten. Das ist dem Bauer abgeschunden, und solche Gelder will ich nicht haben. Aber er hat auch die Schäden angeführt, welche die österreichischen Regierungen der Stadt zugefügt haben. Da hat er recht. Wie sehr ist die Stadt Wien dadurch geschädigt worden, dass die Besteuerung der Bahnen und Fabriken verrückt wurde. Er hat darauf hingewiesen, dass auch nach anderen Richtungen hin die Stadt Wien durch Maßnahmen der Regierung geschädigt wird. Da frage ich ihn: Wer hat denn das alles gethan? und wenn er die Frage richtig beantwortet, so muss er sagen, die liberale Partei war es. (Rufe links: Jawohl!)

Herr Dr. Nechansky hat in seiner Rede alle möglichen Steuergattungen Revue passieren lassen und alle möglichen Unternehmungen; er hat gemeint, eine Assecuranz könne nicht viel tragen. Es mag sein, dass sie im Anfange nicht viel trägt, aber sie kann etwas tragen. Sehen Sie, jetzt hat die wechselseitige Brandschaden-Versicherungsanstalt bereits einen Reservefond von, ich weiß nicht wie viel Millionen. Meine Herren, in Prag werden aus der städtischen Assecuranz die Kosten des Feuerlöschwesens vollständig gedeckt (Hört! links. — Gem.-Rath Gregorig: Die haben keinen Noske dort!), wir müssen sie aus dem eigenen Sacke zahlen.

Er hat gemeint, die Idee mit den Stempeln sei sehr gut. Ja, meine Herren, die Gemeinde Wien hebt jetzt schon eine Kanzleitaxe für ihre Erledigungen ein, und da einen Stempel noch beifügen in der Anhoffnung, dass der Staat auf seinen Stempel verzichten werde — das ist schwer. Übrigens ist der Gedanke immerhin zu erwägen; ich bitte, nur mit dem nöthigen Nachdrucke denselben zu verfolgen.

Er hat darauf hingewiesen, dass die Luxussteuern wenig tragen werden; ich glaube das selbst. Er hat mich gefragt, was mit der Hypothekenbank war; ich war nicht Obmann der betreffenden Commission oder nur eine Zeitlang. Er hat endlich gemeint, es sei ein Wunder oder ein Verdienst der liberalen Partei, dass sie so lange Zeit ohne Erhöhung der Zinskreuzer ausgekommen ist. Es hat ein College in meiner Umgebung gesagt: Das häufige Erwähnen der Zinskreuzer macht die Sache verdächtig. Es ist keine Kunst, ohne Erhöhung der Zinskreuzer auszukommen, wenn man dafür die noch ärmeren Classen mehr besteuert. Sie haben ja den Bierkreuzer genommen, Sie haben die 30 Percent zur Verzehrungssteuer genommen. Der Bierkreuzer muss Ihnen immer vorgehalten werden und so oft ein Wiener ein Glas Bier trinkt, soll er eigentlich sagen: Verflucht sei die Partei, die mir den Bierkreuzer auferlegt hat .... (Lebhafter Beifall links. — Lebhafter Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat, unterbrechend): Ich bitte, sich doch etwas zu mäßigen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): ... Was mich aber sehr wundert, ist, dass Herr Dr. Nechansky für die neuen Steuergesetze schwärmt. Meine Herren, wir werden mit Noth zu kämpfen haben, wenn sich die Einnahmen gleich bleiben; aber — und da appelliere ich an den zweiten Herrn Referenten, den der Budget-Commission, der die Sache studiert hat — die Einnahmen bleiben sich nicht gleich, insbesondere dann nicht gleich, wenn die jetzt dem Parlamente vorgelegten Steuergesetzentwürfe wirklich zum Gesetze werden sollen; dann wird die Gemeinde in empfindlichster Weise geschädigt.

Meine Herren! Nach diesen neuen Steuergesetzentwürfen verschwindet die jetzige Einkommensteuer und an ihre Stelle tritt eine Einkommensteuer, zu welcher ein Zuschlag nicht erhoben werden darf und von welcher Einkommensteuer auch der Gemeinde Wien nicht ein Kreuzer zugeführt wird. Der jetzige Zuschlag zur Einkommensteuer beträgt 2,344.670 fl. Überdies wird die Basis auch der übrigen directen Steuern, zu welchen wir Zuschläge bewilligen können, herabgesetzt, und zwar durch die sogenannten Abzüge oder Nachlässe.

Es wird also die Gemeinde Wien einen bedeutenden Entgang ihrer Einnahmen haben, weil nur die Besoldungssteuer dazukommen wird, welche sie eventuell treffen kann. Merken Sie sich das jetzt! Was wollen Sie denn machen? Wie wollen Sie diesen Entgang hereinbringen?

Im Parlamente hat Dr. Groß, ein Mitglied Ihrer Partei, gesagt: „Nun, die Gemeinden sollen froh sein, dass sie endlich einmal von diesem Zuschlagswesen befreit werden.“ Sie wollen sich ein eigenes System schaffen, auch Herr Dr. Nechansky ist der Meinung. (Ruf rechts: Ich auch!) Sie auch! — Jetzt bitte, denken Sie gefälligst darüber nach, Herr Dr. Nechansky, was Sie denn besteuern wollen!

Meine Herren! Es gibt gar kein anderes Mittel — ich erkläre es Ihnen — als dass Sie entweder die Zuschläge zur Verzehrungssteuer oder die Zuschläge zu anderen Steuern erheben können — und darin liegt der Fluch für Wien: mit dieser Einkommensteuer, die der Staat vorschlägt, werden eigentlich die reichen Classen entlastet. (Rufe links: So ist es!) Denn wenn wir keine Zuschläge zur Einkommensteuer erheben können, müssen wir das Geld von einer anderen Seite bekommen. Ist das richtig, meine Herren? (Rufe links: Ja!) Und wenn wir das wollen, so können wir nur die Arbeiter treffen, den Gewerbestand, den Mittelstand, die Beamten u. s. w. Diese neuen Steuervorlagen der Regierung sind das verwerflichste, was mir jemals vorgekommen ist.

Wenn die Regierung gestatten wird, dass man diejenigen Personen, welche ein höheres Einkommen haben, eventuell etwas wegnimmt und den Gemeinden zuführt, das hätte noch einen Sinn; aber eine Einkommensteuer schaffen, zu der keine Zuschläge bewilligt

werden, und dann die Gemeinden, speciell die Gemeinde Wien, anweisen, ihre beinahe allzu reichen Bedürfnisse aus anderen Quellen zu decken, das heißt den Mittelstand zu Gunsten der Reichen einfach berauben. (Sehr richtig! links.) Es wird Ihnen keine zweite Einkommensteuer bewilligt werden, die Regierung kann es gar nicht, denn wenn sie eine zweite communale Einkommensteuer bewilligen würde, so würde sie dadurch eigentlich ihre eigene Einkommensteuer schädigen und es wäre dies gerade so gut, wie wenn sie ein paar Zuschläge bewilligen würde, und das wird sie und kann sie nicht thun.

So steht es mit den neuen Steuervorlagen, und ein Mitglied des Gemeinderathes der Stadt Wien, der gewesene Obmann der Fortschrittspartei und auch jetzt noch ein Führer der Fortschrittspartei, ein Stadtrath, erklärt hier, das sei ein Glück für Wien. (Ruf links: Unglaublich!)

Ich möchte die Herren doch bitten, zu sagen, was sie in Wien noch besteuern möchten. In Wien ist man ja besteuert vom Tage der Geburt bis zum Tode. Was man nur anrührt, ist besteuert.

Es muss Steuer gezahlt werden, ich könnte sagen, von der Milch an, die ein Kind bekommt, von allem, was die Leute essen und trinken. Man wird besteuert, wenn man heiratet — da besteuert zwar der Pfarrer, aber zahlen muss man auch (Heiterkeit) — Stempel muss man zahlen, und wenn man stirbt, fällt eigentlich die Gemeinde Wien über den Leichnam her — man könnte sagen: nur um herauszupressen, was da herauszupressen ist. Was da für Gebüren zu bezahlen sind, das könnte kein Stadtrath auswendig zusammenrechnen. (Heiterkeit.)

Ja, was wollen Sie denn noch besteuern? Wollen Sie vielleicht die Fenster besteuern? Eine Fenstersteuer wäre ja wieder der Zinskreuzer. Wollen Sie die Stockwerke besteuern? Das wäre wieder der Zinskreuzer. Was wollen Sie eigentlich besteuern? Die Gewölbe vielleicht? Woher wollen Sie das Geld nehmen, wenn nicht als Zuschläge zur Einkommensteuer? Ich bitte die Herren Referenten, darüber nachzudenken, und wenn sie eine Antwort darauf wissen, so werde ich befriedigt sein. Aber ich glaube, angesichts dieser ganz ungeheuerlichen Gefahr ist es Pflicht aller Mitglieder des Gemeinderathes ohne Unterschied der Partei, mit aller Entschiedenheit einen Druck auf das Parlament und die Regierung auszuüben, ohne Rücksicht auf die Coalition; denn wenn die Coalition uns nichts anderes schenken wird, als diese neuen Steuergesetze, dass die Fabrikanten in Wien noch weniger Steuer zahlen als bisher, dann, meine Herren, muss die Coalition bekämpft werden bis aufs Messer, und das ist unsere Pflicht. Mit lendenlahmen Resolutionen eines geheimen Städtetages, meine Herren, werden Sie nichts richten, sondern da muss alles daran, eine förmliche Volksbewegung zu inscenieren, wenn man überhaupt eine Ahnung davon hat, was der Gemeinde Wien bevorsteht. Es wäre auch — ich sage es offen — die Pflicht des Herrn Bürgermeisters, nicht bloß ein paar bedruckte Bogen ins Parlament hineinzusenden; diese gedruckten Bogen lesen die wenigsten. Nein, es müsste — ich habe dies bereits erwähnt — eine Bewegung des Volkes inscеniert werden! Wozu haben wir denn die Volkshalle? Es berufe der Herr Bürgermeister dorthin eine große Volksversammlung und er wird sehen, wie das werden wird!

Diesen Ministern, diesem Parlamente muss nach meiner Meinung die Wahrheit offen und ehrlich gesagt werden. Nur dann ist es vielleicht möglich, die großen Schäden, die der Gemeinde Wien drohen, auch wirklich von ihr abzuwenden.

Ich weiß nicht, ob Sie, meine Herren (rechts), bei der betreffenden Agitation mitthun werden; ich fürchte, Sie werden sich wieder an unserer Gesellschaft stoßen. Es ist uns schon gesagt worden, dass wir im Parlamente wirken und dort unsere Posten ausfüllen sollen. Wir werden dies gewiss thun, aber auch Sie mögen Ihre liberalen Gesinnungsgenossen im Parlamente verpflichten, mit der gleichen Entschiedenheit aufzutreten, wie wir auftreten werden. Nicht aber, dass es geschieht wie beim Localbahngesetze. Beim Localbahngesetze haben Abgeordnete der Stadt Wien gegen die Anträge des Stadtrathes gestimmt (Pfui-Rufe links) und sogar den Muth gehabt, zu erklären: sie thun das, weil sie sich der Partei unterordnen müssen. Meine Herren! Der große Noske, ein Mitglied des Gemeinderathes war es, der dagegen gestimmt hat. (Rufe links: Pfui Noske!) Da verdienen ja die Wiener, dass sie so behandelt werden, wie es jetzt in Aussicht steht. Nein, meine Herren! Es müssen sich alle aufraffen und zur Überzeugung kommen, dass ein so großes Unglück von der Gemeinde Wien abgewendet werden muss. Ich kann Ihnen nur sagen: die Opposition — darauf können Sie sich verlassen — wird ihre Pflicht erfüllen.

Es ist heute schon im Parlamente von dem Referenten das kostbare Geständnis abgelegt worden, dass bei Redigierung dieser Steuervorlage ziemlich cursorisch vorgegangen wurde. Wir werden das alles benützen, wir werden eine Agitation entfesseln, wie sie zu unseren besten Zeiten entfesselt worden ist. Wir werden unsere Pflicht erfüllen. Mögen auch Sie, meine Herren von der Majorität, und der Herr Bürgermeister der Stadt Wien Ihre Pflicht in diesem Falle erfüllen! (Lebhafter, langandauernder Beifall und Händeklatschen links. Beifall auf der Gallerie.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Die Gallerien haben sich jedes Zeichens des Beifalles zu enthalten. (Erneuerter, stürmischer Beifall links.) Das Wort hat der Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Die Rosen, welche meinem Herrn Vorredner auf seinem Wege beschieden sind, könnten mich fast neidisch machen. Ich muss aber sagen, Geschenke dieser Art in diesem Saale möchte ich lieber vermeiden. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.) Sie würden mich in Verlegenheit bringen. Ich begnüge mich . . . . (Lärm links.) Jedermann muss hier in diesem Saale dem anderen das Recht zustehen, seine Meinung auszusprechen. Wir gestehen dieses Recht jedem von Ihnen zu, aber auch jeder von uns nimmt es für sich in Anspruch, und wenn Sie überhaupt sich als Parlamentarier, als Mitglieder einer Gemeindevertretung fühlen, so müssen Sie es als Axiom anerkennen, dass dieses Recht jedem zustehen muss. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Ich werde mich sehr kurz fassen. Auf die einzelnen Äußerungen der geehrten Herren Vorredner will ich so wenig als möglich im einzelnen eingehen. (Unterbrechung links.)

Ich verbitte mir jede derartige Unterbrechung. (Widerspruch und Lärm links; Beifall rechts.) Das ist eine Beleidigung.

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Es ist gegen den Anstand, den Herrn Bürgermeister, wenn er spricht, immer zu unterbrechen. (Gem.-Rath Gregorig: Der ist auch kein Herrgott! Es ist nicht so gefährlich! Er soll nicht so gescheit reden! — Fortdauernder Lärm links. — Rufe rechts: Ruhe! — Lärm links.) Ich bitte, stören Sie nicht fortwährend die Berathung.

Bürgermeister (fortfahrend): Sie haben gehört, mit welcher Ruhe dem Herrn Vorredner zugehört wurde. (Gem. - Rath Gregorig: Weil es interessant war! — Rufe rechts: Ruhe! Hinaus!

— Gem.-Rath Frauenberger: So ein Schwätzer! — Zwischenrufe und Widerspruch links.) Ich werde mich auf ein paar Hauptfragen, welche in der Generaldebatte angeführt und von mehreren Rednern beleuchtet und erörtert worden sind, beschränken.

Zu meinem Bedauern muss ich sagen, die Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien ist wieder in jener Weise besprochen worden, von der ich wiederholt gesagt habe, sie möge endlich begraben sein, sie möge ruhen. Leider ist das nicht der Fall. Auch der Herr Vorredner hat neuerdings die alten Irrthümer zum Vorscheine gebracht. Meine Herren! Er hat sich so weit verstiegen, ein Citat des Herrn Statthalters zu bringen, das ja mit den Thatsachen unmöglich in Einklang gebracht werden kann. Es muss da offenbar ein Missverständnis vorliegen. Das Verzehrungssteuergesetz ist datiert vom 10. Mai 1890; am 10. Mai 1890 also ist das Gesetz über die Reform der Verzehrungssteuer publiciert worden. Das Gesetz über die Vereinigung ist publiciert worden am 19. December 1890, also um sieben Monate später.

Die Reform der Verzehrungssteuer war demnach um sieben Monate früher Gesetz als das neue Statut und in dem Einführungsgesetze zum neuen Statute war bestimmt, dass dieses neue Gesetz erst später in Wirksamkeit treten solle, das heißt ein Jahr, nachdem die Zuschläge geregelt sein werden. Diese Thatsachen lassen sich nach meiner Ansicht mit der angeführten Behauptung absolut nicht in Einklang bringen. (So ist es! rechts.) Mit anderen Worten — und das ist historisch festgestellt und lässt sich nicht bestreiten — die Reform der Verzehrungssteuer ist der ganzen Action vorangegangen und der Herr Vorredner weiß ganz genau, dass diese Reform nicht etwa eine Passion, ein Sport einiger weniger liberaler Führer war, sondern dass sie hervorgegangen ist aus einer jahrelangen Bewegung der alten Vorstadtbezirke. Der Herr Vorredner weiß das ganz genau, da er ja Vertreter zweier Vorstadtbezirke — den einen vertritt er im Gemeinderathe, den anderen im Landtage und Reichsrathe — ist, er weiß sehr genau, welche Unzufriedenheit, welche beständigen Klagen in diesen Vorstadtbezirken darüber bestanden haben, dass zu Gunsten der Vorortebezirke ein Privilegium besteht, die geringere Steuer nämlich, die für jedes Approvisionierungsgeschäft geradezu ein Capital oder wenn Sie wollen eine Rente bedeutet, eine Thatsache, die zur Folge hatte, dass die Umsatzverhältnisse aller Geschäftsleute in den Vorstadtbezirken immer mehr zurückgegangen sind, während die Approvisionierungsgeschäfte in den Vororten geblüht haben, eine Thatsache, die weiter zur Folge gehabt hat, dass an eine Concurrenz zwischen diesen Geschäften innerhalb und außerhalb des Verzehrungssteuerrayons auch gar nicht zu denken war. Dass die Vorortebezirke daran so lange als möglich festgehalten haben, das will ich begreifen, das gebe ich Ihnen zu, niemand will den Vortheil, den er besitzt, aufgeben; dass aber die Vorstadtbezirke das nicht länger dulden und mitansehen wollten, das weiß der Herr Vorredner ganz genau, und diese Erwägungen haben den Gemeinderath seit 20 Jahren bestimmt, an die Regierung heranzutreten und ihr zu sagen, es dürfen diese Verhältnisse nicht länger bestehen, sie sind eine Ungerechtigkeit, die aufgehoben werden muss.

Meine Herren! Ist das Verlangen, dass das Privilegium zu Gunsten einer großen Gruppe von Mitgliedern, dass ein so außerordentlicher einseitiger Vortheil endlich einmal aufgehoben werde, ein unbilliges? Nun, endlich ist es gelungen, Verhandlungen darüber einzuleiten; es lag ein großes Unrecht vor, und jeder Zeitgenosse, der das mit erlebt hat, begeht selbst ein ebenso großes Unrecht, wenn er behauptet, es sei möglich gewesen, günstigere Bedingungen zu erlangen. Es wird doch niemand sich der Illusion hingeben, zu glauben, dass es möglich gewesen wäre, in Österreich das Princip der geschlossenen Städte aufzuheben. Wien ist ja nicht allein eine geschlossene Stadt, so viele Provinzialstädte in Österreich sind es auch, die Einnahme aus der Verzehrungssteuer dieser Städte ist eine Einnahme von soundsovielen Millionen, und niemand konnte sich der Meinung hingeben, dass es möglich sei, dem Staate diese Einnahmen abzuhandeln. Wenn aber jemand dieser Meinung gewesen wäre, alsbald hätte er sie aufgeben müssen, nachdem er mit dem Finanzminister in Verhandlung getreten ist, der erklärt hat, dass heute nicht daran zu denken ist, dass, wo er jetzt einen Überschuss von vielleicht einer halben oder ganzen Million im Budget hat, er ein Deficit von zehn Millionen herbeiführen wird dadurch, dass er auf die Verzehrungssteuer durch die Aufhebung derselben verzichtet, und ferner dadurch, dass die geschlossenen Städte als offen erklärt werden,

Zu diesen Erwägungen, die unerbittlichen Verhältnissen entsprungen sind, und die eine Aufschiebung der Reform nicht zugegeben haben, kommt die Erwägung, dass die Regierung ganz zweifellos und unter allen Umständen die Steuer in den Vororten erhöht hätte; das hat sie officiell ausgesprochen; endlich aber die Erwägung, und da appelliere ich an den Patriotismus der Opposition und an die Erkenntnis derselben, dass sich jeder, der die communalen Verhältnisse kennt und versteht, sagen musste, es ist keine Reform möglich — in keiner wichtigen communalen Angelegenheit — solange die Verzehrungssteuer nicht reformiert, solange die Vororte mit Wien nicht einverleibt sind; keine einzige wichtige Frage, meine Herren, können Sie reformieren, wenn Sie es mit 40 Gemeinden zu thun haben, wenn Sie mit jeder einzelnen verhandeln müssen in Bezug auf ihre Zustimmung, in Bezug auf das Terrain, das nothwendig sein wird, in Bezug auf die Finanzen, auf die Bedeckung, Einnahmen und Ausgaben — und vielleicht auch in Bezug auf die Beschlüsse der Gemeindevertretungen, Erwirkung von Landesgesetzen u. s. w. — das ist ausgeschlossen, und wir haben gesehen, dass Wien versumpfen muss, wenn diese Reform nicht durchgeführt wird (Beifall rechts), und deswegen, meine Herren, sage ich Ihnen, niemand von uns hat sich der Täuschung hingegeben, dass wir in den Vororten nicht Unzufriedenheit hervorrufen werden, weil wir es ja anerkennen und damals schon vorausgesagt haben, dass das Approvisionierungsgewerbe in den Vororten auf Jahre hinaus unzufrieden sein werde. Das wird jeder begreifen, aber jeder wird auch begreifen, dass man deswegen nicht eine so wichtige Frage verschieben oder fallen lassen darf. Wir haben aber diese unangenehmen politischen Erwägungen und Consequenzen auf uns genommen, weil wir gesagt haben: Es ist unsere patriotische Pflicht, diese Unannehmlichkeiten auszuhalten, sie auf uns zu nehmen, aber dafür unsere Pflicht zu erfüllen und dasjenige zu thun, was eine unabweisliche Nothwendigkeit ist, soll ein neuer Aufschwung, eine weitere Fortentwicklung, ein neues Terrain für den Flug der Stadt, für eine gesunde Weiterentwicklung unserer Stadt sich ergeben. (Lebhafter Beifall rechts.) Meine Herren, das ist geschehen, und wir haben uns in unserer Erwartung nicht getäuscht, und das, meine Herren — muss ich sagen — muss jeder, der warm für die Stadt fühlt, für ein Glück von Wien ansehen. (Lebhafter Beifall rechts. — Zwischenrufe links.) Das ist meine vollste Überzeugung, die ich, solange ich lebe, nicht aufgeben werde.

Es ist ein Malheur für die Opposition — ich habe es wiederholt ausgesprochen — es ist ein Unglück, dass die Opposition sich in der Frage noch immer hinhalten läst und an der anfänglichen Opposition festhält. Besser wäre es, wenn die Opposition einmal mit den Thatsachen rechnen würde, wenn sie aufhören würde, der Vorortebevölkerung fort und fort vorzulamentieren und auseinanderzusetzen, was sie verliert, wenn sie vielmehr beitragen würde, der Vorortebevölkerung die Vortheile der Einverleibung auseinanderzusetzen. (Beifall rechts. — Widerspruch links.) Meine Herren! Ein Mitglied der Gemeindevertetung, welches der Baumeisterbranche angehört, schaut mich verwundert an. Dieses Mitglied selbst hat mir gegenüber die Vortheile anerkannt (Hört! Hört! rechts), er muss sie auch anerkennen, es nützt ihm nichts. Er muss anerkennen, dass der Wert von Grund und Boden in den Vorortebezirken um soundsoviel gestiegen ist. (Widerspruch links. — Gem.-Rath Gregorig: Das ist unser Verdienst!) Nein, das ist unser Verdienst.

Glauben Sie, meine Herren, dass ein solches Steigen des Wertes von Grund und Boden in einer Stadt vorkommt, die im Niedergange begriffen? (Sehr gut! rechts.) Glauben Sie, dass ein solches Steigen des Wertes von Grund und Boden in Bezirken vorkommt, die im Niedergange begriffen sind und in wirtschaftlicher Deroute sich befinden? Nein, meine Herren, es mag sein, dass eine Anzahl von Geschäftsleuten, das gebe ich zu, die Approvisionierungsgeschäfte betreiben, leiden. Gewiss, meine Herren, das ist aber nicht alles! Derlei Opfer muss der einzelne im Interesse des ganzen bringen, das sind Opfer, die in dem Verluste eines Privilegiums bestehen, eines Privilegiums, von dem man sagen kann, es war nicht mehr gerecht; eines Privilegiums, von dem jeder schon vor 10 und 20 Jahren sagen musste: Kommen wird der Tag, wo dieses Privilegium erlöschen wird. (Beifall rechts.) Verwundert konnte darüber niemand sein. Also, meine Herren, sehen Sie, ich würde den Tag wirklich mit Freude begrüßen, wo ich sagen könnte, die Opposition stellt sich auf den Boden der Thatsachen, sie hört auf, der Bevölkerung ihre Schmerzen vorzulamentieren, sie hört auf, die Bevölkerung gegen uns deshalb zu hetzen, sie fängt an, die Bevölkerung aufzuklären, auf den richtigen Weg zu führen, die Bevölkerung anzuleiten, mit den Thatsachen zu rechnen und sie zu veranlassen, nunmehr an den Vortheilen zu participieren.

Und dass diese Vortheile da sind und kommen werden, will ich mit ein paar Worten streifen. Meine Herren! Es ist leider das in der Budgetdebatte nicht ausgesprochen worden. Aber ich habe wiederholt gesagt und angedeutet und sage es auch heute wieder, damit es die Bevölkerung hört und daran denkt; es muss ausgesprochen werden, dass eine solche Zeit des Aufsteigens, wie wir sie jetzt haben und wie sie kommen wird und kommen muss, heute in keiner anderen Stadt vorhanden ist. In keiner anderen Stadt ist eine derartig großartige Vorbereitung von Anstalten im Zuge, wie hier und es gibt keine Stadt, auf welche nicht die so großen Anstalten befruchtend, belebend, wohlthätig auf jeden einzelnen und auf das ganze einwirken würden. Meine Herren, das müssen wir verstehen, das müssen wir richtig auffassen, wir müssen die Bevölkerung auf den richtigen Weg führen, sich den neuen Verhältnissen zu accommodieren, insbesondere in den Vorortebezirken, in den ländlichen, wie in den dicht verbauten. Ich betone das, weil ich mit Bedauern sehe, dass insbesondere die ländliche Bevölkerung noch nicht auf den Sinn der Sache gekommen ist, dass sie sich noch zurückhaltend benimmt und dadurch die Zeit verliert. Ich bin selbst hinausgegangen, ich habe mich selbst bemüht, die Bevölkerung aufzuklären, und erst unlängst bei einer Commission habe ich leider eine gewisse Unzugänglichkeit, ein gewisses Misstrauen bemerkt, das sich bitter rächen wird. Ich verweise auf die Einwölbung des Krottenbaches, wo ich die Herren gebeten habe, sie sollen den Grund, der zur Herstellung der Einwölbung und einer Straße darauf nothwendig ist, unentgeltlich hergeben, deswegen, weil die Gemeinde kolossale Opfer bringt und weil daraus für die Anrainer riesige Vortheile entstehen. Ich gebe auch da zu und habe es gar nicht in Abrede gestellt, dass einzelne vielleicht nicht gut fahren — damit läst sich rechnen, ein großer Theil hat aber kolossale Vortheile, und gerade derjenige, der den größten Vortheil hat, der hat gesagt, er thut's auch nicht. Und wie ich ihm dann unter vier Augen gesagt habe: bedenken Sie, die Sache ist für Sie ein Haupttreffer, Ihr Grund und Boden wird zehnmal mehr wert! da hat er gesagt: ich würde mich nicht ausschließen, aber es ist schwer wegen der anderen!

Meine Herren, ich gebe das Ihrer Erwägung anheim. Sie behaupten, Sie haben so großen Einfluss. Ich bitte Sie — das ist der Gedanke meiner Bemerkungen an dieser Stelle — verwenden Sie diesen Einfluss und sagen Sie den Leuten, sie sollen sich auf den Standpunkt der Thatsachen stellen. Trachten Sie, dass das Gebiet canalisiert wird .... (Gem.-Rath Gregorig: Sagen Sie das dem Rothberger!)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich ersuche jetzt ausdrücklich, den Herrn Bürgermeister nicht fortwährend zu unterbrechen.

Bürgermeister (fortfahrend): Segen wird aus einer solchen Handlungsweise entspringen und wir werden, selbst wenn die Thatsache nicht so gut wäre, wie sie ist, sie zu einer segensreichen machen. Durch Ihre Opposition, durch Ihre Haltung werden Sie die Entwicklung der Angelegenheit nicht annullieren, nicht vernichten, nur aufhalten und verschieben; und ich habe auch den Interessenten draußen gesagt: Meine Herren, Sie stehen sich selbst im Lichte, Sie verschieben die Angelegenheit vielleicht auf vier, sechs, acht Jahre, Sie werden aufhören, Widerstand zu leisten, wenn Sie den großen Verlust, den großen Nachtheil einsehen werden, und vielleicht werden nicht Sie, sondern Ihre Kinder darüber die schwersten Vorwürfe erheben müssen.

Ich verlasse diese Frage mit der wiederholten, dringenden Bitte: streiten wir nicht mehr über dasjenige, was vorüber ist und von dem jeder Patriot sagen muss: es ist ein Glück, dass es geschehen ist, es ist ein Unglück, dass es solange verschoben wurde, und es wäre ein noch größeres Unglück, wenn es noch nicht geschehen, sondern noch länger verschoben worden wäre. (Beifall rechts.) Wirken wir zusammen, um aus den Thatsachen, aus demjenigen, was angebahnt und vorbereitet worden ist, möglichst viel Segen für alle Bewohner dieser großen Stadt hervorzurufen. (Erneuerter Beifall rechts.)

Ein paar Worte nur noch über das, was über die eigene Regie gesagt worden ist. Es ist schwer, über diesen Gegenstand zu sprechen. Wie schwer es ist, hat Ihnen der Herr Gem.-Rath Silberer bewiesen, mit dessen Ansichten ich durchaus nicht einverstanden bin.

Man muss zu solchen Ansichten kommen, wenn man das sieht und hört, was in dieser Frage hier im Gemeinderathe geleistet worden ist, in welcher Richtung insbesondere ein Mitglied aus dem VII. und ein Mitglied aus dem XIX. Bezirke großartiges geleistet haben.

Meine Herren! Ich sende keine Pfeile ab, mein Amt drückt mir eher die Friedenspalme in die Hand. Aber ich muſs sagen, der Gedanke der eigenen Regie ist schwer festzuhalten, gegenüber diesen ewigen Nörgeleien, Angriffen, Interpellationen, Bemerkungen, die alle nicht in sehr angenehmer und höflicher Form vorgebracht werden — ein Verhalten, das mir die Beamten einschüchtert, so daſs ich geradezu gezwungen bin, immer hinterher zu sein, die Beamten aufzumuntern, zu trösten, encouragieren und zu sagen: Laſst euch dadurch nicht irre machen, wir erfüllen unsere Pflicht, es wird die Sache schon auf den richtigen Weg gebracht werden — ich sage, durch dieses Verhalten wird eine eigene Regie sehr schwer gemacht (Sehr richtig! rechts), sie wird vielleicht ganz in Frage gestellt. Sehen Sie, in allen Städten gibt die eigene Regie zu mehr oder weniger verschiedenen Ereignissen Anlaſs.

Ich will hier eine etwas komische Geschichte aus einer deutschen Landeshauptstadt erzählen. Dort hat es auch geschneit, so wie bei uns, und die Bewohner und Gemeinderäthe waren auch nicht sehr zufrieden mit dem Wegräumen des Schnees. Man hat den Oberbürgermeister interpelliert, und der hat den Act vom Bauamte vorgelegt mit seiner Entscheidung. Da ist folgendes vorgekommen: Warum ist der Schnee nicht weggebracht worden?

Die Gründe waren folgende: Erstens hat es immer wieder geschneit. (Heiterkeit.) Zweitens hat man gehofft, daſs warmes Wetter kommen werde. (Erneuerte Heiterkeit.) Drittens hätte das Wegtransportieren des Schnees zu viel Geld gekostet. (Lebhafte Heiterkeit.) Aus diesen drei Gründen hat der Bürgermeister angeordnet, der Schnee soll liegen bleiben.

Sehen Sie, meine Herren, bei uns ist es aber so. In dem einen Bezirke wird gesagt, ja unsere Straßen sehen wie der Graben und der Kohlmarkt aus, das ist doch nicht nothwendig, wir sind von früher her viel Schnee gewöhnt, es ist schade, das Geld hinauszuwerfen. Aus einem anderen Bezirke bekomme ich wieder Briefe, in welchen es heißt: unerhört, Krähwinkel! es ist geradezu lebensgefährlich, man kann gar nicht gehen.

Das wird immer so sein. Wenn man aber jedes einzelne Detail, zum Beispiel, daſs ein Arbeiter eine Pfeife raucht oder im Brantweinhause sitzt, hier zum Gegenstande von Anklagen gegen das Präsidium und gegen die ganze Beamtenschaft macht, dann, meine Herren, ist die eigene Regie nicht möglich (Lebhafte Zustimmung rechts); und das sage ich Ihnen offen, wenn es so fortgeht, muſs das Präsidium, den Bürgermeister und jeden Beamten geradezu ein Schrecken befallen, wenn er hört, es soll wieder eine eigene Regie eingeführt werden. (Zustimmung rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Tüchtige Leute anstellen!) Nicht nur der Bürgermeister, sondern auch die Gemeinderäthe müssen also ein bisschen Geduld haben und überlegen, was möglich ist, was von anderen verlangt werden kann und was nicht. (Gem.-Rath Frauenberger: Wir wollen es nur durchgeführt haben!) Dieses ungestüme Verlangen nach Durchführung ist ungerecht — ich will keinen schärferen Ausdruck gebrauchen. Man überlegt nicht, fragt nicht, warum es nicht fertig ist, sondern man poltert und pocht, alles soll fertig sein, man kann es nicht erwarten, man will schon den Erfolg, den Triumph, den Lorbeer haben.

Ja, meine Herren, er wird schon kommen, aber er wächst nicht so schnell. (Heiterkeit.)

Ich verlasse auch diese Sache und bespreche jetzt noch eine: die Approvisionierung. Ein wahres Schmerzenskind, verkannt und ungerecht beurtheilt. (Gem.-Rath Gräf: Jawohl!) Ich brauche eigentlich über diesen Gegenstand gar nichts zu sagen, als hinzuweisen auf ein Intermezzo, das sich vor einigen Sitzungen zugetragen hat, wo ein Gemeinderath die Thierquälerei und die schrecklichen Übelstände geschildert und sein Gesinnungsgenosse und College in der größten Erbitterung ihm zugerufen hat: „Das ist nicht wahr!" Mehr brauche ich eigentlich nicht zu sagen. Jeder spricht über die Approvisionierung, jeder versteht sie. Wer einmal einen Spaziergang auf den Central-Viehmarkt macht, versteht schon alles, er kommt zurück, entweder erzählt er eine Geschichte oder er schreibt ein Buch — kommt einer von einer Reise, so kann er was verzählen — kurz, er ist fertig, er ist Fachmann in Approvisionierungs-Angelegenheiten und schimpft hier so, wie man sich sonst nirgends zu äußern wagt.

Meine Herren! Unsere Verwaltung ist anerkannt als tüchtig und gut. Ich verkenne am allerwenigsten die bestehenden Übelstände, ich erkläre Ihnen aber, es gibt keine Verwaltung ohne Übelstände; was heute noch gut ist, ist morgen überholt und schlecht. Heute wird gewünscht — ich verweile nicht lange bei diesem Gegenstande — der Verkauf nach Lebendgewicht, heute ist er das Ideal, und, meine Herren, an dieser Stelle sage ich Ihnen, nach einem Monate, wenn er eingeführt ist, werden Sie hören, was man über diesen Modus sprechen wird, — ganz aufs Haar dasselbe, wie über den Modus, der jetzt besteht. Das ist und war immer so.

Es wurde gesagt: ja, man hat kein Programm für die Approvisionierung. Der Staat, die Stadt tragen die Schuld, kurz, die Approvisionierung ist schlecht. Meine Herren! Die Approvisionierung ist nicht schlecht, das ist nicht richtig; in Wien gibt es Lebensmittel, wie in keiner Stadt der Welt, und sie kosten in Wien weniger wie in vielen Städten des Auslandes, Beweis dessen, daſs wir exportieren, daſs unser Viehstand hinausgeht nach Deutschland, in die Schweiz 2c. Dort ist alles theuerer wie hier. (Widerspruch links.) Da nützt alles streiten nichts, dort ist es theuerer wie hier, hier sind billigere Preise; Beweis dessen, daſs unsere Mäster in die Provinz und ins Ausland exportieren und nicht nach Wien gehen. Aber, meine Herren, lassen wir uns in Details, wie gesagt, nicht ein.

Es ist kein Programm da! Meine Herren! Ich könnte Ihnen ein Geheimnis verrathen: es besteht ein Programm. Sie wissen es aber noch nicht, diejenigen, die sich darüber beschweren und es gerne wissen möchten. Aber recht war es, daſs das Programm noch nicht ausgeführt worden ist. Sie haben ja heute gehört, was uns bevorsteht. Der unmittelbare Herr Vorredner — ich kenne ihn — ist ein Pessimist in dieser Sache. Das ist ganz begreiflich. Als Führer der Opposition wird er nie sagen: „die Rechnung der Gemeinde ist gut, die Gemeinde wird keine Schulden zu machen brauchen, sie wird die Umlagen nicht zu erhöhen brauchen". Das kann er nicht. Er muſs sagen: „Sie sind wieder einmal glücklich durchgerutscht, Sie haben noch kein effectives Deficit. Vielleicht werden Sie auch in diesem Jahre noch kein Deficit haben. Aber, Sie müssen doch die Beamtengehalte regulieren, Sie müssen das Armenversorgungswesen regeln 2c. 2c. Was wird da alles kommen! Und dann werden Sie Schulden machen, und auf das warte ich nur". Denn in dem Augenblicke, wo wir die Umlagen erhöhen müſsten, wäre die Opposition natürlich in ihrem Fahrwasser, da wird sie die Sympathien der Bevölkerung effectiv — daran zweifle ich gar nicht — für sich haben. Daraus ergibt sich aber für die Majorität die weise Lehre: Hüte dich, Sachen zu unternehmen, die dich passiv machen! Schau dich zuerst um, woher du das Geld

nimmst, um die Zinsen und Amortisation des aufzunehmenden Darlehens zu bezahlen. Man muss daher zuerst genau wissen, was man macht, und darf nicht abenteuerlich das Geld hinausgeben zu einer Zeit, wo es nicht möglich ist, das Programm auch in technischer Beziehung genau zu prüfen.

Das Approvisionierungsprogramm ist übrigens sehr einfach. Es handelt sich um die Schaffung eines großen Centralmarktes, das ist die Großmarkthalle, zweifellos. Und von da aus muss die Decentralisierung in die Detailhallen stattfinden. Wie aber die Großmarkthalle aussehen wird, das weiß heute niemand im Detail; niemand kann mit gutem Gewissen angeben, wie groß die Halle sein muss, was man dazu braucht, um die Halle in einer solchen Ausdehnung zu bauen, und das ist der Grund, warum eine Vorlage noch nicht gemacht ist. Wenn die Verhältnisse soweit gediehen sein werden, wird das Programm auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden und vielleicht wird es dann gelingen, die Zufriedenheit der Gemeinderäthe und der Bevölkerung in höherem Maße auf dem Gebiete der Approvisionierung hervorzurufen als bisher. Aber das eine möchte ich bitten: Lassen Sie doch zuerst die Bevölkerung schimpfen und dann schimpfen Sie! Aber in Wien ist es so, dass nirgends mehr geschimpft wird als hier im Gemeinderathe, und von hier geht dann die Schimpftendenz und die abfällige Kritik hinaus in die Bevölkerung. Das, meine Herren, ist bedauerlich und das sollten Sie nicht thun! Die Gemeinderäthe sollten, solange es möglich ist, die städtischen Anstalten vertheidigen und erst dann, wenn wirklich der Fehler constatiert ist, hieherkommen und verlangen, dass dieser Fehler behoben werde! (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das müssen Sie der Majorität sagen!) Das geht an die Adresse der Majorität wie an die Adresse der Minorität. (Rufe links: Aha!) Ich werde dann einen Unterschied machen.

Meine Herren! Ich möchte jetzt noch — ich bin sehr bald fertig — auf ein paar Bemerkungen des Herrn Vorredners erwidern. Ich folge ihm auf das Gebiet des Steuerwesens nicht. Er ist der Meinung, durch das neue Einkommensteuergesetz — es ist das jetzt das neueste Schlagwort — werden die Fabrikanten alle geschont! (Rufe links: Das ist wahr! — Commissions-Referent: Das ist nicht wahr!)

Wenn das der Fall wäre, so wäre ich gewiss nicht einverstanden; auch ich bin der Meinung, die reichen Leute müssen die Lasten des Staates vorwiegend tragen. Das ist ja keine Politik, das ist keine Tugend, das ist selbstverständlich, der Arme kann nicht als Säule der finanziellen Gestaltung des Staates gelten, sondern das müssen die Reichen, die Wohlsituierten.

Wie aber die Fabrikanten und Besitzer durch das Einkommensteuergesetz entlastet werden, das verstehe ich nicht. Wenn diese Steuer ordentlich, gewissenhaft, gerecht durchgeführt wird und wenn jeder getroffen wird nach seinem Besitze und nach seinem Einkommen, dann, meine Herren, haben die Betreffenden nichts zu lachen, das ist meine Meinung. (Gem.-Rath Strobach: Das ist aber nach der Vorlage der Regierung unmöglich!) Ich bitte, lassen wir das, wir werden ja sehen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber wir bekommen nichts, Herr Bürgermeister!) Das ist ein Übelstand, den haben wir besprochen.

Meine Sache und meine Art kann es aber nicht sein, mit dem Donnerkeil loszufahren. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das wäre aber sehr gut!) Zunächst haben wir denjenigen Weg betreten, den die großen Städte des Reiches zu betreten haben. Sie sind zusammengekommen und haben erklärt: wir erblicken in diesen Gesetzen eine Gefahr, es entgehen uns Zuflüsse, die wir bis jetzt gehabt haben, wir verweisen aber darauf, dass uns neue große Lasten bevorstehen, die uns geradezu erdrücken würden, wenn uns nicht neue Zuflüsse aus neuen Steuern zugewiesen würden. Wir haben auf diese Einkommensteuer hingewiesen, wir haben darauf hingewiesen, dass nicht bloß den Ländern etwas zugewiesen werden soll, sondern auch den Städten; wir haben darauf hingewiesen, dass wir die Verzehrungssteuer bekommen müssen, weil wir sonst nicht in der Lage sind, auf die Dauer unsere Lasten zu ertragen. Meine Herren, das ist ja alles umso wichtiger, als ja gar kein Zweifel ist, dass die Gemeinde Wien speciell sehr großen Lasten entgegengeht.

Was steht uns alles bevor? Wir sollen Gaswerke bauen oder kaufen, wir sollen neue Approvisionierungsanstalten herstellen; vielleicht hat der Herr Vorredner die Ziffer schon gehört, es wurde von vier bis fünf Millionen gesprochen; wir sollen das Lagerhaus ausgestalten, das kostet $1\frac{1}{2}$ Millionen. Herr College Winter hat gesagt, es wäre wirtschaftlich, sofort einen größeren Complex von Straßen zu pflastern, weil es unproductiv und unwirtschaftlich ist, mit den geschotterten Straßen solange fortzuwirtschaften, und man soll dafür einen größeren Aufwand machen, den man in einer Reihe von Jahren amortisiert; es kommen die elektrischen Verkehrsanlagen, die wir doch herzhaft in die Hand nehmen und durchführen wollen mit aller Macht, um die großen Distanzen, die heute in Wien bestehen, leicht erreichbar zu machen und dadurch insbesondere dem Minderbemittelten es zu ermöglichen, sich eine Wohnung nach seiner Wahl zu suchen und die Wohnung von seiner Arbeitsstätte schnell und billig zu erreichen. Es soll an eine weitere Vermehrung der Wasserversorgungs-Anlagen gedacht werden.

Das ist ein kolossaler Aufwand. Wenn wir das alles im Laufe der Zeit durchführen wollen, so müssen wir allerdings eine bedeutende Mehreinnahme haben, dann müssen Sie durch die neuen Steuern eine entschiedene Stärkung der städtischen Finanzen erreichen. Der Ernst der Situation ist mir und er ist gewiss allen klar, aber es ergibt sich aus diesen Erwägungen, dass die einzelnen Anstalten nur in einem mäßigen Tempo und nur nach reiflicher Überlegung aller Verhältnisse durchgeführt werden können.

Nun, meine Herren, noch eine persönliche Bemerkung an den Herrn Vorredner! Er hat gesagt: der Minorität sind die Pforten des Stadtrathes verschlossen. Die Minorität, sagte der Herr Vorredner — das war am Anfange, da ist noch etwas zu viel Temperament beim Herrn Vorredner zur Geltung gekommen — wird sogar in „brutaler" Weise behandelt.

Meine Herren, wer der Majorität und dem Bürgermeister Brutalität vorwirft, der würde wenigstens bei den Besuchern dieses Saales keinen Glauben finden. Im Gegentheile: die Majorität ist dahin gebracht worden, dass sie jeder Gelegenheit, aus der sich ein Conflict ergeben könnte, ängstlich aus dem Wege geht. (So ist es! rechts.) Man sucht den Frieden der Verhandlung, wie immer es nur möglich ist zu sichern. Meine Herren von der Opposition! Wenn Sie gerecht sind und wenn Sie überlegen, was Sie sich erlauben, wie Sie nach Belieben in den Saal kommen und hinausgehen, die Versammlung beschlussfähig und beschlussunfähig machen, und wenn Sie sich überlegen, was Sie für Krawalle machen oder gemacht haben (Heiterkeit), wie neulich drei Herren fortgegangen sind, und zwar der eine, weil ihm todtübel war, und die anderen zwei auch nur, weil ohnedies nicht

mehr 92 Gemeinderäthe da waren, dann werden Sie vielleicht zur Einsicht kommen, mit welch ungleichem Maße hier in diesem Saale gemessen wird. (Beifall rechts.) Meine Herren! Überlegen Sie das und wenn Sie es überlegen, so werden Sie solche Vorwürfe nicht mehr erheben. (Sehr gut! rechts. — Gem.-Rath Hawranek: Ist dort auch einer ausgeschlossen worden?)

Wenn Sie sagen, der Stadtrath ist Ihnen verschlossen, so verweise ich wieder auf folgendes. Der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix hat Ihnen zwei Mandate angeboten. (Rufe: Drei!) Also drei! Nun, meine Herren, wenn Sie schon wissen (Gem.-Rath Weitmann: Das war ein Pflanz!), daß die Majorität so brutal und so unzugänglich ist, warum haben Sie drei Stellen nicht genommen? (Gem.-Rath Hawranek: Weil die anderen hungrig waren!) Ich habe Ihnen nun zweimal je eine Stelle angeboten und habe gesagt: Meine Herren, greifen Sie zu, es können ja mehr werden mit der Zeit! Jetzt haben Sie einstweilen zwei; drei von früher und jetzt zwei sind fünf, eines haben Sie, ist sechs. Meine Herren, wieviel wünschen Sie? (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Sehen Sie, meine Herren, es ist ja nicht so arg, aber Sie sind der Sache immer mit einer gewissen Scheu aus dem Wege gegangen. Warum wollten Sie denn die Stellen nicht? Meine Herren, ich will es nicht sagen, obwohl Sie es ohnedies wissen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Die Gründe liegen bei Ihnen (So ist es! rechts) in diversen Verhältnissen, die ich natürlich nicht genau kenne, aber es hat ja sehr viel transspiriert; also Ihretwegen haben Sie die Stellen nicht genommen, es hat Ihnen nicht gepasst, Sie haben sie nicht gebraucht. (Rufe rechts: Das sitzt!) Wenn dem aber so ist, so hören Sie auf, uns Vorwürfe zu machen, nachdem Sie sich selbst sagen müssen, die Vorwürfe sind nicht begründet. Wären die schwierigen Verhältnisse nicht bei Ihnen gewesen, Sie hätten die Stellen genommen, Sie hätten heute sechs Stadtrathsstellen, und das Unrecht wäre gewiss kein so großes mehr; aber wenn Sie sie nicht genommen haben aus Gründen, die bei Ihnen liegen, dann sind die Vorwürfe nicht gerecht und der Herr Vorredner sollte nicht mit solchen Argumenten kämpfen und nicht sagen, wir sind brutal, barbarisch, ungerecht.

Meine Herren! Wir haben es dahin gebracht, dass wir Ihnen bei den letzten Commissionen ein volles drittel nach Belieben eingeräumt haben; Sie haben die Wahl gehabt. Wir haben uns daran nicht gestoßen (Gem.-Rath Strobach: Bezirksschulrath!), aber das wollten Sie auch nicht. Wo die Rede vom Stadtrathe war, da haben Sie vom Bezirksschulrathe gesprochen (Heiterkeit rechts); es war gar keine Stelle im Bezirksschulrathe frei, aber Sie haben davon gesprochen; wir haben dann von den Commissionen gesprochen, da haben Sie wieder vom Landesschulrathe geredet. Natürlich war da eine Einigung nicht möglich — also, bleiben wir bei der Wahrheit, bleiben wir bei der Wirklichkeit (Gem.-Rath Strobach: Jawohl, bleiben wir bei der Wahrheit!), dann wird es besser gehen, und da sage ich Ihnen das, womit der Herr Vorredner begonnen hat.

Er hat gesagt: Selbst Redner der Majorität haben anerkannt, dass eine Opposition nothwendig ist. Jawohl, eine Opposition ist nothwendig, aber nicht eine solche, das ist der Unterschied. Ich, meine Herren, ich sage Ihnen aufrichtig als Bürgermeister, ich habe diese Erkenntnis, diese Überzeugung: ich muss eine Opposition haben, ich brauche die Opposition, denn ohne Opposition ist eine Verwaltung correct gar nicht durchführbar — aber ich habe eine solche Opposition nicht. Die Opposition geht mir mit der nothwendigen Controle, ohne die ich nicht existieren kann, immer aus dem Wege (Rufe rechts: So ist es!), was immer ich thue, um sie zu bitten, dass sie doch in die Control-Commission eintrete, — ich brauche diese Controle wie einen Bissen Brot, ich fühle das Fehlen, den Mangel, ich habe nicht die richtige Controle, dazu gehört die Opposition, — sie geht aber nicht. (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Meine Herren! Ich will Sie nicht länger aufhalten; ich danke Ihnen für einige Bemerkungen, die wohlwollend waren — wohlwollend für die Verwaltung im allgemeinen, wohlwollend gegenüber meiner Person. Ich bitte Sie, meine Herren, um das eine: Bedenken Sie, anerkennen Sie die großen Schwierigkeiten, mit welchen eine so große politische Verwaltung kämpft, mit welchen unzähligen Verhältnissen, Factoren sie rechnen muss, was alles da ihren freien Arm, ihre Schwungkraft hemmt, ihre Kraft reduciert, bedenken Sie das alles und Sie werden dann vielleicht mehr Würdigung finden als jetzt, für dasjenige, was ist und was geleistet wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen rechts.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Ich unterbreche die Sitzung auf kurze Zeit.

(Die Sitzung wird um 8 Uhr abends unterbrochen. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 8 Uhr 35 Minuten:)

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Der Herr Stadtraths-Referent hat das Wort. (Rufe links: Es ist niemand da!) Es ist jetzt kein Beschluss zu fassen.

Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan: Die heurige Budgetdebatte zeichnet sich vor der Debatte früherer Jahre dadurch aus, dass sie mehr noch als früher unter dem Eindrucke der bevorstehenden Wahlbewegung stattfindet, infolgedessen viel mehr Gegenstände in den Kreis der Besprechung einbezogen worden sind, als es sonst der Fall wäre. Es ist das ganz in Ordnung, ich habe nichts dagegen einzuwenden, aber ich glaube, es ist nicht Pflicht des Referenten, sich auf jede einzelne Äußerung, auf alle Gegenstände einzulassen, welche in der mehrere Tage währenden Debatte besprochen worden sind.

Der Voranschlag, mit dem wir uns jetzt zu beschäftigen haben, ist der vierte seit der Vereinigung der Vororte, beziehungsweise der fünfte, weil nämlich im ersten Jahre die Verrechnung zwischen den alten und neuen Bezirken noch separat war, ist also der vierte, in welchem die Verrechnung gemeinsam gepflogen wird. Da muss vor allem die Thatsache constatiert werden, dass es ungeachtet der nach allen Richtungen, in allen Zweigen der Verwaltung hochgesteigerten Anforderungen möglich war, durch diese vier, beziehungsweise fünf Jahre die Wirtschaft zu führen, ohne dass die Steuern erhöht worden sind, ohne dass ein Anlehen gemacht worden wäre, mit Ausnahme desjenigen Anlehens, welches für einen ganz bestimmten Zweck, für die Wasserleitung, aufgenommen wurde und welches höchstwahrscheinlich auch aufgenommen worden wäre, wenn die Vereinigung nicht stattgefunden hätte. In dieser Zeit von vier Jahren sind nicht nur die Steuern nicht erhöht worden und kein Anlehen gemacht worden, sondern es sind, wie die Herren sich aus den Rechnungsabschlüssen überzeugen können, auch sechs Millionen Gulden an alten Schulden zurückgezahlt und unser Gemeinde-Eigenthum um beiläufig zehn Millionen Gulden vermehrt worden. Das ist eine unwiderlegliche Thatsache, welche nicht genug deutlich betont werden kann und welche alle Befürchtungen, welche man

seinerzeit — vielleicht in etwas übertriebenem Maße — über die finanziellen Erfolge der Einverleibung geäußert hat, zurückschlägt.

Ich kann den Herren versichern, dass ich seinerzeit, als mich der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix fragte: was halten Sie von den finanziellen Folgen der Vereinigung, wie stellen Sie sich dieselben vor, sagen Sie mir klar Ihre Ansicht — ihm gesagt habe: Es ist allerdings zu besorgen, dass die nothwendigen Auslagen, namentlich in Bezug auf die Vororte, welche ja mit ihren Einrichtungen etwas zurückgeblieben sind und welche nunmehr auf die gleiche Stufe mit den alten Bezirken gestellt werden müssen, groß sind, Auslagen nach zweierlei Richtungen: erstens in beständigen, bleibenden Auslagen durch die Vermehrung der Beamten, Lehrer und dergleichen, und zweitens einmalige Auslagen, das ist Erbauung von Schulen, Anstalten und dergleichen. Ich habe ihm aber dazumal schon gesagt, dass ich mit gutem Glauben und guter Hoffnung in die Sache hineingehe und hoffe, dass es möglich sein wird, ohne Erhöhung der bestehenden Umlagen das Auslangen zu finden. Nun, meine Herren, sind vier Jahre verflossen und wenn auch unsere Cassenbestände mit Ende des Jahres etwas knapp werden, so brauchen wir uns deshalb einer besonderen Sorge nicht hinzugeben. Denn diesen Fall haben wir schon öfter gehabt. Vor zehn Jahren schon, als ich das erstemal die Ehre gehabt, an dieser Stelle zu stehen und über das Budget zu referieren, wurde von Seite der Opposition das nahe — ich will den Ausdruck nicht wiederholen — das Nichtmehrweitergehen der Finanzwirtschaft prophezeit und uns ausgerechnet, dass wir noch zwei bis drei Jahre halten, dass es aber dann nicht mehr gehen wird. Die finanzielle Kraft und Leistungsfähigkeit der Gemeinde hat sich als besser erwiesen und es ist bisher möglich gewesen, das Auskommen zu finden. Ich glaube nun, dass das schwerste eigentlich vorüber ist. Denn die sprungweise Vermehrung und sprungweise Erhöhung der Zahl der Beamten, sowie ihrer Bezüge dürfte sich wohl in den nächsten Jahren nicht wiederholen und die regelmäßige Steigerung der Einnahmen bei gleichbleibenden Steuersätzen dürfte 800.000 bis 1 Million Gulden ergeben, ein Betrag, welcher ausreichend genug ist, um die ebenfalls mit einer gewissen Regelmäßigkeit steigenden currenten Bedürfnisse zu befriedigen. Nun wird man allerdings sagen: Ja, meine Herren, Sie haben in das Budget sowohl den ganzen Barstand und Effectenbestand eingestellt, Sie verkaufen eine Anzahl von Grundstücken; was wird später geschehen? Nun, meine Herren, da bitte ich, ich möchte sagen, ein geistiges Experiment zu machen. Ich bitte sich vorzustellen, dass die Rückzahlungstermine unserer Anlehen per 65 Millionen seinerzeit nicht auf 40 bis 45 und 50 Jahre erstreckt worden wäre, sondern wie es jetzt üblich ist, auf 70 und 90 Jahre, mit einem Worte, dass wir die kleineren Rückzahlungsquoten zu zahlen gehabt hätten, so würden meiner Überzeugung nach mindestens 10 Millionen weniger an alten Schulden zurückgezahlt worden sein.

Jetzt sind beiläufig 20 Millionen zurückgezahlt. Wir würden also mit der Rückzahlung nur ungefähr 10 Millionen geleistet haben und die anderen 10 Millionen müssten sich in unseren Cassen vorfinden. Nun frage ich Sie, ob jemand die Finanzlage der Stadt Wien nicht anders beurtheilen würde, wenn er sagen würde, ja, Sie haben 10 Millionen in den Cassen, Sie schwimmen ja in Geld, und doch wäre die Finanzlage nicht im geringsten eine andere. Man darf eben die Lage einer Stadt von dem Range der Stadt Wien nicht beurtheilen nach dem Bargelde, ob es ein paar Millionen oder ein paar Gulden sind, welche sich im I. Stock in unserer Cassa befinden, sondern man muss die gesammte Lage ins Auge fassen. Der Umstand, dass die Gemeinde Wien die Rückzahlungsquoten ihrer Anlehen in das Ordinarium einstellt, also im Laufe dieser vier Jahr 6 Millionen zurückgezahlt hat, sticht grell ab gegen den Vorgang, welcher von Seite des Staates beliebt wird. Beim Staate wird nämlich für jedes gezogene Los, 60er oder 64er Los, wieder eine sogenannte Tilgungsrente ausgegeben und außerdem wird jetzt noch ein anderer Vorgang beliebt, nämlich folgender: Wenn der Herr Finanzminister des Staates für gewisse specielle Zwecke Geld braucht, also zum Beispiel, wenn das rollende Material bei den Eisenbahnen ergänzt werden soll, wenn einzelne Hochschulen errichtet werden sollen oder, wie in letzterer Zeit geplant wird, das Telephonwesen verstaatlicht werden soll, so macht er specielle Anlehen bei der Postsparcassa, bei der Wiener Sparcassa, bei einzelnen Banken und dergleichen.

Das alles thut die Gemeinde nicht. Sie bestreitet alle diese Auslagen aus ihren vorräthigen Cassabeständen. Nun, meine Herren, ich will hier gleich einfügen, dass der Vorgang des staatlichen Finanzministers aus dem Grunde nicht zu bekritteln, sondern gutzuheißen ist, weil die großen Cassastände, welche vorhanden sind, höchstwahrscheinlich dazu dienen werden, um seinerzeit bei der Valuta-Regulierung die Einziehung der Staatsnoten zu erleichtern. Wir aber bei der Gemeinde haben keine Valuta zu regulieren, keine Staatsnoten einzuziehen und daher bin ich der Meinung, dass, solange es nicht dringend nothwendig ist, eine Vermehrung der Schulden hintangehalten werden soll.

Nun, meine Herren, habe ich schon erwähnt, dass es wohl nicht nothwendig ist, jeden einzelnen der Herren Redner, welche gegen das Budget gesprochen haben, zu widerlegen, sondern ich werde mich mehr an das allgemeine Material halten.

Es ist schon vom Herrn Bürgermeister zur Genüge dargethan worden, dass die alten Klagen bezüglich der Einverleibung 2c. wieder neu vorgebracht wurden, und ich werde es daher unterlassen, auf diese Sache weiter zurückzukommen. Ich möchte die Herren nur erinnern, von Zeit zu Zeit in den Voranschlag zu schauen und zu sehen, welche großen Beträge für Schulen, Wasserleitung, Pflasterungen, Sanitätswesen u. dgl. in den Vororten ausgegeben werden.

Es ist weiters, wie das ja so oft geschieht, unser Statut kritisiert worden, die Thätigkeit des Stadtrathes 2c. Da bin ich nun der Meinung, und ich habe dies ja wiederholt geäußert, dass unser Statut reformbedürftig sei, dass es keinem Zweifel unterliegt, dass ein solches Werk, wie die Vereinigung der Vororte mit Wien und die Verfassung des Statuts, nicht mit einem Schlage gelingen können, und dass es auch keinen Menschen auf der Welt gibt, der so weitsichtig ist, dass er im voraus alles sehen kann, was kommen wird, sondern dass man das erst erproben muss. Nachdem es aber nicht geht, mit jeder kleinen Änderung des Statutes an den Landtag heranzutreten, sondern man die Erfahrungen, ich möchte sagen, etwas zusammenkommen lassen muss, unterliegt es keinem Zweifel, dass wenn sich die Verhältnisse einmal geklärt haben, wenn man wissen wird, welche Mängel und Fehler zu verbessern sind, dass eine Änderung diesfalls nicht ausgeschlossen ist. Es ist gar kein Zweifel, dass der Stadtrath in seiner jetzigen Zusammensetzung mit 22 Mitgliedern mit den gewöhnlichen laufenden Angelegenheiten so überbürdet ist, dass es ihm wirklich schwer fällt, große Fragen zu erledigen, welche ein eingehendes Studium erfordern, welche, um sie bewältigen zu können, voraussetzen würden,

dass das betreffende Mitglied des Stadtrathes drei oder vier Wochen Urlaub nimmt, nicht um in die Bäder zu gehen, sondern um zu Hause die Armenpflege, das Marktwesen und dergleichen zu studieren, während der betreffende Stadtrath die Zeit dazu nicht hat, da er täglich den Sitzungen anwohnen muss. Das wird sich ja also in nächster Zeit ändern.

Ich gehe nun auf die einzelnen Beschwerden über, welche von Seite der Gegner des Budgets geäußert worden sind, und da komme ich zuerst auf eine Klage, welche sich auf die Verwaltung des Bürgerspitalsfondes bezogen hat. Es ist der Vorwurf gemacht worden, dass man einen Grundcomplex im V. Bezirke, welcher dem Bürgerspitalsfonde gehört hat, um einen billigen Preis verkaufen wollte, und die Opposition hat sich etwas darauf zugute gethan, dass sie diesen Verkauf verhindert habe. Weiters ist gesagt worden — und das schien mir etwas unrichtiger und überflüssiger zu sein — dass aus dieser schlechten Verwaltung des Bürgerspitalfondes es komme, dass die Pfründner wenig bekommen, dass für die Armen nicht so gesorgt werden kann. Dem gegenüber ist folgendes zu bemerken: Die Bezüge der Pfründner des Bürgerspitalfondes werden fast jedes Jahr erhöht. Die Pfründnerstellen sind so lange vermehrt worden, als noch überhaupt ein Bedürfnis für Pfründnerstellen vorhanden war. Nachdem sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass immer Vacanzen vorkommen, ist man infolge des Mangels an geeigneten Pfründnern darangegangen, den Überschuss an Einnahmen dazu zu verwenden, die Pfründner aufzubessern, und im heurigen Voranschlage wird der Antrag gestellt, Pfründner mit 15 fl. monatlich zu creieren; ein Betrag, welcher für die Armenunterstützung gewiss ein respectabler genannt werden kann.

Was aber den niedrigen Grundpreis anbelangt, so hat der Referent auf Grund der Schätzung unserer Ämter den Antrag gestellt, und da zeigt sich so recht der Nutzen des Gemeinderathes und der Opposition, dass man hier besser informiert wird, als einzelne Personen bei uns, und dass wir hier darauf aufmerksam gemacht worden sind, dass dieser Grundpreis kein angemessener ist. Und darum wurde der Antrag abgelehnt. Das ist das Gute und der Zweck, warum gewisse Angelegenheiten von größerer Wichtigkeit an den Gemeinderath kommen. Wenn schon das Sprichwort sagt: Vier Augen sehen mehr als zwei, so kann man umsomehr sagen: 138 Herren haben mehr Erfahrung, mehr Kenntnisse, wissen mehr, als der einzelne wissen kann. Das ist auch der Nutzen der Opposition, welcher gerne anerkannt wird. Die Opposition hat das natürliche Bestreben, Mängel in der Verwaltung zu entdecken, und dieses Bestreben schärft ihren Blick für alle diese Mängel, weil sie sie eifrig sucht. Das zwingt wieder die regierende, die herrschende Partei, den Referenten, genau, gut und sicher zu arbeiten. Es werden Meinungen pro und contra geäußert, und wie bei der Elektricität, springt aus der Reibung der Meinungen der Funke der Wahrheit heraus. So wird auch die Opposition zu Gunsten der Gemeinde wirken. Das ist ihre natürliche Aufgabe und so lange die Opposition sich in diesen Grenzen halten wird, wird sie uns sehr willkommen sein. Nicht nothwendig ist es aber, solche Bemerkungen zu machen, dass bei Anträgen, welche — ich gebe es gerne zu — vielleicht nicht ganz richtig waren, sei es mala fides oder Leichtsinn vorhanden war. Wenn man glauben würde, dass der Stadtrath allwissend und unfehlbar ist, so wäre es überhaupt nicht nothwendig, an den Gemeinderath zu gehen. Wir wollen die Sachen an den Gemeinderath bringen, um von den Herren zu hören, ob sie gegen die Anträge etwas einzuwenden haben.

Was die eigene Regie betrifft, so hat der geehrte Herr Bürgermeister über dieselbe bereits gesprochen. Wenn der richtige Mann an die richtige Stelle gesetzt wird — wir sehen es beim Lagerhause und verschiedenen anderen Geschäften — ist die eigene Regie gar nicht zu verwerfen. Im Gegentheile. Ich glaube, dass in den meisten Angelegenheiten die Gemeinde ganz gut geeignet ist, mit der eigenen Regie zu wirtschaften. Nun ist — wie ich glaube, nicht zu Gunsten der Sache — die Gasfrage hier gestreift worden. Ich habe es bedauert, dass die Schwierigkeiten der Budgetberathung noch durch die Complicierung mit der Gasfrage erhöht werden sollen, und dass einige Bemerkungen gefallen sind, von denen ich glaube, dass sie besser unterblieben wären. Zum Glücke ist die Situation der Gemeinde der englischen Gesellschaft gegenüber eine so außerordentlich günstige, dass sie selbst durch solche übel angebrachte Bemerkungen nicht verschlechtert werden kann. Ich glaube, in der Gasfrage ist es das beste, ruhig Blut behalten, die Sache kühl und vorurtheilsfrei zu beurtheilen. Der Hass und die Leidenschaft sind schlechte Rathgeber, und gerade in dieser Frage wäre es sehr gut, wenn die Gemeinde gut berathen wäre.

Endlich hat es der geehrte Herr College Tomola nicht unterlassen, die Bemerkung zu machen, dass unsere subalternen Beamten schlecht gezahlt sind. Meine Herren! Wir wissen alle, dass in Wien gewiss und vielleicht auch an anderen Orten bei keiner Behörde gerade die ersten Anstellungen, die Praktikanten- und Accessistenstellen und so weiter, so gut dotiert sind wie bei uns, ich halte das sogar für nicht richtig, keinesfalls ist es aber nothwendig, dass man von den städtischen Praktikanten einen Nachweis verlange, dass er eine Köchin zur Geliebten habe, damit sie ihm etwas zu essen gebe. Unsere Praktikanten, die oft mit 20 Jahren, und unsere Accessisten, die einige und 20 Jahre alt sind und 500 bis 1000 fl. Gehalt bekommen, sind noch ledige, junge Leute, viele davon leben noch bei ihren Eltern im Haushalte. Sie sind brillant gestellt und es ist nur zu besorgen, dass sich diese jungen Leute zu früh an große Ausgaben gewöhnen, und begreiflicherweise kann das Avancement in diesem Maße nicht nachkommen, daher dann Unzufriedenheit eintritt.

Unser sehr verehrter College Herold hat in der letzten Sitzung höchst elektrisch gesprochen (Heiterkeit) und ist neugierig gewesen, was ich zu seinen Vorschlägen bezüglich der Elektricität sagen werde. Ja, meine Herren! Das ist eine sehr schwere Sache, aber ich meine, dass der Budget-Referent doch nur mit solchen Einnahmen rechnen kann, welche mit einer ziemlichen Sicherheit eintreten werden, und dass ich auch sagen muss, mir ist in der Hand ein Spatz lieber, als die Taube am Dache. Ich hoffe, dass diese Elektricitätsangelegenheit zu einer Einnahme für die Gemeinde gedeihen wird. Gewisses kann man darüber noch nicht sagen.

Von Seite des Collegen Dr. Mittler ist darauf hingewiesen worden, dass die Stadt Pest sich besonderer Begünstigungen des ungarischen Reiches erfreue. Es ist zu wünschen, dass das in Wien auch der Fall ist. Indessen glaube ich, gebietet es die Gerechtigkeit, doch nicht zu übersehen, dass, wenn wir auch gerechte Anforderungen an die Staats- und Finanzverwaltung haben, doch anerkannt werden muss, dass auch von Seite des Staates in Österreich für die Stadt Wien sehr viel geschehen ist und es wäre undankbar, das nicht zu erwähnen.

Meine Herren! Die Donauregulierung ist allerdings eine Angelegenheit, die zum Theile das Reich angeht; nachdem aber die

Donau nur unmittelbar vor Wien reguliert wurde, ist der Beitrag, den Reich und Land gegeben haben, entschieden zu Gunsten der Stadt Wien gegeben. Ebenso sind die Verkehrsanlagen, welche kolossale Summen ausmachen werden, zwar auch eine Sache, für welche Reich und Land sich zu interessieren haben, aber doch zum größten Theile im Interesse der Stadt Wien liegen und zu welchem Werke Staat und Land große Opfer gebracht haben. Endlich darf nicht vergessen werden der vielgenannte und oft erwähnte Stadterweiterungsfond. Wenn er uns auch nicht so zur Verfügung steht, dass wir aus demselben die Straßenerweiterungen, die wir machen wollen, bestreiten können, so darf nicht vergessen werden, dass jeder Gulden des Stadterweiterungsfondes in Wien zu Gunsten der Stadt Wien und zu Gunsten der Verschönerung der Stadt Wien ausgegeben wurde. Dass eine andere Behörde die Macht darüber hat, ist richtig; wer weiß, wozu das gut ist.

Es hat der Herr College Herrdegen eine Bemerkung gemacht, die mir sehr angenehm war, nämlich die, dass in unserem Voranschlage und in den städtischen Schriften überhaupt eine so große Anzahl von Fremdwörtern vorkommt und er hat gewünscht, dass in Zukunft die Buchhaltung die überflüssigen Fremdwörter zu eliminieren habe. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen. Ich habe aus den ersten fünf oder sechs Seiten eine Anzahl von solchen Fremdwörtern herausgeschrieben — es wimmelt alles davon. Wenn nun auch nicht alle zu eliminieren sind und man sich davor hüten muss, gewisse Ausdrücke, welche in einer fremden Sprache präciser ausgedrückt werden können als in unserer Muttersprache, zu vermeiden, so gibt es doch eine Menge Ausdrücke, welche ebenso in der deutschen Sprache ausgedrückt werden können; man kann zum Beispiel statt „Licitation“ „Versteigerung“ sagen (Gem.-Rath Tomola: statt „pro“ „für“!), man kann statt „Budget“ „Voranschlag“, statt „Specialvoranschlag“ „Einzelvoranschlag“ sagen, u. s. w. Ich glaube also, dass es für unsere Buchhaltung eine ganz angemessene Aufgabe sein kann, in Zukunft die Fremdwörter zu eliminieren (Ruf: Eliminieren! Gem.-Rath Gräf: Ausmerzen!) — ja man kommt eben nicht heraus — also auszumerzen — und zwar möchte ich Sie bitten, diesen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Nun komme ich zur Anregung, welche sowohl von Seite des Collegen Silberer, als auch von Seite des Collegen Winker gegeben wurde, das ist nämlich die, dass für die Pflasterung, eventuell Canalisierung ein Anlehen aufgenommen werden soll, um diese Arbeiten in einem größeren Maße zu fördern, als dies bisher geschehen ist.

Nun, meine Herren, ich habe schon früher gesagt, dass ich kein Freund von Specialanlehen bin und dass, insolange es nicht nothwendig ist, die Zinskreuzer und überhaupt die Umlagen zu erhöhen und insolange unsere Barmittel ausreichen, man diese Anlehen, welche nicht für ganz große Zwecke sind, möglichst vermeiden soll. Es wird ja ohnehin an die Gemeinde die Nothwendigkeit herantreten — nicht für die Zwecke des currenten Budgets, sondern zur Errichtung von communalen Anstalten — oder sagen wir „Gemeinde-Anstalten“ — Anlehen aufzunehmen, sei es nun für die Gasanlagen oder für die Marktanlagen u. s. w. Es hat ja das auch der Herr Bürgermeister erörtert.

Ein weiterer Grund, welcher mich dazu bestimmt, diesem Antrage, welcher jedenfalls dem Stadtrathe zuzuweisen sein wird, nicht hold zu sein, ist der folgende. Wenn die Pflasterungen in forciertem Maße gemacht werden sollen, so wird das Steinmateriale im Preise steigen, es wird die Arbeit im Preise steigen, und wenn sich die Steinbrüche auf eine große Leistung eingerichtet haben, so würden nach einigen Jahren, wenn der Bedarf aufhören wird, diese Steinbrüche und auch unsere eigenen, die Gemeinde-Steinbrüche, wieder keine Arbeit haben.

In einer Richtung ist jedoch dieser Antrag erwägungs- und prüfungswert. Es sind nämlich die beschotterten Straßen in Bezug auf ihre Erhaltung viel theuerer als die gepflasterten Straßen; eine gepflasterte Straße braucht, wenn sie gut gemacht ist, an Erhaltung in den ersten Jahren fast gar nichts, während eine Schotterstraße alljährlich sehr viel Geld verschlingt. Es wird nun Sache der Berechnung sein und muss in jedem einzelnen Falle genau ausgerechnet werden, in welchem Verhältnisse die Mehrkosten der ungepflasterten Straßen zu demjenigen Betrage stehen, welcher den Zinsen des für die Pflasterung aufgewendeten Capitales entspricht. Wenn zum Beispiel die Pflasterung einer Straße 20.000 fl. kostet, also 800 fl. jährlich an Zinsen, wäre zu berechnen, wieviel die Straße an Beschotterung und sonstigen Erhaltungsauslagen kostet, und wenn der Unterschied kein zu großer ist, ist es jedenfalls ökonomischer, auf die Pflasterung einzugehen. Ich würde also bitten, diesen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Ich komme nun zum Schlusse. Meine Herren! Ich habe mir vorgenommen gehabt, auch über die politischen Verhältnisse ein Wort zu sprechen. Es ist aber in einer viel gründlicheren und schöneren Weise von Seite des Herrn Bürgermeisters geschehen. Ich bin nun folgender Meinung. Wir haben in Wien schon viele Unfälle erlebt, viel durchgemacht; wir haben oft die Cholera und die Blattern gehabt; jetzt haben wir ein paar Jahre den Antisemitismus, und wie die anderen Krankheiten vergangen sind, wird auch diese Krankheit vergehen, und sie wird vergehen. Trotzdem von Seite der Ärzte, welche diese Krankheit zu behandeln glauben, vielleicht nicht immer das richtige Mittel angewendet wird, glaube ich doch, dass wie bei anderen Kranken, die vielleicht nicht immer richtig behandelt werden, die gesunde Natur endlich einmal zum Durchbruche kommen und die Bevölkerung dieser nunmehr, wie ich glaube, etwas langweilig gewordenen Sache müde sein wird. Wenn man also die Wunden nicht immer wieder aufreißt und ihnen Zeit zur Heilung vergönnt, wird die Krankheit vergehen und man wird auf die Sache zurückblicken wie auf etwas vergangenes.

Ich bitte die geehrten Herren, in die Specialdebatte einzugehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Matzenauer: Der Herr Referent der Budget-Commission.

Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern: Meine Herren! Sehr ermunternd ist es nicht, zu so später Stunde und vor so leeren Bänken zu beginnen. Ich glaube aber, dass es mir doch meine Pflicht als Referent der Budget-Commission auferlegt, wenigstens einiges von dem, was ich zu sagen habe, vorzubringen. Ich glaube, dass ich zunächst verpflichtet bin, zumindest auf einiges von dem zu erwidern, was von dieser (linken) Seite über die Gebarung des Gemeinderathes und der Gemeinde gesagt wurde.

Es waren da nicht sehr schmeichelhafte Worte, die gesprochen worden sind: Verschwendung, Misswirtschaft, miserable Wirtschaft, unerhörtes Gebaren, schmutziger Karren, den man herausziehen muss, und endlich gar die Curatel, die unbedingt über jeden verhängt werden müsste, der in gleicher Weise wie die Gemeinde vorgienge.

Das ist von dieser (linken) Seite hier gesagt worden, und zwar gleich vom ersten Redner von dieser Seite, der über das Budget das Wort ergriffen hat. Nun kann ich aber nicht glauben, dass, indem er dies gesagt hat, er wirklich an die Wahrheit dessen, was er sagte, selbst geglaubt hat. (Ruf links: O ja!) Wenn er an die Wahrheit dessen geglaubt hätte, oder wenn seine Gesinnungsgenossen an die Wahrheit dessen glauben würden, so frage ich, wie wäre es möglich, dass ihnen, als vor kurzer Zeit die Gemeinde ein neues 4percentiges Anlehen contrahierte, der Cours, zu welchem das Anlehen gegeben wurde, als zu gering erschienen ist, und dass von dieser Seite behauptet wurde, die Gemeinde dürfe ein 4percentiges Anlehen nicht unter Pari hingeben? Gibt man einem Menschen, der eine Misswirtschaft treibt, der in miserabler Weise wirtschaftet, der Verschwendung treibt, gibt man einem solchen Menschen ein Anlehen zu 4 Percent? Und eine weitere Frage möchte ich an Sie richten: Mit welchem Gewissen konnten Sie, wenn Sie von einer solchen Überzeugung ausgehen, es befürworten, dass ein solches Anlehen öffentlich aufgelegt, dass es den kleinen Leuten in kleinen Appoints zugänglich gemacht werde? (Sehr richtig! Bravo! rechts.) Dass also die kleinen Leute dazu verlockt werden, 100 oder 200 fl., vielleicht ihr ganzes Besitzthum einer Gemeinde zu creditieren, welche eine Misswirtschaft treibt, welche eigentlich unter Curatel gesetzt zu werden verdient? (Sehr gut! rechts.) Das also haben Sie selbst nicht geglaubt und das hat derjenige, der es gesagt hat, wider sein besseres Wissen und seine bessere Überzeugung hier vorgebracht. (Gem.-Rath Rauscher: Das hat man nicht den einzelnen Parteien, sondern der Gemeinde gegeben!)

Wenn man wissen will, ob eine Gemeinde richtig wirtschaftet, so muss man sich fragen: Macht sie Ausgaben, welche in offenem Missverhältnisse zu ihrem Gesammtaufwande stehen, macht sie unnütze, nicht zum Wohle der Gemeinde und ihrer Mitglieder dienende Ausgaben; macht sie einen übertriebenen Aufwand, hat sie Schulden, welche in einem offenbaren entschiedenen Missverhältnisse zu ihrem Gesammtaufwande stehen? Nur unter dieser Bedingung, wenn das alles eintritt, nur dann kann man sich dazu herbeilassen, einen solchen schweren Vorwurf gegen die Gemeindeverwaltung zu erheben, wie er von dieser (linken) Seite erhoben worden ist. (Sehr gut! rechts.) Und da frage ich: was ist eigentlich im Laufe dieser und überhaupt im Laufe der Budgetdebatten der vergangenen Jahre an hervorragenden Posten des Gemeindehaushaltes bemängelt worden? Da haben wir drei hervorragende Posten.

Die eine Post, an der allerdings auch nach meiner Meinung gespart werden soll — auch der Herr Stadtraths-Referent hat darauf hingewiesen — betrifft die Adaptierungen, die Herstellungen, welche an verschiedenen Baulichkeiten der Gemeinde vorgenommen werden und welche im Budget sich auf ungefähr 800.000 fl. beziffern. Ich glaube selbst, dass hieran Ersparungen vorgenommen werden sollen und es werden ja selbst vom Stadtrathe hierüber Anträge dem geehrten Plenum vorgelegt. Eine zweite Post betrifft die Commissionsgebüren, welche im Ausweise 50 des vorliegenden Budgets mit 192.000 fl. beziffert sind. Endlich eine dritte Budgetpost sind die Lehrmittel für die armen Kinder, welche mit 100.000 fl. im diesjährigen Budget beziffert werden und welche fortwährend und die Jahre hindurch alljährlich bemängelt werden (Rufe links: Nie von uns!), an welchen Bemängelungen aber eigentlich, wie mir scheint, wesentlich schuld ist, dass man die Verpflichtungen, welche das Gesetz nach dieser Richtung uns auferlegt, sich noch nicht gehörig zu Gemüthe geführt hat.

Das sind die drei Posten, und nun nehme ich an — es wird ja von Seite des Gemeinderathes dahin getrachtet und ich bin überzeugt, dass von Seite des Herrn Bürgermeisters dem Gemeinderathe die erforderliche Unterstützung geleistet werden wird — dass Abminderungen stattfinden. Nehmen wir nun große Abminderungen bei diesen Budgetposten an, sagen Sie, dass dieselben zehntausende, sagen wir sogar, dass dieselben, woran aber nicht zu denken ist, hunderttausend Gulden betragen sollten, fällt das in die Wagschale gegenüber einem Budget von 40·8 Millionen Gulden, um solche Vorwürfe zu rechtfertigen?

Ein zweites habe ich bereits als Kriterium einer richtigen Wirtschaft bezeichnet. In welchem Verhältnisse steht der Aufwand, welchen die Gemeinde für ihre jährliche Schuldenamortisierung, Verzinsung und Tilgung macht, zu dem Gesammtaufwande? Auch darüber gibt das Budget Aufschluss. Wie Sie sehen, sind es 40·8 Millionen und wenn wir die außerordentliche Auslage für Wasser mit 4·2 Millionen abrechnen, 36·6 Millionen, mit denen wir zu rechnen haben. Der Aufwand, welchen wir für Schuldenverzinsung und Tilgung zu leisten haben, Gruppe IV unseres Budgets, beträgt 5·9 Millionen, das heißt 16 Percent des Gesammtaufwandes, und in diesem Gesammtaufwande ist inbegriffen eine Zahlung von 500.000 fl., welche ja eigentlich nicht eine Schuld der Gemeinde, sondern eine Consortialschuld ist, für einen bestimmten Zweck, für die Donauregulierung, woran eben die Gemeinde mit dem Lande und dem Staate zu je einem Drittel participiert, es ist darin inbegriffen ein Betrag von 780.000 fl. für die Schulden der ehemaligen Vororte, für die Verzinsung und Tilgung der Vororteschulden, eine Schuldverpflichtung, deren Contrahierung ja gewiss dem Gemeinderathe von Alt-Wien und auch dem von Neu-Wien nicht zur Last gelegt werden kann, und es ist endlich inbegriffen ein Betrag von 336.000 fl., den wir gar nicht zahlen, der nämlich ein durchgeführter Posten ist, aus dem Grunde, weil die volle Verzinsung mit 700.000 fl. für das gesammte Anleihen von 17½ Millionen Gulden eingestellt ist, das gesammte Anleihen aber noch nicht begeben ist, und daher für die Richtigkeit der Buchung ein Betrag von 336.000 fl., welche den Stück- und Fructificatzinsen entsprechen, ins Haben eingestellt werden musste — und mit Inbegriff all dieser Posten beträgt die Quote, welche wir für die Schuldentilgung leisten, nur ungefähr 16 Percent unseres Gesammtaufwandes.

Vergleichen wir damit, meine Herren, andere Weltstädte! Allerdings mit Berlin lässt sich ein Vergleich nicht ziehen, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil, wenn Sie das Budget von Berlin betrachten, Sie finden werden, dass dasselbe ein Objectenbudget ist, worin die einzelnen Unternehmungen, die einzelnen Objecte mit den separaten Anleihen, welche für sie contrahiert worden sind, belastet erscheinen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist auch das einzig richtige!) Es mag auch das einzig richtige sein, ich bin auch dieser Meinung, aber erst dann, wenn die Gemeinde selbständig geschäftliche Unternehmungen in größerem Maßstabe betreibt. Dann wird das auch das einzig richtige sein. Der Meinung bin ich ebenfalls. Aber mit einer anderen Stadt können wir uns doch, wenigstens was ihre Budgetaufstellung betrifft, in eine Parallele stellen, mit einer Stadt, deren Budget nach den gleichen Grundsätzen construiert ist, wie das unsere, das ist Paris.

Das Budget von Paris per 1893 weist aus für service ordinaire, also was wir gewöhnliche Auslagen nennen, einen Betrag von 283·25 Millionen Francs. Da ist inbegriffen eine Schuldentilgung und Verzinsung von 110·5 Millionen Francs, also 38 oder nahezu 40 Percent des gesammten gewöhnlichen Aufwandes von Paris verschlingt die Verzinsung und Tilgung der Schulden. (Gem.-Rath Dr. Rader: Panama!) Die Panamaangelegenheit hat mit der Verwaltung von Paris absolut niemals etwas zu thun gehabt. (Heiterkeit rechts.) Das ist also der service ordinaire und im service extaordinaire finden Sie schon für zwei neue Anlehen zu 17 und 30 Millionen Francs, zusammen also 47 Millionen, die erforderlichen Einstellungen.

Sie sehen also, wenn wir andere Städte vergleichen, dass wir allerdings sagen müssen, dass bei dem Vergleiche unserer Schuldenlast mit unserem gesammten Budget die Finanzwirtschaft der Gemeinde eine vollkommen correcte, entsprechende, solide und anständige war und auch heute ist. (Beifall rechts.) Allerdings, wie die Finanzlage der Gemeinde ist, das ist eine andere Frage. (Ruf links: Aha!)

Nun komme ich zu einem zweiten Punkte, welcher hier wieder berührt wurde und worauf bereits von vielen Seiten entgegnet worden ist, das ist die Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien. Auch da muss ich noch ein paar Worte denjenigen zufügen, welche von Seite meiner geehrten Vorredner über diese Frage gesprochen worden sind. Sehen Sie, meine Herren, die staatliche Verzehrungssteuer betrug — ich nehme gerne Ziffern, weil ich glaube, dass die Sache dadurch veranschaulicht wird — im Jahre 1892 114·5 Millionen Gulden in Österreich, die für die geschlossenen Städte betrug 23·24 Millionen Gulden. Glauben Sie nun, dass, wenn einmal ein Staat das gewiss sehr ungerechte, unbillige, gar nicht zu rechtfertigende System der staatlich fiskalisch geschlossenen Städte in sein Finanzsystem aufgenommen hat, es dann möglich ist, dass ein Gemeinwesen im weiteren Sinne, 40 vereinigte Gemeinden, welche doch zusammenhängen, wenn auch nicht politisch, so doch örtlich, und eine Agglomeration von 500- bis 600.000 Menschen bilden — ich rechne da auch den X. Bezirk dazu — außer diesem Verbande gelassen werden kann? Eine Reihe kleinerer Städte, wie Laibach, Graz, Linz u. s. w. und andere sind längst als geschlossen erklärt worden; längst hat der Staat von diesen Städten die Verzehrungs-, die Thorsteuer bezogen und so ungerechtfertigt und unbillig es ist und so sehr wir alle Ursache haben, Front zu machen gegen eine solche, Wien sehr empfindlich treffende Belastung, muss man andererseits anerkennen, dass, wenn einmal dieses System der geschlossenen Städte vom Staate aufgestellt ist, es ganz unmöglich war, dass dann noch weiter eine Menschenansammlung von 600.000 Bewohnern außerhalb des geschlossenen Gebietes gelassen wurde.

Es wird Sie aber vielleicht interessieren, wenn ich Ihnen mittheile, dass die Verzehrungssteuer für Wien fast zwei drittel derjenigen Verzehrungssteuer beträgt, welche überhaupt in Österreich die geschlossenen Städte bezahlen. Die Verzehrungssteuer in Wien betrug — allerdings ist darunter die Productionssteuer auch aufgenommen — im Jahre 1892 $15^1/_2$ Millionen Gulden. Nun ist allerdings von Seite eines Mitgliedes der Opposition ausgerechnet worden, dass auf solche Weise die Vororte durch die Commune mit 3 fl. per Kopf belastet werden. Diese Rechnung ist aber falsch und das werde ich dem betreffenden Herrn Redner sofort beweisen. Dass wir uns mit der Verzehrungssteuerfrage, beziehungsweise mit der Frage der Erweiterung des Gemeindegebietes beschäftigt haben, war und ist für uns, die wir dem alten Gemeinderathe angehörten, gar nichts neues. Es hat im alten Gemeinderathe eine Vororte-Commission existiert und diese Commission, deren Mitglied zu sein ich ebenfalls die Ehre hatte, hat durch eine Reihe von Jahren, vom Jahre 1874 bis 1886 — im Jahre 1886 war noch die letzte Petition — sich in Petitionen an die Regierung gewendet, in denen sie wiederholt das Begehren stellte: „Vereinigung, aber Auflassung der Verzehrungssteuer" und die Ungerechtigkeit eben dieser Verzehrungssteuer in den allerlebhaftesten Farben darstellte. Dahin war immer das Hauptbegehren aller Petitionen gerichtet. Ich habe sie nicht hier, aber ich habe heute in die Petition vom Jahre 1886 Einsicht genommen, welche von dem alten Gemeinderathe genau in demselben Sinne gestellt worden ist. Später aber, als es sich darum handelte, dass eine Auftheilung der communalen Zuschläge zur staatlichen Verzehrungssteuer stattfinden sollte, als es sich um die Frage der politischen Vereinigung der Vororte mit Wien handelte, die noch immer nicht ganz sichergestellt war, wurden in derselben Commission, der, wenn ich nicht irre, auch Herr Dr. Lueger angehört hat — ich glaube, er war sogar bei derselben Sitzung anwesend (Gem.-Rath Dr. Lueger: Nein!) — Berechnungen angestellt und die Frage erörtert, welcher Auftheilungsschlüssel ist denn der richtige, denn das ist ja ganz klar, dass, wenn schon eine communale Verzehrungssteuer besteht, die Erträgnisse aus dieser Verzehrungssteuer den Mitbürgern, welche sie leisten, zugute kommen sollen, wenn schon die Bürger verschiedener Gemeinwesen sich selbst mit einer derartigen Consumsteuer belasten, um dafür andere Vortheile zu erringen, die Steuer eben nach dem Consum aufgetheilt werden muss, und nicht nach der Bevölkerungszahl. Es ist damals ausgerechnet worden, dass auf solche Weise ein Präcipuum — ich kann mich nicht mehr erinnern, von wie viel ... (Rufe rechts: 40 Percent!) von 40 Percent — und es sind damals bestimmte statistische Daten an die Hand gegeben worden — auf die Bewohner der alten umschlossenen Bezirke Wiens entfallen würde. (Rufe links: 80 und 20 Percent!) Ich kann mich an die Ziffer nicht genau erinnern, aber ob man 20 oder 40 Percent sagt, in jedem Falle ergibt sich daraus, dass die Rechnung, welche Herr Gem.-Rath Tomola rücksichtlich der communalen Verzehrungssteuer, mit welcher die neuen Bezirke Wiens belastet worden seien, gemacht hat, eine falsche ist. (Gem.-Rath Tomola: Es ist ja doch der Schlüssel nicht eingehalten worden!) Aber die Belastung der Vororte ist doch keine solche, das hat ja nichts mit der eventuellen Einhaltung des Schlüssels zu thun.

Bei dieser Debatte über die Vorortefrage hat wieder die Tasche des verstorbenen Vice-Bürgermeisters eine sehr große Rolle gespielt und wie er aus den Vororten das viele Geld weggetragen hat. Wir haben es ja heute gehört: 780.000 fl. sind in das Budget eines Jahres für die Verzinsung und Tilgung der Vororteschulden eingestellt. Übrigens liegt hier eine Vermögensberechnung vor, welche für die Vororte einerseits und für die Stadt Wien andererseits gemacht wurde, und woraus sich ergibt, dass ein Activum der Vororte mit Inbegriff der Vermögenschaften, die in der Tasche weggetragen worden sind, im Betrage von 1·8 Millionen, dagegen ein Activum der alten Gemeinde Wien von über drei Millionen Gulden vorhanden war; also die Repartition doch ziemlich angemessen und richtig ist und man wahrhaftig nicht sagen kann, dass sich die alte oder neue Gemeinde Wien durch das Vermögen der Vororte irgendwie bereichern wollte oder bereichert hat. Ich

werde nicht weiter auf dasjenige reflectieren, was für die Vororte im Laufe der letzten Zeit geleistet worden ist; ich glaube, darüber ist schon von anderer Seite in genügender Weise gesprochen worden, und es drängt auch wirklich die Zeit. Aber eines möchte ich doch den Herren zu Gemüthe führen. Ich glaube, dass wir alle eigentlich erst dahin kommen sollten, den Vortheil, welchen uns, und zwar den alten wie den neuen Bezirken der Gemeinde, die Vereinigung gebracht hat, voll und ganz auszunützen. Durch die Vereinigung der Vororte hat Wien seinen Charakter als Weltstadt behauptet, heute muss eben eine mitteleuropäische Weltstadt eine Millionenstadt sein. Wien ist dadurch an die Seite von Paris und Berlin gekommen. (Rufe links: Das war so auch!) Ein politisches Gemeinwesen war Wien mit den Vororten früher nicht. Die Bewohnerzahl Wiens repräsentiert heute 1,500.000 Seelen, und wenn Sie wissen wollen, was das in Österreich bedeutet, so will ich nur bemerken, dass Wien, als selbständiges Kronland gedacht, das vierte Kronland in Österreich wäre, welches in seiner Bevölkerungsziffer nur von Böhmen, Mähren und Galizien überboten wird, während alle anderen Kronländer eine geringere Bevölkerungszahl als Wien haben. Ich könnte vier, auch fünf kleinere Kronländer nennen, welche zusammen kaum die Gesammtbevölkerung von Wien repräsentieren. Wien leistet heute an directen Staatssteuern allein einen solchen Betrag, welcher dem des ganzen Königreiches Böhmen, des reichsten Kronlandes der Monarchie, gleichkommt, sogar denselben überragt; und ich kann Sie hier verweisen auf das Staatsbudget des Jahres 1895, in welchem die Vertheilung der directen Steuern nach Kronländern verzeichnet ist, und in welchem Sie finden, dass für das Kronland Niederösterreich eine Steuer von 34·6 Millionen vorgeschrieben ist, abzüglich der Grundsteuer und einer entsprechenden auf das flache Land entfallenden Quote an der Erwerb- und Einkommensteuer, daher auf Wien ein Betrag von ungefähr 29 Millionen entfällt, während für das Kronland Böhmen die directen Steuern mit 28 Millionen Gulden eingestellt sind. Wien leistet heute an indirecten Steuern, Verzehrungssteuer und an Productionssteuern nicht weniger als 16 Millionen Gulden jährlich für den Staat. Wien leistet heute 84 Percent der sämmtlichen Landesumlagen, so dass man sagen kann, dass die Erhaltung des Kronlandes Niederösterreich abzüglich 16 Percent von Wien allein bestritten wird.

Welchen außerordentlichen Umfang der übertragene Wirkungskreis hat, das brauche ich Ihnen doch nicht weiter auseinanderzusetzen ....

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wo ist denn der Matzenauer? Nach der Geschäftsordnung dürfen Sie ja nicht den Vorsitz führen, Herr Bürgermeister. Es heißt ausdrücklich in der Geschäftsordnung (liest): „Wenn er an der Debatte theilnehmen will, oder wenn Anträge den Gegenstand der Debatte bilden, welche er selbst gestellt hat, muss er den Vorsitz bis nach erfolgter Abstimmung abgeben."

Bürgermeister: Es handelt sich ja nur um das Eingehen in die Specialdebatte. Die Sache ist klar und dieser Fall ist schon wiederholt vorgekommen; ich habe mir die Sache auch genau überlegt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist aber doch gegen die Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Der Herr Vice-Bürgermeister Matzenauer hat dringend zu thun.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn ich ein anderesmal die Geschäftsordnung übertrete, dürfen Sie auch nichts sagen.

Bürgermeister: Ich übertrete die Geschäftsordnung nicht. Auf den vorliegenden Fall kann diese Bestimmung der Geschäftsordnung nicht Anwendung finden, weil es sich ja nur darum handelt, ob wir in die Specialdebatte eingehen oder nicht.

Commissions-Referent (fortfahrend): Und wenn ich mir nun vergegenwärtige, welche Macht durch seine Bevölkerung, durch seine politische Stellung, durch seine Steuerleistung Wien in sich vereinigt, dann denke ich mir allerdings — und da komme ich auf dasjenige, was von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger in der heutigen Sitzung hier vorgeführt worden ist — dass es allerdings am Platze wäre, dass Wien in Betreff der neuen Steuervorlagen — ich sage nicht „gegen" die neuen Steuervorlagen, sondern „in Betreff" der neuen Steuervorlagen — seine Stimme erhebe und seine so berechtigten und begründeten Interessen geltend mache. In welcher Weise gerade bei den neuen Steuervorlagen Wien behandelt wird und wie sehr dieselben Wien zum Nachtheile gereichen, darüber möchte ich mir nur einige wenige Daten Ihnen vorzuführen erlauben. Unter allen Steuern in Österreich ist einmal die höchste und drückendste — und eine solche, welche nicht allein bestimmte Classen, nicht einzelne Classen, sondern die gesammte Bevölkerung einer Stadt trifft — die $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer. Wäre da nicht doch das Begehren vollkommen gerechtfertigt, dass die Nachlässe bei der Hauszinssteuer zum mindesten den Nachlässen der Grundsteuer gleichkommen? Hat es ferner einen Sinn, frage ich, dass die Erhaltungspercente für Realitäten je höher die Steuer ist, desto geringer berechnet werden? Hat es einen Sinn, dass die Erhaltungspercente des Hauses in Ottakring mit 30 Percent, die in Hernals mit 15 Percent berechnet werden?

Wenn überhaupt die Erhaltungspercente abzurechnen sind, so müssen sie doch in gleicher Ziffer abgezogen werden, und dass das Erhaltungspercent von 15 Percent nicht ausreichend, nicht entsprechend ist, das haben uns gerade die Ereignisse des heurigen Jahres, der Sturm, die Beschädigungen, die dabei angerichtet worden sind, und die Abweisungen, welche von Seite des Finanzministeriums den Hausbesitzern hinausgegeben worden sind, als sie um entsprechende Abschreibungen der Steuern petitionierten, auf das klarste bewiesen. Ebenso ist auch die Auftheilung der Percente — worüber ich bereits früher einmal gesprochen habe — welche auf die Länder entfallen, eine solche, dass speciell für Niederösterreich, das heißt also implicite für Wien, gerade der ungünstigste Schlüssel hervorgesucht wird. Vor wenigen Tagen konnten Sie einen Aufsatz von Professor Philippovich in der „Neuen Freien Presse" lesen, worin auseinandergesetzt war, dass, wenn der richtige Schlüssel, das Ergebnis der directen Personalsteuern, für die Auftheilung dieser bestimmten Zuweisungen an die Kronländer gewählt worden wäre, mindestens 39 Percent auf das Kronland Niederösterreich entfallen würden. Wenn wir die gesammten directen Steuern, das ist einen minder günstigen Schlüssel nehmen, entfallen wenigstens 31 Percent, wie sie aus dem diesjährigen Budget des Finanzministeriums entnehmen können. Es ist aber ein noch ungünstigerer Schlüssel gewählt worden, es wird nur die Hauszins- und die Grundsteuer als Basis genommen, es ist dies der ungünstigste Schlüssel, so dass eine 26percentige Quote für Niederösterreich entfällt, wodurch Wien in empfindlicher Weise geschädigt wird. Ich glaube, dass sehr viel zu erreichen wäre, wenn der Gemeinderath

jene Macht, jenes Ansehen hätte, welches ihm als dem Gemeinderathe der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gebürt, und wenn er gerade bei solchen Anlässen und gerade aus Anlass der Budgetberathung seine Stimme erheben würde, und zwar in entschiedener Weise erheben würde, statt sich mit einer öden und blöden und langweiligen und ungeschickten Judenhetze fortwährend zu befassen.

Meine Herren! Ich komme zu Ende. Ich will nur kurz bemerken: Was die gestellten Anträge betrifft, so sind diejenigen, welche vom Collegen Herrdegen gestellt worden sind, solche, welche jedenfalls eine weittragende socialpolitische Tendenz in sich schließen und welche daher unbedingt dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen sind. Was den Antrag Winker betrifft, so wird er ebenfalls dem Stadtrathe zugewiesen werden, obgleich ich mich in dieser Richtung der Anschauung des verehrten Herrn Vorredners anschließe, der Anschauung nämlich, dass für currente Bedürfnisse, für Pflasterung und Canalisierung nicht durch Anlehen gesorgt werden darf, dass die Contrahierung von fundierten Anlehen nur durch außerordentliche Bedürfnisse gerechtfertigt ist.

Eine Frage ist hier auch berührt worden, deren ich ebenfalls mit einigen Worten erwähnen will. Das ist die Gasfrage. Was diese Gasfrage betrifft, so ist sie im weiteren Sinne zu fassen. Es handelt sich überhaupt darum, ob die Gemeinde in der Lage ist, große, selbständige Geschäftsbetriebe zu führen, und diese Frage würde ich allerdings entschiedenst bejahen, aber nur unter drei ganz bestimmten Voraussetzungen. Die erste Voraussetzung ist, dass zu solchen selbständigen Erwerbsgeschäften eine kaufmännische Führung gehört, weil es unmöglich ist, solche selbständige Erwerbsgeschäfte amtlich durch den Magistrat, Stadtrath und Gemeinderath zu führen. Sie bedürfen unbedingt einer kaufmännischen Führung. Die zweite Voraussetzung ist, dass solche Geschäfte Gegenstand einer eigenen Buchung, ich möchte sagen eines eigenen Contos sein müssen, auf welchem Conto, geradeso wie es in Berlin der Fall ist und wie früher von mir erwähnt wurde, das aufzunehmende Anlehen, die Verzinsung und Amortisierung 2c. genau zu verzeichnen sind. Die dritte Voraussetzung ist, dass in unser Gemeindegesetz die Bestimmung des § 3 des neuen preußischen Communalabgabengesetzes aufgenommen werde, welche ich mir vorzulesen erlaube. Da heißt es (liest): „Gewerbliche Unternehmungen der Gemeinde sind grundsätzlich so zu verwalten, dass durch die Einnahmen mindestens die gesammten, durch die Unternehmung der Gemeinde erwachsenden Ausgaben einschließlich der Verzinsung und Tilgung des Anlagecapitales aufgebracht werden. Eine Ausnahme ist zulässig, sofern die Unternehmung zugleich einem öffentlichen Interesse dient, welches andernfalls nicht befriedigt wird."

Es ist nothwendig, dass gesetzlich bestimmt werde, dass die Einnahmen, die die Gemeinde erzielt hat, so gestellt werden müssen, dass mindestens die Verzinsung und Tilgung des Capitales hieraus resultiert, und dass diesbezüglich die Gemeinde in den Preisbestimmungen gesetzlich beschränkt ist. Unter diesen Voraussetzungen erkläre ich, dass ich unbedingt ein Anhänger der Gemeinderegie nicht allein in der Gasfrage, sondern auch in vielen anderen Angelegenheiten bin, und hiemit schließe ich. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Bürgermeister: Die Generaldebatte ist geschlossen, die Specialdebatte wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Was die in der Generaldebatte gestellten Anträge betrifft, so werden dieselben bei den betreffenden Rubriken in der Specialdebatte zur Abstimmung gelangen.

Zu einer thatsächlichen Berichtigung hat Herr Gem.-Rath Dr. Lueger das Wort. (Rufe rechts: Aber kurz!)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich werde sprechen, so lange es mir beliebt, ich habe auch Geduld mit Ihren Reden gehabt und muss vieles anhören, was mir nicht angenehm ist.

Gegenüber dem Herrn Bürgermeister berichtige ich thatsächlich, dass er das von mir gebrauchte Wort „brutal" total missverstanden hat. Ich habe das Wort „brutal" in dem Sinne angewendet, dass die Majorität von ihrer Kraft und Macht rücksichtslos Gebrauch macht. Ich habe das nicht auf die hier in Rede stehenden oder vielleicht gewöhnten Sitten gebraucht.

Ich constatiere weiters gegenüber dem Herrn Bürgermeister folgendes: Der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix hat der Minorität drei Stellen im Stadtrathe angeboten. Uns gebüren aber nach unserer Stärke sieben Stellen; aus diesem Grunde ist das Compromiss abgelehnt worden. Ich constatiere weiters, dass Herr Bürgermeister Dr. Grübl uns zweimal je eine Stadtrathsstelle angeboten hat; das hätte er gewiss nicht gethan, wenn wir schon drei Stadträthe drin gehabt hätten. Sein Schluss, dass wir jetzt schon sechs Stellen drin hätten, ist also vollständig unzulässig.

Bezüglich der anderen Stellen in den Commissionen constatiere ich folgendes thatsächlich gegenüber dem Herrn Bürgermeister: Wir haben immer begehrt, dass uns in allen Commissionen und in allen Körperschaften, welche vom Gemeinderathe durch Wahl zu bilden sind, ein drittel der Stimmen eingeräumt werden möge. Dieses Compromissanbot ist abgelehnt worden. Es ist nur theilweise uns ein solches drittel angeboten und deswegen abgelehnt worden.

Gegenüber dem Herrn Berichterstatter des Stadtrathes, welcher ebenso wie sein Nachbar, der Berichterstatter der Budget-Commission, geglaubt hat, auf die Antisemiten loshauen zu können, bemerke ich persönlich folgendes:

Ich glaube, dass es nicht zart ist und vielleicht auch nicht ganz dem Anstande entspricht, wenn man eine politische Partei mit der Cholera und den Blattern vergleicht. Wenn ich in ähnlicher Weise vorgehen würde, könnte ich den Liberalismus mit dem fressenden oder wuchernden Krebs vergleichen. Dieser Vergleich ist viel zutreffender, als wenn man den Antisemitismus mit der Cholera und den Blattern vergleicht. Denn, wenn von Aussatz gesprochen werden kann, sind die Juden der Aussatz, nicht die Christen. (Widerspruch rechts.) Wenn man uns als Blattern bezeichnet, kann man . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderath, das hat der Herr Berichterstatter Boschan nicht gethan. (Rufe links: Sie waren nicht da, Herr Bürgermeister!) Ich habe es genau gehört, da ich im Saale saß.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Er hat gesagt: die Cholera und die Blattern haben geherrscht und sind vergangen, ebenso wird der Antisemitismus vergehen. Wenn Sie uns mit einem Ausschlage vergleichen, so müssen die Juden es sich gefallen lassen, dass sie mit einem Aussatze verglichen werden. Ich habe nicht begonnen; ich habe jedweden Antisemitismus ferngehalten, ich habe nur einmal beim Theater davon gesprochen. Sie werden doch nicht bezweifeln, dass in den Logen, im Parterre und Parket

nur Juden sitzen. (Zwischenrufe links.) Weil die Christen kein Geld mehr haben, weil ihnen alles schon gestohlen worden ist . . .

Bürgermeister: Das ist unerhört, das ist eine Beleidigung!

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Was den Budget-Referenten anbelangt, so könnte ich auch gegen ihn persönliche Bemerkungen machen, doch ihm gegenüber mache ich sie nicht. Deswegen nicht, weil er sich vertheidigt, aber ein Christ, wie es der Referent des Stadtrathes ist, darf solche Bemerkungen nicht machen.

Bürgermeister: Zur thatsächlichen Berichtigung Herr Referent des Stadtrathes.

Stadtraths-Referent: Ich habe den Antisemitismus als solchen als krankhafte Erscheinung, als Ungemach, als Unglück für die Stadt bezeichnet (Rufe rechts: Das ist er auch!) und das, glaube ich, ist er auch. Es ist mir ferne gelegen, einzelne Personen mit Aussätzigen, mit Blatternkrankheiten und dergleichen zu vergleichen. Ich muss sehr bitten! Die ganze Erscheinung des Antisemitismus betrachte ich als krankhaft und habe die Hoffnung geäußert, dass dieses Ungemach über Wien geradeso vergehen wird, wie früheres Ungemach, das Wien betroffen hat.

Bürgermeister: Zur thatsächlichen Berichtigung Herr Referent der Budget-Commission.

Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern: Ich muss sagen, ich hätte überhaupt auf die Bemerkungen, die von Seite der früheren Redner nach dieser Richtung gefallen sind, kaum reagiert. Ich hätte mir gedacht, das ist unbeachtet vorüber gegangen, es sind einige Tage verflossen, man denkt nicht mehr daran, wenn nicht gerade heute von Seite des Führers der Opposition eine Äußerung gefallen wäre, welche wohl zu den schlimmsten gehört, welche es gibt. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Welche denn?) Er hat hier in einer Rede gesagt, die Juden sind die Feinde des christlichen Volkes. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das sind sie auch!) Und das weiß er so gut, wie ich, dass dies nicht wahr, dass das eine Lüge ist. Er weiß gerade wie ich es weiß, dass wir Juden vermöge unserer Religionsbegriffe das Gebot der Nächstenliebe in demselben Maße zu befolgen haben und befolgen, wie es in der christlichen Religion vorgeschrieben ist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Daum.

Gem.-Rath Dr. Daum (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr Gem.-Rath Tomola hat in seinen Ausführungen sich auf statistische Daten berufen und behauptet, dass eine große Anzahl Lehrstellen von der Gemeinde absichtlich unbesetzt gelassen werden, um Ersparungen zu erzielen. Demgegenüber berichtige ich auf Grund der Daten, welche ich mir an der Quelle seiner Statistik selbst beschafft habe. Die Ziffern, welche Herr Gem.-Rath Tomola citierte, sind nämlich in dem Berichte des Landesausschusses über das Schulwesen pro 1893 enthalten und sind vom statistischen Amte der Gemeinde Wien geliefert. Sie haben aber den Stand vom 1. October 1892 im Auge, wo die Systemisierung der Lehrstellen vom Landesschulrathe zwar bereits beschlossen, aber selbstverständlich noch nicht durchgeführt war und dadurch erklärt sich die große Differenz, welche Herr Gem.-Rath Tomola hier feststellen zu müssen glaubte. Nach den Mittheilungen, welche ich im Bezirksschulrathe erhalten habe, kann ich versichern, dass seit dieser Zeit die systemisierten Stellen regelmäßig, so weit deren Besetzung nicht aus anderen Gründen aufgeschoben werden musste, namentlich wegen der mehrfachen Recurse gegen die Concursausschreibungen immer besetzt worden sind.

Ich constatiere zweitens, dass nach Berechnungen, welche Herr Dr. Vogler vorgelegt hat, der durch solche Nichtbesetzungen ersparte Betrag nicht mehr als circa 26.000 fl. im Jahre ausmacht und nicht der Gemeinde Wien, sondern dem Lehrerpensionsfonde zustatten kommt. (Ruf links: Und das Quartiergeld?!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Rechansky.

Gem.-Rath Dr. Rechansky (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich muss folgendes berichtigen: Es hat Herr Dr. Lueger in einer nicht sehr freundlichen Weise mir den Vorwurf der Unkenntnis der gesetzlichen Verhältnisse dadurch gemacht, dass er sagte, ich wisse nicht, dass die neuen Steuergesetze schlechte Folgen für die Finanzen der Stadt Wien haben werden. Ich habe nun nicht gesagt, dass die Gemeinde Wien aus den neuen Steuergesetzen Vortheile haben wird, sondern mein Gedankengang war, dass die neuen Steuergesetze eine thatsächliche Vermehrung der staatlichen Einnahmen zur Folge haben werden, insbesondere die Einkommensteuer, und dass daher der Staat in die Lage versetzt sein wird, uns die Verzehrungssteuer ganz zu überlassen. Das war mein Gedankengang, und es war nicht loyal, wenn Herr Gem.-Rath Dr. Lueger mir gleichsam Unkenntnis der gesetzlichen Verhältnisse vorwirft.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Tomola.

Gem.-Rath Tomola (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich sollte eigentlich beleidigt sein darüber, dass man mir in so unverblümter Weise vorwirft, ich hätte die Unwahrheit gesprochen.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, das ist nicht gesagt worden.

Gem.-Rath Tomola: Ich berufe mich, wie Shylock sich auf seinen Schein berufen hat, auf den Bericht der zusammengestellt wurde auf Grund der Daten, welche, wie es ausdrücklich darin heißt, vom Bezirksschulrathe dem Landesausschusse geliefert wurden. Dieser Bericht ist unterschrieben vom Landesausschusse Lustkandl, und ich glaube doch, dass diesem Herrn und dem Landesausschusse volles Vertrauen entgegen zu bringen ist. Mir wird niemand beweisen, dass ich auch nur eine Einheit in diesem Berichte gefälscht habe.

Bürgermeister: Ich bitte, von einer Fälschung war ja keine Rede.

Gem.-Rath Tomola: Es ist aber doch gesagt worden, das Gesagte sei unrichtig.

Bürgermeister: Es ist nur bemerkt worden, dass kurz vorher die Systemisierung erfolgt war und daher die Besetzung so vieler Stellen noch nicht möglich gewesen ist. Es muthet Ihnen aber niemand zu, dass diese Ziffern in absichtlich unrichtiger Weise vorgebracht wurden. Davon war keine Rede.

Gem.-Rath Tomola (fortfahrend): Ich möchte denn auch, wenn ich die Sache schon sein lassen soll, erwähnen, dass die Commune thatsächlich eine Ersparung durch die Nichtbesetzung von systemisierten Stellen macht. Ich weiß sehr gut, dass die Gehaltsdifferenz als Intercalarien in den Pensionsfond abfließen, aber die Quartiergelder, welche die Commune zu bezahlen hat, fließen als Intercalarien nicht in jene ab. Sie betragen thatsächlich einen Gewinn, welchen die Commune macht. Weiter möchte ich auch betonen: es ist vor längerer Zeit im Bezirksschulrathe beschlossen worden, mit Rücksicht auf die Bekanntmachungen, die dort geschehen sind, dass die Concursfrist verlängert werde bis zum 13. April und bis zu diesem 13. April ein Nachtrag von Stellen geschaffen werde. Das Gesetz bestimmt, dass die Concursfrist vier Wochen zu dauern hat.

Wenn morgen — das ist der letzte Tag — in der „Wiener Zeitung“ die Neuausschreibungen nicht erfolgen, so ist die Concursfrist bis zum 13. April mit vier Wochen nicht eingehalten. Ich fürchte sehr — ich freue mich, wenn ich eines besseren belehrt werden sollte — dass diese Ausschreibungen morgen in der „Wiener Zeitung“ nicht enthalten sein werden. (Rufe: Sie werden darin sein!)

Bürgermeister: Mir sind diese speciellen Verhältnisse nicht bekannt, aber ich kann nur sagen, dass mit größerer Coulance bei Ausschreibung der Stellen nicht vorgegangen werden kann, als vorgegangen worden ist. Man hat den Lehrern auch immer gerathen, bei den früheren Modalitäten der Ausschreibung und Erledigung zu bleiben. Die Lehrer wollten es nicht. Andererseits haben dann einige staatliche Beamte und Organe darauf Wert gelegt, dass sich genau an die Bestimmungen des Schulgesetzes gehalten werde. Nachdem auch die Lehrer es verlangt haben und sozusagen auf der stricten Ausführung des Gesetzes bestanden haben, so sind alle diese großen Schwierigkeiten und Verluste entstanden, von denen jetzt die Rede ist. Es zeigt sich bei Beurtheilung der Ziffern, dass diese Verluste auch nicht annähernd so sind, wie behauptet wird, dass es also ein ganz specieller Fall ist, der zu den Folgerungen Anlass gegeben hat, die aber eigentlich in der Wirklichkeit nicht begründet sind. Es ist das ein ganz exceptioneller Fall.

Zur thatsächlichen Berichtigung hat Herr Gem.-Rath Rauscher das Wort.

Gem.-Rath Rauscher: Gegenüber einer Bemerkung des Herrn St.-R. Dr. Nechansky mit Bezugnahme auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Tomola und gegenüber den thatsächlichen Berichtigungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Daum, welcher sich bei seinen Ausführungen auf amtliche Daten gestützt hat, erlaube ich mir folgendes zu constatieren. Im Anhange I zum Hauptvoranschlage für das Jahr 1895, Präliminare des Wiener Bezirksschulfondes, finden Sie auf Seite 547 folgendes (liest):

„Das Jahreserfordernis an Gehalt wurde rücksichtlich 271 Schulen nach der bei den einzelnen Kategorien systemisierten Anzahl von 2691 Stellen mit Ende des Schuljahres 1893/94 und bezüglich 33 Schulen nach der mit Ende des Schuljahres bestandenen Anzahl von 326 Stellen ausgemittelt, so dass“ — hier kommt die Detailverrechnung „der Gehaltsbezug für 3017 Stellen berechnet wurde.“

Nota bene fügt das Amt hinzu, dass mit Ende des Schuljahres 1893/94 in Verwendung waren 2746 Stellen.

Das ergibt eine Differenz von 271 Stellen, welche nicht ordnungsmäßig besetzt waren. Damit will ich constatieren, dass unser College Tomola recht gehabt hat.

Bürgermeister: Dazu kommen noch die genannten Personallehrer — ich weiß nicht, wie viele es sind. (Rufe: 280.) Die Anzahl der wirklich vacanten Stellen, welche hätten mit definitiven Lehrkräften besetzt werden können, aber nicht besetzt worden sind, ist eine ganz minimale.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Dr. Lueger das Wort.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Herr College Dr. Nechansky hat mir den Vorwurf gemacht, dass ich ihm gegenüber nicht loyal gehandelt habe. Ich habe ihn nur deswegen angegriffen, weil er in seiner Rede erklärt hat, dass er diese neuen Steuergesetze (Gem.-Rath Dr. Nechansky: Steuerreform!) mit Freuden begrüße. Deswegen habe ich ihn angegriffen.

Ich habe ihm nicht einen Vorwurf gemacht, dass er das Gesetz nicht kennt. Ich habe gesagt, es wundert mich, das ein Gemeinderath das Steuergesetz mit Freuden begrüßt, weil die und die Folgen für Wien eintreten. So habe ich es gesagt.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung $^3/_4$10 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **19. März 1895** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Geitler und Lerch entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Plenarversammlung und den folgenden Sitzungen dieser Woche wegen Unwohlseins.

2. Dem Herrn Gem.-Rathe Dehm wurde ein Urlaub von drei Wochen ertheilt.

3. Herr Anton Dreher hat an den Herrn Bürgermeister folgendes Schreiben gerichtet (liest):

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Am 21. d. M. sind gerade 25 Jahre vergangen, seitdem ich die von meinem seligen Vater übernommenen Brauereien selbständig führe.

Zur Feier dieses Gedenktages widme ich unter anderen Wohlthätigkeitsacten ein Capital von zehntausend Gulden den Armen Wiens, welchen Betrag hochgeehrter Herr Bürgermeister zur Vertheilung bringen wollen.

Vielleicht dürfte es sich empfehlen, mit diesem Betrage solche arme Wiener Familien zu unterstützen, die nicht in der Lage sind, ihren Mietzins zu bestreiten.

Mit dem Ausdrucke besonderer Hochachtung und Verehrung u. s. w. (Lebhafter Beifall.)

4. Weiters habe ich die Ehre, mitzutheilen, dass Herr A. Beschorner für die Armen des VII. Bezirkes 150 fl. gespendet hat.

5. Herr Josef Treitl hat mit Testament vom 9. Mai 1880, publiciert am 23. Jänner 1895, den städtischen Waisenhäusern in Wien zusammen 2000 fl. in barem zu gleichen Theilen, ferner 25.000 fl. in 4$^1/_5$percentigen Obligationen als Heiratsausstattungs-Stiftung, dessen Interessen alljährlich an zwei Personen zu gleichen Theilen am 1. Mai zu vertheilen sind, weiters 2000 fl. in 4$^1/_5$percentiger Papierrente, deren Zinsen alljährlich am 8. Mai an die zwölf an Jahren ältesten männlichen und zwölf an Jahren ältesten weiblichen Pfründner der Wiener Bürgerspitals-Versorgungshäuser zu gleichen Theilen bar auf die Hand vertheilt werden sollen, abzugs- und gebürenfrei legiert.

6. Endlich habe ich die Ehre, mitzutheilen, dass Se. Durchlaucht der regierende Fürst Johann von und zu Liechtenstein den städtischen Volksschulen IX. Bezirk, Grüne Thorgasse 11, und IX. Bezirk, D'Orsaygasse 8, je ein Harmonium im Werte von je 100 fl. gespendet hat, und dass

7. die Redaction des „Neuen Wiener Journal“ anfangs Februar dem Obmanne des Ortsschulrathes 90 fl. zu dem Zwecke

übergeben hat, um hiefür Fußbekleidungen für arme Schulkinder anzuschaffen.

Die Versammlung spricht den Spendern den Dank aus. (Beifall.)

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Friedjung:**

In dem Organisations-Statute für den Betrieb der städtischen Volksbäder, genehmigt mit Stadtraths-Beschluss vom 30. August 1894, Z. 41, ist eine die Gattinnen der Bademeister betreffende, höchst drückende Bestimmung enthalten. Im V. Abschnitte des Statutes heißt es nämlich:

„Die Gattin des Bademeisters hat ohne besondere Entlohnung denselben in seinem Dienste zu unterstützen und ihn zu vertreten, wenn der Bademeister sich von der Cassa oder dienstlich vom Volksbade entfernen muss. Dieselbe hat zeitweilig über das Gebaren der Badedienerinnen im Frauen- beziehungsweise Mädchenbade Nachschau zu pflegen."

Durch diese Bestimmung wird den Frauen der Bademeister eine Verpflichtung auferlegt, ohne dass sie Angestellte der Gemeinde sind und ohne dass sie eine Entlohnung für ihre Mühewaltung beanspruchen können. Die Gemeinde Wien besitzt aber kein Recht, über die Angehörigen ihrer Angestellten in solch willkürlicher Weise zu verfügen; auch widerspricht es der Würde der Stadt Wien, unentgeltliche Dienste, insbesondere von Frauen, entgegen zu nehmen, bloß mit dem Hinweise darauf, dass sie Arbeitgeberin der betreffenden Ehemänner ist. Es ist auch sonderbar, dass dadurch den verheirateten Bademeistern eine Mehrlast auferlegt wird, welche von den unverheirateten überhaupt nicht verlangt werden kann.

Da diese Verfügung den Grundsätzen der Billigkeit widerspricht, so stellt der Unterzeichnete nachstehende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Stadtrathe eine Vorlage zu machen, durch welche diese durchaus ungehörige Bestimmung aus dem Organisations-Statute für die städtischen Volksbäder gestrichen wird?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Geßmann:**

Die ehemalige Gemeinde Hetzendorf hat durch ihre gesetzliche Vertretung wiederholt, speciell aber in den Jahren 1889 und 1890 rechtsverbindliche Beschlüsse gefasst, welche die Canalisierung sämmtlicher Ortsstraßen und Gassen zum Gegenstande hatte.

Längs der Hauptstraße wurde der Beton-Hauptcanal bis zur Giselagasse und auch in einem kurzen Theile der Rosenhügelstraße von der Firma N. Rella & Neffe gebaut; die Gemeindevertretung hat dieser Firma vertragsmäßig den Ausbau in den übrigen Gassen und Straßen zur Ausführung übertragen, und dieselbe hätte damit spätestens im Jahre 1892 beginnen sollen.

Allein infolge der Vereinigung des Ortes Hetzendorf mit Wien gelangte die Herstellung dieser Betoncanäle nicht mehr zur Ausführung, obwohl die gesammte Bevölkerung vom hygienischen und sanitären Standpunkte auf die Ausführung dieser dringend nothwendigen Maßregel den größten Wert legte.

Dadurch aber sind geradezu unerhörte Zustände geschaffen und es muss eine Abhilfe in kürzester Zeit eintreten.

Es fragt nun der Gefertigte,

ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, dafür zu sorgen, dass die Canalisierung in Hetzendorf endlich in Angriff genommen und die heute bestehenden, im höchsten Grade sanitätswidrigen Zustände beseitigt werden?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Seit dem Jahre 1892 wurde die Organisation des Sanitätsdienstes versprochen. Zwei Jahre hindurch ruhte die Angelegenheit unter dem Vorwande der Cholerainvasion, im Jahre 1894 wurden die Vorarbeiten und das Elaborat durch den Magistrat erledigt und im Stadtrathe das Referat erstattet, sodann vertagt.

Ich stelle hiemit folgende Anfrage:

Wie lange wird die Vertagung dieser Angelegenheit noch dauern?

Wann werden endlich auch die städtischen Ärzte in Rangclassen eingereiht und dem Stande entsprechend honoriert?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, dass die Berathung des hier in Rede stehenden Referates unterbrochen werden musste, weil über Beschluss des Stadtrathes verschiedene Erhebungen zu pflegen waren. Dann ist durch die Erkrankung des Referenten die Fortsetzung der Debatte unmöglich gemacht geworden. Ich kann nur soviel mittheilen, dass — soweit ich die Angelegenheit kenne — die Berathung in den nächsten Tagen zu Ende geführt werden wird. Ob wirklich eine Einreihung der städtischen Ärzte in die Rangclassen erfolgt, hängt von den Beschlüssen des Gemeinderathes ab.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz:**

Die Bewohner der Lainzerstraße im XIII. Bezirke Hietzing, entbehren der nöthigsten Verkehrsmittel, um rasch in das Centrum der Stadt gelangen zu können. Da nun die Omnibus-Actiengesellschaft von ihrem Depot in Speising leicht einen regelmäßigen Omnibusverkehr einzurichten in der Lage wäre, beantrage ich:

Der Magistrat möge mit der Omnibus-Actiengesellschaft in Wien in Verhandlung treten und dahin wirken, dass mit thunlichster Beschleunigung ein regelmäßiger Omnibusverkehr von Speising über die Lainzerstraße in das Weichbild von Wien installiert wird.

12. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Klotzberg:**

Vor ungefähr 12 Jahren wurde die Gumpendorfer Realschule zu einer vollständigen Oberrealschule mit sieben Jahrgängen (11 Classen) erweitert und seit dieser Zeit eine Lehrstelle für realistische Fächer (Mathematik und Physik) an derselben durch einen Supplenten mit voller Stundenzahl besetzt.

Obwohl aus pädagogisch-didaktischen Gründen von Seite der Schuldirection wiederholt wegen definitiver Besetzung dieser Stelle angesucht worden ist, so wurde doch vom Magistrate dieser Vorschlag mit der Motivierung abgelehnt, dass eine Neubesetzung von Stellen an den Wiener communalen Mittelschulen infolge der Verstaatlichungsaction nicht mehr vorgenommen werde.

Nachdem aber vor kurzer Zeit an dem Döblinger Communal-Gymnasium zwei neue Lehrstellen systemisiert und auch besetzt worden sind, trotzdem diese Lehranstalt zu Beginn des Schuljahres 1895/96 verstaatlicht wird, so beantragen die Gefertigten,

auch die Lehrstelle für Physik und Mathematik an der Gumpendorfer Oberrealschule zu systemisieren und definitiv zu besetzen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

13. Wir schreiten zur Tagesordnung, und zwar zur Specialdebatte über den Hauptvoranschlag. Ich bitte die beiden Herren Referenten, an den Referententisch zu treten.

(Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan und Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern treten an den Referententisch.)

Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan: Meine Herren! Ich bitte, nach dem vorliegenden Elaborate aufzuschlagen auf Seite 3, Gruppe I, Verwaltung im allgemeinen, Functionsgebür des Bürgermeisters, der Vice-Bürgermeister, der Stadträthe und Wahlauslagen für den Gemeinderath 117.330 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, wir können es so halten. Wenn sich nicht jemand zum Worte meldet und die Abstimmung nicht ausdrücklich verlangt wird, werde ich einfach den Titel für angenommen erklären.

Herr Gem.-Rath Trambauer hat das Wort.

Gem.-Rath Trambauer: Ich möchte zur Post 4, Rubrik I, sprechen. Wahlauslagen für den Gemeinderath. Es ist ganz gut, dass wir heuer auch Wählerlisten bekommen haben, aber leider nicht zur rechten Zeit. Ich habe mich im Steuercataster erkundigt, da waren die Wählerlisten für den X. Bezirk am 22. Februar fertig, respective im X. Bezirke draußen.

Ich habe mir am 25. Februar im Steuercataster einige Wählerlisten geholt und der Beamte hat mir ausdrücklich gesagt,

dass die Wählerlisten am 22. Februar im X. Bezirke draußen waren. Merkwürdigerweise ist mir die Wählerliste am 2. März erst zugestellt worden. Ich möchte doch den Herrn Vorsitzenden bitten, dass, wenn wieder Wählerlisten anlässlich der bevorstehenden Wahlen verfasst werden, dieselben mindestens acht Tage vorher zugesendet werden, ehe die Reclamation beginnt. Mir ist die Wählerliste erst am 2. März zugekommen und am 7. März war die Reclamationsfrist zu Ende. Ich muss bedauern, dass sich das ereignet hat, und bitte den Herrn Bürgermeister nochmals, dafür zu sorgen, dass die Wählerlisten mindestens acht Tage vor der Reclamationsfrist zugesendet werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Gessmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Was die Zusammenstellung der Wählerlisten betrifft, so gestehe ich ganz offen, dass gegenüber anderen Jahren diesmal ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist. Insbesondere muss lobend hervorgehoben werden, dass die Zahl der unbestellbaren Legitimationen, beziehungsweise die unrichtigen Adressen gegenüber früheren Jahren verhältnismäßig eine geringe war. Es lässt sich auch nicht leugnen, dass das Übereinkommen mit dem Polizeimeldungsamte bezüglich der Richtigstellung der Adressen sich außerordentlich nützlich erwiesen hat. Es kommt dazu, dass das Unternehmen mit den Übergehungszetteln dem Wahlcataster außerordentliche Mühe und Arbeit verursacht hat, und dass die Leistung, welche dieses Amt heuer in der Richtung vollbracht hat, gewiss alle Anerkennung verdient.

Aber, meine Herren, ganz anders liegen die Dinge bezüglich des ganzen Wahlgeschäftes, insoweit es sich um die Gestion des Stadtrathes, beziehungsweise des Herrn Bürgermeisters handelt. Die Art und Weise, wie da vorgegangen wird, widerspricht den elementarsten Grundsätzen einer ordentlichen Gestion. Es hat der Herr College soeben gesagt, dass er die Wählerliste erst am 2. März bekommen hat. Wir, ich selbst, ich als Gemeinderath, meine Herren, haben die Wählerliste — Donnerstag war die Reclamationsfrist aus — am Dienstag bekommen und habe mir das bestätigen lassen.

Nicht nur ich, sondern alle Wähler in meinem Hause haben sie am Dienstag vor dem Schlusse der Reclamationen bekommen. Herr Dr. Lueger, beziehungsweise wir, haben in einer Interpellation den Herrn Bürgermeister ersucht, nachdem das ganze Reclamationsverfahren sich nicht in so kurzer Zeit durchführen lässt, es möge eine Verschiebung des Wahltermines eintreten. Der Herr Bürgermeister hat das abgelehnt und ich werde darauf zu sprechen kommen, aus welchen Motiven er sich ablehnend verhalten hat. Nun möchte ich nur bei der Gelegenheit — es gibt im Budget keine andere Gelegenheit, darüber zu sprechen — besonders hier auf die ganze Zusammensetzung unseres heutigen Wahlcatasters etwas näher eingehen. Wenn in irgendeinem Amte, so zeigt sich speciell in diesem Amte das Traurige unserer Diurnistenwirtschaft ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Darf ich bitten, Herr Redner! Meiner Ansicht nach verliert sich der Herr Redner in die Generaldebatte. Nun möchte ich die Herren bitten — es ist dies in unser aller Interesse — sich an die Posten des Präliminares zu halten und sich streng auf die Specialdebatte zu beschränken. Ich bitte, wenn wir so fortfahren und die Generaldebatte immer wieder beginnen, werden wir mit dem Budget überhaupt nicht fertig. Sie alle wissen, dass nächste Woche schon die Wahlen beginnen, dann werden wenige unter Ihnen Lust haben, sich mit dem Budget zu befassen. Ende dieses Monates geht aber das Provisorium zu Ende, und Sie bringen den Gemeinderath selbst in die größte Verlegenheit, wenn Sie auf diese Weise das Ende der Budgetdebatte hinausschieben. Ich bitte sich daher auf die Ziffern zu beschränken, die hier zur Berathung gelangen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich habe auf die Ausführungen des verehrten Herrn Vorsitzenden das eine zu bemerken, dass das, was ich jetzt vorbringe, ausschließlich nur bei diesem Punkte vorgebracht werden kann, weil es sich um die Ziffer „Wahlkosten" handelt und es im Budget keinen anderen Punkt gibt, wo man diesen ganz präcisen Antrag stellen kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Wahlcataster gehört gewiss nicht hieher. Die Beamten des Steuer- und Wahlcatasters können bei dieser Rubrik nicht besprochen werden. Das wird mir der Herr Redner zugeben, der das Budget genau kennt.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich bitte, bei welchem Punkte soll die Zusammenstellung der Wahllisten und das Amt, welches das besorgt, behandelt werden, als bei dem Punkte Wahlkosten? Ich bitte mir zu sagen, wo etwas vorkommt, wo man das sagen kann. Beim Steuercataster wird mir der Herr Bürgermeister sagen: das sind nicht Wahlangelegenheiten, das gehört wo anders hin. Das kann füglicherweise nur bei diesem Punkte zur Sprache kommen, weil im ganzen Budget keine Post vorkommt, an welche die diesbezüglichen Erwägungen überhaupt anschließen können.

Nun, meine Herren, was ich jetzt sage, ist im allerinnigsten Zusammenhange. Während in den anderen Jahren der betreffende Beschluss des Stadtrathes im September gefasst wurde, ist heuer der Beschluss über Herstellung der Wählerlisten erst am 18. November vom Stadtrathe gefasst worden und infolgedessen musste naturgemäß mit der ganzen Durchführung der bezüglichen Agenden solange gewartet werden. Die Leistungen, die der Wahlcataster bei der Gelegenheit vollbracht hat, sind höchst anerkennenswert und umsomehr bedauere ich, wenn man dieses Amt so außerordentlich vernachlässigt hat.

Meine Herren! Es sind im Wahlcataster jetzt 43 Personen verwendet. Von diesen 43 sind drei Beamte und 40 Diurnisten und stabil sind immer im Wahlcataster 38 Personen, von denen drei Beamte, beziehungsweise vier Beamte — jetzt ist außergewöhnlich ein Praktikant hinzugekommen — und 34 Diurnisten. Es hat neben der Besorgung der gesammten Evidenzhaltung der Steueracten und Steuervorschreibungen der Wahlcataster auch die Wählerlisten beständig in Evidenz zu halten.

Meine Herren! Die Wählerliste ist in Wien auf die Summe von weit über 80.000 angewachsen. Es sind beständig Änderungen, fort und fort kommen Domicilwechsel und dergleichen vor; wir wissen, jeden Augenblick können Ersatzwahlen ausgeschrieben werden und es muss continuierlich in Evidenz gehalten werden und deshalb stelle ich den Antrag, es werde das Präsidium aufgefordert, geeignete Schritte zu unternehmen, dass der Wahlcataster als eigenes Amt statuiert wird und dass demselben eine entsprechende Anzahl von Beamten zugewiesen wird. Denn es geht nicht an, dass ein Amt, welches eine solche Bedeutung hat, in der Weise behandelt wird, dass man die Geschäfte dort von 43 Personen, von welchen 39 Diurnisten sind, besorgen lässt. Das wollte ich nur sagen.

Nun etwas über die Ausschreibung der heurigen Wahlen. Ich habe bereits erwähnt, dass die Zustellung der Wählerlisten in einer Art und Weise vor sich gegangen ist, welche wirklich das Reclamationsverfahren nahezu unmöglich macht.

Es ist weder die Schuld des Wahlcatasters noch der Bezirksämter, wenn eine vollständige Illusorischmachung einer wirksamen Controle bezüglich der Wählerlisten eingetreten ist. Ich habe insbesondere noch eines zu bemerken. Der Herr Bürgermeister hat die Wahlen im zweiten Wahlkörper für den 1. April ausgeschrieben. Er hat, obwohl wir damals remonstriert haben, als sich die Auflegung der Wählerliste solange verzögert hat, erklärt, von dem Termine nicht abgehen zu können. Wir wissen auch sehr gut, warum der 1. April gewählt wurde. Es ist dies nur zu dem Zwecke geschehen, um einer großen Zahl von Wählern das Wählen unmöglich zu machen. Die Cassenbeamten und auch die cassaführenden Postbeamten — die Herren wissen das sehr gut und haben sich daher diesen Tag ausgesucht — sind am 1. April nicht in der Lage wegzukommen, und das Amt vor $^1/_2$4 oder 4 Uhr zu verlassen, weil sie die Abschlüsse machen müssen, wodurch sich an diesen Tagen die ganze Abwicklung der Geschäfte außerordentlich hinausschiebt. In dieser Richtung sind mir unzählige Klagen zugekommen und es liegt auf der Hand, warum man diesen Tag gewählt hat. Es ist das aber der beste Beweis, wie Sie es mit der Beamtenfreundlichkeit halten und wie Sie bemüht sind, durch unglaubliche Winkelzüge die Beamten, von denen Sie glauben, dass sie nicht ihre Schleppträger sind, einfach um ihr Wahlrecht zu bringen. Das musste ich vorbringen. (Beifall links.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Trotz der Ermahnung des geehrten Vorsitzenden, die Debatte nicht auszudehnen, damit eine rechtzeitige Erledigung des Budgets möglich ist, bedauere ich, derselben doch nicht entsprechen zu können, sondern gleich zur ersten Post über die Functionsgebüren des Herrn Bürgermeisters sprechen zu müssen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diese Post ist bereits erledigt.

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Referent hat mir mitgetheilt, dass alle vier Posten unter einem erledigt werden, und ich habe mich auch zu dieser Gruppe gemeldet.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe ja der Versammlung den Vorschlag gemacht, wenn niemand sich zu einer Post meldet, so gilt sie als angenommen. (Rufe links: Es ist noch nicht abgestimmt!)

Gem.-Rath Steiner: Das ist eine sonderbare Behandlung des Budgets. Ich frage den Herrn Referenten; er sagt Ja, und ich sage dann, es ist gut, ich werde mich melden.

Stadtraths-Referent: Ich war der Meinung, dass es nicht nothwendig ist, jede einzelne Post zu lesen, sondern dass es genügt, jede Rubrik zum Gegenstande der Besprechung zu machen. Diese Rubrik I enthält vier Posten: Functionsgebüren des Bürgermeisters, des Stadtrathes, der Vice-Bürgermeister und Wahlauslagen. Über diese vier Posten, glaube ich, steht jetzt die Debatte. (Rufe links: So ist es!)

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Meine Herren! Sie wissen, dass schon nach der Einverleibung der Vororte mit Wien, als der Antrag des Stadtrathes kam, die Dotation des Bürgermeisters seinerzeit mit 24.000 fl., jetzt 48.000 Kronen zu bewilligen, die Opposition damit nicht einverstanden war, und die Herren werden zugeben, dass trotz der Einverleibung der Vororte, trotz der Prophezeiungen leider der wirtschaftliche Aufschwung nicht eingetreten ist; dass trotz der Erbauung der Verkehrsanlagen die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besser und die Bevölkerung nicht steuerkräftiger geworden ist. Ich glaube auch, nachdem immer von der Repräsentanz des Bürgermeisters gesprochen worden ist, dass man ihm einen so hohen Gehalt von 48.000 Kronen sammt Wohnung, Beheizung, Beleuchtung und Wagenremise bewilligt, was nicht einem Betrage von 48.000, sondern von 70.000 Kronen gleichkommt, dass in der Bewilligung einer so großen Summe nicht die Autorität des Bürgermeisters liegt, sondern darin, nach oben hin die Interessen in der schärfsten Weise zu vertreten.

Aber noch über eines habe ich mich zu äußern. Es wurde mir bekanntlich in der Generaldebatte, als der Herr Bürgermeister den Vorsitz führte, zugerufen, ich möge ihn „Herr Bürgermeister" titulieren. Das Zeugnis wird mir jeder der Herren der Majorität ausstellen, dass ich die gesellschaftlichen Formen im Verkehre noch nie im geringsten verletzt habe, und dass es mir auch absolut nicht eingefallen ist, den Herrn Bürgermeister absichtlich per „Herr Dr. Grübl" zu titulieren; aber, nachdem er mich apostrophiert hat, muss ich den Herrn Bürgermeister doch fragen, auf Grund welcher Bestimmungen er mich zwingen kann, ihm den Titel zu geben! Ich werde ihn in Zukunft immer per „Herr Bürgermeister" titulieren, aber ich war beim Militär und weiß, dass man dort nach dem Dienstreglement verpflichtet ist, den Vorgesetzten mit „Herr" zu titulieren und der Charge den Namen zu geben. Aber ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, in Zukunft nicht zu kleinlich zu sein bei der Führung des Vorsitzes im Gemeinderathe. Ich lasse mich von ihm nicht zwingen, ihm den Titel beizulegen; ich werde es nur thun mit Rücksicht auf die Würde derjenigen Körperschaft, der anzugehören ich die Ehre habe; in Zukunft würde ich ihn aber bitten, derartige Kleinlichkeiten zu unterlassen.

Bezüglich der Herren Vice-Bürgermeister habe ich keine Bemerkung zu machen, aber bezüglich der Herren Stadträthe. Vor zwei Jahren, wenn ich nicht irre, war in der Budget-Commission von Seite des Herrn Collegen Herrdegen ein Antrag gestellt worden, welcher dahin gieng, den Stadträthen Präsenzgelder zu bezahlen, ein Antrag, der, solange wir nicht die Majorität haben und den Stadtrath vollständig beseitigen können, mir noch bis jetzt der sympathischeste gewesen ist, weil ich nicht einsehe, warum die Stadträthe — wenn sie leidend sind, lässt sich nichts dagegen machen — die Gehalte beziehen, wenn sie in die Bäder und Sommerfrischen gehen; das ist ein Gegenstand, den ich nicht gut begreifen kann. Jemand, der krank ist, soll nicht candidieren, auch nicht in den Gemeinderath, der seiner Pflicht, für welche er bezahlt wird, nicht nachkommen kann. Wenn die Krankheit vorübergehend ist, dann ist es noch etwas anderes; aber wenn jemand jährlich nach Karlsbad oder nach Arco gehen muss, gerade zu einer Zeit, wo die Budgetberathungen stattfinden, dann soll er gefälligst seine Stelle niederlegen! Das ist mein Grundsatz.

Was Besuch und Fleiß der Stadträthe betrifft, es muss das öffentlich ausgesprochen werden, so habe ich gelegentlich der Generaldebatte gestreift, dass die einen Herren vor 12 Uhr kommen, die anderen nach 12 Uhr. Wer in den Stadtrath gewählt ist, hat um 10 Uhr dort zu sein und fortzugehen, wenn die Sitzung geschlossen ist. Das fordert eine strenge Pflichterfüllung. Ich glaube, meine Herren, dass sich das ändern wird. Hoffentlich wird die Wählerschaft des 2. Wahlkörpers, nachdem ja die Wahlen für den 1. April ausgeschrieben sind, trotz der vielen Versprechungen, die den Beamten gemacht werden, trotz der vielen Versprechungen, die letzterer Zeit den Lehrern gemacht worden sind, Ihnen mit Recht die richtige Antwort geben und Sie in den 1. April hinschicken, wohin die liberale Partei gehört. (Heiterkeit links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent des Stadtrathes hat das Wort.

Stadtraths-Referent: Meine Herren! Was die Anregung bezüglich der Functionsgebür des Herrn Bürgermeisters betrifft, so ist es ja den Herren bekannt, dass dieselbe durch Gemeinderaths-Beschluss auf die ganze Dauer der Amtsthätigkeit des Herrn Bürgermeisters bestimmt ist. Wenn man also über die Sache heute wieder spricht, so hat das nur den Zweck, dass die Sache überhaupt zur Sprache kommt. Was die Thätigkeit der Stadträthe betrifft, so enthalte ich mich jeder Bemerkung, weil ich auch, wenigstens noch für kurze Zeit, die Verpflichtung habe, mich als Stadtrath zu fühlen. Bezüglich der Wahlauslagen für den Gemeinderath ist ein Antrag in Betreff der Summe nicht gestellt worden. Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann wird ja gewiss dem Stadtrathe zugewiesen werden. Meine Meinung ist aber, dass es sich beim Wahlcataster doch um eine rein mechanische Arbeit handelt: es muss in jedem einzelnen der vielen tausend Fälle ganz dasselbe nachgesehen werden, Wohnort, Stand u. s. w. Die betreffende Arbeit ist also gerade eine für Diurnisten und solche Beamte geeignete, welche eine weitere Vorbildung dazu nicht brauchen. Nachdem gegen diese Positionen Gegen-Anträge nicht gestellt sind, bitte ich, dieselben anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Referent der Commission?

Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern: Ich habe keine Bemerkung zu machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Ich muss mir auch zu Punkt 4, Rubrik I, über die Wahlauslagen einige Bemerkungen erlauben. Sie werden wohl wissen, dass jeder Wähler einen Zettel oder Schein zugestellt bekommt, wo ausgewiesen oder bekanntgegeben wird, dass er in die Wählerliste eingereiht worden ist. Mir wurde auch so ein Zettel durch einen Gemeindediener eingehändigt. Nun, ich glaube, man sollte diesen alten Schimmel, der hier gebraucht wird, entfernen. Wir leben jetzt in einem ganz anderen Jahrhundert, wie man vielleicht früher gelebt hat. Vor dem Jahre 1866 war es beim Militär Usus, dass man immer zum gemeinen Soldaten gesagt hat: „Er". „Wo geht er hin?" „Was macht er?" „Wie sieht er aus?" „Er hat schmutzige Stiefel!" „Er hat schmutzige Kleider!" „Er!" „Er kommt daher!" Nun, meine Herren, und die Commune Wien, der Magistrat spricht mit den Wählern ebenfalls so. Hier steht es schwarz auf weiß gedruckt. Ich glaube, dass das doch ein bisschen zu weit geht. (Widerspruch rechts.) Bitte, ich werde es gleich vorlesen. Hier steht ausdrücklich (liest): „Herr N. N., Hausbesitzer in der —gasse, wird hiemit verständigt, dass er (Gelächter rechts) in der Wählerliste des XVII. Bezirkes, 2. Wahlkörper, eingetragen erscheint." Nun erlaube ich mir, das ein bisschen umzustellen, und da soll es heißen (liest): „Herr N. N., Hausbesitzer, —gasse, werden hiemit verständigt, dass Sie in der Wählerliste des XVII. Bezirkes, 2. Wahlkörper, eingetragen erscheinen." Ich glaube, das ist ein bisschen höflicher. (Gelächter rechts.) Wenn Sie auch lachen, das macht nichts; wir brauchen keinen Professor, wir brauchen keinen Juristen darüber entscheiden zu lassen, aber einfach und sachlich, meine Herren, gebürt es sich, einem Wähler gegenüber, der Steuern bezahlt und der bezahlt, dass das Präsidium, der Stadtrath und alle Beamten hier Gehalt beziehen, dass dieser alte Schimmel — und ein Schimmel ist das — einmal einen anderen Stil erhält. Sie glauben, dass man nur eine Hochschule studiert haben muss, damit man genau sagen kann, so muss es heißen. Das muss jedem gewöhnlichen Geschäftsmanne auffallen. Diese Art, wie Sie den Wählern den Zettel schicken, wo Sie ihn per „er", wie es einmal beim Militär gewesen ist, ansprechen, passt sich nicht. Jetzt hat man das beim Militär abgeschafft; heute soll jemand zu einem gemeinen Soldaten sagen: „er"; man muss ihn per „Sie" ansprechen, und wenn man diesen per „Sie" anspricht, gebürt es sich, dass der Magistrat ebenfalls seine Wähler per „Sie" anspricht, nicht mit „er". „Er soll warten, er bleibt hier stehen." Ich glaube also, dass dieser Antrag, den ich hier stelle, ganz gerechtfertigt ist, wenn man hier auch gelacht hat.

Ich erlaube mir also, den Antrag zu stellen, dass es in Zukunft heißen soll: „Herr N. N., Hausbesitzer in der —gasse im xten Bezirke, werden hiemit verständigt, dass Sie in der Wählerliste des XVII. Bezirkes im 2. Wahlkörper eingetragen erscheinen." Das wird sich ein wenig angenehmer, ein wenig gefühlvoller (Heiterkeit) für den Wähler anhören, wenn er einen solchen Wahlzettel zugestellt bekommt, als wenn es heißt: „Er soll hinkommen, er ist eingetragen." Ich glaube auch, dass Sie meinen Antrag annehmen werden; ich glaube es wenigstens und hoffe, dass Sie ihn zum Beschlusse erheben, so dass im nächsten Jahre oder in zwei Jahren, wenn wieder eine Wahl ist, diese Zettel vielleicht doch verbessert sein werden und in dieser Weise auch ausgefüllt werden, und ich bitte, dass das auch zur Kenntnis genommen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Vogler.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zu einigen Bemerkungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann zu sprechen. Er hat erklärt, dass der Steuer- und Wahlcataster dringend einer Reorganisation bedarf, weil derselbe lediglich drei definitiv angestellte Beamte hat und das übrige Personale lediglich Diurnisten sind. Nun erlaube ich mir zu bemerken, dass der Vorstand des Steuer- und Wahlcatasters bereits seit Jahren in dieser Richtung Vorschläge erstattet hat, dass der Magistrat aber bisher nie darauf eingegangen ist. Nun ist im vorigen Jahre ein Referat an den Stadtrath erstattet worden, und dasselbe wurde auch hier im Gemeinderathe vorgelegt, in welchem es sich darum handelte, eine ständige Richtigstellung sämmtlicher Wählerlisten herbeizuführen. Bezüglich dieser ständigen Richtigstellung sollte die Mithilfe der Polizeidirection in Anspruch genommen werden. Es wurde die ganze Thätigkeit des Wahlcatasters derartig reorganisiert, dass es bei diesem Anlasse momentan gewiss nicht möglich gewesen wäre, die unter einem von dem Vorstande des Steuer- und Wahlcatasters zu wiederholtenmalen vorgeschlagene Reorganisierung dieses Amtes eintreten zu lassen. Nachdem der Magistrat sich abermals über diese Vorschläge nicht geäußert hat, konnte der Stadtrath auch in dieser Richtung damals mit Anträgen an den Gemeinderath nicht kommen. Nachdem jedoch auch mir als Referenten die Angelegenheit derart erschienen ist, dass die Bedenken, welche der Vorstand des Steuer- und Wahlcatasters vorgebracht hat, manches auf sich haben, habe ich mir erlaubt, im Stadtrathe den Antrag zu stellen, dass der Magistrat nach Durchführung der neugeplanten Maßregel, dieser Richtigstellung mit der Polizeidirection, und nachdem Erfahrungen gesammelt worden sind, wie sich dieses System bewährt, beauftragt werden soll, Vorschläge wegen Reorganisierung dieses Amtes zu

erstatten, und diesen Reorganisierungsvorschlag muss der Magistrat, meines Erachtens, baldigst vorlegen. Es ist also der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann in dieser Richtung, glaube ich, ziemlich gegenstandslos.

Was seine weitere Bemerkung betrifft, dass der 1. April absichtlich — wie er gesagt hat, ich habe ihn wenigstens so verstanden — von unserer Partei als Wahltag für den zweiten Wahlkörper in Aussicht genommen worden ist, damit gewisse Herren aus den Wählerkreisen nicht die Möglichkeit haben, zur Wahl zu erscheinen, so erlaube ich mir darauf folgendes zu bemerken. Der Wahltag wird vom Bürgermeister festgesetzt. Der Bürgermeister hat übrigens die Coulance gehabt, dem Stadtrathe von der Festsetzung der Wahltage — es sind ja mehrere in Aussicht genommen — Bericht zu erstatten, und bei der betreffenden Berathung darüber im Stadtrathe ist es niemandem eingefallen, daran zu denken, dass der eine oder der andere Tag nach irgendeiner oder der anderen Richtung in Bezug auf die Betheiligung oder Nichtbetheiligung der Wähler von Bedeutung sein könnte. Gewiss ist es aber niemandem eingefallen, daran zu denken, dass gewissen Wählerkreisen, welche Herr Dr. Geßmann meint, die Möglichkeit genommen werden soll, sich an der Wahl zu betheiligen. Dies ist, glaube ich, dem Herrn Bürgermeister ebenso wie uns vollständig ferne gelegen, und ich muss gestehen, dass — wie ich gehört habe — auch unsere Partei nicht Ursache hat, mit der Wahl dieses Tages zufrieden zu sein. Man ist aber nicht in der Lage, immer an alle Eventualitäten im gegebenen Momente zu denken; das ist geradezu unmöglich.

Damit wäre ich mit meinen Bemerkungen fertig; nachdem aber der Herr Gem.-Rath Steiner abermals auf die Thätigkeit des Stadtrathes zurückgekommen ist, so erlaube ich mir doch, da kurz folgendes zu sagen. Der Stadtrath erfüllt seine Aufgabe, glaube ich, so weit er es überhaupt imstande ist. Der Stadtrath ist in toto außerordentlich fleißig. Wenn der Herr Gem.-Rath Steiner bemerkt, dass manche Herren vielleicht um 10 Uhr nicht pünktlich da sind und sich manchmal vorzeitig entfernen, so ist dies bei einem Collegium von 25 Personen sehr leicht erklärlich. Es ist nicht immer möglich, dass jeder präcise zur angegebenen Zeit da ist oder dass jeder durch die ganze Zeit aushält. Es ist ja auch den Stadträthen nicht verboten, dass sie ihr Geschäft betreiben, und hie und da ist er auch in diesen Geschäften in der einen oder der anderen Weise aufgehalten. Abgesehen davon, soll, wenn Herr Gem.-Rath Steiner um 10 Uhr in den Stadtrath kommt, er sich gefälligst erkundigen, ob nicht hie und da Commissionen stattfinden. Manchmal sind Commissionen auswärts, an denen die Stadträthe theilnehmen müssen; manchmal sind Commissions-Sitzungen auf 9 oder 10 Uhr anberaumt; es ist zum Beispiel die Disciplinar-Commission, die häufig auf 9 Uhr einberufen wird. Das erfordert alles Kräfte und zieht einzelne Stadträthe ab, die dann nicht dort sein können und deren Hüte, wenn sie der Herr Gem.-Rath Steiner im Vorzimmer zählt, nicht auf ihren Nummern hängen. Das ist möglich und daraus folgt nicht und kann man nicht schließen, dass der Stadtrath unfleißig ist. Der Stadtrath ist geradezu überbürdet, das hat Herr Dr. Lueger selbst gesagt, und der Stadtrath arbeitet, was er kann. (Gem.-Rath Jedlička: Auflösen!) Er verdient daher diese Vorwürfe nicht. (Bravo! Bravo! rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Herold hat das Wort.

Gem.-Rath Herold: Ich hätte nicht geglaubt, dass gerade bei Post 1, Gruppe 1, vom Herrn Gem.-Rathe Steiner Anwürfe oder eine Opposition erfolgen würde. Wenn der Herr Gem.-Rath Steiner die Function der Bürgermeister anderer Städte vergleicht, so ist die Function dieser Bürgermeister eine der mäßigsten, und was hat der Wiener Bürgermeister alles zu leisten! Bürgermeister von Wien, das ist keine beneidenswerte Stellung, es ist eine der schwierigsten Stellungen, die ich kenne. Er muss mit hoch oben sich gut verstehen, er muss mit den Ministern verkehren, er hat mit dem Statthalter zu verkehren, er hat mit seiner Partei manche harte Nuss zu knacken und mit Ihrer Partei, die nur dazu da ist, um ihm das Leben zu versauern, er muss mit Journalisten verkehren, er muss mit verschiedenen Arten von Steuerträgern und Theilen der Bevölkerung verkehren. Man muss sich fragen, woher nimmt der Mann die Zeit, um alle zu befriedigen, er muss sie befriedigen. Er ist überbürdet vom Morgen bis zum Abend und kann seinem bürgerlichen Berufe nicht nachgehen. Und da machen Sie Umstände wegen des Gehaltes von 24.000 fl. Was ist das: 2000 fl. pro Monat. (Gelächter links.) Das ist gar nichts für einen Bürgermeister von Wien. Das ist kleinlich. Mich freut es, wenn der Bürgermeister Geld ausgeben kann, wenn er die Stadt repräsentiert, mich freut es, wenn er in seinem Galawagen durch die Straßen fährt, das ist der Bürgerfürst.

Dann hat sich der Herr Gem.-Rath Steiner über die Ungerechtigkeit beklagt, dass er zur Ordnung gerufen worden ist, weil er dem Bürgermeister nicht den Titel gegeben hat. Der Herr Bürgermeister hat recht gehabt, ich hätte es auch so gemacht. (Gelächter rechts.) Wenn er auch nicht das Recht hat, so verlangt es das Taktgefühl, dass man den Bürgermeister so anspricht. Was würde denn Herr Gem.-Rath Steiner sagen, wenn der Bürgermeister mit dem Gem.-Rath Steiner immer sprechen würde per Anstreicher Steiner. Er würde sich sehr dagegen verwahren und würde sagen, hier bin ich Gemeinderath. Dasselbe Recht hat unser Bürgermeister. Das wollte ich mir zu bemerken erlauben. (Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe mich nur gemeldet, um zu constatieren, dass der Bürgermeister im Stadtrathe nur einfach mitgetheilt hat, welche Tage er als Wahltage ausersehen hat. Der Stadtrath hat nicht das geringste Recht, in diese Sache hineinzureden und deshalb haben alle dazu geschwiegen. Nach dem Statute ist der Bürgermeister einzig und allein berechtigt, die Tage festzusetzen, uns kümmert das weiter nichts; es war sehr schön, dass er es uns gesagt hat, aber ein Recht, darüber zu reden, haben wir nicht gehabt.

Weil ich schon beim Worte, sage ich aufrichtig, dass wir gegen die 24.000 fl. nicht wegen des jetzigen Bürgermeisters, sondern aus principiellen Gründen stimmen. Wir sind der Meinung, wie ich schon wiederholt gesagt habe, dass ein Bürgermeister mit 12.000 fl. auch genug hat. (So ist es! links.) Ich erkläre dem unmittelbaren Herrn Vorredner, viel wichtiger als dieser ganze Firlefanz, von dem er gesprochen hat, ist, dass der Bürgermeister Einfluss nach oben, insbesondere einen Einfluss bei der Behörde besitzt, dass die betreffenden Behörden Respect vor ihm haben, und einen Respect werden sie nur vor einem Manne haben, der Verstand, der Witz im Kopfe hat, der energisch ist. Das ist das

allein ausschlaggebende, ob nun der Betreffende 24.000 fl. oder 12.000 fl. bezieht, das ist vollständig gleichgiltig. Ich glaube ja, dass der Bürgermeister, wie er mir einmal gesagt hat, sich von den 24.000 fl. nichts erspart. Es ist ein theueres Leben, aber nicht wir von der Opposition sind daran schuld, dass das Leben so theuer ist. Ich weiß schon, wer daran schuld ist, meine Herren! (Heiterkeit links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Ich hätte nicht mehr gesprochen, wenn Herr St.-R. Dr. Vogler — und ich finde das selbstverständlich — nicht den Stadtrath in Schutz genommen hätte. Nachdem er aber von Überbürdung gesprochen hat und von exacter Führung der Geschäfte, so muss ich Herrn Dr. Vogler doch aufmerksam machen und er wird es selbst wissen, dass es unmöglich ist, wie man den Berichten im Amtsblatte über den Stadtrath entnehmen kann, in so kurzer Spanne Zeit so viele Referate gründlich zu berathen und ordentlich durchzugehen; das ist nicht denkbar. Die Überbürdung ist wohl richtig, nachdem die gegenwärtige Zusammensetzung des Stadtrathes und die Führung der Geschäfte im Stadtrathe nicht richtig ist. Ich nehme ihm dies gar nicht übel. Aber bezüglich des Erscheinens der Mitglieder des Stadtrathes muss ich mich verwahren, dass man damit kommt und sagt: man kann nicht vier Stunden sitzen bleiben, man hat Berufsgeschäfte. Wer das nicht kann, darf sich nicht in den Stadtrath wählen lassen. (So ist es! links.) Wenn man sich bezahlen lässt, muss man auch etwas dafür leisten, weil das aus dem Gelde der Steuerträger geht.

Der Herr College Herold hat aufmerksam gemacht — ich habe das gelegentlich der Generaldebatte bemerkt und auch jetzt — er hat mit einer gewissen theatralischen Rhetorik von Anstand und dergleichen gesprochen; der Herr College kann versichert sein, dass ich dem Herrn Bürgermeister gegenüber, wenn er auf dem Präsidentenstuhle sitzt, die gesellschaftlichen Formen stets einhalten werde, stets. Aber Herr Gem.-Rath Herold hat gelegentlich der Generaldebatte, ohne dass er vom seinerzeitigen Herrn Vorsitzenden Vice-Bürgermeister Matzenauer zur Ordnung gerufen wurde, erklärt, er wäre sonst mit vielem von der Opposition einverstanden, nur mit den Schnüffeleien des Gem.-Rathes Steiner nicht. Ja, Herr Gem.-Rath Herold, das dürfen Sie nicht sagen, denn, wer Butter auf dem Kopfe hat, sagt ein altes Sprichwort, darf nicht in die Sonne gehen, und wenn ich herumschnüffle und gerade finde, dass Herr Gem.-Rath Herold auf Kosten der Gemeinde mit dem Schlafwagen zum Schützenfeste nach Innsbruck fährt (Hört! links), so sind die Schnüffeleien ganz am Platze.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Stadtraths-Referent zum Schlussworte.

Stadtraths-Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Commissions-Referent! (Derselbe verzichtet.)

Wenn keine Einwendung erhoben wird, bringe ich die vier Posten unter einem zur Abstimmung. Jene Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Angenommen.

Der Antrag Dr. Geßmann kommt bei Rubrik III zur Abstimmung. Hier ist von der Gemeindevertretung die Rede.

Den Antrag Eigner betrachte ich als eine Anregung. Ich werde denselben dem Magistrate zur Berücksichtigung abtreten. Ich glaube, eine Abstimmung ist nicht erforderlich.

Stadtraths-Referent (liest): Rubrik II „Bezirksausschüsse“, Functionsgebüren der Bezirksvorsteher 28.500 fl., Wahlauslagen der Bezirksausschüsse 2390 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Ich muss jetzt auf etwas zu sprechen kommen, was von allen Parteien, ob liberal oder antiliberal, tief bedauert wird, nämlich, dass wir heute, vier Jahre nach der Einverleibung der Vororte mit Wien, noch keine definitive Geschäftsordnung für den Bezirksausschuss haben.

Die Herren werden sich erinnern, dass vor ungefähr drei Jahren — es war im Herbste — uns das Referat vorgelegt worden ist, dass über Antrag des seinerzeitigen Herrn Referenten, glaube ich, über die Beschlussfassung desselben eine Commission gewählt werde, dass aber seit dieser Zeit noch gar nichts geschehen ist. Meine Herren! Dies ist umsomehr zu bedauern, wenn man den Zustand der Straßen und die Pflege der Straßen in den Bezirken ansieht, insbesondere in den Bezirken an der Peripherie, da ist es tief bedauerlich, dass keine Geschäftsordnung vorhanden ist; man weiß jetzt nicht, an wen man sich halten soll. Bei uns sind die schrecklichsten Zustände draußen. Solche Zustände waren nie. Es hat in früherer Zeit auch viel Schnee gegeben und Schneeschmelze war immer im Frühjahre. Dass die Straßen da schlecht sind, ist zweifellos, aber solche Zustände, wie sie bei uns gegenwärtig sind, hat der XIX. Bezirk noch nie gehabt. Die Straßen sind geradezu unfahrbar und ich muss jetzt hier gleich noch etwas zur Sprache bringen. Im Laufe des vergangenen Herbstes sind die Wasserleitungsröhren gelegt worden. Wie man das oberflächlich zugeschüttet hat, wie das geschehen ist, das wissen die Herren alle zur Genüge. Aber jetzt kommen Senkungen vor. Am Sonntag nachmittags holt man mich nach Heiligenstadt, dort ist ein senkrechter Schacht offen gewesen, er war eingegangen, so dass ein Kind oder selbst ein kleiner Mann hineinfallen und nimmer heraus könnte. Ich und ein Sicherheitswach-Inspector sind dort gestanden. Ich habe gefragt: wer ist denn da verpflichtet, abzuhelfen? Ich kann doch den Schacht nicht selbst zuschütten. So ist es auch an verschiedenen anderen Stellen geradezu lebensgefährlich. Es wurde mir auch mitgetheilt, dass seitens der Gemeinde Taglöhner und Schotter verwendet werden, um die Sache auszubessern; aber auch, dass diese Beträge verrechnet und von der Caution der betreffenden Wasserleitungs-Gesellschaft in Abzug gebracht werden. Ja, meine Herren, wer versichert mich denn, dass dies immer bemerkt wird und dass jeder Straßenaufseher auch thatsächlich die Anzeige macht? Ich weiß zum Beispiel Sachen, wo einfach Schotter hingeführt wird. Das kann aber keine Stunde offen bleiben und muss sofort geschehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner zu berücksichtigen, dass wir bei den Functionsgebüren der Bezirksvorsteher sind.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich bitte, ich komme schon zu der Geschäftsordnung. Wenn eine definitive Geschäftsordnung wäre, in der ausgesprochen wäre, dass ich mich an den Bezirksvorsteher halten kann, so schicke ich ihm einfach zehn Wachmänner, damit er auch am Sonntag-Nachmittag seine Pflicht erfüllt und solche Unzukömmlichkeiten abstellt. Was soll ich aber jetzt anfangen? Es ist also dringend geboten, dass endlich nicht nur die Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse definitiv vom Gemeinderathe genehmigt und bewilligt wird, sondern dass auch darin steht, wann der Herr

bezahlte Bezirksvorstand Amtsstunden hat. Das muss auch darin stehen. Denn, meine Herren, es geht nicht an, dass zum Beispiel der Vorsteher des XIX. Bezirkes auf eine halbe Stunde, wenn es ihm gerade angenehm ist, ins Bureau kommt, um zu unterschreiben und sonst den Bezirk Bezirk sein läßt.

Der Leiter des magistratischen Bezirksamtes Döbling hat mir selbst erklärt, wenn er mit dem Bezirksvorsteher sprechen will, muss er ihm telephonieren, wenn er ihn gerade trifft, sonst ist er einfach nicht zu sprechen. Das sind Zustände, die nicht bleiben können, da muss etwas definitives geschaffen werden; und nachdem die Unzufriedenheit bei den Bezirksausschüssen selbst groß ist, möge der Herr Bürgermeister endlich veranlassen, dass dieses so wichtige Referat endgiltig erledigt und dem Gemeinderathe vorgelegt werde.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte nur kurz über den Stand des Referates wegen definitiver Feststellung der Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse Auskunft geben. Dieses Referat hat einen langen Weg gemacht. Wie ich einmal in den Stadtrath gekommen bin, um endlich über die Anträge der Commission zu referieren, hat der Stadtrath — nicht über meinen Antrag — beschlossen, die Gutachten der Bezirksausschüsse einzufordern. Dieselben sind nach mehreren Monaten im Vorjahre eingelangt, sind aber so auseinander gegangen, und es wurden hunderte so divergierende neue Anträge gestellt, dass es nothwendig war, die Sache neuerlich dem Magistrate zuzuweisen, damit er doch die Geschichte unter einen einheitlichen Gesichtspunkt bringe. Dieses Magistrats-Referat ist nunmehr erstattet und liegt seit einer Woche bei mir. Ich bin jederzeit bereit, im Stadtrathe darüber zu referieren. Aber, meine Herren, ich habe im Stadtrathe noch einige andere größere Referate anhängig, die zunächst erledigt werden müssen, und die dringenderer Natur sind. Schließlich ist man mit der bisherigen Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse auch ausgekommen, und ich glaube also, man wird schon noch einige Monate warten können, bis diese anderen Referate erledigt sind, die meines Erachtens viel erheblicher sind, so zum Beispiel jenes über die Reform der Armenpflege. Übrigens bin ich mit Vergnügen bereit, wie gesagt, zu referieren und die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen. Mir ist es ja selbst sehr lieb, wenn ich diese großen Referate vom Halse habe.

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte nur auf einen Übelstand hinweisen, welcher eigentlich eine Gesetzesverletzung involviert. Nach § 36 des Statutes, Alinea 4, heißt es ausdrücklich: „Wird das Amt des Bezirksvorstehers oder dessen Stellvertreters vor der Zeit erledigt, so hat der Bezirksausschuss binnen vier Wochen eine Neuwahl für die restliche Dauer der Wahlperiode vorzunehmen." Der Vorsteher des V. Bezirkes ist am 17. Jänner gestorben und trotzdem hat der Herr Bürgermeister nicht auf Grund des Statutes die Wahl vorschriftsmäßig ausgeschrieben, wie es sich geschickt hätte, sondern man hat gewartet, bis ich vor fünf Wochen eine Interpellation an ihn gestellt habe. Dann wurde die Wahl ausgeschrieben; sie wurde auch vorgenommen und ist resultatlos verlaufen. Jetzt wurde vom Bürgermeister die Wahl zum zweitenmale ausgeschrieben, und zwar auf den Samstag. Es sind also schon mehr als zwei Monate verflossen, ehe die Wahl beendet wird. Was wird das Resultat sein? Die Auflösung des Bezirksausschusses und wir werden also Neuwahlen haben. Sie hätten gleich mit den Gemeinderathswahlen verbunden werden sollen. Wir haben doppelte Arbeit und Kosten. So etwas ist nicht nothwendig. Wenn ich bedenke, wie rigoros der Herr Bürgermeister uns gegenüber die Geschäftsordnung zu handhaben pflegt, wenn ich zum Beispiele eine Interpellation um drei Minuten zu spät übergebe, wird sie einfach nicht verlesen, wenn er uns, sage ich, gegenüber so rigoros vorgeht, haben wir wohl auch das Recht, zu verlangen, dass das Statut, welches Gesetz ist, auch dem Gemeinderathe und der Öffentlichkeit gegenüber ordentlich gehandhabt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Scholz.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Ich möchte mir erlauben, den Antrag zu stellen, dass der Bericht über das Statut der Bezirksausschüsse dem Gemeinderathe mitgetheilt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Tischler.

Gem.-Rath Tischler: Auf der Wieden haben sich in letzterer Zeit Unfälle wegen Glatteis ereignet. Ich habe mich an verschiedene Personen gewendet, und niemand ist da, der irgendetwas dreinzureden hat. Beispielsweise hat Ecke der Schwind- und Alleegasse die elektrische Gesellschaft das Pflaster aufgerissen; sie hat es in einem erbärmlichen Zustande zugeschüttet und niemand ist auf der Wieden, der ein Wort dreinzureden hat. Wir waren überall; endlich soll das Trottoir gerichtet werden. Daneben ist eine Schule. Diese Schule ist derart künstlich gebaut, dass die Einfahrt viel tiefer liegt als die Straße und der Hof, und wie vergangene Woche ein Thauwetter eingetreten ist, sind die Kinder bis an die Knöchel im Wasser gewaten. Niemand ist im Bezirke, der sagen kann, ich habe das Recht oder die Pflicht. Wenden Sie sich an den Bezirksvorstand oder den Magistratsrath, es ist niemand da, der sagen kann: Na ja, ich werde es richten lassen! Niemand richtet etwas.

Was ist eigentlich die Commune Wien, wenn sie in gar nichts dreinzureden hat, wenn gar niemand da ist, der in solchen minimalen Angelegenheiten Recht zu sprechen hätte? Niemand traut sich, der elektrischen Gesellschaft zu sagen: Du musst das Pflaster herstellen lassen! Wir haben vor mehreren Jahren die Margarethenstraße neu gepflastert. Ich muss sagen: das Pflaster war gut und schön. Da kommt die elektrische Gesellschaft und lässt das Pflaster aufreißen und fort und fort so lange demolieren, bis heute die Straße total verhunzt ist. Und niemand ist in Wien, der sagt: diese Straße muss wieder in anständigen Zustand hergerichtet werden. Worin liegt der Fehler? In der Planlosigkeit unserer Verwaltung. Es ist ein gewisser Kastengeist . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Darf ich bitten! Das gehört doch gewiss nicht in die Berathung über die Bezirksausschüsse.

Gem.-Rath Tischler (fortfahrend): Ich bitte, Herr Bürgermeister, Sie sagen dasselbe, was ganz Wien spricht. Es ist niemand da, es gehört nicht dazu. Wo gehört das denn hin: Wieden, Schwindgasse, Margarethenstraße, Alleegasse, wenn man sagt: das gehört nicht in die Rubrik: „Bezirksausschüsse"?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sehr, Herr Redner, Sie haben gar keinen Grund, sich so aufzuregen.

Gem.-Rath Tischler: Ich werde mich nicht aufregen. Das ist der alte Schlendrian, der liberale Schlendrian ist es.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Referent das Wort? (Derselbe verzichtet.)

Ich bringe beide Posten unter einem zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche den Referenten-Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag Scholz wird seinerzeit Berücksichtigung finden.

Stadtraths-Referent: Rubrik III in der Einnahme „Allgemeine Verwaltung in persönlicher Beziehung":

Pauschalvergütung für die Administration der Wiener Dienstboten-Krankencassa;

Einhebungspercente von den Spectakelgeldern;

Rückersatz von an Beamte und Diener gegebenen Besoldungsvorschüssen;

Beitrag der allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft zu den Kosten der seitens der Gemeinde Wien auszuübenden Controle — zusammen 91.500 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand zu sprechen? (Niemand meldet sich.) Die Einnahmen sind nicht beanständet, ich erkläre also diese Posten für angenommen.

Stadtraths-Referent:

Allgemeine Verwaltung in persönlicher Beziehung.

Besoldungen und äquiparierende Bezüge der Beamten und Diener.

Bezüge der rechtskundigen Beamten . . . . 447.960 fl.

Bezüge der Beamten des Bauamtes:

a) Effective Bezüge . . . . 270.130 „

b) Durchgeführte Zinswerte . . . . 420 „

Zusammen . 270.550 fl.

Bei der Buchhaltung ist eine Abänderung geschehen infolge der vom Gemeinderathe beschlossenen Vermehrung des Personales. Der ursprüngliche Antrag lautete auf 186.610 fl. Der Herr College von der Budget-Commission hat eine Erhöhung beantragt und es ist auch vom Stadtrathe diese Post auf 190.610 fl. erhöht worden; von der Commission ist diese Ziffer auf 208.040 fl. erhöht worden.

Bezüge der Beamten der Hauptcassa . . . . 206.920 fl.

Bezüge der Beamten der Kanzlei und Registratur:

a) Effective Bezüge . . . . 325.580 „

b) Durchgeführte Zinswerte . . . . 240 „

Zusammen . 325.820 fl.

Bezüge des Personales des Archivs, der Bibliothek und der städtischen Sammlungen . . . . 19.600 fl.

Adjuten für Praktikanten und Sustentationsbeiträge für Aspiranten . . . . — —

Bezüge der Mitglieder des gemeinderäthlichen Stenographenbureaus . . . . 7.200 fl.

Bezüge der Bauaufseher . . . . 12.090 „

Bezüge des Telegraphisten I. Classe der Central-Telegraphenstation im neuen Rathhause . . . . 850 „

Taggelder für Aushilfsbeamte . . . . 196.710 „

Bezüge der Amtsdiener:

a) Effective Bezüge . . . . 258.260 „

b) Durchgeführte Zinswerte . . . . 4.040 „

Zusammen . 262.300 fl.

Löhnungen der Aushilfsdiener . . . . 22.760 fl.

Zeitliche Aushilfen für active Beamte und Diener . 12.000 „

Belohnungen für außergewöhnliche Dienstleistungen, und zwar:

a) Neujahrs-Gratificationen . . . . 5.520 fl.

b) Remunerationen für Übersetzungen aus fremden Sprachen . . . . 8.970 „

c) Remunerationen an die zu den freiwillig abgehaltenen Licitationen entsendeten Magistrats-Commissäre 200 fl.

d) Remunerationen für die Verfassung des statistischen Jahrbuches und des Verwaltungsberichtes . . . 2.430 „

e) Remunerationen für die Verfassung des Hauptrechnungsabschlusses und des Hauptvoranschlags-Entwurfes . . . . 800 „

f) Remunerationen aus sonstigen Anlässen . . . . 2.400 „

Zusammen . 20.320 fl.

Besoldungsvorschüsse an Beamte und Diener . . . . 60.000 fl.

Damit ist die Rubrik III in den Ausgaben erschöpft.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Commissions-Referent!

Commissions-Referent: Die Commission beantragt, dass in Rubrik III, Post 3, die Ziffer von 196.610 fl., Bezüge der Beamten, auf 208.040 fl., das ist um 1430 fl. erhöht werde. Begründet erscheint diese Erhöhung durch den Gemeinderaths-Beschluss vom 9. November 1894, womit die Systemisierung von weiteren 20 Praktikantenstellen und durch den Gemeinderaths-Beschluss vom 8. Jänner 1895, womit die Neusystemisierung des Beamtenstatus der Stadtbuchhaltung beschlossen worden ist. Ich beantrage die Genehmigung dieser erhöhten Post.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit, der einzig möglichen in diesem ganzen Jahre, einiges über die Lage der städtischen Beamten zu sprechen. Ich beginne da zunächst mit den Bezügen der rechtskundigen Beamten. Ich anerkenne, dass für die Beamten, was ihre Gehaltsverhältnisse anlangt, in neuerer Zeit sehr anerkennenswertes geschehen ist und dass in der Hinsicht irgendeine Recrimination nicht zu erheben ist. Anders ist es aber speciell beim Wiener Magistrate mit den Verhältnissen der einzelnen Rangclassen. Selbst bei denjenigen staatlichen Ämtern, welche als Manipulationsämter gelten und bei denen juridische Studien nicht begehrt werden, ist es als Regel aufgestellt, wenigstens in einzelnen Dicasterien, in einzelnen Dienstzweigen als Regel angenommen worden, dass bezüglich der drei untersten Rangclassen das sogenannte Paritäts- oder Drittelverhältnis eingehalten werde. Nun, das ist im Magistrate, sowohl bei den rechtskundigen, als bei den Kanzleibeamten absolut nicht der Fall und gestatten Sie mir, dass ich in dieser Richtung einen Vergleich ziehe zwischen den rechtskundigen Beamten des Magistrates und einem Amte, das ja in vieler Hinsicht ähnliche Officien hat, nämlich mit der Wiener Polizeidirection. Bei der Wiener Polizeidirection ist der Status folgender: in der IV. Rangclasse ist 1 Beamter, in der V. gleichfalls nur 1, in der VI. sind 3, in der VII. sind 24, in der VIII. 39, in der IX. 75, in der X. 50, und außerdem nur 11 Conceptspraktikanten. Demgegenüber stellt sich das Verhältnis bei den rechtskundigen Beamten des Magistrates folgendermaßen: Es sind im ganzen 225 Conceptsbeamten nach dem gegenwärtigen Status, davon in der IV. Rangclasse keiner, in der V. 1, in der VI. 1, in der VII. 34, in der VIII. 30, in der IX. 32, in der X. 90, außerdem sind 35 Conceptspraktikanten.

Nun, meine Herren, hat sich naturgemäß bei der letzten Regulierung herausgestellt, dass einzelne von den Herren vorwärts gekommen sind, weil zahlreiche Abgänge durch Alter waren, und weil die neue Organisierung eingetreten ist. Jetzt, meine Herren,

ist aber die Sache ganz anders, es sind alle Stellen bis zu den oberen Stellen in der That mit jüngeren Leuten besetzt, und für die gegenwärtige jüngere Generation im Concepte des Wiener Magistrates bieten sich infolgedessen die allertraurigsten Aussichten.

Während bei der Wiener Polizeidirection das Schwergewicht des Conceptsstatus in der IX. Rangclasse liegt, das ist 36·7 Percent aller Beamten, ist das Schwergewicht bei den rechtskundigen Beamten des Magistrates in der X. Rangclasse, dort sind 40·8 Percent der Beamten. Die polizeiliche VIII. Rangclasse umfasst 19 Percent, während dieselbe beim Magistrats-Conceptsstatus nur 13·3 Percent beträgt. Es ist also in der Richtung ganz zweifellos, dass das Verhältnis der einzelnen Kategorien ein entschieden ungünstiges ist.

Nun hat ja auch das verehrliche Präsidium offenbar eingesehen, dass diese Zustände als nicht wünschenswert bezeichnet werden können, weil ja, namentlich wenn die höheren Stellen wegen Abganges älterer Herren mit so verhältnismäßig jüngeren Leuten besetzt sind, für den Nachwuchs keine Aussicht besteht, in messbarer Zeit vorwärts zu kommen, und es wurde deshalb im Mai 1894 ein Rundschreiben an alle Bezirksamtsleiter wegen Reorganisierung des Conceptsstatus hinausgegeben. Es wurden die Bezirksamtsvorstände aufgefordert, diesbezüglich Gutachten an das Präsidium zu erstatten und nun, meine Herren — was war der Effect dieser ganzen Action?

Es ist charakteristisch für diese Praktikanten- und in anderen Ämtern auch für die Diurnistenwirtschaft beim Wiener Magistrate, dass die Conceptspraktikantenstellen auf 35 vermehrt worden sind.

Meine Herren, es ist ja ganz schön — der Wiener Conceptspraktikant ist verhältnismäßig besser gestellt als ein solcher in anderen Ämtern, aber die Conceptspraktikantenstelle ist nicht danach angethan, dass ein Mann vielleicht durch lange Jahre in dieser Stelle verbleiben wollte. Es charakterisiert ja auch ein anderer Umstand die beim Wiener Conceptsstatus bestehenden Verhältnisse. Als jetzt, meine Herren, beim niederösterreichischen Landesausschusse eine Stelle ausgeschrieben wurde — es war dies eine Landessecretärsstelle — sind beinahe ein viertel aller Wiener Magistratsconcipisten, volle 18 an der Zahl, um diese Stelle eingekommen. Es liegt in der Natur der Dinge, dass jeder da trachtet, wegzukommen, wenn er absolut keine Aussicht hat, vorwärts zu kommen. Ich glaube also, meine Herren, dass es wünschenswert, ja geboten ist, den jüngeren Leuten doch die Möglichkeit eines Vorwärtskommens zu geben, und deshalb möchte ich folgende Anträge stellen:

„1. Die Leiterstellen der magistratischen Bezirksämter sind mit Räthen zu besetzen."

Jetzt, meine Herren, sind in Favoriten, Alsergrund, Hietzing, Rudolfsheim und Döbling, Secretäre als Bezirksamtsleiter. Die Bezirksämter, meine Herren, haben ja eine kolossale Bedeutung, und wenn sie ihren Dienst anstandslos verrichten, so haben sie wirklich außerordentliches geleistet.

Ich bitte Sie, auch im Auge zu behalten, dass ja auch beim Staate alle Bezirkshauptmannschaften — und die Agenden eines solchen Bezirksamtes in Wien sind gewiss keine geringeren, als die einer Bezirkshauptmannschaft — ausnahmslos, kann man sagen, mit Beamten der VII. Rangclasse besetzt sind.

Zweitens beantrage ich die Vermehrung der Secretäre um 10, der Commissäre um 8 und die Verminderung der Conceptspraktikanten von 35 auf 20.

Meine Herren! Nichts deprimiert einen jungen Beamten so sehr, als wenn er auf Jahrzehnte nicht die geringste Hoffnung hat, irgendwie vorwärts zu kommen. Ich habe auch beim Staate bei jeder Gelegenheit diese Zustände gegeißelt. Der Staat, geradeso wie alle anderen öffentlichen Functionäre, hat die Pflicht, die Leute, die ihm treu dienen, ordentlich zu bezahlen. Die Praktikantenwirtschaft wirkt auf jeden Status im höchsten Grade deprimierend. Ich empfehle Ihnen deshalb meine Anträge bezüglich des Concepts.

Nun gestatten Sie mir auch über die Kanzlei einiges zu sprechen. Das Elend der Kanzleibeamten ist ja bei den verschiedensten Gelegenheiten in drastischen Farben geschildert worden und es ist in der That in der Richtung nicht übertrieben worden. Heute kann es einem Kanzleibeamten passieren, dass er sieben, acht, zehn Jahre als Praktikant zubringt, bevor er eine Accessistenstelle erreicht. Auch hier sind die Zustände solche, dass sie auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können. Bei der Kanzlei ist gegenwärtig folgender Status: Es sind 2 Amtsvorstände, 10 Adjuncten, 40 Officiale I. Classe, 50 Officiale II. Classe und 10 Accessisten. Daneben 240 Praktikanten. Freilich recrutieren sich die Praktikanten nicht für die Kanzlei allein, aber es bilden die Praktikanten aller Hilfsämter einen Concretualstatus, was als ein Unding betrachtet werden muss. Jeder, der die bureaukratischen Verhältnisse einigermaßen kennt, wird Ihnen sagen, dass es geradezu widersinnig ist, die Praktikanten einer ganzen Zahl von Hilfsämtern in einen Concretualstatus zusammenzustellen. Wie ist die Geschichte jetzt? Es ist ganz merkwürdig. Es wird zum Beispiel eine Accessistenstelle für die Kanzlei ausgeschrieben. Da kommen, ich weiß nicht wie viele, alle Praktikanten, gleichgiltig ob sie im Marktamte sind oder anderen Hilfsämtern, der Registratur oder der Kanzlei oder dem Conscriptionsamte zugewiesen sind, und stürzen sich wie die hungrigen Wölfe auf die eine Accessistenstelle. Nun bekommt diese Stelle irgendein Praktikant, der im Marktamte verwendet war oder im Conscriptionsamte. Nun, was geschieht dann weiter? Jetzt wird er nicht in die Kanzlei versetzt, wo er die Stelle bekommen hat, sondern er bleibt als Kanzleiaccessist dem Amte zugetheilt, in dem er gedient hat. Dadurch werden natürlich die Dienstverhältnisse im höchsten Maße verschoben. Das gilt genau so bei den anderen Ämtern. Wenn bei der Hauptcassa eine Stelle ausgeschrieben wird, petitionieren um diese Stelle alle Praktikanten, die die betreffende Fachprüfung haben, und da kommt das Verhältnis vor, dass, wie gesagt, Praktikanten, welche vielleicht jahrelang in der Hauptcassa schon gedient haben, bei der Besetzung einfach übergangen werden. Das sind Zustände, die gewiss nicht im Interesse des Dienstes gelegen sein können, und das geschieht auch nirgends. Es gibt kein Staats- oder Landesamt, das eine solche Einrichtung hätte, wie der Wiener Magistrat, dass die sämmtlichen Praktikanten der verschiedenen Ämter in einen Concretualstatus zusammengestopft werden, sondern jedes Amt hat seine Stellen vom Vorstande bis hinunter zum Praktikanten, und jeder, der sich einem Dienste widmet, weiß, wie es mit seinem Avancement steht, er weiß ungefähr, wie er vorwärts kommt und was die Hauptsache ist, der Dienst wird weit besser versehen, wenn zum Beispiel ein Praktikant bei der Cassa weiß, er habe seine ganze Thätigkeit auf den Cassadienst zu concentrieren und werde auch in Zukunft dort verwendet werden. Heute ist das nicht der Fall. Er ist jahrelang bei der Cassa und kommt als Accessist zum Conscriptionsamte und umgekehrt. Das sind Verhältnisse, die auf die Dauer nicht geduldet werden können und die längst hätten beseitigt werden sollen.

Ich stelle deshalb den Antrag, dass bezüglich der Kanzleibeamten erstens eine Vermehrung der Official- und Accessistenstellen

eintritt, und zweitens, dass die Praktikanten aufgetheilt werden je nach dem Status, dem sie eigentlich angehören, so zwar, dass jedem Amte eine entsprechende Anzahl von Praktikanten direct zugewiesen wird, welche dann auch untereinander einen festen Concretualstatus bilden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath v. Stummer!

Gem.-Rath v. Stummer: Meine Herren! Ich möchte mir erlauben, zur Rubrik III, Post 9, einige Bemerkungen zu machen, und zwar, wenn es gestattet ist, mit Bezug auf Rubrik IV, Post 19, weil diese in Zusammenhang steht.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand lenken, der bei uns sehr im argen liegt, und ich möchte das Präsidium recht sehr bitten, darauf speciell ein Augenmerk zu haben.

Die Bauaufsicht bezüglich unserer Hochbauten ist in einem Zustande, den man geradezu desperat nennen muss. Ich will Ihnen aus meiner letzten Erfahrung einige Bemerkungen machen, die Sie darüber vollständig ins klare setzen werden. Es sind ganz neu gebaute Häuser, deren Gurten im Keller gesprungen sind und gar keine Bögen mehr darstellen, sondern gerade Linien. Die an diesen Gurten angesetzten sogenannten Platzl bilden kein Gewölbe mehr, sondern gerade Flächen. Ich selbst habe ein solches Haus gesehen und muss sagen, dass es mir geradezu eine gewisse Furcht eingeflößt hat, dieses Haus zur Benützung zu übergeben. Allein die Sache ist damit noch nicht fertig. Ich halte das für einen sehr wichtigen Gegenstand, er betrifft die Gemeinde außerordentlich und den ganzen Baucredit, an dem wir betheiligt sind. Ich habe ein Haus gesehen, welches den Benützungsconsens erhalten hat, welches bereits circa zu 25 Percent bewohnt war und wo im ganzen Hause noch gar kein Abort fertig war. (Hört! Hört!) Es waren noch gar keine Verkleidungen bei den Aborten vorhanden und als ich hinkam, kam gerade der Tischler mit den Verkleidungen. Auf die Frage, wie das geht, wenn sie da sind und angestrichen werden, wurde geantwortet, dass eben alle von dem ganzen Stocke auf einen Abort gehen müssen. Dann muss man wieder einen Monat warten u. s. f.

Meine Herren! Es sind neugebaute Häuser, wo die Rohrcanäle gar kein Gefälle haben, so dass sie sich verstopfen und jedesmal geräumt werden müssen. Diese Rohrcanäle haben vollständig verschiedene Dimensionen, so dass die einzelnen Rohrstücke verschiedene Diameter haben. Es finden sich keine Dunstschläuche von den Aborten über Dach in vielen solchen Häusern.

Und etwas interessantes! Es kommt vor, dass von einem Hause der Rauch in den Schornstein des Nachbarhauses gehen muss. Meine Herren! Das ist mir sonst noch nie in der Praxis vorgekommen, das habe ich aber selbst erlebt. Sie können sich vorstellen, dass, wenn diese zwei Häuser ein Besitzer hat, derselbe nicht in der Lage ist, ein Haus weiter zu verkaufen, weil von einem Hause der Rauch in den Kamin des anderen geht. Es wird gesagt, Servitut; das ist aber eine böse Servitut.

Was ich jetzt erwähnt habe, sind Sachen, die ich selbst erlebt habe. Ich werde, wie Sie sich wohl denken können, die Häuser nicht nennen und auch nicht den Baumeister. Aber ich bin jederzeit bereit, dem Herrn Bürgermeister die Sache unter Couvert zu geben. Diese Sache ist sehr wichtig.

Ich bemerke, dass die Fußböden der Dachböden feuersicher hergestellt, gepflastert, cementiert oder dergleichen werden sollen. Das kommt aber bei vielen Häusern nicht vor oder nur theilweise oder nur schlecht, so dass die Feuersgefahr sehr groß ist. Es sollen in Wien Häuser sein, welche die Fundamente auf angeschüttetem Boden haben. Das sollte man auch nicht glauben. Aber ich habe es von so zuverlässiger Quelle gehört, dass es gewiss nicht nur interessant, sondern wichtig wäre, wenn darüber seitens des geehrten Präsidiums Nachforschungen angestellt würden.

Meine Herren! Auf angeschüttetem Boden wurden vier Stock hohe Häuser fundiert. Es ist wohl klar, dass diese Häuser theilweise schon Risse haben, und dass die Mauern ausgebaucht sind ꝛc. Es ist also kein Zweifel, dass unsere Bauaufsicht sich in einem schlechten Zustande befindet. Wir gehen doch einer Periode entgegen — sie hat schon im Vorjahre eigentlich begonnen — wo wirklich eine größere Bauthätigkeit herrschen wird, und da halte ich es für außerordentlich wichtig, dass unsere Aufsicht besser gehandhabt wird, und ich glaube, dass die Bauaufseher, welche da angestellt sind, gewiss nicht genügen werden.

Es scheint mir, dass die Beamten des Bauamtes, welche sich mit dieser Frage beschäftigen, in nicht genügender Anzahl vorhanden sind und daher auch nicht die nöthige Zeit haben, und ich möchte also den Antrag stellen, dass der Stadtrath ersucht werde, und zwar innerhalb sehr kurzer Zeit, einen bestimmten Antrag dem Gemeinderathe vorzulegen bezüglich besserer Bauaufsicht.

Ich will nun einen Gegenstand nicht ausführen, aber streifen muss ich ihn doch. Die Augenscheins-Commissionen, welche bezüglich der Benützung der Häuser abgehalten werden, scheinen mir auch bei den verschiedenen Häusern nicht gleichwertig zu sein. Einerseits werden Benützungsconsense gegeben, wenn zum Beispiel noch kein Closet fertig ist, andererseits aber, wenn man glaubt, einem tüchtigen Baumeister gegenüber zu stehen oder vielleicht einem Gemeinderathe, wird mit solcher Rigorosität vorgegangen, die vielleicht etwas zu weit geht.

Ich möchte hier speciell das geehrte Präsidium aufmerksam machen, weil sich da ein bestimmter Antrag eigentlich nicht anschließen läſst, dass die Sache außerordentlich wichtig ist. Es leidet nicht nur der Baucredit und derjenige darunter, der das Haus kauft, im besten Glauben, dass es solid und richtig gebaut ist, weil er eine gewisse Garantie darin erkennen muss, dass die Stadt eine Bauaufsicht führt, sondern es leidet auch die Stadt und die Bevölkerung, weil, wenn solche Häuser bezüglich der Feuersicherheit nicht den Vorschriften genügen, auch mehr Unglück geschehen kann.

Ich möchte damit schließen und erlaube mir nur zu beantragen, dass der Stadtrath ersucht werde, bezüglich der Bauaufsicht in allerkürzester Zeit dem Gemeinderathe eine Vorlage zu machen, weil unsere heutige Bauaufsicht ungenügend ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Boschan.

Stadtraths-Referent: Ich möchte zunächst auf die Anregung des Herrn Dr. Geßmann reagieren, welche er bezüglich der Beamtenwünsche ausgesprochen hat. Zunächst muss ich bemerken, dass Vergleichungen zwischen unseren Beamten und den Beamten anderer Behörden über das Verhältnis zwischen höher und nieder dotierten Stellen ganz und gar unzuläſsig sind, weil sich der Beamtenkörper eben nach den Bedürfnissen richten muss. Es mag Bureaux geben, in welchen man Praktikanten gar nicht brauchen kann, sondern nur sehr hochgestellte Beamte, während andere Bureaux, wo die Geschäfte etwas minder wichtig sind, minderbezahlte Beamte brauchen. Wir haben doch erst kürzlich

unseren Beamtenstatus mit bedeutenden Kosten reorganisiert, und bei dieser Gelegenheit muss doch die Frage aufgeworfen werden: wer bezahlt denn eigentlich die Beamten? Die Gewerbetreibenden, Hausherren und andere Bewohner Wiens. Warum man also die Beamten gerade zu Gunsten anderer begünstigen will, ist mir nicht recht klar. Ich bitte, nur zu betrachten, wie die Beamten — hier war von den Concepts-, den rechtsgelehrten Beamten die Rede — an anderen Orten gestellt sind. Fragen Sie die Herren im gleichen Alter und mit gleicher Dienstzeit in der Gerichtspraxis, politischen Praxis oder im Advocatenstande, wenn sie Concipienten sind, in der Hoffnung Advocaten zu werden, wo dann auch das Geld nicht so hereinregnet, sondern erst die Gelegenheit geboten ist, vielleicht etwas zu verdienen. Sie wissen und werden es vielleicht alle schon erfahren haben, dass, wenn bei uns einige Beamtenstellen erledigt sind, jeder, der nur halbwegs als einflussreicher Gemeinderath oder Stadtrath gilt, sich der Überlaufungen gar nicht erwehren kann. Die Glocke geht von Stunde zu Stunde. Es kommen fortwährend Personen, welche sagen: „Um Gottes willen, stellen Sie mir den jungen Mann an, ich weiß mir gar nicht anders zu helfen." Wenn der städtische Dienst gar so schlecht bezahlt wäre, so würde ein so enormer Zudrang nicht stattfinden. Ich glaube nicht, dass es recht ist, in dieser Weise bei den Beamten Hoffnungen zu erwecken, welche die Gemeinde nicht erfüllen kann. Es ist nicht möglich. Wo es nothwendig ist, dass die Zahl der Beamten vermehrt werde, wo es die Arbeit erfordert, geschieht es gewiss, aber bloß des Avancements halber jetzt noch neue große Lasten der Gemeinde aufzubürden, das ist, glaube ich, in diesem Augenblicke gewiss nicht zeitgemäß.

Was die Bauaufseher betrifft, so glaube ich, dass der geehrte Herr Vorsprecher damit im Irrthume ist. Dasjenige, was er angeregt hat, geht nicht so sehr die Bauaufseher an, als die Personen, welche den Bauconsens zu beurtheilen und hinauszugeben haben. Die Bauaufseher sind nur da, damit die eigentliche und unmittelbare Bauführung in Ordnung geschieht. Übrigens wird seine Anregung dem Stadtrathe zugewiesen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Schrenckh.

Gem.-Rath Schrenckh: Ich möchte mir erlauben, mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Dr. Geßmann zurückzukommen. Was er bezüglich des Concretualstatus gesagt hat, unterschreibe ich als Beamter vollkommen. Weniger schädlich ist aber der Concretualstatus in Praktikantenkreisen, als wenn er sich, wie beim Magistrate neuestens prakticiert wird, auch auf die Rangclassen, auf die X. und XI., erstreckt. Es gibt ja verschiedene Übelstände, die seinerzeit bei der Feststellung der Beamtengehalte vorgekommen sind. Die Herren von der Opposition waren damals leider durch längere Zeit abwesend, und es haben sich die diesbezüglich geführten Verhandlungen mehr oder weniger im Parteiverbande abgespielt. Ich kann den Herren nur sagen, dass ich meinerseits damals so manche Opposition erhoben habe, aber leider ohne Erfolg. Herr St.-R. Boschan war einer der ersten Widersacher meiner Anträge, weil er es vom finanziellen Standpunkte nicht für möglich gehalten hat. Man hat mich damals vertröstet und hat gesagt: die Systemisierung der Stellenzahl gilt nicht für immerwährende Zeiten, man kann für den Anfang nicht eine Menge Beamtenstellen creieren, weil man die Leute erst aufnehmen muss; diese müssen erst einige Jahre dienen, bis man sieht, ob sie den Ansprüchen genügen, die man an sie zu stellen hat, und es muss der Zukunft vorbehalten werden, bis man mit einer Verbesserung der Avancementsverhältnisse vorgehen kann.

Was das von Dr. Geßmann angeregte Drittelverhältnis der Oberbeamten zu den Unterbeamten anbelangt, so ist das beim Staate nur im Rechnungs-Departement und in gewissen gleichgearteten Departements zwischen der IX., X. und XI. Rangclasse aufrecht erhalten. Ich weiß, dass man das beim Wiener Magistrate im Kanzleistatus nicht wird einführen können, denn die Adjuncten stehen in der IX. Rangclasse, und es wird nicht angehen, dass ebensoviele Adjunctenstellen systemisiert werden, als Accessistenstellen bestehen. Aber das Verhältnis, wie es jetzt ist, ist wirklich ein sehr desperates.

Der Zudrang zum Magistrate ist heute groß, das wissen wir alle, aber daran sind die traurigen Erwerbsverhältnisse schuld, und ich bin überzeugt, dass mancher Beamte, der heute nach einer solchen Praktikantenstelle greift, es vielleicht nach einiger Zeit bedauern wird, dass er diesen Beruf gewählt hat, weil es ihm vielleicht im Privatdienste möglich gewesen wäre, ein besseres Fortkommen zu finden. Es ist nicht so glänzend, wie die Sache aussieht. Die erste Anstellung ist besser als anderwärts, aber damit ist den Leuten nicht gedient, wenn sie 20 bis 25 Jahre in der XI. und X. Classe dienen müssen. Dass nach dieser Richtung eine Remedur nöthig ist, ist sicher. Es gibt übrigens noch andere Sachen. So haben Sie zum Beispiel Cassenämter und in diesen nicht einen einzigen Cassier.

Natürlich wird diese Organisation Sache der Zukunft sein. Übrigens stimme ich mit den Ausführungen des Herrn Dr. Geßmann vollkommen überein, auch bezüglich der Conceptsbeamten. Ich kenne die Verhältnisse von meiner amtlichen Stellung her.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Herold.

Gem.-Rath Herold: Ich möchte mir erlauben, zur Rubrik III, Post 15 zu sprechen. Es handelt sich hier um die Summe von 8970 fl. für Remunerationen für Übersetzungen aus fremden Sprachen. Es ist das eine Post, die ich mir erlaubt habe, auch in der Budget-Commission zu beanständen. Die darüber gegebenen Aufklärungen haben mich nicht vollständig befriedigt. Ich kann mir nicht denken, warum der Stadtrath den Betrag von 1210 fl. mehr eingestellt und dass er als Basis das Erfordernis vom Jahre 1893 nimmt, während mein Antrag vom Jahre 1894 nur auf 7760 fl. lautete. Ich glaube, dass man mit diesem Betrage vollständig auskommen könnte. Ich kann mir nicht denken, dass die Zahl dieser Einläufe, dieser Documente in fremden Sprachen so angewachsen ist, dass man die Gemeinde um 1210 fl. mehr belasten soll. Was sind das eigentlich für Einläufe in fremden Sprachen? Dieselben können doch nur in czechischer oder ungarischer Sprache sein (Zwischenrufe auf verschiedenen Seiten), aber vorherrschend werden es czechische und ungarische sein. Aber ich glaube doch, wenn man eine Eingabe an die Reichshaupt- und Residenzstadt macht, gehört es sich, dass man sie in deutscher Sprache macht. In jedem Falle finde ich aber das Mehrerfordernis von 1210 fl. nicht gerechtfertigt.

Wenn man also auf die Basis von 1893 zurückgreift, so erlaube ich mir den Antrag zu stellen, dass als Basis das Erfordernis für 1894 im Betrage von 7760 fl. genommen werde. Man wird schon mit diesem Betrage auskommen, und um einen

Nachtragscredit zu bewilligen, haben wir immer Zeit. Ich bitte also, hier den Betrag von 7760 fl. einzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Herr College Geßmann hat bereits die Angelegenheit gestreift bezüglich der Leiter der magistratischen Bezirksämter, welche Secretäre sind, und ich kann mich dem nur vollinhaltlich anschließen. Ich nehme auch durchaus keinen Anstand, zu erklären, dass uns der Herr Leiter des magistratischen Bezirksamtes im XIX. Bezirke schon einigemale übel mitgespielt hat, aber trotzdem erkläre ich, dass die Führung der Geschäfte eine gerechte und im Gegensatze zu früheren Amtsführungen, wie sie seitens einiger Herren Bürgermeister beliebt worden ist, dass Freundschaftsdienste u. s. w. vorgekommen sind, dass damit gänzlich gebrochen ist, dass man sich auf die Entscheidungen der magistratischen Bezirksämter vollständig verlassen kann, dass die Geschäfte correct geführt werden.

Aber, meine Herren, die Überbürdung ist eine große. Es kommen jetzt im Frühjahre, wie es in den Vorortebezirken ist, ungeheuer viel Adaptierungen vor, wo Commissionen abgehalten werden müssen, Protokolle geschrieben u. s. w. So kommt es zum Beispiel bei uns im Bezirke vor, dass der Secretär, welcher den Herrn Leiter des magistratischen Bezirksamtes vertritt, schon längere Zeit wegen Überanstrengung erkrankt ist. Dagegen lässt sich nichts machen, aber es häuft sich dort die Arbeit so an, dass sie von Seite der dort amtierenden Herren nicht bewältigt werden kann. Ich glaube, der Herr ist circa drei Vierteljahre krank; es wäre daher am Platze, wenn in solchen Bezirken, welche sich jetzt entwickeln sollen und wo die Arbeit eine große ist, ein stellvertretender Beamter hingesendet wird. Die Herren können das nicht bewältigen, bis jetzt ist noch keiner hingekommen, und wenn ich zufällig in das magistratische Bezirksamt komme und eine Anzeige mache oder etwas dem Herrn Magistratsleiter zur Kenntnis bringe, so sehe ich immer, dass Überhastung dort ist, dass die Geschäfte stocken. Ich würde daher den Herrn Vorsitzenden bitten, sich vielleicht eine Notiz zu machen, dass diesem Übelstande abgeholfen werde, weil jetzt im Frühjahre — wie schon bemerkt — die Arbeiten sich häufen, dass dort auch die nöthigen Arbeitskräfte beigestellt werden.

Es hat auch Herr College Stummer gesprochen bezüglich des Bauamtes und der Bauaufseher. Meine Herren, bei uns ist es auch jetzt der Fall, dass ein drei Stock hohes Haus bezogen und voll Mietparteien ist, und dem betreffenden Eigenthümer der Benützungsconsens nicht ertheilt werden kann. Es hat aber daran, wie ich mich erkundigt habe, weder der Magistrat noch das Bauamt die Schuld, sondern der betreffende Bauunternehmer, welcher selbstverständlich getrachtet hat, das Haus so schnell als möglich zu einem Erträgnisse zu führen, hat auch die Vorschriften, welche bei Ertheilung des Benützungsconsenses vorgeschrieben sind, nicht eingehalten, und so ist es gekommen, dass der Consens nicht ertheilt werden konnte. Das geschieht auch oft gegenwärtig von den Bauspeculanten auf eigene Faust und ich muss gestehen, dass der Magistrat sofort eingeschritten ist und den Benützungsconsens nicht ertheilt hat.

Bezüglich der Bauaufseher muss ich auch bitten — ich sage dies ganz offen — dass die Herren erinnert werden, etwas schärfer ihre Pflicht zu erfüllen; man sieht immer hintennach Übelstände bezüglich der Qualität des Materiales, bezüglich der Arbeitsleistung, bezüglich der Einhaltung des vorgeschriebenen Termines. Es wird bei den Offertverhandlungen immer so unterboten, dass die Arbeit nicht rechtzeitig fertiggestellt werden kann. Ich bin der Meinung, dass der Bauaufseher dies alles zu Protokoll gebe und sofort melden soll, damit von Seite des Präsidiums sofort urgiert werde. Aber ich bitte, dass die Bauaufseher beauftragt werden, sich mit den Vorschriften bezüglich der Canalisierung oder eines Baues vertraut zu machen, und dass darauf gesehen wird, dass diese Vorschriften auch strenge eingehalten werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich möchte nur ganz weniges auf die Ausführungen des verehrten Herrn Stadtraths-Referenten erwidern. Er hat gesagt, der Dienst beim Magistrate muss außerordentlich günstig sein, denn es kommt eine Unmasse von Leuten, die um eine solche Stelle competieren, auch wenn es die niedrigste Stelle ist. Da kann ich den verehrten Herrn Stadtrath beruhigen. Wenn heute eine Straßenkehrerstelle ausgeschrieben wird, kommen unzählige Leute, von denen man überlaufen wird, wegen einer Straßenkehrerstelle. Das ist nicht der Beweis, verehrter Herr Stadtraths-Referent, dass die Stelle so glänzend ist, sondern das beweist, wie der zweite Herr Vorredner richtig bemerkt hat, das kolossale sociale Elend, in welchem wir uns heute befinden, die unerhörten wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir stecken. Es hat auch der verehrte Herr Stadtraths-Referent gemeint: Ja, wie kann man dann die anderen Gesellschaftsclassen so außerordentlich belasten zu Gunsten der Beamten, die Geschäftstreibenden, die Gewerbsleute und so weiter? Meine Herren! Das weiß ich ganz gut, dass diese Art und Weise des Kampfes von Ihrer (rechten) Seite sehr beliebt wird, dass Sie es sind, welche die einzelnen Classen und Stände untereinander zu verhetzen trachten (Widerspruch rechts), während Sie uns immer vorwerfen, wir besorgen das Geschäft. Wenn es sich darum handelt, im 2. Wahlkörper zu wählen, dann wird die Intelligenz aufgefordert, dass sie sich nicht hinabwerfen lassen solle in den großen Kessel, in dem die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden sind, und bei anderen Gelegenheiten gehen Sie den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden außerordentlich um den Bart. Derlei Dinge kennen wir schon. Es fällt mir auch gar nicht ein, dass im Wege der Erhöhung der bestehenden Steuern die Kosten für derlei größere Ausgaben auf die persönlichen Bezüge aufgebracht werden sollen. Sie werden, wenn ich wieder darauf zu sprechen komme, sagen: „Ja, der alte Kohl! Jetzt kommt man wieder mit der Gasgesellschaft, mit der Hypothekenbank, mit den Sparcassen, der Feuerassecuranz und dergleichen.“ Ja, meine Herren, das ist ja das Unerhörte, das Scandalöse, dass wir in Wien in allen diesen Fragen auch nicht um einen Schritt vorwärts rücken, während in der letzten Provinzialstadt draußen dergleichen Dinge im größten Maßstabe durchgeführt sind. Lesen Sie die Reden, die auch Abgeordnete Ihrer (rechten) Partei bezüglich der Belastung der Sparcassen gehalten haben, was diese Sparcassen alles leisten. Und warum wir es in Wien nicht dazu bringen können? Weil man natürlich vor der Nationalbank oder vor anderen Creditinstituten einfach auf dem Bauche liegt, weil man es nicht wagt, ähnliche Institute zu schaffen; aus diesem Titel hätten sehr leicht die Gehalte der städtischen Beamten erhöht werden können. Was trägt in anderen Städten das Gas? Die Feuerassecuranz allein trägt in der gegen Wien verhältnismäßig armseligen Stadt Prag 212.000 fl. jährliches Reinerträgnis. Bei uns macht man nicht einen Schritt! Bei uns referiert ein Herr Noske über die Sache im n.-ö. Landtage und da sind wir sicher, dass die Sache nicht

vorwärts geht. Aus diesem Titel könnte soviel aufgebracht werden, dass diese Praktikantenwirtschaft, die wirklich ein Scandal ist, endlich beseitigt werden könnte.

Namentlich beim Kanzleistatus sind die Zustände scandalös. Beim Staate ist ja vieles schlecht und ich habe oft gesagt, dass der Staat ein geradeso nichtsnutziger Ausbeuter ist wie ein privater Ausbeuter, dass er noch mehr ausbeutet als irgendein schuftiger Fabrikant, aber die Gemeinde Wien übertrifft bei der Praktikantenwirtschaft noch den Staat und jeden anderen Ausbeuter um ein erkleckliches. Das soll nicht sein, dass 240 Praktikanten einen Concretualstatus bilden, zehn Jahre sitzen müssen und ihre beste Zeit verlieren — natürlich sind sie durch Hunger und Elend so herabgekommen, bevor sie dazukommen, sich das nothwendigste schaffen zu können, und, meine Herren, ist denn die ersteAnstellung in irgendeinem Kanzleifache oder in einem der Hilfsämter eine so glänzende, dass sich der Beamte sagen könnte: Na, du musst zehn Jahre warten, um etwas zu bekommen, aber dafür kriegst du um das mehr und ist deine Lage umso besser. Das geht nicht. Ich bin gerecht gegen jedermann. Ich trete mit Entschiedenheit jeder Ungerechtigkeit entgegen, welche an Gewerbetreibenden ausgeübt wird. Natürlich dann kann das Geld nicht aufkommen, wenn man sich immer an den Mittelstand hält. Schauen Sie sich die Steuerreform an. Der Mittelstand wird herangezogen. Auf diese Weise kann man nicht die Mittel aufbringen, um die Beamten des Staates und der Gemeinde entsprechend zu entlohnen. Ich halte deshalb meinen Antrag aufrecht und ich bitte Sie insbesondere, diesem wirklich unwürdigen Zustande besonders bei der Kanzleibranche und auch bezüglich der Praktikantenwirtschaft einmal ein Ende zu machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gräf hat das Wort.

Gem.-Rath Gräf: Meine Herren, ich fühle mich verpflichtet, bei dieser Gelegenheit auf eine Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, die seit länger als einem Jahre beim magistratischen Bezirksamte im XVI. Bezirke prakticiert wird. Ich finde hier unrichtig für Rubrik III einen Betrag von 2400 fl. eingesetzt unter dem Titel „Remunerationen aus sonstigen Anlässen". Ich würde mir die Anfrage erlauben, zu welchen Zwecken dieser Betrag eventuell verwendet wird.

Stadtraths-Referent: Ich bitte, den entsprechenden Ausweis einzusehen.

Gem.-Rath Gräf: Ich werde einstweilen fortfahren, vielleicht wird der Herr Referent so gütig sein, meine Anfrage dann zu beantworten. Dem magistratischen Bezirksamte des XVI. Bezirkes waren von vornherein zu wenig Beamte zugetheilt und seit länger als einem Jahre haben sämmtliche Kanzleibeamte und auch ein Theil der Conceptsbeamten dreimal in der Woche Nachmittagsfrequenz, ohne bisher einen Kreuzer Entschädigung bekommen zu haben. Das ist eine Ungerechtigkeit, der Stadt Wien nicht würdig. Ich habe schon vor längerer Zeit eine Interpellation und einen Antrag eingebracht: Der Magistrat wird aufgefordert, über die Angelegenheit binnen vier Wochen zu berichten. Nichts ist geschehen. Die Frequenz dauert fort und der größte Theil der Beamten, die nicht im Bezirke wohnen, ihren Mittagstisch versäumen, infolgedessen im Gasthause essen und bedeutende Mehrauslagen haben, werden dafür nicht entschädigt. Ich halte das für eine Ungerechtigkeit und möchte den sehr geehrten Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam machen und bitten, dass mein Antrag urgiert werde und dass in der Angelegenheit etwas geschieht, denn ich glaube nicht, dass es gerecht ist, die Beamten ein volles Jahr hindurch ohne ihr Verschulden nachmittags arbeiten zu lassen, ohne sie zu entschädigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Herrdegen hat das Wort.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann in Bezug auf das Avancement mir zu constatieren erlauben, dass sein Antrag überholt ist durch einen Antrag, der schon im vorigen Jahre von Dr. Uhl und mir eingebracht worden ist und der eigentlich sich in demselben Gedankengange bewegt, wie Dr. Geßmann seine Ausführungen eingeleitet hat. Im übrigen erkläre ich mich mit der Sache vollkommen einverstanden, nur möchte ich aufmerksam machen, dass es kaum angehen dürfte, in derartigen Anträgen sich zu viel in Details einzulassen, ich glaube, dass dieselben gerade zum Anlasse einer Ablehnung gemacht werden könnten, während es mir doch von großem Werte erscheint, dass die thatsächlich bestehenden Mängel und Übelstände durch eine wirkliche Reform beseitigt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Hawranek hat das Wort.

Gem.-Rath Hawranek: Ich muss mich Herrn Dr. Geßmann anschließen, es sind viel zu wenig höhere Stellen creiert und es sind verhältnismäßig zu viele Praktikanten. Wenn der Herr Referent gemeint hat: was werden die anderen Gesellschaftsclassen dazu sagen, so muss ich erklären, ich bin nicht vom 2. Wahlkörper, sondern vom 3. Wahlkörper gewählt, und ich kann das sehr gut verantworten bei meinen Wählern aus dem Grunde, denn wenn die Beamten mehr Gehalt bekommen, zahlen sie auch die Schneider und Schuster, welche Zahlungen sie jetzt mit so kleinen Gehalten nicht immer ganz einhalten können. Sie müssen auch ins Auge fassen, dass sie den Gehalt wieder ausgeben, sie heben sich nichts auf bei der theueren Zeit, und etwas müssen sie auch zur Körpererhaltung haben. Ich bin ganz einverstanden, wenn nicht die Praktikantenwirtschaft fortwährend so gehandhabt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen; der Herr Referent kommt zum Worte.

Stadtraths-Referent: Was die Frage des Herrn Collegen Gräf über die Rubrik: „Remunerationen aus sonstigen Anlässen" betrifft, so sind das diejenigen, welche in den anderen Titeln nicht enthalten sind. Es sind das, wie aus dem Hauptrechnungsabschlusse des vorigen Jahres hervorgeht, hauptsächlich Entlohnungen von Überstunden aus Anlässen besonderer Art, zum Beispiel im vorigen Jahre mussten bei der Hauptcassa einige Arbeiten in den Nachmittags- und Abendstunden gemacht werden, und da sind einige hundert Gulden Remuneration gegeben worden. Diese Remunerationen werden alle Jahre beim Rechnungsabschlusse verrechnet.

Was die Post „Übersetzungen aus fremden Sprachen" betrifft, so bilden die Hauptpost derselben Übersetzungen aus der ungarischen Sprache. Aus Anlass eines Zuschusscredites, welcher neulich im Stadtrathe vorgekommen ist, wurde der Antrag gestellt, der Magistrat möge in Erwägung ziehen, ob die Gebüren für diese Übersetzungen nicht herabgemindert werden können. Der Magistrat beschäftigt sich damit, und es wird ein Antrag gestellt werden, dass diese Gebüren herabgesetzt werden.

Ich möchte bitten, an diesen Budgetpositionen, welche auf Grund von Beobachtungen aufgestellt werden, nichts herabzusetzen. Es wird nicht mehr und nicht weniger ausgegeben, als was

nothwendig ist; man kann im voraus nicht wissen, was für Erfolg sein wird. Ich habe sonst nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent der Commission. (Derselbe verzichtet.)

Ich bitte, meine Herren, wir schreiten zur Abstimmung. Ich gebe bekannt, dass folgende Anträge vorliegen:

I. Antrag Geßmann: „Der Wahlcataster sei als selbstständiges Amt einzurichten und demselben eine entsprechende Anzahl von Beamten zuzuweisen.

II. 1. Die Leiterstellen sämmtlicher magistratischer Bezirksämter sind mit Magistratsräthen zu besetzen.

2. Vermehrung der Secretäre um zehn Stellen, der Commissäre um acht Stellen (im Concept).

3. Verminderung der Zahl der Conceptspraktikanten auf 20, endlich

4. bezüglich der Kanzlei

a) die Zahl der Adjuncten ist um 2,

b) der Officiale I. Classe um 10,

c) der Officiale II. Classe um 13,

d) der Accessisten um 25 zu vermehren;

e) die Ziffer der der Kanzlei und Registratur zugewiesenen Praktikanten auf 40 zu reducieren;

f) die Praktikanten sind den einzelnen Ämtern zuzuweisen und für jedes Jahr derselben ein eigener Concretualstatus zu bilden."

Ferner ein Antrag Stummer: „Der Stadtrath wolle ehethunlichst betreffend besserer Beaufsichtigung der Hochbauten entsprechende Anträge stellen."

Dann liegt noch ein Antrag Herold vor, der sich auf eine Ziffer bezieht.

Bezüglich Post 3 ist anzugeben, dass sich die Anträge des Referenten des Stadtrathes mit den Anträgen der Commission decken. Es ist dies ein Nachtragscredit, der in dieser Form zur Beschlussfassung gebracht wird.

Vom Herrn Gem.-Rathe Herold wird auf Seite 11 unter Post 15 b die Ziffer mit 7760 fl. beantragt gegen die Ziffer per 8970 fl.

Ich bringe zuerst den Antrag des Stadtrathes, die höhere Ziffer mit 8970 fl. für diese Übersetzungen zur Abstimmung und ich bitte jene Herren, welche die höhere Ziffer acceptieren, die Hand emporzuheben. (Nach einer Pause:) Majorität, angenommen.

Die übrigen Ziffern sind nicht angefochten, ich erkläre dieselben für angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, welche die von mir verlesenen Anträge Dr. Geßmann und v. Stummer dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent (liest): Rubrik IV, Seite 12, „Allgemeine Verwaltung in sachlicher Beziehung".

Augenscheinstaxen;

Politische Kanzleitaxen;

Pränumeration für Todtenverzeichnisse;

Taxen für die Erprobung hydraulischer Bindemittel;

Gebüren für die Prüfung und Inspicierung von Gasrohrleitungen und Beleuchtungsanlagen;

Beiträge für die Benützung von Amtslocalitäten durch Private;

Erlös aus dem Verkaufe von Doubletten der städtischen Bibliothek;

Erlös für Editionen des statistischen Departements, für Preistarife und sonstige Drucksorten;

Eintritts- und Garderobegebüren aus dem Besuche des historischen Museums und Erlös für Kataloge;

Einnahmen aus der Herausgabe des Amtsblattes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien;

Beitrag der Staatsverwaltung zu den Kosten der Übernahme und Zustellung von gerichtlichen Wohnungsaufkündigungen durch die städtischen Organe;

Verschiedene Rückvergütungen — zusammen 147.590 fl.

Commissions-Referent: Zur Rubrik IV, Post 10, wird Ihnen seitens der Budget-Commission der Antrag gestellt (liest):

„Es sei der Einzelverschleiß des Amtsblattes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien durch die Tabak-Trafiken anzustreben und durch Gewährung einer entsprechenden Provision zu unterstützen.

Auch sei wegen Vertriebes des Amtsblattes durch die Buchhandlungen mit dem Buchhändler-Gremium in Verbindung zu treten."

Die Budget-Commission hat sich zu diesem Antrage bestimmt gefunden mit Rücksicht einerseits auf das Ergebnis, welches die Herausgabe des Amtsblattes für Wien hatte. Gegenüber den Einnahmen von 2900 fl. stehen, wie aus der Ausgabs-Rubrik IV zu ersehen ist, Ausgaben per 20.520 fl., wobei aber allerdings zu berücksichtigen ist, dass durch die Ersparung der Drucklegung der Gemeinderaths-Sitzungsberichte, des Verordnungsblattes, der Magistratsberichte, Wegfallen von Inseraten ꝛc. eine Ersparnis von 9210 fl. erzielt wird. Andererseits darf aber nicht außer Betracht gelassen werden, dass bei dieser Auslage von 20.520 fl. auch die Personalauslagen, nämlich der Gehalt des Redacteurs und des sonstigen Personales nicht inbegriffen sind.

Das ist der eine Grund, weshalb die Budget-Commission geglaubt hat, Ihnen diesen Antrag zu stellen. Ein weiterer Grund war, dass von mehreren Seiten versichert wurde, dass in den öffentlichen Localen auch das Amtsblatt gesucht wurde, weil die Bevölkerung sich gerne überzeugen will von der Thätigkeit ihrer Vertreter im Gemeinderathe (Rufe: Sehr richtig!), und es ist auch aus diesem Grunde wünschenswert, wenn seitens des Gemeinderathes irgendwelche Vorkehrungen getroffen würden, um das Amtsblatt in weitere Kreise zu bringen. Von diesem Standpunkte aus empfehle ich Ihnen den Antrag der Budget-Commission zur Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist kein Redner vorgemerkt. Ich bringe zur Abstimmung den Antrag der Commission, welcher verlesen wurde, und bitte jene Herren, die diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich erkläre die übrigen Posten für angenommen.

Stadtraths-Referent (liest): Ausgabs-Rubrik IV „Allgemeine Verwaltung in sachlicher Beziehung".

Ordentliche Ausgaben.

Zinse für Amtslocalitäten 406.010 fl.;

Reparatur und Erneuerung der Amtseinrichtung:

Reparatur, Nachschaffung und Neuanschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die Amtslocalitäten im Rathhause im I. Bezirke;

Reparatur, Nachschaffung und Neuanschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für auswärtige Amtslocalitäten;

Restaurierung der schadhaften Fahnen im historischen Museum — zusammen 15.200 fl.

Beheizung der Amtslocalitäten 57.450 fl.;

Beleuchtung der Amtslocalitäten 58.830 fl.;

Reinigung der Amtslocalitäten 54.060 fl.;

Pauschalien für Schreibrequisiten 18.210 fl.;

Schreib- und Druckpapiere 43.300 fl.;

Buchdrucker- und kalligraphische Arbeiten 55.400 fl.;

Betrieb der lithographischen Presse 8700 fl.;

Buchbinderarbeiten 30.500 fl.;

Zeichnungsrequisiten, Vermessung und Mappierung 17.460 fl.;

Gesetz-Hilfsbücher und Schematismen 5680 fl.;

Dotationen für die städtische Bibliothek und das historische Museum;

Dotation für die städtische Bibliothek 5000 fl.;

Dotation für das historische Museum 6000 fl.;

Dotation für das städtische Archiv 800 fl.;

Zeitungs-Pränumerationen 3100 fl.;

Zeitungs-Einschaltungen 1360 fl.;

Herausgabe des Amtsblattes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 20.520 fl.;

Diäten, Commissionsgebüren, Kostgelder, Wagen- und Reiseauslagen in eigenen Angelegenheiten:

Wagenauslagen, Commissionsgebüren, Reisekosten und Diäten städtischer Functionäre 50.000 fl.;

Gebüren von Beamten fremder Behörden 590 fl.;

Schätzungs- und Sachverständigengebüren 6700 fl.;

Instandhaltung der Galawagen und Pferdegeschirre 520 fl.

Actenzustellungsdienst von der Centrale in die Bezirksämter und umgekehrt 1950 fl.;

Tramway-Permanenzkarten 650 fl.;

Zulagen des Aufsichtspersonales im historischen Museum an den Einlasstagen 1210 fl.;

Zehrgelder 3000 fl.;

Commissionsgebüren bei Augenscheinsvornahmen 33.440 fl.;

Commissionsgebüren für Prüfung und Inspicierung von Gasrohrleitungen und Beleuchtungsanlagen 450 fl.;

Verschiedene Amtserfordernisse, und zwar:

Abonnementsgebüren für telephonische Verbindungen 3830 fl.

Dann kommt eine Reihe kleinerer Auslagen:

Postporto;

Lieferung und Reparatur von Stampiglien, Siegelpressen, Durchschlagmaschinen und Stempeln;

Kanzleirequisiten;

Reinigung, Reparatur und Nachschaffung von Amtswäsche;

Regieauslagen für die Probierstation für hydraulische Bindemittel;

Sonstige unterschiedliche Amtserfordernisse, zusammen 28.720 fl.

Das sind die ordentlichen Auslagen der Gruppe IV.

Die außerordentlichen: Bauliche und sonstige Herstellungen im neuen Rathhause 53.500 fl.

Das Detail ist in der Anmerkung enthalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent der Commission.

Commissions-Referent: Seitens der Budget-Commission werden Ihnen zur Ausgabs-Rubrik IV 21 a „Abonnementsgebüren für telephonische Verbindungen" folgende Anträge gestellt:

„1. Der Magistrat habe zu berichten, ob nicht sämmtliche Marktkanzleien mit telephonischen Apparaten zu versehen wären, und es sei zu diesem Zwecke ein Betrag von 2000 fl. in den Voranschlag einzustellen.

2. Es sei an die k. k. Post- und Telegraphen-Direction mit der Ersuchen heranzutreten, auf allen größeren Märkten Telephonstellen für den öffentlichen Verkehr zu errichten."

Diese Anträge sind so selbstverständlich, dass sie wohl einer näheren Begründung nicht bedürfen. Ich bitte um Annahme dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent des Stadtrathes.

Stadtraths-Referent: Es kommt noch ein kleiner Nachtrag zur Rubrik IV 21 f laut des Stadtraths-Beschlusses vom 1. März: Genehmigung der Aufnahme eines Manipulanten als Hilfskraft für die Arbeiten der Probierstation für hydraulische Bindemittel, eines Mannes, der die Baugewerbeschule absolviert hat, gegen ein Taggeld von 2 fl. Es wird daher diese Position um 620 fl. auf 1370 fl. zu erhöhen sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte ist vorgemerkt Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich erlaube mir Ihre Aufmerksamkeit auf Post 8, Rubrik IV, zu lenken, wo für Buchdrucker- und kalligraphische Arbeiten die bedeutende Summe von 55.400 fl. eingetragen ist. Davon ist eine sehr bedeutende Post der Betrag, welcher für die Drucklegung des Hauptrechnungsabschlusses und des Hauptvoranschlages ins Auge gefasst wurde, zusammen 18.200 fl. Es zeigt sich nun, dass sich gewisse Drucksachen in dem Hauptvoranschlage und Hauptrechnungsabschlusse wiederholen und dass auf diese Weise Ausgaben gemacht werden, welche sehr leicht erspart werden könnten. Es befinden sich sowohl im Hauptvoranschlage und im Hauptrechnungsabschlusse lange Verzeichnisse über die Zinserträgnisse der städtischen Häuser, sowie über die Pachtzinse der städtischen Gründe. In dem Hauptvoranschlage ist die zu vermuthende Summe der Einnahmen eingesetzt, in dem Hauptrechnungsabschlusse die thatsächlichen Einnahmen. Der Unterschied ist natürlich verhältnismäßig gering; nun ist es ganz richtig, dass die Buchhaltung sehr genau solche Verzeichnisse und Listen führt. Die Frage ist nur, ob es nothwendig ist, dass sie sowohl im Voranschlage wie im Rechnungsabschlusse abgedruckt werden. Diese beiden Verzeichnisse zusammen bilden in dem Hauptvoranschlage 87 Seiten. Wenn man bedenkt, dass 87 Seiten dieser kostspieligen Drucksorte gewiss mehrere hundert Gulden kosten, wenn man die gesammten Ausgaben von 18.200 fl. ins Auge fasst, so gibt das die Möglichkeit eines Ersparnisses. Es gibt aber noch andere Ausweise, von denen ich wohl begreife, dass die Buchhaltung sie führt, von denen ich aber überflüssig finde, dass sie gedruckt werden. Man kann hierüber verschiedener Meinung sein und es wird Aufgabe des Magistrates und Stadtrathes sein, dies zu erwägen. Ich sehe nicht ein, warum die Erfordernisse der Beleuchtung, der Einfahrten, Höfe, Gänge und Stiegen in den städtischen Häusern durch viele Seiten zum Abdrucke gelangen. Ich wiederhole noch einmal, es ist ganz richtig, dass die Buchhaltung genau buchführt über diese Angelegenheit und der Referent über die betreffenden Summen.

Der Referent der Budget-Commission und der Referent des Stadtrathes sollen sich diese Ausweise verschaffen, wie wir ja auch andere Ausweise bekommen, die nicht gedruckt sind. Hier ist eine Ersparnis möglich. Diese Angelegenheit wurde bereits von mir in der Budget-Commission angeregt, ich habe sogar den Auftrag er-

halten, hier eine genaue Zusammenstellung über das zu ersparende zu machen. Ich bin leider durch eine Erkrankung, welche mich längere Zeit von den Arbeiten des Gemeinderathes ferngehalten hat, verhindert worden, dieses Referat zu erstatten. Ich erlaube mir deshalb jetzt, da ich nicht in der Lage bin, eine derartige Arbeit selbst vorzulegen, den Antrag zu stellen: „Der Magistrat und die Buchhaltung werden beauftragt, Vorschläge zur Vereinfachung des Hauptrechnungsabschlusses und des Hauptvoranschlages in der Richtung zu erstatten, damit durch Vermeidung von Wiederholungen und Weglassung von nebensächlichem Ersparungen in den Drucksorten erzielt werden." Ich bin überzeugt, dass wir einen nicht unbedeutenden Theil dessen, was wir hier ausgaben, ersparen können. Ich wiederhole nochmals, die Ausweise müssen genau geführt werden, man muss genau überlegen, was wegzulassen ist, aber Wiederholungen müssen nicht vorkommen. Ich empfehle Ihnen, den Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Was die Anregung des unmittelbaren Herrn Vorredners anlangt, so kann ich mich damit absolut nicht einverstanden erklären. Der Gem.-Rath steht heute schon auf dem Standpunkte, dass wir eigentlich in die Verwaltung so gut wie keinen Einblick haben. Wir sind auf die paar Drucksorten angewiesen, um uns bezüglich einzelner Punkte wirklich halbwegs eine Controle zu verschaffen. Wenn Sie da absparen, dann sinkt der Gemeinderath zur vollständigen Null herab. Denn wenn man irgendeine kleinste Auskunft wünscht, muss man sich zum Bürgermeister begeben, und von dessen Gnade hängt es ab, ob man überhaupt etwas erfährt oder nicht. Übrigens, meine verehrten Herren — der Herr Vorredner möge mir dies nicht übelnehmen — ist es geradezu lächerlich, wenn man bei einem Budget von weit über 40 Millionen eine Ersparung beantragt, die sich folgendermaßen darstellt. Der Herr Vorredner sagt: 87 Seiten, was macht das aus? 87 Seiten sind circa 5 Bogen, nicht ganz. Was kostet denn der Bogen per 1000 Exemplare. Der Bogen per 1000 Exemplare kostet 23 bis 25 oder höchstens 28 fl.; jetzt multiplicieren Sie das 5mal 28, so kommt eine Summe von 150 fl. sagen wir 200 fl. heraus. Und dafür soll uns die Möglichkeit einer eingehenden Controle entzogen werden!

Denn, meine Herren, es ist ja nicht leicht, namentlich für den, der nicht — ich möchte sagen — Buchhalter ex offo ist, sich da zurechtzufinden, wenn man einfach den Hauptrechnungsabschluss hernimmt, der übrigens nicht genau solche Eintragungen hat, wie der Voranschlag und auf diesen compromittiert; denn schon in der Seitenanzahl ist eine Verschiedenheit. Da handelt es sich wirklich darum, dass die Sache amtlich ist, sonst kann man in dergleichen Dingen überhaupt nicht arbeiten. Ich erkläre mich mit aller Entschiedenheit gegen diese angebliche Ersparung; es wäre damit nur die Controle des Gemeinderathes noch mehr erschwert, als es bisher der Fall ist.

Nun gestatten Sie mir, zu Post 1 der Rubrik IV einige Worte zu sprechen. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, über die Kosten, welche uns dieses Haus verursacht hat, zu sprechen. Das neue Rathhaus kostet uns an Erhaltung, Reinigung, Beleuchtung, Beheizung und an Verzinsung des aufgewendeten Capitales nicht weniger als circa eine Million Gulden jährlich, eine Million Gulden jährlich! Nun, ich werde heute nicht mehr darüber sprechen, dass auf diesem Gebiete gewisse Ersparungen und Vereinfachungen, in weitergehendem Maße, was Beleuchtung, Beheizung und Reinigung anbelangt, zu machen sind. Es hat, als ich einmal diese Angelegenheit wirklich gründlich behandelt habe und die Daten bis ins kleinste Detail vorgebracht habe, bei den verehrten Herren von jener Seite — ich glaube es war vor 8 oder 10 Jahren — einen ungeheuren Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Aber etwas anderes möchte ich sagen, bei der Million Gulden Kosten, die uns das Rathhaus jährlich verursacht, an Zinsen und anderen Spesen, wird der Gemeinderath als solcher in der stiefmütterlichsten Weise behandelt.

Meine Herren! Sie werden in keiner anderen Gemeindevertretung von einer solchen Bedeutung wie Wien es finden, dass, wenn irgendjemand herkommt und mit einem Mitgliede des Gemeinderathes sprechen will, man auf den Gang hinausgehen muss, weil buchstäblich nicht der kleinste Winkel ist, wo man mit irgendjemand verkehren kann, denn die Garderobe ist kein Ort dazu und in ein Zimmer dürfen Sie niemanden hereinführen. Wenn Sie hier irgendeinen Brief zu schreiben oder einen Antrag zu concipieren haben, haben Sie factisch keinen Raum, wo man das thun soll. Wir haben es trotz der Million, die uns die Geschichte kostet, es nicht einmal bis zu einem Schreibzimmer gebracht. Ich stelle deshalb den Antrag, dass für den Gemeinderath, wenigstens für die Zeit der Sitzungen, wo der Gemeinderath tagt, beziehungsweise einige Zeit vor derselben, ein eigenes Local geschaffen wird, das als Schreibzimmer benützt werden kann, und zweitens, dass ein Local geschaffen wird, wo eventuell die Gemeinderäthe mit Personen, Deputationen, die mit dem betreffenden Herrn verkehren, sprechen können.

Dann, meine Herren, zur Post 15 „Zeitungspränumerationen" stelle ich ohne irgendeine Motivierung den Antrag, dass auch die „Reichspost" abonniert und im Lesesaale des Gemeinderathes aufgelegt werde. (Gem.-Rath Herold: „Die Ostdeutsche Rundschau"!) Gewiss, wenn die Herren den Antrag stellen, mit größtem Vergnügen, weil ich der Überzeugung bin, dass jede Partei, die hier vertreten ist, auch das Recht hat, so gut wie die Herren die „Neue Freie Presse" und die übrigen Tagesblätter halten, ihr Organ hier zu haben.

Nun möchte ich auf die Post 17 zu sprechen kommen. Da liegt ja, glaube ich, auch eine Resolution vor, was die Erhöhung der Einnahmen dieses Amtsblattes betrifft. Ich werde Ihnen sagen, wie man das machen muss, damit man aus so etwas irgendetwas herausschlägt. Jetzt ist das einfach eine Passivpost; ich weiß nicht, wieviel Erträgnis aus diesem Amtsblatte herausschaut (Rufe: 2900 fl.!) — 2900 fl., das ist, glaube ich, 1000 fl. für die Inseratbegebung, das andere kommt auf anderem Wege herein. Wir haben in Wien neben dem Amtsblatte der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ein anderes Blatt, das schon seit circa 20 Jahren besteht; es heißt „Wiener Communalblatt" und führt — glaube ich — auch heute noch den Titel „Anzeigeblatt des Wiener Magistrates". Nun, die Sache verhält sich folgendermaßen. Dieses Blatt ist einer Privatperson, ich glaube einem L. Winterberg, übergeben, beziehungsweise ist dieser der Herausgeber u. s. w., und er macht mit diesem „Communalblatte" ein sehr gutes Geschäft. (Zustimmung links.) Solange das Amtsblatt noch nicht bestanden hat, war es ja ganz begreiflich, dass ein anderes Blatt, dieses „Wiener Communalblatt", seitens des Gemeinderathes unterstützt wurde, dass ihm Inserate gegeben wurden, dass es mit Nachrichten in jeder Hinsicht versehen worden ist. Nun sind die

Verhältnisse heute so, dass die Offerenten, überhaupt Leute, die mit der Gemeinde zu thun haben, sich nicht das Amtsblatt der Reichshaupt- und Residenzstadt kaufen, weil sie sich denken: „Da erfahre ich ja nicht, was ich wünsche" — während das „Anzeigeblatt des Wiener Magistrates", beziehungsweise das „Wiener Communalblatt" ein außerordentlich gutes Geschäft repräsentiert. Sie finden es bei allen Offerenten, bei allen Leuten, welche mit der Gemeinde zu thun haben, weil dasselbe in vieler Hinsicht viel bessere Nachrichten, Hinweise für Leute, die mit der Gemeinde ein Geschäft abzuwickeln haben und so weiter, enthält, als dies im Amtsblatte der Fall ist.

Meine Herren! Die Annoncen des Wiener Amtsblattes, machen eine Seite aus; ich glaube kaum, dass der Offerent, der Ihnen die 1000 fl. für dieses Inseratengeschäft zahlt, irgendetwas aufsteckt; es wird ihm aller Wahrscheinlichkeit nach zu dumm werden, und er wird dieses Inseratengeschäft, dieses Pauschalgeschäft, das er mit der Gemeinde hat, bald aufgeben. Das „Wiener Communalblatt" hat immer vier Seiten Annoncen, weil es — wie ich schon erwähnt habe — sehr gut orientiert ist, sehr gute Nachrichten für alle Leute hat, die mit der Gemeinde irgendetwas zu thun haben. Da muss man eben trachten, dass das eigene Organ, welches die nicht kleine Summe von 20.000 fl. in Anspruch nimmt, auch auf einen Stand gebracht wird, dass jedes andere Blatt entbehrlich gemacht wird. Dann wird das Amtsblatt vier Seiten Inserate haben und nicht 1000 fl., sondern 4000 fl. für das Inseratengeschäft bekommen, und die Zahl der Abonnenten und Abnehmer des Amtsblattes wird sich außerordentlich vermehren. Aber, meine Herren, es besteht das alte Verhältnis, das „Wiener Communalblatt" hat alle möglichen Instructionen und Informationen, oft solche, die geradezu überraschend sind, weil man glauben sollte, das ist, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, Amtsgeheimnis. Dort finden die Leute, was sie brauchen, während sie im Amtsblatte nichts finden und es deshalb nicht abonnieren. Ich stelle diesbezüglich keinen Antrag, aber ich wollte die Herren darauf führen, wie man es machen muss, um die Gemeinde nicht in solche Auslagen zu stürzen, wie es gerade beim Amtsblatte der Fall ist, während daneben ein Privatunternehmen prosperiert.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Hawranek.

Gem.-Rath Hawranek: Ich habe mich speciell nur zur Zeitungspränumeration zum Worte gemeldet. Ich habe gesehen, dass, trotzdem in Wien die christliche Bevölkerung in der Majorität ist, hier nur die jüdische Presse benützt wird. Ich habe mir die Zeit genommen und habe alles ausgerechnet und den Betrag von 3020 fl. auf 1687 fl. herabgesetzt. Da habe ich aber noch Blätter hineingenommen. Ich bin beim Stadtrathe nicht dazugekommen, sonst hätte ich dort auch eine Ersparung beantragt. Ich beantrage sie also jetzt. Fangen wir mit dem kleinen an.

„Neue Freie Presse", „Fremdenblatt", „Deutsche Zeitung" erlaube ich mir auf zwei Exemplare herabzusetzen, wir brauchen keine vier; ob sie dort drinnen herumkugeln im Lesezimmer, sie werden doch nicht alle gebraucht. Aber jeder, selbst von den liberalen Herren Gemeinderäthen sucht das „Deutsche Volksblatt", und es ist immer in der Hand. Auch habe ich mir erlaubt, die „Reichspost" in zwei Exemplaren und die „Ostdeutsche Rundschau", trotzdem sie über uns loszieht, in zwei Exemplaren vorzuschlagen. Dagegen brauchen wir den „Pester Lloyd" nicht.

Wozu brauchen wir eine ausländische Zeitung? Überhaupt, wenn ich von Pest höre, habe ich schon gefressen; dann sind zwei „Mercur", ich glaube, wir sind keine Börseaner und haben mit einem Exemplare auch genug; das sind Kleinigkeiten, aber wenn man es zusammenrechnet, gibt es etwas aus. Dann haben wir hier eine Post: 40 Exemplare vom „Communalblatt". Das ist wirklich eine Verschwendung, muss man sagen; wozu brauchen wir das „Communalblatt"? Wir haben die Amtszeitung, das Amtsblatt, dann die „Wiener Zeitung". Das „Communalblatt" bietet ja nichts anderes als Auszüge aus der „Wiener Zeitung" und aus dem Amtsblatt. Ich begreife nicht, wozu man das braucht; jeder Geschäftsmann, wenn er sich interessiert, abonniert das „Communalblatt", und wenn das überhaupt darin nicht enthalten ist, wird er unser Amtsblatt abonnieren; wir kommen da besser hinaus. Ich habe mir erlaubt, das bis auf ein Exemplar zu streichen, statt 40 nur ein Exemplar.

Ich werde die Liste dem Herrn Bürgermeister übergeben und beantrage, dass das im Stadtrathe auch durchberathen und darnach beschlossen wird. Dann steht hier eine Post für noch im Laufe des Jahres neu hinzukommende Pränumerationen. Das brauchen wir nicht, nachdem ich schon beantragt habe, welche Blätter hineinkommen, die jetzt existieren. Die nicht existierenden Blätter, die während des Jahres creiert werden, sollen ein Jahr warten. Das „Volksblatt" hat lange gewartet, auch die „Reichspost" und die „Ostdeutsche Rundschau". (Gem.-Rath Frauenberger: „Österreichische Wochenschrift"! — Heiterkeit.) Die ist auch drin.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, nicht zu unterbrechen, damit die Berathung nicht in einen Discurs ausartet.

Gem.-Rath Hawranek: So ist es! (Heiterkeit.) Für die Zeitungspränumerationen seitens der Bezirksvorsteher stehen 1200 fl. hier. Ja, für was denn? Es hat jeder Arbeiter sein Leibblatt, warum soll nicht ein Bezirksvorsteher sein Leibblatt selbst kaufen? Ich habe statt dessen beantragt, dass jeder Bezirksvorsteher die „Wiener Zeitung" bekomme, das macht zusammen 380 fl., nicht 1200 fl. Wenn er sich ein Privatblatt kaufen und sich auf Kosten der Gemeinde unterhalten will, das dulde ich nicht. Ich kann das nicht verantworten (Gem.-Rath Dr. Prochsch: Aber!), dass überhaupt so etwas stattfindet. Herr Gem.-Rath Dr. Prochsch schreit: „Aber!" Sie werden sich gewiss selbst Ihr Blatt kaufen. Jeder wird die vier Kreuzer haben, dass er sich sein Leibblatt kaufen kann. Zu was ein Bezirksvorsteher das Recht hat, auf Kosten der Gemeinde sich Zeitungspränumerationen zahlen zu lassen — das ist eine Schande für jeden. Ich beantrage, das zu streichen; das ist nicht nothwendig. Ich erlaube mir, den Ausweis zu übergeben (übergibt denselben dem Präsidium) und bitte, ihn dem Stadtrathe zuzuweisen. So ist das zu behandeln.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Seiler.

Gem.-Rath Seiler: Ich erlaube mir aufmerksam zu machen auf Rubrik IV, Post 21 a „Abonnementsgebüren für telephonische Verbindungen". Als noch die Privat-Telegraphen-Gesellschaft den Telephonverkehr hatte, wurde seinerzeit bei der Concessionsertheilung gesagt, dass, wenn die Zahl der Abonnenten 5000 erreicht, die Abonnementsgebür erheblich heruntergesetzt werde. Jetzt ist die Telephonanstalt verstaatlicht worden, und ich glaube, dass der Staat, diesem außerordentlich wichtigen Verbindungsmittel Rechnung tragend, die Abonnementsgebür herabsetzen wird. Ich möchte mir erlauben, nachdem die Gemeinde bis jetzt 3830 fl.

Abonnementsgebüren zahlt und nach dem Antrage der Budget-Commission noch 2000 fl. dazukommen, dieselben also 6000 fl. ausmachen werden, zu beantragen, dass von Seite der Gemeinde an die Telephon-Direction herangetreten werde, dass die Abonnementsgebür für die Gemeinde-Telephone erheblich herabgesetzt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um Sie zu ersuchen, den Antrag Friedjung dem Stadtrathe nicht zuzuweisen. Es ist eine ganz eigenthümliche Erscheinung, dass ein Mann, welcher sich hie und da als Demokrat — wie soll ich mich ausdrücken — geriert, einen Antrag stellt, der geeignet ist, die Information der Gemeinderäthe möglichst einzuschränken. Das ist eine geradezu unglaubliche Erscheinung. Ich verkenne nicht, dass die Art und Weise, wie unser Hauptvoranschlag und auch unser Hauptrechnungsabschluss gedruckt ist, eine geradezu verschwenderische genannt werden muss. Ich habe auch im Stadtrathe den Antrag gestellt, dass diesbezüglich eine Verschiebung stattfinde, nämlich dass die Anmerkungen, die jetzt an der Seite sind, unten gedruckt werden, und zwar nach der ganzen Breite der Seite. Wenn das geschieht, so wird sowohl der Hauptvoranschlag als auch der Hauptrechnungsabschluss gewiss viel handlicher werden, viel bequemer zum Nachschlagen sein, als es jetzt der Fall ist.

Aber, dass wir noch weniger unterrichtet werden, als wir ohnehin schon unterrichtet worden sind, das kann nur ein Mann verlangen, der von dem Gemeindeleben entweder nichts wissen will oder nie etwas gewusst hat und die Sache überhaupt nicht versteht. Also ich würde Sie bitten, den Antrag Friedjung dem Stadtrathe nicht zuzuweisen. Das ist eine unnöthige Arbeit.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent der Commission.

Commissions-Referent: Ich möchte nur noch nachtragen, dass von Seite der Commission in der Gruppe IV, Post 22, eine Herabminderung gegenüber den Anträgen des Stadtrathes beantragt wird. Es hat nämlich der Stadtrath beantragt, eine Post „Bauliche und sonstige neue Herstellungen 60.500 fl." einzustellen, indem er nach dem Magistrats-Antrage die Herstellung von Abschlussthüren in den Corridoren mit 7000 fl. hineingenommen hat. Die Commission beantragt, dass diese Post mit 7000 fl. für die Herstellung von Abschlussthüren gestrichen werde. Über diese Abschlussthüren in den Corridoren ist bereits im Gemeinderathe bei den wiederholten Budgetberathungen soviel gesprochen worden, dass ich es für überflüssig halte, noch weiter darüber zu reden. Es ist davon, ich wiederhole dies, bei den Magistratsberathungen nicht die Rede gewesen, und ich glaube daher, dass der Antrag der Budget-Commission auf Herabminderung der Post um 7000 fl., das ist auf Einstellung von 53.500 fl., gerechtfertigt ist, und ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Silberer: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um den Antrag des Herrn Dr. Geßmann wärmstens zu unterstützen betreffs Schaffung einer Localität, um sich mit jemand zurückziehen, ein paar Worte sprechen oder etwas schreiben zu können. Wie ich vor vier Jahren in dieses Haus berufen wurde, habe ich mich gleich am ersten Tage außerordentlich gewundert, einen solchen mit dem enormen Luxus und der Pracht, mit der das ganze Haus ausgestattet ist, contrastierenden Mangel an Comfort zu finden, der hier herrscht. Man ist thatsächlich in großer Verlegenheit, wenn jemand einen im Rathhause aufsucht, und man nicht einmal in der Lage ist, dem Besucher einen Stuhl anzubieten, und man ihn entweder auf dem kalten Gange oder in der Garderobe, also vor Zeugen, empfangen und sprechen muss. Ich weiß nicht, wohin man sich zurückziehen könnte; in das Sprechzimmer nicht, das gehört ausschließlich für die Herren, in der Garderobe kann man nicht sprechen, weil der Diener und der Feuerwehrmann dort sitzt; am Gange verkühlt man sich, und so hat man schließlich nicht einen Ort, wo man jemand, der einen Gemeinderath aufsucht, empfangen kann. Es kommen doch Personen, bei denen es mindestens die Artigkeit erheischt, sie in einen abgeschlossenen Raum zu führen und einzuladen, platzzunehmen.

Ebenso ist es mit dem Schreiben. Es ist sehr schwer: wenn heute jemand von uns einen Brief bekommt und eine Antwort schreiben will — oder auch einen Antrag, so ist er gezwungen, dies mitten unter den conversierenden Collegen zu thun, wo er gestört wird, seine Gedanken nicht sammeln kann &c. Ich wollte zuvor ein paar Zeilen schreiben; natürlich saß aber bei dem einzigen Tische, der im Lesezimmer — über mein Drängen — hergerichtet wurde, schon ein Herr, weil von 138 Gemeinderäthen manchmal fünf oder sechs dasselbe Bedürfnis haben. Also ich möchte den decidierten Antrag stellen, dass ein Nebenraum hergerichtet werde speciell als Besuchszimmer und ein Raum speciell als Schreibzimmer, wo auch Briefpapier aufliegt mit der Aufschrift „Rathhaus Wien". Ich habe gestaunt, wie ich gekommen bin und gefunden habe, dass das hier fehlt. Im Parlamente finden Sie es auch und in viel kleineren Körperschaften, als der Gemeinderath von Wien ist. Hier aber wurde das bis heute übersehen, und ich bin Herrn Dr. Geßmann sehr dankbar, dass er die Anregung gegeben hat, und unterstütze sie aufs wärmste.

Gem.-Rath Frauenberger: Wenn Sie hier die Ausgabsposten durchgehen, so wird ein jeder sagen, alle diese Posten sind geradezu enorm zu nennen. Man begreift das nicht, dass diese Summe für den bestimmten Zweck ausgegeben wird. Hier haben Sie ein Pauschale für Schreibrequisiten im Betrage von 18.210 fl. Meine Herren! Wir verstehen alle etwas vom Schreiben und den dazu nöthigen Utensilien. Aber wie das verbraucht wird, ist mir ein Räthsel.

Dann haben Sie Schreib- und Druckpapier 43.300 fl. Das sind Ziffern, eine wie die andere. Dabei hat man nicht einmal ein Briefpapier. (Heiterkeit.)

So geht es weiter. Buchdrucker- und kalligrapische Arbeiten 55.400 fl.! Meine Herren! Ich bin der Meinung, dass bei allen diesen Ausgaben, die so pauschaliter genommen werden, Ersparungen erzielt werden können. Da können gewiss riesige Ersparungen erzielt werden; natürlich ist es schwer, irgendeinen Antrag zu stellen. Ich kann doch nicht sagen: Bewilligen wir hier die Hälfte! Das geht ja nicht. Aber ich glaube, von Seite des geehrten Präsidiums soll diesen großen, so in die Augen springenden Ausgaben eine kleine Aufmerksamkeit zugewendet werden, und die betreffenden Chefs der Bureaux sollen verständigt werden, doch in allen diesen Sachen auch ein bisschen hauszuhalten.

Bezüglich des Antrages des Herrn Dr. Friedjung muss ich sagen, dass ich auf seinem Standpunkte nicht stehe und für seinen Antrag nicht stimmen kann, weil ich allen Grund habe zu verlangen, dass man uns den Rechnungsabschluss und den Voranschlag voll und ganz vorlege. Das wäre eine sehr gefährliche Waffe, um es gleich deutlich herauszusagen, die man der Buch-

haltung in die Hände gäbe, wenn wir sagten: „ich bitte, meine Herren, schreiben Sie nicht so viel, machen Sie sich das ganz einfach!“ Das geht nicht, wir müssen diese Ziffern haben zu unserer eigenen Orientierung, und was da erspart wird, ist ein so minimaler Betrag, dass es gar nicht in die Wagschale fällt.

Nun hat Herr College Dr. Geßmann vom Amtsblatte der Stadt Wien gesprochen und findet die Summe von 20.000 fl., die es kostet, so enorm hoch. Meine Herren! Da bin ich wieder einer anderen Meinung. Ich würde für das Amtsblatt der Stadt Wien auch viel mehr bewilligen, als diese 20.000 fl., weil es sehr gut redigiert, sehr gerne gelesen und überall verlangt wird; das Amtsblatt der Stadt Wien wird sich seinen Weg ebnen. Freilich sollte der Gemeinderath hier etwas mehr dazu thun. Ich erinnere nur Herrn Dr. Geßmann daran, ob er denn schon vergessen hat, was die Herstellung der früheren Protokolle gekostet hat? Früher haben wir die Protokolle müssen drucken lassen, und der Herr Referent wird gewiss beiläufig wissen, was uns die Herstellung dieser Protokolle gekostet hat. (Commissions-Referent: 5400 fl.) Das muss man alles ins Auge fassen. Es ist merkwürdig, Sie wollen jetzt eine Zeitung aus dem Amtsblatte machen. Das soll es ja nicht sein. Das Amtsblatt der Stadt Wien muss das Amtsblatt sein, nicht eine Zeitung. Was die Annoncen betrifft — schauen Sie, Sie vergessen so rasch! Sie haben ja damals, als das Amtsblatt gegründet wurde, sich dagegen verwahrt, dass das Amtsblatt überhaupt Annoncen aufnehmen soll — und heute sagt Herr Dr. Geßmann, wir müssen schauen, dass wir es bis zu vier Seiten Annoncen bringen.

Ich muss also sagen, dass der Betrag von 20.000 fl., der für das Amtsblatt eingestellt ist, mir nicht zu hoch erscheint und dass ich mit Vergnügen den Antrag der Budget-Commission zur Kenntnis nehme, dahin gehend, dass man dem Amtsblatte, wie man sagt, ein bisschen unter die Arme greifen will, damit es unter das Publicum hinausdringt. Für uns ist es von großer Wichtigkeit, wenn jemand etwas nachsehen will, dass er genau informiert ist, wie der eine oder andere Redner zu dieser oder jener Sache sich gestellt hat. Es ist selbstverständlich nicht möglich, dass das in den Tagesblättern erscheint, weil ja der Raum nicht da ist. Aber im Amtsblatte ist eine Controle möglich und ich muss daher das Amtsblatt in dieser Richtung mit Vergnügen begrüßen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren! Es gibt keine noch so kleine Ersparung, welche, wenn sie mit Fug und Recht durchgeführt werden kann, vom Gemeinderathe nicht beschlossen werden sollte, und wenn man irgendeinen Antrag stellt, wo, wenn wir auch nur 100 oder 200 fl. zur Ersparung bringen, man dagegen einwendet, das sei kleinlich, kann ich dieses Argument absolut nicht gelten lassen. Auf das Persönliche, was Dr. Lueger gegen mich vorgebracht hat, gehe ich nicht ein. Ich halte es nicht der Mühe wert, mich jetzt darauf weiter einzulassen; solche Gehässigkeiten haben mit einer solchen Angelegenheit gar nichts zu thun. Ich möchte nur dem Herrn Collegen Frauenberger sagen, dass mir vor allem vorschwebt, dass Wiederholungen wegbleiben sollen. Wenn er sich den Ausweis XII über das muthmaßliche Zinserträgnis der städtischen Häuser und das muthmaßliche Zinserträgnis der städtischen Pachtgründe ansieht, so sind das 80 Seiten. Ganz dasselbe kommt nun nicht bloß im Specialausweise zum Hauptvoranschlage, sondern auch in den Specialausweisen zum Rechnungsabschlusse vor, nur mit dem Unterschiede, dass es hier heißt, „das muthmaßliche“ und dort, „das thatsächliche Zinserträgnis“. Ich habe bereits in der Budget-Commission die Buchhaltungsbeamten gefragt, ob hier bedeutende Trennungen sind, die nothwendig und nützlich machen, dies zweimal zum Abdrucke zu bringen. Darauf haben die Buchhaltungsbeamten, die gewiss wahrheitsgetreue Auskunft geben, gesagt: „Nein! Es ist wesentlich dasselbe, es sind auch die Anmerkungen dieselben, es sind die Angaben, wann das Haus gebaut worden, wie groß es ist, alle dieselben.“ Warum man eine so einfache und natürliche Ersparung nicht durchführen soll, verstehe ich nicht.

Ich würde demnach bitten, diesen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Die Herren Referenten haben das Schlusswort.

Stadtraths-Referent (zum Schlussworte): Über die gestellten Anträge habe ich mich folgendermaßen zu äußern:

Was die Abschlussthüren betrifft, so sind dieselben wiederholt Gegenstand der Debatte gewesen und der Gemeinderath wird wissen, ob er für oder gegen die Thüren ist. Ich war in früherer Zeit auch dagegen, aber man wird älter und gegen den Luftzug empfänglicher. Es ist besser, wenn wir den Gesundheitszustand der Beamten auch ins Auge fassen und diese verhältnismäßig nicht große Ausgabe bewilligen.

Was den Antrag bezüglich der Zeitungs-Abonnements betrifft, so bin ich mit allen Anträgen einverstanden, die nicht sehr viele Kosten verursachen, aber doch etwas gutes haben. Man kann nicht genug Zeitungen lesen, man erfährt immer etwas neues. Ich habe also nichts dagegen, dass diese Zeitungen, die hier genannt worden sind, mit in das Abonnement einbezogen werden.

Was das Abonnement in den Bezirkskanzleien betrifft, so ist es nach Gemeinderaths-Beschluss denselben gestattet, außer der „Wiener Zeitung“ noch zwei andere Zeitungen zu abonnieren. Das ist ganz zweckmäßig. In den Bezirkskanzleien will man auch wissen, was in der Welt vorgeht, und kann man nicht jeden Bezirksvorsteher verhalten, sich Extra-Zeitungen zu halten. Das kann er zu Hause für sich thun, das Amt braucht auch einige Blätter.

Bezüglich der Locale kann ich mich auch nur den gestellten Wünschen anschließen. Es wäre sehr wünschenswert, für den Gemeinderath ein Lesezimmer und ein Schreibzimmer einzurichten, was bei unseren Räumlichkeiten keine Schwierigkeiten hat.

Was den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung anbelangt, so habe ich folgendes zu bemerken:

Diese Ausweise sind nach und nach immer umfangreicher geworden, weil von Seite des Gemeinderathes immer solche Ausweise verlangt worden sind. Bei jeder Budgetdebatte, sowohl im Stadtrathe als hier, hat man gesagt, die Buchhaltung wird ersucht, diese Ausweise vorzulegen, und ich bin damit ganz einverstanden.

Es ist ganz gut, wenn alle diese Details genau und in einer großen Anzahl Exemplaren hier zur Hand sind. Unser Rechnungsabschluss insbesondere ist ein so musterhaftes Werk, dass ich auch von Seite des Auslandes und aus vielen Städten, an welche derselbe geschickt worden ist, die Mittheilung bekommen habe, dass man dort des Lobes voll ist, und dass man unsere Rechnungsabschlüsse draußen nachgemacht hat und sie zum Muster dienen. (Bravo!) Man kann sich nicht leicht eine genauere, sorgfältigere und in die Details eingehendere Arbeit denken. Nun ist ja leicht möglich, dass man vielleicht, wenn man gewisse Sachen, die sich

mehr oder weniger wiederholen, auslässt, einen kleinen Betrag ersparen kann. Aber, meine Herren, wenn in dem einen oder anderen Falle im Laufe des Jahres irgendein College einen Gegenstand aufgreift und findet, dass etwas nicht richtig ist, macht das viel mehr aus, als dieses kleine Ersparnis. Ich will namentlich hinweisen auf die große Anzahl von Stiftungen, welche in der Administration der Gemeinde sind, und unter welchen Stiftungen es manche gibt, bei welchen es sehr interessant ist, denselben ein bisschen nachzugehen. Ich kann Sie versichern, dass einzelne große Stiftungen in früheren Jahren vielleicht nicht so regelmäßig persolviert worden sind, als es möglich gewesen wäre, und nur dadurch, dass diese Stiftungen jedermann zur Hand gekommen sind, ist deswegen öfter die Frage laut geworden: Was geschieht denn? Warum kann das nicht persolviert werden? Ich weise da auf die Gießmann'sche Stiftung hin, wo große Beträge jahrelang todtgelegen haben, bis sie eigentlich ausgegraben wurden, und dergleichen. Ich bitte also, bezüglich der Abschlussthüre den Antrag des Stadtrathes anzunehmen und die anderen Anträge dem Stadtrathe zuzuweisen; im übrigen habe ich nichts zu bemerken.

Commissions-Referent: An die Erörterungen der Commission in Betreff des Amtsblattes haben sich hier eine Reihe von verschiedenen Bemerkungen geknüpft. Man hat das Amtsblatt in eine Parallele mit dem Communalblatte gestellt. Nun ist ja bereits von Seite des Herrn Collegen Frauenberger darauf hingewiesen worden, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen einem Amtsblatte und einer öffentlichen Zeitung besteht; eine Zeitung kann immer amüsanter sein und wird endlich mehr und lieber gelesen, während man, wenn man verlässliche Daten haben will, doch immer das Amtsblatt zur Hand nehmen muss. Wenn darauf hingewiesen wird, dass das Communalblatt vier Seiten, das Amtsblatt aber weniger Annoncen hat, so muss ich darauf verweisen, in welcher Weise ein Privatunternehmen bei der Sammlung von Annoncen vorgehen kann, während mir nicht bekannt ist, ob das Amtsblatt ebenfalls in solcher Weise vorgeht.

Von Seite des Herrn Gem.-Rathes Hawranek wurde hier das Abonnement mehrerer Zeitungen beantragt. Ich habe gar nichts dagegen, wenn auch noch andere Zeitungen abonniert werden, wenn sie auch im Archive der Stadt Wien aufbewahrt werden, sie werden dem künftigen Geschichtsschreiber der Stadt Wien ein sehr wertvolles Material liefern; ob es zu unseren Gunsten spricht, ist eine andere Frage, die uns aber jetzt nicht zu beurtheilen obliegt.

Was den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Friedjung betrifft, so geht derselbe, wie ich ihn verstanden habe, nicht dahin, dass wir weniger informiert werden sollen, sondern nur dahin, dass dieselben Daten, welche wir in ausführlicher Weise im Budget, Rechnungsabschlusse u. s. w. bekommen, nur einmal mitgetheilt werden sollen, vielleicht etwa in einer separaten Broschüre, und es wird vielleicht, nachdem sich das Budget und der Rechnungsabschluss noch mehr ausdehnen wird, sich die Nothwendigkeit dazu herausstellen; ein solcher Antrag verdient doch etwas geprüft zu werden, aber das Argument, dass nur wenig Geld erspart wird, ist kein Argument dort, wo es sich um irgendwelche Ersparnisse handelt. Ich will nicht gegen die Annahme des Antrages sprechen, es ist ja auch von Seite des Antragstellers der Antrag nicht gestellt worden, dass der Gemeinderath denselben annehmen möge, aber dem Stadtrathe zugewiesen zu werden, das verdient jedenfalls ein solch wohlgemeinter Antrag.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen die Annahme der Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung und wenden uns zunächst den Ziffern zu.

Da ist zuerst Rubrik IV, Post 12, 5680 fl. Hier liegt ein Antrag vor, diese Post auf 6082 fl. 50 kr. zu erhöhen, infolge der Vermehrung der Exemplare des Communalkalenders.

Ich bitte jene Herren, welche dieser Erhebung zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun, bitte ich, ist auf Seite 37 unter Rubrik IV zur Post 21 f „Regieauslagen für die Probierstation" eine Erhöhung; nachdem wegen Aufnahme eines Manipulanten als Hilfskraft für den Bauamtsdienst vom 1. März 1895 an für die Dauer der Nothwendigkeit beschlossen wurde. Dieser Beamte, welcher die Baugewerbeschule absolviert haben muss, ist gegen ein Taggeld von 2 fl. aufzunehmen. Dadurch erhöht sich diese Post von 620 fl. auf 1370 fl.

Ich bitte jene Herren, welche mit dieser Erhöhung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt auf Seite 39 unter Rubrik IV, Post 22 „Außerordentliche Ausgaben, bauliche und sonstige Herstellungen im neuen Rathhause". Hier beantragt der Stadtrath 60.500 fl.; die Commission beantragt 53.500 fl.

Ich bringe zuerst die höhere Ziffer zu Abstimmung, welche der Stadtraths-Referent beantragt.

Ich bitte jene Herren, welche dieser Ziffer zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Minorität.

Nun liegt ein Antrag Dr. Friedjung vor: Auftrag an den Magistrat und die Buchhaltung, Vorschläge zur Vereinfachung des Hauptrechnungsabschlusses und des Hauptvoranschlages in der Richtung zu erstatten, damit durch Vermeidung von Wiederholungen und Weglassung von nebensächlichem, Ersparungen an den Druckkosten erzielt werden.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag dem Stadtrathe zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Zuweisung ist abgelehnt.

Nun kommt ein Antrag Dr. Geßmann und identisch damit ein Antrag Silberer: Für die Mitglieder des Wiener Gemeinderathes ist ein Schreibzimmer und ein Empfangszimmer einzurichten.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag zur Vorberathung dem Stadtrathe zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Nun ist ein Antrag Dr. Geßmann identisch mit einem Antrage Hawranek. Der Antrag Hawranek beschäftigt sich mit der Liste der in die Pränumeration einbezogenen Zeitungen und wünscht diesfalls verschiedene Änderungen. Der Antrag ist detailliert und der Herr Antragsteller wünscht die Zuweisung. Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann wünscht in das Verzeichnis der zu pränumerierenden Zeitungen die Aufnahme von zwei Exemplaren der „Reichspost". Das ist identisch mit einem Theile des Antrages Hawranek.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag Hawranek zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Ich bitte, gefälligst aufzustehen. (Geschieht.)

Zur Abstimmung hat Herr Gem.-Rath Silberer das Wort.

Gem.-Rath Silberer: Der Antrag Hawranek — ich bitte um Entschuldigung, dass ich störe — zerfällt eigentlich in zwei Theile, nämlich auf die Vermehrung des Abonnements auf

Hinzunahme einer Anzahl Zeitungen und andererseits auf Abstrich einer Anzahl von Zeitungen. Ich möchte bitten, dass über beide Anträge getrennt abgestimmt werde. Ich bin für die Neuabonnements von Zeitungen, aber nicht für den Abstrich.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das ist unmöglich, es ist alles so verquickt, dass sich nichts ändern lässt. Es sind 19 Herren für den Antrag Hawranek; ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 24 Herren dagegen; der Antrag Hawranek wird nicht zugewiesen.

Nun kommt der Antrag Dr. Geßmann: Es seien in das Verzeichnis zwei Exemplare der „Reichspost“ aufzunehmen. (Gem.-Rath Frauenberger: Und die „Österr. Wochenschrift“!) Ein solcher Antrag ist nicht gestellt worden. Ich bitte die Herren, welche den Antrag Dr. Geßmann zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Nun kommt der Antrag Seiler: Es sei an die Regierung mit der Bitte heranzutreten, dass die Abonnementsgebür für telephonische Verbindungen für die Gemeinde herabgesetzt werde. Ich bitte die Herren, welche den Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Die 60.500 fl. für bauliche Herstellungen sind abgelehnt worden; daher muss die mindere Post mit 53.500 fl. noch beschlossen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist bei der letzten Post 22 nicht abgestimmt worden über die Post von 53.500 fl. Ich bitte die Herren, welche diese Post annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen; alle übrigen nicht erwähnten Posten sind nicht angefochten; ich erkläre dieselben für angenommen.

Beschluss: Die Rubriken I bis IV der Gruppe I werden nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtraths- und des Budget-Commissions-Referenten genehmigt und die Ausgabspost 3 der Rubrik III „Bezüge der Beamten der Buchhaltung“ mit 208.040 fl., die Ausgabspost 12 der Rubrik IV mit 6082 fl. und die Ausgabspost 21 f derselben Rubrik mit 1370 fl. festgesetzt.

Über Antrag des Commissions-Referenten wird die Ausgabspost 22 der Rubrik IV „Bauliche und sonstige Auslagen im neuen Rathhause“ mit 53.500 fl. fixiert.

Es ist an die Regierung mit der Bitte heranzutreten, dass die Abonnementsgebüren für die telephonische Verbindung für die Gemeinde herabgesetzt werde.

Es sei der Einzelverschleiß des Amtsblattes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien durch die Tabak-Trafiken anzustreben und durch Gewährung einer entsprechenden Provision zu unterstützen.

Auch sei wegen Vertriebes des Amtsblattes durch die Buchhandlungen mit dem Buchhändler-Gremium in Verbindung zu treten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich unterbreche die Sitzung auf 20 Minuten. (Die Sitzung wird um 8 Uhr 20 Minuten unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung:)

Ich eröffne die Sitzung wieder. Nachdem constatiert wird, dass die Beschlussfähigkeit nicht hergestellt werden kann, wird die Sitzung geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 8 Uhr 45 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 26. März 1895.
Mittwoch, den 27. März 1895.
Donnerstag, den 28. März 1895.
Freitag, den 29. März 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **12. März 1895.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Experte: Magistratsrath Philipp.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(367.) **St.-R. Baugoin** referiert über die Regulierung und Pflasterung der Magdalenenstraße und Kaunitzgasse anlässlich der Demolierung des Hauses Nr. 92 Magdalenenstraße, VI. Bezirk, und beantragt:

1. Der Stadtrath wolle die Regulierung und Pflasterung der Kaunitzgasse von Or.-Nr. 6 B bis 10 und der Magdalenenstraße von Or.-Nr. 57 bis 49, sowie die Regulierung des dreieckigen Zwischenplatzes zwischen den beiden Straßentheilen im VI. Bezirke im Sinne der Ausführungen des Magistratsberichtes mit den Gesammtkostenerfordernissen von rund 6500 fl. genehmigen.

2. Der Stadtrath wolle die pachtweise Überlassung des Straßengrundes, welcher von dem Trottoir längs der Querfront des Hauses Or.-Nr. 90 Magdalenenstraße, ferner von der in dieser Straße zu errichtenden Stützmauer, dann von einer am Ende dieser Stützmauer senkrecht auf die herzustellende Stützmauer der Kaunitzgasse gezogenen geraden Linie und endlich von dieser letzteren Stützmauer bis zum Hause Or.-Nr. 35 Kaunitzgasse begrenzt wird, an den Stadtbaumeister Georg Löwitsch, II., Obere Donaustraße 35, als Eigenthümer des Hauses Or.-Nr. 90 Magdalenenstraße, unter nachstehenden Bedingnissen genehmigen:

a) das Pachtverhältnis beginnt mit dem Tage der Fertigstellung der von der Gemeinde auszuführenden Niveauhebung des Pachtgrundes und hat der Pächter von diesem Tage an den jährlichen Pachtzins von 100 fl. vierteljährig im vorhinein bei der städtischen Hauptcassa zu entrichten;

b) der Pächter hat in der Verlängerung der Trottoirstützmauer des Hauses Or.-Nr. 90 Magdalenenstraße zur Versicherung

des über das neue Straßenniveau dieser Straße erhöhten Pachtgrundes eine Stützmauer mit eisernem Geländer auf seine Kosten herzustellen und während der Dauer des Pachtverhältnisses im guten Stande zu erhalten. Diesbezüglich wird dem Pächter zugestanden, dass er, die baubehördliche Bewilligung vorausgesetzt, die Mauer nicht voll zu fundieren, sondern nur einzelne Fundamentpfeiler herzustellen und diese mit Gewölbsbögen zu unterspannen braucht;

c) das Pachtverhältnis dauert so lange, bis infolge neuerlicher Straßenregulierungen die Beseitigung dieser Stützmauer nothwendig wird. Die Gemeinde Wien hat jedoch das Recht, das Pachtverhältnis jederzeit einvierteljährig zu kündigen.

3. Der Stadtrath wolle die hierämtliche Verfügung, womit dem Placatierungsinstitute Rußleitner (Sinsler) die Bewilligung ertheilt wurde, an den Grenzen des sub 2 umschriebenen Pachtgrundes eine Placatplanke mit Einfahrtsthor aufzustellen, wogegen sich dieses Institut verpflichtet, diese Planke bis nach Fertigstellung der Stützmauer in der Kaunitzgasse und der Anschüttung des Zwischenplatzes zu erhalten, jedoch über jedesmalige Aufforderung des Magistrates jederzeit und sofort zu entfernen, genehmigend zur Kenntnis nehmen. (Angenommen.)

(1596.) **Derselbe** referiert über einen rückständigen Unterstützungsbetrag per 5 fl. nach Barbara Randa (XVII. Bezirk) und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1765.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Rosa Goettel, verehelichte v. Nadherny, durch Dr. Leopold Ploderer um Rückvergütung einer Gruftgebür und beantragt zu bewilligen, dass der Genannten die für die einfache Gruft Gruppe 41 A, Reihe 1, Nr. 9 am Central-Friedhofe bezahlte Grabstellgebür per 700 fl. nach Abzug des Betrages für die bisherige Benützung der Gruft, das ist vom 27. Februar 1892 bis 10. December 1894 sammt Grundtaxe, zusammen per 173 fl. und des Betrages für die erforderliche Instandsetzung der Gruft per 10 fl., somit im Restbetrage von 517 fl. rückvergütet werde. (Angenommen.)

(1766.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie de Zanna um Rückvergütung der Gebür für eine Gruft und die (nicht erfolgte) Benützung eines Versenkungsapparates und beantragt, es sei die Grabstellgebür für die einfache Gruft Gruppe 41 A, Reihe 2, Nr. 16 am Central-Friedhofe per 700 fl. abzüglich eines Betrages von 48 fl. für die bisherige Benützung der einfachen Gruft, ferner eines Betrages für die erforderliche Wiederinstandsetzung per 10 fl., sohin ein Restbetrag von 642 fl., sowie die Gebür für den bei einem Sarge nicht in Anwendung gekommenen Versenkungsapparat per 20 fl., zusammen der Betrag von 662 fl. der Gesuchstellerin rückzuvergüten. (Angenommen.)

(1782.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des VII. Bezirkes um nachträgliche Genehmigung der Überschreitung des Gartenpräliminares pro 1893 per 175 fl. 40 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Beerdigungskosten, und zwar:

(1591.) nach 4 Parteien aus dem VIII. Bezirke im Betrage von 15 fl. 7½ kr.;

(1784.) nach 73 Parteien aus dem XVI. Bezirke im Betrage von 92 fl.;

(1687.) nach 17 Parteien aus dem XVI. Bezirke im Betrage von 45 fl. 85 kr.;

(1564.) nach 128 Parteien aus dem II. Bezirke im Betrage von 465 fl. 25 kr.;

(1526.) nach 10 Parteien aus dem IV. Bezirke im Betrage von 37 fl. 5 kr.;

(372.) nach 8 Parteien aus dem XVI. Bezirke im Betrage von 21 fl. 55 kr.;

(1791.) nach 87 Parteien aus dem II. Bezirke im Betrage von 265 fl. 55 kr.;

(1665.) nach 100 Parteien aus dem II. Bezirke im Betrage von 364 fl. 20 kr.

Referent beantragt die Abschreibung dieser Beträge aus den in den Magistratsberichten enthaltenen Gründen. (Angenommen.)

(1704.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über Anträge puncto Veräußerung des städtischen Hauses I., Kärnthnerstraße Nr. 28, (Hotel Munsch) und beantragt:

Es sei der Beschluss des Stadtrathes vom 7. November 1894, Z. 8679, betreffend den Umbau in eigener Regie, aufrecht zu halten, jedoch sind vorher Verhandlungen mit den Eigenthümern der Häuser Or.-Nr. 26 und 30 Kärnthnerstraße wegen Erwerbung derselben zu pflegen und ist über das Resultat derselben unter gleichzeitiger Vorlage einer genauen Berechnung des für den zur Straßenverbreiterung erforderlichen Grund entfallenden Preises schleunigst zu berichten. — Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages:

1. Die Offerte Silberer und Zierer werden abgelehnt und die Offerenten auf die auszuschreibende öffentliche Offertverhandlung gewiesen.

Behufs Erlangung von Anboten für den nach Demolierung des Hotel Munsch und nach Abschreibung der zu Straßenzwecken zu verwendenden Grundtheile erübrigenden Baugrund zuzüglich des vom Neuen Markte einzubeziehenden Platzgrundes, sowie für das alte Material des zu demolierenden Hauses ist eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung mit vierwöchentlichem Termine auszuschreiben.

2. Das zum Verkaufe des sub 1, Absatz 2, erwähnten Baugrundes (jedoch ohne den vom Neuen Markte einzubeziehenden Platzgrund) erforderliche Landesgesetz ist unter einem zu erwirken und wird der Minimalpreis für den Quadratmeter Baugrund einschließlich des Wertes des alten Materiales des zur Demolierung gelangenden Hauses mit 700 fl. festgesetzt.

3. Das Stadtbauamt hat durch photographische Aufnahmen in entsprechender Größe für die Sicherstellung der Maßverhältnisse der Façade des städtischen Hauses Or.-Nr. 28 Kärnthnerstraße, Or.-Nr. 6 Neuer Markt, Sorge zu tragen.

Als besonderes Referat: Der Magistrat wird beauftragt, eine Zusammenstellung der für die Regulierung der Kärnthnerstraße bereits aufgewendeten und noch aufzuwendenden Kosten zu verfassen und ist sich sohin an den Stadterweiterungsfond wegen Erwirkung einer Beitragsleistung zu wenden.

Die übrigen Anträge des Gem.-Rathes C. Schuh und Genossen werden, insoweit sie nicht durch die oben sub 1 bis 3 gestellten Anträge erledigt sind, abgelehnt.

St.-R. Wurm beantragt, das Stadtbauamt soll beauftragt werden, bei Verfassung der Pläne für das Hotel Meißl & Schadn auf eine thunlichste Reproduction der Façade des Hotel Munsch Rücksicht zu nehmen.

Ursprünglicher Antrag des Referenten wird abgelehnt.

Zum Eventual-Antrag des Referenten sub 1 beantragt St.-R. Ritt. v. Neumann die Ausdehnung des Termines auf sechs Wochen. (Dieser Antrag wird zurückgezogen.)

St.-R. Mayer beantragt, es möge mit den Offerenten Silberer und Zierer verhandelt werden, um einen Betrag von mindestens 600.000 fl. zu erzielen.

Antrag Mayer abgelehnt.

Eventual-Antrag des Referenten sub 1 angenommen.

Zum Antrage Wurm beantragt Referent, die Abstimmung über denselben bis zur Vorlage des bezüglichen Magistrats-Referates zu vertagen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Eventual-Antrag des Referenten sub 2 wird angenommen.

Referenten-Antrag bezüglich Verfassung der Kosten, Petition an den Stadterweiterungsfond und Schluss-Antrag angenommen.

Referenten-Antrag bezüglich photographischer Aufnahme (sub 3) angenommen.

Ebenso wird ein Antrag des St.-R. Dr. Lederer, auch noch eine künstlerische Aufnahme zu veranstalten und die Bibliotheksdirection zu beauftragen, eine Vorlage hierüber zu erstatten und ein Antrag des St.-R. Stiaßny, durch Schüler der Akademie der bildenden Künste eine Aufnahme in architektonischer Richtung herstellen zu lassen, angenommen.

Eventual-Antrag des Referenten sub 1 und 2 an den Gemeinderath.

(1731.) **St.-R. Wurm** referiert über das von der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen übermittelte Detailproject für die Ausgestaltung der Brücken über die Schulgasse, Währinger Hauptstraße und Fluchtgasse der Gürtellinie der Stadtbahn und beantragt, diesem Projecte zuzustimmen. (Angenommen.)

(1869.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen, betreffend die Enteignung der Cat.-Parc. 1259 Dornbach, zum Baue der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn und beantragt, gegen die Dornbacher Spodiumfabriks-Gesellschaft bezüglich des von ihr occupierten Theiles der Wegparcelle Nr. 1259 Dornbach die Eigenthumsklage einzubringen.

(Angenommen.)

(1314.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die Realitäten I., Herrengasse 12, Strauchgasse 5, Regierungsgasse 6, und Regierungsgasse 4, und beantragt als Baulinien zu bestimmen B' C', C D und D E bei einer Straßenbreite von 15 m für die Herrengasse, 12 m für die Strauchgasse und 8 m für die Regierungsgasse.

Über Antrag Dr. Lueger werden vorläufig nur die Baulinien des Häuserblockes, der die Regierungs- und Strauchgasse bildet, genehmigt, die gegenüberliegende Seite jedoch in suspenso gelassen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1593.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der Bildhauerarbeiten für den Schulbau X., Knöllgasse, und beantragt:

Die Ausführung der Bildhauerarbeiten für den bezüglichen Schulbau wird dem Josef Wenzl, II., Obere Donaustraße 49, gegen einen Nachlass von 51·6 Percent von den Einheitspreisen des bauämtlichen Kostenanschlages mit der Weisung übertragen, dass derselbe zu diesen Arbeiten Roman-Cement von Kufsteiner Provenienz zu verwenden habe.

Die Mehrkosten an Bildhauerarbeiten im Betrage von circa 300 fl. gegenüber dem im Detailprojecte ursprünglich vorgesehenen Betrage werden gleichzeitig genehmigt. (Angenommen.)

(1617.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Josef Heller & Comp. durch Dr. Simon Popper um Grundentschädigung für das Haus I., Schulerstraße 20, und beantragt, die Schadloshaltung für den von der bezüglichen Realität zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 138·20 m² mit dem Betrage von 100 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(1285.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Mraczek und der Marie Lenoch um Grundentschädigung für das Haus I., Riemergasse 12, und beantragt die Wahl eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Wurm, Matthies und Dr. Lederer gewählt.

(1780.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Marek um Grundentschädigung für das Haus VIII., Schlösselgasse 13, und beantragt die Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues dieses Hauses zur Straße abgetretenen Grund im Ausmaße von 30·52 m² mit dem Einheitspreise von 25 fl. per Quadratmeter, das ist mit dem Gesammtbetrage von 763 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(1551.) **Derselbe** referiert über Herstellung von Rettungsplätzen im I. Bezirke und beantragt:

1. Die Herstelluug je eines 4 m langen und 2 m breiten Rettungsplatzes gegenüber dem Hause I., Kolowratring 11, bei der öffentlichen Gaslaterne Nr. 2011 und gegenüber dem Hause I., Kärnthnerring 17 bei der Gaslaterne Nr. 2016, sowie eines kreisförmigen Rettungsplatzes von 4 m Durchmesser an der Kreuzungsstelle der Achse des Schwarzenbergplatzes und der Trottoire von Nr. 18 Kärnthner- und Nr. 11 Kolowratring, aus Asphalt coulé und Granitrandsteinen mit dem Pauschalkostenbetrage von 400 fl., und

2. die Aufstellung eines neuen dreiflammigen Suggbrenners mit einer nachmitternächtlichen Gasflamme inmitten des letztgenannten Rettungsplatzes mit dem jährlichen Kostenaufwande von 135 fl. 47 kr. zu genehmigen.

Über Antrag Dr. Lederer wird der Referenten-Antrag mit Ausscheidung des Rettungsplatzes vor dem Schwarzenberg-Monumente genehmigt.

(1533.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen, betreffend die Bekanntgabe der Bezeichnung der früher „Leibenfrostgasse" genannten Haltestelle in Kilometer 7·780 der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn und beantragt, der Generaldirection mitzutheilen, dass seitens der Gemeinde Wien für diese Haltestelle die Bezeichnung „Spittelau" in Antrag gebracht wird. (Angenommen.)

(1381.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Herzig um Bewilligung, den anlässlich des Schulbaues XVII., Stiftgasse 29/31, bis über den First dieses Schulhauses zu erhöhenden Schmiedeschornstein an der Feuermauer des Schulhauses befestigen zu dürfen, und beantragt, diesem Ansuchen unter den im Magistratsberichte enthaltenen Bedingungen Folge zu geben. (Angenommen.)

(1484.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung von Bewohnern von St. Veit gegen die Baulinienbestimmung in der Auhofstraße, Ober-St. Veit, XIII. Bezirk, und beantragt, diese Vorstellung aus den Gründen des Magistratsberichtes auf die früheren Entscheidungen zu verweisen. (Angenommen.)

(1800.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Lohnforderung der Karoline Sandberger an die Verlassenschaft nach Anna Baminger und beantragt, diese Forderung per 319 fl. sammt 5 Percent Zinsen vom Klagstage und den gerichtlich zu bestimmenden Kosten gegen dem zu liquidieren, dass Karoline Sandberger bei Gericht den Eid des Inhaltes leiste, dass ihr laut der mit Herrn

Dr. Duniecki gepflogenen Abrechnung ein Anspruch an rückständigem Lohne für die letzten drei Jahre vom 28. Februar 1894 zurückgerechnet im Betrage von restlichen 319 fl. an die Verlassenschaft nach Anna Bamingerzusteht.

Die Auszahlung habe aus dem Depot Anna Baminger Verlassenschafts-Feilbietungserlös L.-G. 413/28 per 369 fl. 28 kr. stattzufinden.

Weiters wäre genehmigend zur Kenntnis zu nehmen, dass zum Zwecke der nunmehr zu erstattenden Gebürenausweise gemäß §§ 92, 2 und 103 Abh.-Pat. um die gerichtliche Schätzung der erblasserischen Haushälfte IV. Bezirk, Lambrechtsgasse 15, anzusuchen wäre.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(Ad 1638.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über Besetzungen im Marktamte und beantragt, im Nachhange zu den Beschlüssen vom 8. März 1895 die erledigte Accessistenstelle XI. Rangclasse dem Kanzleipraktikanten Franz Adam zu verleihen.

(Angenommen.)

(1767.) **St.-R. Schlechter** referiert über den Verkauf des zu demolierenden Gärtnerhauses beim Rosenhügel-Reservoir und beantragt, die Emilie Protzenbauer ihrer offertmäßigen Verpflichtung zu entheben und das Offert des Johann Prokopp (300 fl.) zu genehmigen, wobei aus den Gründen des Magistratsberichtes von einem Cautionserlage und einer Fertigung der speciellen Vorschriften Umgang zu nehmen wäre.

(Angenommen.)

(1877.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der k. u. k. Schlosshauptmannschaft Schönbrunn um Abgabe von Hochquellenwasser für das im Schlossparke befindliche Tirolerhaus und beantragt die Bewilligung der Abzweigung der bezüglichen Rohrleitung und des Revirements.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Auftreten der Reblaus.) In der Gemeinde Fischau im politischen Bezirke Wiener-Neustadt wurde das Auftreten der Reblaus (Phylloxera vastatrix) constatiert.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat infolgedessen mit Kundmachung vom 22. December 1894, Z. 100397, in Gemäßheit des Gesetzes vom 3. April 1875, R.-G.-Bl. Nr. 61, die Ausfuhr von Reben, Pflanzen, Pflanzentheilen und anderen Gegenständen, welche als Träger dieses Insectes bekannt sind, aus dem ganzen Gebiete der genannten Gemeinde strengstens verboten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 19. und 21. März 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	2584 Stück
Fettschweine	6340 „
Summa .	8924 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8511 Stück
für das Land	— „
unverkauft blieben	413 „

Darunter die für das Land angekauften, die wegen Marktsperre nur geschlachtet zur Abfuhr gelangen können und die am Wochenschlusse zum Ausweise kommen.

2. Preisbewegung:

Jungschweine	. von 35 bis 43 (—) kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . .	„ 37 „ 44 (—) „	

Der Geschäftsverkehr war etwas flau und konnten sich nur Prima-Fettschweine im Preise behaupten, während mindere Sorten dieser Gattung 2 bis 3 kr. und Jungschweine in allen Qualitäten 1 kr. per Kilogramm eingebüßt haben.

* * *

Stechviehmarkt vom 21. März 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3449, Kälber lebend 28, Lämmer Waidner 5204, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 282, Schafe lebend 533, Schweine Waidner 1934.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 36 (—) bis 64 (—) kr.
Kälber lebend	„ „	„ 34 (—) „ 45 (—) „
Schweine Waidner	„ „	„ 37 (—) „ 52 (—) „
Schweine lebend junge . .	„ „	„ — „ — „
Schweine lebend fette . . .	„ „	„ — „ — „
Lämmer Waidner	„ Paar	von 3½ bis 12 fl. (—) fl.
Lämmer lebend	„ „	„ — „ — „
Schafe Waidner	„ Kg.	von 30 (—) bis 50 (—) kr.
Schafe lebend	„ „	„ — (—) „ — (—) „
Schafe lebend	„ Paar	von 11 bis 17 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 97 Stück Kälber weniger zugeführt. Der größere Bedarf anlässlich des Feiertages hat bei etwas knappem Angebote den Markt sehr lebhaft gestaltet und sind Preissteigerungen von 2 bis 3 kr. in den Primasorten und von 2 bis 6 kr. in den übrigen Qualitäten eingetreten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 370 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Das Geschäft ist infolge der Marktsperre auf den Localbedarf beschränkt und hat sich in der hiezu bestimmten Ware keine Preisänderung gezeigt. Nach Paris sind direct ab Penzing circa 5000 Stück verschickt worden.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 21. März 1895 309 Stück Mast- und 216 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu Montagspreisen verkauft.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Bericht des Marktamtes

über die im Monate Februar 1895 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen nachstehender Artikel:

Geschlachtet wurden:

18.238 Rinder, 32.476 Schweine, 608 Kälber, 1467 Schafe und Lämmer und 1781 Pferde.

Eingeführt wurden:

18.817 Rinder, 22.168 ausgeweidete, 214 lebende Kälber, 24.300 lebende, 14.016 ausgeweidete Schafe und Lämmer, 10.759 ausgeweidete, 39.501 lebende Schweine, 1,130.554 kg Rindfleisch, 100.751 kg Kalbfleisch, 3447 kg Schaffleisch, 287.776 kg Schweinfleisch.

Confisciert wurden:

Nach Stücken: 37 Rinder, 76 Kälber, 25 Schafe, 13 Lämmer, 5 Kitze, 479 Schweine, 1 Spanferkel, 3 Pferde, 5 Rothwild, 13 Hasen, 6 Federwild, 176 Hausgeflügel, 11 Tauben, 6 Hasenköpfe, 2210 Lungen, 124 Milze, 7 Nicren, 4 Zungen, 5 Herzen, 1 Euter, 8 Baucheingeweide und Mägen, 25 Klauen und Füße, 1 Kiefer, 566 Föten, 1 Pferdehirn, 2 Würste, 9 Häringe, 173 marinierte, geräucherte und gesalzene Fische, 594 Krebse, 20 Austern, 15 Miesmuschel, 2066 Eier, 148 Quark Käse, 5326 Orangen und Citronen, 234 Grünwaren, 12 Gurken, 5 Flaschen Eingesottenes, 44 Fläschchen Balsam, 34 leichtzerbrechliche Liqueurfläschchen, 34 Backsimperl, 1 Salzsäge, 2 Butterdrähte, 4 Milchsprudler, 11 Maße und Gewichte, 18 Spielwaren.

Nach Kilogramm: 1694·25 Rindfleisch, 4546·5 Kalbfleisch, 4 Schaffleisch, 775·4 frisches, 16·2 geräuchertes Schweinfleisch, 158·6 Fleisch von diversem Wild, 1242·9 Lungen, 57 Baucheingeweide und Mägen, 1·8 diverse Organtheile, 9·25 diverses Fleisch, 15·2 Gänsefleisch, 54.58 Würste, 4 Häringe, 385·5 frische Fische, 20 Topfen, 3·5 Käse, 5·7 Butter, 9 Fettwaren, 5 Schwarten, 2733·8 Obst, 4 Paradiesäpfel, 4912·2 Grünwaren, 0·7 Gurken, 5 eingelegte Gurken, 3 eingelegte rothe Rüben, 474 Sauerkraut, 2158·5 Kartoffel, 10·6 Schwämme, 17·5 Birnen und Zwetschken gedörrt, 4234·5 Mehl, 20 Salz, 13 Hülsenfrüchte, 34·25 getrocknete Schwämme, 3 Pflaumenmus, 20·2 Südfrüchte, 0·2 Gewürze, 5 Gebäck, 16 Bäckereien, 4·95 Zuckerwaren, 0·5 Chocolate, 6 Medicinalkräuter, 0·3 Thee.

Nach Litern: 91 Milch, 2·5 Rahm, 17 Hülsenfrüchte, 10 Bier 10·5 Brantwein, 2 Essig.

* * *

Verbot der Einfuhr von Vieh aus einzelnen Gegenden Deutschlands.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 14. März 1895, Z. 25155 (M.-Z. 49953/XV), nachstehendes kundgemacht:

Auf Grund des Artikels 5 des Viehseuchen-Übereinkommens mit dem Deutschen Reiche vom 6. December 1891 und des Punktes 5 des zugehörigen Schlussprotokolles (R.-G.-Bl. Nr. 16 ex 1892), hat das hohe k. k. Ministerium des Innern die Einfuhr von Rindvieh in die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder aus den von der Lungenseuche betroffenen nachstehenden Sperrgebieten des Deutschen Reiches bis auf weiteres unbedingt verboten, und zwar:

1. Aus den Regierungsbezirken Posen, Magdeburg, Merseburg, Hildesheim und Aachen im Königreiche Preußen;

2. aus den Kreishauptmannschaften Leipzig und Zwickau im Königreiche Sachsen;

3. aus dem Herzogthume Anhalt.

Diese Verbote treten an die Stelle der mit dem Erlasse des genannten hohen Ministeriums vom 14. Februar d. J., Z. 4427 (h. o. Kundmachung vom 18. Februar 1895, Z. 17943), erlassenen Verbote.

Vorstehendes wird in Gemäßheit des Erlasses des hohen Ministeriums des Innern vom 11. März 1895, Z. 6715, mit dem Beifügen verlautbart, dass Übertretungen dieser auch für das h. o. Verwaltungsgebiet giltigen Anordnung, welche am Tage ihrer Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" in Wirksamkeit tritt, nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 51, wobei auch die Vorschriften des § 46 des allgemeinen Thierseuchengesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft werden.

* * *

Verbot der Einfuhr und des Eintriebes von Klauenthieren aus dem Comitate Eisenburg nach Niederösterreich.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 15. März 1895, Z. 26460 (M.-Z. 51146/XV), nachstehendes kundgemacht:

Am 14. März 1895 wurde in der Südbahnstation Wiener-Neustadt bei der Ausladung eines aus Ober-Warth (Fölsö-Ör) im Comitate Eisenburg (Vás) zugeführten Viehtransportes bei 2 Stück Rindern die Maulseuche constatiert.

Die k. k. Statthalterei findet daher zum Zwecke der Verhinderung einer weiteren Einschleppung dieser Seuche bis auf weiteres die Einfuhr und den Eintrieb von Klauenthieren (Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen) aus dem Comitate Eisenburg (Vás) nach Niederösterreich zu untersagen.

Übertretungen dieser Anordnung, welche am 19. März d. J. in Wirksamkeit tritt, werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Th.-S.-G. und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) in Anwendung kommen, bestraft.

* * *

Behebung der wegen Lungenseucheverdacht bei Rindern gegenüber mehreren Gemeinden des Comitates Fejer (Weißenburg) und den Stallungen des Mästers Egyedi Lajos in Neupest angeordneten Beschränkungen der Zufuhr von Rindern nach Niederösterreich.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 16. März 1895, Z. 24003 (M.-Z. 50447/XV), nachstehendes kundgemacht:

„Amtlichen Mittheilungen zufolge wurde der Verdacht des Bestandes der Lungenseuche bei Rindern in den Gemeinden Martonvasár und Baál des Comitates Fejer (Weißenburg) und in den Stallungen der Neupester Spiritusfabrik des Egyedi Lajos behoben.

Die k. k. Statthalterei findet daher infolge Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 3. März 1895, Z. 5196, die hierortige Kundmachung vom 23. November 1894, Z. 92319, laut welcher Rinder aus den genannten Gemeinden und aus den Stallungen der Neupester Spiritusfabrik nur nach Wien auf die Contumazabtheilung des Central-Viehmarktes zu St. Marx behufs sofortiger Schlachtung in eines der Wiener Schlachthäuser gebracht werden dürfen, zu beheben und können demnach, vom 15. d. M. angefangen, die betreffenden Thiere unter Beobachtung der vorgeschriebenen veterinärpolizeilichen Maßregeln und der Bestimmungen über den Viehverkehr wieder nach Niederösterreich eingeführt und frei verwertet werden.

Die mit der bezogenen Kundmachung vom 29. November 1894, Z. 92319, angeordnete Beschränkung der Rindertransporte aus der Spiritusfabrik des Grünwald in Altofen auf die Contumazabtheilung des Wiener Central-Viehmarktes zu St. Marx bleibt noch bis auf weiteres in Wirksamkeit.

Hievon geschieht mit dem Beifügen die Verlautbarung, dass Übertretungen der im Schlussſatze dieſer Kundmachung enthaltenen Beſtimmungen nach dem Geſetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorſchriften des § 46 Th.-S.-G. und der dazu erlaſſenen Durchführungsvorſchrift in Anwendung kommen, beſtraft werden."

Baubewegung.

(Die in Klammern eingeſtellten Zahlen ſind die Geſchäftsnummern der Actenſtücke im Baudepartement des Magiſtrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geſchäftsnummern der betreffenden magiſtratiſchen Bezirksämter.)

Geſuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 18. März bis 21. März 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Spiegelgaſſe 4, von Arnold Lotz, Strohgaſſe 35, Bauführer Frauenfeld & Berghof (1480).
V. Bezirk: Haus, Matzleinsdorferſtraße 11, von Thereſia Strohmayer, Gießaufgaſſe 19, Bauführer G. Strohmayer (1516).
VII. Bezirk: Haus, Zieglergaſſe 75, von Raimund Anders, Zollerg. 14, Bauführer G. Kleibl (1494).
„ „ Haus, Burggaſſe 100, Schottenfeldgaſſe 70, von Franz Menter, ebenda, Bauführer Ferd. Seif (1519).
VIII. Bezirk: Haus, Kochgaſſe 6, von Alfred Schmeer, Payergaſſe 1, Bauführer J. Wögler (1486).
„ „ Haus, Feldgaſſe 10, von Ludw. Richter, IX., Roſsauerlände 43—45, Bauführer F. Klein (1507).
XIII. Bezirk: Fabriksbau, Penzing, Linzerſtraße, Einl.-Z. 1123, Parc. 591/1, 596/22, von Franz Manoſchek, Bauführer Frauenfeld & Berghof, Stadtbaumeiſter (8449).
XVI. Bezirk: Ebenerdiges Werkſtätten-Gebäude, Ottakring, Panikengaſſe, Cat.-Parc. 2812/15, 2812/16, Einl.-Z. 2674, von Arnold und Kath. Brand, Koppſtraße 61, Bauführer Wilhelm Maiſſer & Franz Roth (15148).

Für Zubauten:

XIII. Bezirk: Zubau, Hacking, Auhofſtraße 186, von Joſef und Chriſtine Zeilinger, Bauführer E. Klingenberg, Stadtbaumeiſter (8450).
XVI. Bezirk: Ebenerdiger Hofquertract, Ottakring, Wurlitzergaſſe, Conſcr.-Nr. 1295, von Anton und Kath. Kramer, Wurlitzerg. 36, Bauführer Wilhelm Maiſſer & Franz Roth (15147).
XVII. Bezirk: Stall, Hernals, Klopfſtockgaſſe 36, von Karl Hofmann, ebenda, Bauführer Alois Salatmayer (10677).
„ „ Garten-Pavillon, Hernals, Syringgaſſe 3, von Heinrich Römer und Linda Kraus, IX., Servitengaſſe 11, Bauführer Wilhelm Maiſſer & Franz Roth (10703).

Für Adaptierungen:

II. Bezirk: Czerningaſſe 29, von Joſef Strauß, Maurermeiſter (1475).
„ „ Praterſtraße 92, von Sebaſtian Kautzinger, Bauführer Ant. Hofmann (1513).
III. Bezirk: Ungargaſſe 21, von Johann Großbieß, Baumeiſter (1467).
VI. Bezirk: Mariahilferſtraße 71 a, von A. Köhler & Comp., Bauführer Joh. Müller (1497).
XVII. Bezirk: Hernals, Gürtel 15, von Anton Häferſtock, ebenda, Bauführer Joſef Strauß (10568).
„ „ Dornbach, Dornbacherſtraße 85, von Johann Steinmetz, Baumeiſter, ebenda (10610).
„ „ Hernals, Weißgaſſe 53, von Franz Rumpelmayer, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (10612).
„ „ Hernals, Syringgaſſe 3, von Heinrich Römer & Linda Kraus, IX., Servitengaſſe 11, Bauführer Wilhelm Maiſſer & Franz Roth (10703).
„ „ Hernals, Lacknergaſſe 2, von Theodor Heier, V., Arndtgaſſe 19, Bauführer Ignaz Klupp (10762).
„ „ Hernals, Klopfſtockgaſſe 49, von Joſef Melitzky, ebenda, Bauführer Georg Strohmayer (10808).

Für diverſe (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Atelier, Taborſtraße 41, von J. Bittl und Cl. Hawlik, Bauführer Ant. Hofmann (1492).
IV. Bezirk: Dachwaſſer-Ableitung, Heugaſſe 42, von Karl Loſtenoble, Bauführer Stagl & Brodhag (1511).
XI. Bezirk: Abort, Simmering, Grillgaſſe 18, von Joſ. Gey, Bauführer Anton Kurz (4583).
„ „ Vergrößerung der Rollkammer, Simmering, Hauptſtraße 117, von Ferd. Hametner, Bauführer Ant. Heindl (4667).
XI. Bezirk: Auswechslung von zwei Fenſterſtöcken, Simmering, Hauptſtraße 135, von Juliana Wager, Bauführer Ant. Heindl (3668).
XII. Bezirk: Wohnzimmerbau, Hetzendorf, Hetzendorferſtraße 19, von Franz Schober, Bauführer Michael Weilgoni (8870).
„ „ Wiederaufführung eines demolierten Theiles, Altmannsdorf, Khleſlplatz 12, von Anna v. Hoffinger, Bauführer Joſ. Schmalzhofer (9078).
„ „ Drei Schupfen, Unter-Meidling, Schönbrunnerſtraße 116, von Joſef Miskolczy, Bauführer Joſ. Tiſchler (9188).
XIII. Bezirk: Waſſerreſervoir, Ober-St. Veit, Auhofſtraße 158, von Winkler und Schindler, Bauführer Pittl & Brauſewetter (8555).
XVI. Bezirk: Riegelwand-Wohnhäuschen, Ottakring, Galitzynſtraße, Conſcr.-Nr. 372, von Anton und Thereſia Wolf, ebenda, Bauführer Wilhelm Maiſſer & Franz Roth (15541).
XIX. Bezirk: Einfriedung, Döbling, Colloredogaſſe 9, von A. Stilmant, ebenda, Bauführer F. Bayer (5673).
„ „ Steinzeug-Rohrleitung, Döbling, Hohe Warte 11, von Monica Mayer, durch Charles Puzin, I., Renngaſſe 3, Bauführer Franz Feigl (5712).
„ „ Schupfen, Döbling, Sieveringerſtraße 2, von Johanna Fenz, ebenda, Bauführer E. Spieß (5893).

Für Stockwerks-Aufſetzungen:

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hafnerſtraße 36, von Joſef Prokop, VI., Millergaſſe 29, Bauführer ſelbſt (15083).

Geſuche um Parcellierung wurden überreicht:

III. Bezirk: Untere Weißgärberſtraße, Grundb.-Einl. 1870, 1872 und 1873, von Joſef Wimmer und Schadn, Schüttelſtraße 5 (1522).
XVIII. Bezirk: Währing, Gentzgaſſe, Grundb.-Einl. 50, von Anton Hofmann, Weinhauſerſtraße 13 (1376).

Geſuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Wintergaſſe, Grundb.-Einl. 2437, von Heinrich Weiner, Staudingergaſſe 9 (1499).
IV. Bezirk: Alleegaſſe 5, von Gottlieb Bettelheim, IX., Kolingaſſe 5 (1490).
VI. Bezirk: Wallgaſſe 25, von Arthur Marklowsky, Jacquingaſſe 23 (1473).
„ „ Stumergaſſe 44—46, von Wendelin Kühnel, V., Gießaufgaſſe 2 (1495).
„ „ Magdalenenſtraße 39, von Joſef Appel (1498).
VII. Bezirk: Zollergaſſe 18—20, von Georg und Alexander Ziegler, durch Dr. Max Freih. v. Mayr (1491).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Niederhofſtraße 22—24, von Wilh. Mandls Erben (8978).
XVI. Bezirk: Cat.-Parc. 2578, Einl.-Z. 1769, Ottakring, Roſeggergaſſe, von Wilhelm und Antonia Zibek, XII., Ehrenfelsgaſſe 1 (15146).
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Colloredogaſſe 15, von Reinhold Trampler (5699).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Fleiſchmarkt 2, von Philipp Sandmayer, Demolierender J. Schobesberger (1521).
VII. Bezirk: Seidengaſſe 27, von Alois Sallatmeyer, Baumeiſter (1487).
„ „ Burggaſſe 100, von Ferd. Seif, Baumeiſter (1518).

Bauconſenſe wurden ertheilt:

vom 1. Februar bis 28. Februar 1895:

a) Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Bauernmarkt 12, an S. Schein, Landskrongaſſe 1, Bauführer Kupka & Orglmeiſter.
II. Bezirk: Haus, Wasnergaſſe Grundb.-Einl. 2525, an Heinr. Weiner, Bauführer W. Schulz.
„ „ Haus, Joſefinengaſſe 6, an Joſef Kalas, Maurermeiſter.
„ „ Ausſtellung Venedig, Prater, Engliſcher Garten, an Gabor Steiner und Max Diamant, Bauführer Karl Wicker.
„ „ Haus, Donauſtraße Grund.-Einl. 4352, an Joſef Sucharipa, Bauführer W. Klingenberg.
„ „ Haus, Donauſtraße Grundb.-Einl. 365, an Joſef Sucharipa, Bauführer W. Klingenberg.
III. Bezirk: Haus, Erdbergſtraße 95, an Johann Mayer, Bauführer J. Nos.
„ „ Haus, Gürtelſtraße Grundb.-Einl. 2755, an Michael Ronsperger, Bauführer Ambros Schmid.
„ „ Haus, Gürtelſtraße Grundb.-Einl. 2756, an Michael Ronsperger noe. Marie Klos, Bauführer Ambros Schmid.

VI. Bezirk: Wall- und Mittelgasse Grundb.-Einl. 1180, an Karl Hörandner, Bauführer A. Haunzwickl.
IX. Bezirk: Haus, Müllnergasse 3, an Ferd. Strobl & Joh. Ziak, Bauführer O. Luckeneder & Miserowski.
X. Bezirk: Laxenburgerstraße Einl.-Z. 1012, an Salomon und Josefine Singer, Bauführer Josef Zeitlinger.
XI. Bezirk: Haus, Simmering, Hugogasse Parc. 679/4 und 678/7, an Franz und Theresia Schmid, Dorfgasse 78, Bauführer Anton Kurz.
XII. Bezirk: Haus, Unter-Meidling, Aichholzgasse Grundb.-Einl. 788, an Ferdinand Schenner, Schönbrunnerstraße 110, Bauführer Franz Müller.
" " Haus, Unter-Meidling, Ecke der Aichholz- und Pohlgasse Grundb.-Einl. 789, an Josef und Clara Schneider in Gumpoldskirchen, Bauführer Friedrich Sonnenburg.
XIII. Bezirk: Haus, Speising, Gallgasse 19, an Josef Drbal, Bauführer Karl Mühlhofer.
XIV. Bezirk: Haus, Rudolfsheim, Kröllgasse 18, an Matthias Millik, Bauführer derselbe.
XVI. Bezirk: Haus, Neulerchenfeld, Hasnerstraße 77, an Ignaz Hofer, Richard Wagnerplatz 15, Bauführer Thomas Hofer.
" " Haus, Neulerchenfeld, Hauslabgasse 27, an Friedrich Grüll, Kirchstetterngasse 6, Bauführer Theodor Weninger.
" " Haus, Neulerchenfeld, Gaullachergasse 18, an Anton und Marie Wudy, Friedmannsgasse 17, Bauführer Jos. Seichert.
" " Haus, Ottakring, Bachgasse 29, an Josef Schmalhofer, ebenda, Bauführer Thomas Hofer.

b) Für Umbauten:

I. Bezirk: Kohlmarkt 3, an Simon Waldstein, Bauführer Al. Schumacher.
" " Schulerstraße 20, an Jos. Heller & Comp., Bauführer Anton Schwarz.
IV. Bezirk: Favoritenstraße 36, an Ferd. und Franz Katzer, Bauführer C. Holzmann.
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 112, an Friedrich Chwalla, Bauführer Moriz und Josef Sturany.
VII. Bezirk: Neustiftgasse 135, an Franz Popp, Bauführer Ambros Schmid.
" " Seidengasse 31, an Philipp und Marie Ott, Bauführer G. Berger.
" " Siebensterngasse 15, an Josef Nick, Bauführer C. Stigler.
IX. Bezirk: Porzellangasse 45, an Emil Schnizer v. Lindenstamm, Bauführer Ad. Tichy.
" " Lazarethgasse 10, an Rudolf Hörandner, Bauführer Joh. Freitag.
" " Porzellangasse 37, an Em. und Ed. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg.
XII. Bezirk: Gaudenzdorf, Steinhagegasse 15, an Adolf und Barbara Partay, ebenda, Bauführer Josef Schneider.
XIX. Bezirk: Sievering, Hauptstraße 29, an Leopoldine Danz, Bauführer Ign. Drapala.

c) Für Zubauten:

II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße 55, an Franz Hruby, Bauführer Johann Wagner.
" " Scholzgasse 11, an Alois Sallatmeyer, Baumeister.
" " Schiffmühlenstraße 61, an Robert Karg, Bauführer J. Breinößl.
" " Hoftract, Kleine Pfarrgasse 13, an Ludwig Bubl, Bauführer G. Löwitsch.
III. Bezirk: Hoftract, Gstettengasse 13, an Josef Schedl, Bauführer Heinrich Winkler.
V. Bezirk: Stallbau, Brandmayergasse 5, an Adolf und Friederike Blicher, Bauführer Leopold Köck.
VI. Bezirk: Mittelgasse 24 (Schulhaus), an die Stadt Wien, Bauführer A. Langer.
" " Magazin, Mollardgasse 65, an die Brüder Steininger, Bauführer C. Stöger.
IX. Bezirk: Badgasse 12, an J. K. Lehr & Sohn, Bauführer L. Schoderböck.
XI. Bezirk: Simmering, Grillgasse 20, an Franz und Marie Wistrzill, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.
XII. Bezirk: Fabriks- und Wohngebäude, Altmannsdorf, Kirchfeldgasse 1 und 3, an August Sasse, ebenda, Bauführer Michael Borak.
XIV. Bezirk: Stall, Rudolfsheim, Neubergenstraße 16, an Joh. Märkl, Bauführer Karl Zeller.
" " Rudolfsheim, Schweglerstraße 23, an Franz Ritt. v. Hauser, Bauführer ?
XVI. Bezirk: Ottakring, Hyrtlgasse 32, Conscr.-Nr. 1227, an Gustav und Anna Schneider, Thaliastraße 83, Bauführer Georg Kowarik.
" " Neulerchenfeld, Thaliastraße 24, an Franz und Francisca Bock, ebenda, Bauführer Franz Bock.
XVII. Bezirk: Dornbacherstr. 74, an H. und F. Glaser, Bauführer dieselben.
XIX. Bezirk: Pferdestall, Heiligenstadt, Muthgasse 62, an Eduard Hasenöhrl & Cie., Bauführer Höllerl.
" " Waschküche, Sievering, Sieveringerstraße 124, an Marie März, Bauführer Spieß.
" " Pfarrkirche, Grinzing, an das Stift Klosterneuburg, Bauführer Schmalzhofer.
" " Schreibstube, Döbling, Billrothstraße 79, an Joh. und Julie Bures, Bauführer Klima.

d) Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Bauernmarkt 14, an Friedrich Dirnberger, Maurermeister.
" " Naglergasse 12, an Karl Mayer, Baumeister.
" " Graben 29, an Johann Schrantz, Bauführer Franz Daxelmüller.
" " Johannesgasse 20, an Josef Helmreich, Maurermeister.
" " Franz Josefsquai 29, an Rudolf Pirsch, Bauführer Johann Schobesberger.
" " Sonnenfelsgasse 17, an Arthur R. Holl v. Stahlberg, Bauführer Jos. Frosch.
" " Kärnthnerstraße 32 A, an Adolf Springer, Bauführer Em. Kamenicki.
II. Bezirk: Taborstraße 6, an Anton Höcker, Maurermeister.
" " Tandelmarktgasse 3, an Emerich Lehnert, Bauführer?
" " Rueppgasse 11, an A. Hermann Frankl & Söhne, Bauführer G. Löwitsch.
" " Wallensteinstraße 63, an Johann Böhm, Bauführer A. Schlesak.
" " Franzensbrückenstraße 6, an Johann Kreutzer, Maurermeister.
III. Bezirk: Marxergasse 15 a, an Karl Kirchem, Baumeister.
" " Mohsgasse 16—18, an Kath. Wünsch, Bauführer Wenzel Schulz.
" " Sechskrügelgasse 4, an Leop. Popp, Maurermeister.
" " Rennweg 8, an Anna Maria Auersperg, Bauführer Josef Gruber.
" " Paulusgasse 5, an Johann Stiaßny, Bauführer Matthias Trimmel.
" " Erdbergstraße 190, an Ottilie v. Demuth, Bauführer F. Gutmann.
" " Rennweg 15, an Anna Korwill, Bauführer Jäger & Bauer.
IV. Bezirk: Starhemberggasse 31, an Nikolaus Mundl, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
" " Theresianumgasse 14, an Julius Schuster, für Baron Nath. Rothschild, Bauführer H. Glaser.
" " Frankenberggasse 7, an Heinrich Adam, Bauführer Al. Schumacher.
" " Schleifmühlgasse 9, an Anton Angerer, Bauführer Ad. Hofbauer.
V. Bezirk: Lainzerstraße 27, an Ludw. Letz, Bauführer ?
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 90, an Georg Demsky, Baumeister.
" " Liniengasse 14, an Florian Bauer, Maurermeister.
" " Wallgasse 3, an Josef Mickel, Bauführer E. Schätz.
VII. Bezirk: Zollergasse 31, an Max R. v. Sommer, Bauführer Arnold Frieß.
" " Halbgasse 24, an Josef Zauza, Bauführer F. Prokesch.
" " Siebensterngasse 24, an Johann Bachl, Bauführer Franz Mayr.
VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 16, an Ferdinand und Jeannette Leonhardt, Bauführer Rudolf Breuer.
" " Wickenburggasse 9, an Frauenfeld & Berghof, Bauführer dieselben.
IX. Bezirk: Mariannengasse 21, an Dr. Karl Böhm, Bauführer ?
" " Währingerstraße 52, an Eduard Pokorny, Bauführer O. Laske.
" " Porzellangasse 60, an Franz Klein, Baumeister.
" " Lichtenthalergasse 3, an Franz Wieshaupt, Bauführer Ad. Micheroli.
" " Lazarethgasse 21, an Jakob Glotz, Bauführer ?
" " Eisengasse 5, an Schlager, Bertram & Comp. Bauführer ?
XI. Bezirk: Simmering, Kopolgasse 39, an Eduard Pallast, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl.
XII. Bezirk: Drei Adaptierungen, Unter-Meidling, Rosaliagasse 17, an August Wild, ebenda, Bauführer Josef Hartl.
" " Gaudenzdorf, Halbergasse 8, an Sylvester Böck, ebenda, Bauführer ?
" " Unter-Meidling, Aßmayergasse 34, an S. Deinharter (München), Bauführer Wenzel Voit.
" " Gaudenzdorf, Korbergasse 13, an Martin Schwarz, ebenda, Bauführer Wenzel Voit.
" " Unter-Meidling, Albrechtsbergergasse 27, an Ferd. Koller, ebenda, Bauführer Ignaz Klupp.
" " Gaudenzdorf, Gaudenzdorfergürtel 24—26, an die Österr. Gasbeleuchtungs-Actien-Gesellschaft, Bauführer Ernst J. Riediger.

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Hauptstraße 28, an Johann und Barbara Obendorfer, Bauführer Josef Hartl.
XIII. Bezirk: Hacking, Auhofstraße 234, an Jakob Altenburger, Bauführer Ignaz Schaufler.
" " Ober-St. Veit, Schweizerthalstraße 381, an Joh. Glasauer, Bauführer Anton Trillsam.
" " Ober-St. Veit, Firmiangasse 47, an Antonie Schulz, Bauführer ?
" " Breitensee, Kuefsteingasse 17, an Jg. Beer, Bauführer ?
" " Lainz, Lainzerstraße, an Josef Blahetek, Bauführer ?
" " Hütteldorf, Linzerstraße 407, an Josef Meixner, Bauführer Ignaz Schaufler.
" " Hütteldorf, Linzerstraße 407, an Heinrich Fuhrmann, Bauführer Ignaz Schaufler.
XIV. Bezirk: Sechshaus, Pfeiffergasse 1 bis 5, an Sueß & Söhne, Bauführer Franz Zoller.
" " Rudolfsheim, Felberstr. 112, an Josef Schiebl, Bauführer ?
" " Rudolfsheim, Karolinengasse 25, an Scherber, Bauführer Draxelmayer.
" " Rudolfsheim, Rudolfsstraße 13, an ?, Bauführer Johann Lackner.
" " Rudolfsheim, Rudolfsstraße 10, an Anton Pisl, Bauführer ?
" " Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 76, an Franz Rückauf, Bauführer Johann Töpfl.
" " Sechshaus, Ullmannstraße 44, an die Wr. Communal-Sparcassa, Bauführer ?
XV. Bezirk: Fünfhaus, Henriettenplatz 1, an J. Beutnitz, Bauführer Frasel.
XVI. Bezirk: Ottakring, Paletzgasse 13, an Barthol. Bayer, XVII., Halmgasse 9, Bauführer Johann Hatlay.
" " Ottakring, Lienfeldergasse 35, an Franz Zeiner, ebenda, Bauführer Franz Haslinger.
" " Ottakring, Seitenberggasse 40, an Thomas Kronauer, ebenda, Bauführer Georg Kowařik.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 42, an Wilhelmine Biller, Ottakringerstraße 39, Bauführer Josef Reinhart.
" " Ottakring, Friedrich Kaisergasse 69, an Ferdinand Kohotek, ebenda, Bauführer Josef Drbal.
" " Ottakring, Wichtlgasse 1, an Karl Niederleitner, ebenda, Bauführer Wilhelm Maisser und Franz Roth.
" " Neulerchenfeld, Fröbelgasse 35, an Franz Mosser, ebenda, Bauführer Engelbert Schrammel.
" " Neulerchenfeld, Thaliastraße 34, an die Commandit-Gesellschaft Albin Rebenheil & Comp., ebenda, Bauführer Franz Bock.
" " Neulerchenfeld, Thaliastraße 26, an Johann und Anna Bogotay, ebenda, Bauführer Edmund Czada.
" " Neulerchenfeld, Burggasse 128, an Arnold Widda, ebenda, Bauführer Michael Göd.
" " Ottakring, Wattgasse 49, an Georg Kowařik, XVII., Weitlofgasse 9, Bauführer derselbe.
" " Ottakring, Grüllemeiergasse 8, an Jg. und Josef Kuffner, Ottakringerstraße 73, Bauführer Ritt. v. Neumann.
XVII. Bezirk: Hernals, Weißgasse 18, an Marie Mathe, Bauführer J. Ev. Adler.
" " Hernals, Beheimgasse 58, an Wenzel Schmidt, Bauführer Josef Schimek.
" " Dornbach, Promenadegasse 67, an Helene Mlotka v. Myslowska, Bauführer Johann Steinmetz.
" " Hernals, Hernalser Hauptstraße 73, an Franz Unger, Bauführer Adolf Bruckner.
XIX. Bezirk: Döbling, Hohe Warte 34, an Hugo Bayer, Bauführer Franz Mayer.
" " Döbling, Wienergasse 33, an Emanuel Fürst Collalto et San Salvatore, Bauführer Friedrich Rothhaft.
" " Döbling, Hohe Warte 19, an Johann Kattus, Bauführer K. Höllerl.

e) Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Kohlenschacht, Hohenstaufengasse 3, an die k. k. priv. österr. Länderbank, Bauführer F. Dehm & F. Olbricht.
II. Bezirk: Bedürfnisanstalt, Prater, zwischen Nr. 80 und 91, an Wilh. Beetz, Bauführer A. Titz.
" " Schupfe, Praterhütte Nr. 142, an Gustav Münstedt, Bauführer Josef Kapetter.
" " Riegelwandbau, Treustraße 27 bis 29, an Josef Strasser, Bauführer Matth. Frimmel.
" " Rohrcanal, Große Sperlgasse 33, an Leop. Klauser, Bauführer J. Schobesberger.
" " Schupfe, Engerthstraße 141, an Karl Laufer, Bauführer J. Matschinger.
III. Bezirk: Schupfe, Hohlweggasse, an Dr. Moriz Beck, Bauführer Edm. Melcher.
" " Rohrcanal, Trubelgasse 11, an Josef Halla, Bauführer Adolf Langer.
" " Rohrcanal, Trubelgasse 9, an Josef Halla, Bauführer Adolf Langer.
III. Bezirk: Fasangasse 15, an Franz Beinl jun., Bauführer E. Kamenicky.
IV. Bezirk: Verbindungsgang, Hauptstraße 76, an Josef Ziegler, Bauführer Josef Spilka.
" " Rohrcanal, Starhemberggasse 31, an die Gebrüder Andreae, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
V. Bezirk: Bierschacht, Hundsthurmerstraße 87, an O. Blaschke noe. Fanni Horner, Bauführer Seitl & Klee.
" " Rauchfang, Siebenbrunnengasse 18, an Jakob Vogelhut, Bauführer E. Schätz.
VII. Bezirk: Abort und Canal, Mechitaristengasse 5, an Anton Böhm, Bauführer Franz Prokesch.
XI. Bezirk: Hauscanal, Simmering, Krausegasse 11, an Johann und Marie Wimmer, ebenda, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Abortanlage, Simmering, VI. Landengasse Conscr.-Nr. 164, an Peter Knapp, ebenda, Bauführer Anton Heindl.
" " Fensterherstellung, Kaiser-Ebersdorf, Schmidgunstgasse 50, an Johann Hoffmann, ebenda, Bauführer Amand Hoffmann.
XII. Bezirk: Backofen, Unter-Meidling, Ruckergasse 6, an Wilh. Weillmeyer, Schönbrunnerstraße 127, Bauführer ?
XIII. Bezirk: Einstöckige Veranda, Penzing, Penzingerstr. 96, an Mathilde Böhm, Bauführer Josef Kopf.
" " Schupfenzubau, Ober-St. Veit, Glasauergasse 34, an Johann Glasauer, Bauführer Anton Trillsam.
" " Abortanbau, Hacking, Auhofstraße 258, an Jakob Huber, Bauführer Ignaz Schaufler.
XV. Bezirk: Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 2, an die General-direction der österr. Staatsbahnen, Bauführer die Betriebs-Direction.
XVI. Bezirk: Canal, Ottakring, Friedmannsgasse 17, an Marie Wudy, ebenda, Bauführer Josef Seichert.
XVIII. Bezirk: Offene Schupfe, Gersthof, Schindlergasse 3, an Michael und Josefa Wifidal, ebenda, Bauführer Franz Simlinger, Baumeister.

f) Für Stockwerks-Aufsetzungen:

III. Bezirk: Beatrixgasse 25, an die Central-Güterdirection des Erzherzog Franz Ferdinand Österreich-Este, Bauführer Heinz Gerl.
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Aßmayergasse 34, an S. Steinharter, München, Bauführer Wenzel Voit.

g) Parcellierungen wurden bewilligt:

XIII. Bezirk: Lainz Grundb.-Einl. 324 bis 328, an Rosalia Peydl durch Dr. Anton Meister.
XVIII. Bezirk: Währing Grundb.-Einl. 339 und 340, an Ferdinand und Adolf Schindler, Fasangasse 32.

h) Baulinien wurden bestimmt:

I. Bezirk: Rauhensteingasse für die Nummern 2, 4 und 6.
VI. Bezirk: Gfrornergasse.
IX. Bezirk: Berggasse 23 und Porzellangasse 1 und 3.
XIX. Bezirk: Für die Nussberggasse (ehem. Weinberggasse).

Gewerbeanmeldungen vom 18. März 1895.

Dick Rudolf — Architekt — VIII., Josefstädterstraße 99.
Ventura Franz Georg — Anstreicher — I., Bräunerstraße 4.
Hammer Ludwig — Bäcker — VII., Neustiftgasse 77.
Camera-Club — Commissionsweiser Verschleiß von photographischen Bedarfsartikeln — I., Elisabethstraße 1.
Diell Anton — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Westbahnstr. 13.
Ludwig Rudolf — Drechsler — VII., Hermanngasse 19.
Nemetschke Marie — Drechsler — VII., Kaiserstraße 31.
Feßner Gregor — Fleischhauer — V., Hundsthurmerstraße 35.
Richter Franz — Gelbgießer — I., Morzinplatz 1.
Herfort Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsthurmerstr. 69.
Degenhart Wilhelmine — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaug. 1.
Matschinger Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 78.
Ruzicka Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 72.
Scheiterbauer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Schottenhofgasse 3.
Kollecker Barbara — Handel mit Reib- und Vogelsand im Umherziehen — XII., Kriechbaumgasse 3.
Patsch Rudolf — Handel mit Fahrrädern und Fahrradbestandtheilen — VIII., Langegasse 6.
Smode Johann — Herstellung von Brandzeichen in Form von Buchstaben und Ziffern — X., Wielandplatz 2.
Fuchs Ernst — Kaffeesieder — VIII., Laudongasse 13.
Klecbinder Marie — Damenkleidermacherin — III., Jacquingasse 1.
Klimesch Ida — Damenkleidermacherin — III., Radetzkystraße 1/3.
Klein Helene — Mieder-Verschleiß — VIII., Blindengasse 3.
Stergerich Theresia — Modistin — VII., Breitegasse 28.

Schlosser Josefa — Pfaidlerin — VII., Burggasse 61.
Wagner Anna — Pfaidlerin — V., Hundsthurmerstraße 28.
Weiß Jeannette — Pfaidlerin — VIII., Josefstädterstraße 97.
Weiß Edmund — Porzellanmaler — V., Kohlgasse 19.
Schlimme Karl August Heinrich — Posamentierer — VII., Neubaug. 41.
Kneil Karl — Provisionsagent — III., Wechelgasse 2.
Hrbek Josef — Schuhmacher — VIII., Piaristengasse 40.
Rosman Martin — Schuhmacher — XIX., Barawitzkagasse 12.
Stodulka Franz — Schuhmacher — VII., Kaiserstraße 63.
Kadekabek Wenzel — Selchwaren-Verschleiß — VII., Siebensterngasse 4.
Pleban Amon — Sodawasser-Erzeugung — XII., Albrechtsbergerg. 10.
Sandner Augustine Pauline — Strohhandel im Umherziehen — X., Weldengasse 16.
Frank Bella Ludwig, Frank Josef — Tapezierer — I., Krugerstraße 5.
Frank Bella Ludwig, Frank Josef — Tischler — I., Krugerstraße 5.
Schlosser Franz — Verschleiß von Brot, Gebäck und warmen Würsten im Umherziehen — VII., Schottenfeldgasse 31.
Behn Felix Gustav Rafael, Meßtorff Hermann Friedrich — Verschleiß von Gummischuhen — I., Rudolfsplatz 2.
Hammer Ludwig — Verschleiß von Mehl, Grieß, Germ und Zuckerwaren — VII., Neustiftgasse 79.
Degasperi Johann — Verschleiß von Wein in handelsüblich verschlossenen Flaschen — X., Neilreichgasse 33.
Radlberger Franz — Verschleiß von Weinen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluss des Ausschankes — I., Tuchlauben 12.
Sommariva Anton — Zuckerbäcker — VII., Kandlgasse 29.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. März 1895.

Stern Helene — Blousennäherin — II., Rueppgasse 19.
Apfelbaum Moriz — Commissions-Verschleiß von Fahrrädern — II., Circusgasse 29.
Groß Josefa Lea — Erzeugung von Cigarettenhülsen, Papiercigarren- und Papiercigarettenspitzen — I., Schulerstraße 18.
Damjanović Marie — Friseurgewerbe — II., Große Stadtgutgasse 20.
Gönner Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laudgutgasse 13.
Rosenheck Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 18.
Badista Nardini — Gipsfiguren-Erzeuger — V., Matzleinsdorferstraße 5.
Graziani Giovanni — Gipsfiguren-Erzeuger — V., Matzleinsdorferstr. 5.
Hofacker Heinrich — Häuseradministration — II., Kleine Pfarrgasse 4.
Verein deutscher Bühnenmitglieder Österreichs — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österr. Bühnenverein" — II., Rothe-Sterngasse 31.
Wiesener Heinrich August — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Mittheilungen an die Mitglieder des Vereines Creditreform" — II., Praterstraße 42.
Karl Theresia — Kaffeebrennerei und Feigenkaffee-Erzeugung — X., Götzgasse 4.
Guttmann Rosa — Damenkleidermacherin — II., Circusgasse 30.
Scheerpeltz Marie — Damenkleidermacherin — II., Castellezgasse 25.
Pfeffer Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — III., Mohsgasse 17.
Pencik Adolf — Korbflechter — X., Leebgasse 20.
Klein Israel — Marktfahrer — V., Reinprechtsdorferstraße 118.
Schörg Cäcilie — Milch-Verschleiß — II., Karmelitergasse 6.
Ornstein Sophie — Pfaidlerin — II., Glockengasse 9.
Peßel Isidor — Pfaidler — II., Tandelmarktgasse 17.
Schweiger Barbara — Pfaidlerin — XII., Hetzendorferstraße 11.
Holiczer Munisch — Spediteur — I., Neuthorgasse 20.
Cenkr Wenzel — Spirituosenhandel — X., Dampfgasse 14.
Bernheimer Oskar — Technisch-chemische Untersuchung von Industrie-Erzeugnissen und Rohmaterialien mit Ausschluss von Nahrungs- und Genussmitteln — I., Rauhensteingasse 5.
Kahn Heinrich — Verschleiß von Papier, Kurz- und Zündwaren — II., Volkertplatz 4.
Krepler Anton — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — II., Kleine Pfarrgasse 33.
Lukeš Josef — Wäscheputzer — V., Wolfganggasse 14.
König Rudolf — Zuckerbäcker — II., Karmelitergasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. März 1895.

Fleischner Regina — Brantweinschank — XVIII., Leitermayergasse 28.
Derner Franz — Buchbinder — XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 314.
Werner Franz — Fiaker (Lic.-Nr. 105) — XVII., Calvarienbergg. 70.
Baasch Josef — Friseur und Raseur — XVII., Palffygasse 16.
Letz Edmund — Friseur — IX., Lichtenthalergasse 3.

(Das weitere folgt.)

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.